

**RIGASCHE ZEITSCHRIFT**  
**FÜR**  
**RECHTSWISSENSCHAFT**

**VII. JAHRGANG 1933/34**



# Inhaltsverzeichnis.

## Aufsätze.

Berent, B., vereid. Rechtsanwalt, Riga. — Schutz ausländischer Urheberrechte in Lettland . . . . .	149
Ermel, Oberlandesgerichtsrat, Königsberg. — Neuerungen des Prozessverfahrens in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten in Deutschland . . . . .	240
Freyman, W., Appellhofrichter, Riga. — Die Rechtslage der modernen Mobiliarpfandhypothek . . . . .	223
Lang, H., Rechtsanwalt Dr. jur., Würzburg. — Der Neubau der Deutschen Verfassung . . . . .	1
— Deutsche Gesetze zur Erhaltung des Bauernstandes . . . . .	76
Klot, Burchard v., vereid. Rechtsanwalt, Riga. — Grundsätzliches über das Zurückbehaltungsrecht . . . . .	85
— Das lettländische Gesetz über die Arbeitszeit . . . . .	191
Meder, Walter, Mag. jur., Dorpat. — Die neue Verfassung Estlands . . . . .	127
Mintz, Paul, Professor, Riga. — Das neue Strafgesetzbuch Lettlands . . . . .	7, 91
Neumann, Wilhelm, Dr. jur., Riga. — Deutsche strafrechtliche Novellen im Kampf gegen gefährliche Gewohnheitsverbrecher . . . . .	229
Stegman, Helmuth, vereid. Rechtsanwalt, Riga. — Zur Reform der Bestimmungen des Baltischen Privatrechts über das Miteigentum . . . . .	20
Witte, L. von, Dozent am Herderinstitut zu Riga. — Bestrebungen der Verfassungsänderung Lettlands . . . . .	63

## Gesetzgebung.

Das Verfassungsreformprojekt des Bauernbundes . . . . .	105
Freyman, R. v. — Bestimmungen über die Firma . . . . .	108
— Bestimmungen über Kaufleute . . . . .	110
— Gesetz über das Handelsregister . . . . .	155
Koch, Gert, vereid. Rechtsanwalt, Reval. — Die Gesetzgebung Estlands in den ersten drei Quartalen 1933 . . . . .	41
— Die Gesetzgebung Estlands im IV. Quartal 1933 . . . . .	175
Mueller, vereidigter Rechtsanwalt, Riga. — Die Gesetzgebung Lettlands im II. Quartal 1933 . . . . .	30
— Die Gesetzgebung Lettlands im III. Quartal 1933 . . . . .	112
— Die Gesetzgebung Lettlands im IV. Quartal 1933 . . . . .	168

## Literatur.

Arbusow, Prof. Leonid, Riga. — Diskussion über die altlivländischen Ritterrechte . . . . .	242
Besprechungen und Anzeigen . . . . .	51, 124, 251
Bücher und Zeitschriftenschau . . . . .	53

## Chronik.

Deutscher Juristenverein zu Riga . . . . .	254
--	-----

# RIGASCHE ZEITSCHRIFT FÜR RECHTSWISSENSCHAFT

Herausgegeben vom

DEUTSCHEN JURISTEN-VEREIN IN RIGA

ERSCHEINT VIERMAL JÄHRLICH

REDAKTION: RAINIS-BOULEVARD 5, W. 3, RIGA

---

7. JAHRGANG

1933/34

1. HEFT

---

Alle Rechte, auch das der Übersetzung, auf sämtliche  
Veröffentlichungen in dieser Zeitschrift vorbehalten.

## Der Neubau der Deutschen Verfassung.

Von Rechtsanwalt Dr. jur. Hans Lang, Würzburg.

Der Tod der Weimarer Verfassung ist die Voraussetzung für den Neubau der Deutschen Verfassung. Doch wäre es verfehlt, wollte man die zeitgeschichtliche Bedeutung der Weimarer Verfassung übersehen, wollte man verkennen, dass auch sie eine notwendige Epoche auf dem Lebensweg des deutschen Volkes war: Ein Zeitalter stirbt und macht einem neuen erst Platz, wenn es sich in einem letzten Aufbäumen ins Extreme überschlagen hat. Dieses Todesfanal des liberalistischen Zeitalters in Deutschland und vielleicht in der ganzen Welt war die Weimarer Verfassung gewesen. Die an ihr offenkundig werdende Unmöglichkeit, aus liberalistisch demokratischem Geist das Reich neuer Stärke entgegenzuführen, war einer der Gründe für die Entstehung und den Sieg des Nationalsozialismus. Mit der Weimarer Verfassung sind ihre aus demselben Geist geborene Kinder, die Verfassungen der deutschen Länder tot, wenn sie auch wie diese auf dem Papier im Augenblick noch weiterleben. Die unten zu besprechenden Teillösungen auf dem Gebiete des Verfassungsrechts werden ihren Abschluss in einer Verfassung des neuen nationalsozialistischen Deutschlands und seiner Länder erhalten, aber wohl erst dann, wenn die wichtigsten Probleme ausgereift sind. Jetzt wird das geregelt, was einer sofortigen Regelung bedarf.

Die sicherste Gewähr gegen das Wiederaufleben des in der Weimarer Verfassung verankerten Geistes bietet das «Gesetz gegen



die Neubildung von Parteien» vom 14. Juli 1933. In drakonischer Kürze erklärt es, dass in Deutschland als einzige politische Partei die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP.) besteht, und dass mit Zuchthaus bis zu 3 Jahren oder mit Gefängnis von 6 Monaten bis zu 3 Jahren bestraft wird (sofern nicht die Tat nach anderen Vorschriften mit einer höheren Strafe bedroht ist), wer es unternimmt, den organisatorischen Zusammenhalt einer anderen politischen Partei aufrecht zu erhalten oder eine neue politische Partei zu bilden. Der Nationalsozialismus hatte mit dem ganzen Schwung seiner Jugendkraft alle Parteien weggefeht. Er selbst wurde immer mehr mit dem Staate selbst eins. Mit dem Wegfall der Parteien ist der angestrebte Idealzustand noch nicht erreicht. Dies kann erst dann der Fall sein, wenn alle Volksgenossen den neuen Geist nicht nur erfasst haben, sondern auch aus ihm leben. Aber es sind schon jetzt alle Hemmnisse, alle Schranken weggefallen, die der Erreichung dieses Ziels im Wege standen. Wer von den Anhängern der früheren Parteien das Vaterland über die Partei gestellt hat und wirklich gutgesinnt ist, muss genau so wie jeder Nationalsozialist diesen Zustand begrüßen.

Wer sich von der alten Denkungsart, die aus dem Boden der Weimarer Verfassung erwächst, nicht freimachen kann, möchte nun von Entrechtung des Volkes reden. Es wäre hiergegen zu fragen, ob früher wirklich das Volk als solches den Gang der Politik bestimmte. Darüber hinaus gibt das «Gesetz über Volksabstimmung» vom 14. Juli 1933 der Reichsregierung das Recht, das Volk zu befragen, ob es einem von ihr beabsichtigten Gesetz oder einer sonstigen Massnahme, beispielsweise dem Vertrag mit einem fremden Staat oder der geplanten Entscheidung über eine die gesamte Nation bewegende Frage, zustimmt oder nicht (§ 1). Die Volksabstimmung kann nur von der Regierung, nicht aus dem Volk heraus veranlasst werden. Eine andere Regelung würde der autoritären Stellung der Regierung nicht entsprechen. So gibt die Einrichtung der Volksabstimmung, die auf altgermanische Rechtsformen zurückgeht, im Gegensatz zu dem den Formen ausländischer Demokratie entlehnten Volksentscheid der Weimarer Verfassung, dem Volke nicht das Recht, den Kurs der Regierung zu stören — denn die im Gesetz nicht ausdrücklich entschiedene Frage, ob die durch Volksentscheid abgelehnte Massnahme dennoch von der Regierung getroffen werden darf, ist trotz § 3 zu bejahen — sie gibt aber der Regierung ein Mittel zur Prüfung in die Hand, inwieweit das Volk ihr Gefolgschaft leistet. Wie die Regierung von diesem Mittel Ge-

brauch machen will, liegt noch im Dunkeln, jedenfalls zeugt die Tatsache, dass das Gesetz über Volksabstimmung als eines der ersten verfassungsrechtlichen Gesetze erlassen wurde, für die Bedeutung, die ihm die neue Regierung zulegt. Bei der Volksabstimmung entscheidet die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen auch dann, wenn die Abstimmung ein Gesetz betrifft, das verfassungsändernde Vorschriften enthält (§ 2). Stimmt das Volk der Massnahme zu, so findet Artikel 3 des Gesetzes zur Behebung der Not von Volk und Reich vom 24. März 1933 entsprechende Anwendung (§ 3), d. h. die vom Volk gebilligten Gesetze werden vom Reichskanzler ausgefertigt und im Reichsgesetzblatt verkündet und treten, soweit sie nichts anderes bestimmen, mit dem auf die Verkündung folgenden Tag in Kraft. Der Reichsminister des Innern ist zum Erlass von Durchführungsverordnungen und allgemeinen Verwaltungsvorschriften ermächtigt (§ 4), hat aber bis jetzt von der Ermächtigung noch keinen Gebrauch gemacht.

Das Volk hat nur noch formell das in der Zeit der Notverordnungs politik bereits illusorisch gewordene Recht, durch seine gewählten Vertreter die Gesetze zu erlassen; denn seitdem die §§ 1 u. 2 des Gleichschaltungsgesetzes vom 31. März 1933 auch der Regierung dieses Recht gegeben haben, macht in der Praxis diese fast ausschliesslich davon Gebrauch. Aber dennoch wird die «Stimme des Volkes» bei der Gesetzgebung und bei sonstigen wichtigen Massnahmen gehört, weil seine zwar nicht gewählten, aber auserwählten Vertreter im Staatsrat zu jeder entscheidenden Frage gehört werden können, in der Praxis wohl auch gehört werden. Der preussische Staatsrat, gebildet auf Grund des Gesetzes vom 8. Juli 1933, hat mit dem Staatsrat der alten preussischen Verfassung in der Zusammensetzung und in den Funktionen nichts gemein. Er ist auch keine Nachahmung des italienischen Senats oder italienischen Staatsrats. Er hat die Aufgabe, das Staatsministerium bei der Führung der Staatsgeschäfte, also sowohl bei der Gesetzgebung als bei der Staatsverwaltung zu beraten (§ 1). Er stimmt nicht ab. Seine Mitglieder äussern sich zu den Vorlagen, die ihm zugehen. Wichtige Gesetze sollen vor ihrer Verkündung dem Staatsrat vorgelegt werden. Jeder Staatsrat kann beim Ministerpräsidenten die Beratung einer Angelegenheit anregen. Ob der Anregung zu entsprechen ist, entscheidet der Ministerpräsident allein (§ 10). Formell liegt die Zuziehung des Staatsrats allein in der Hand des Ministerpräsidenten. Sachlich hängt die Bedeutung des Staatsrats von der Persönlichkeit und dem Können seiner Mitglieder ab. Der Ministerpräsident wird ihn um so öfter zu Rate

ziehen, je grösser die Autorität seiner Mitglieder ist. Den Staatsrat, dessen Mitglieder auch persönlich die Amtsbezeichnung «Preussischer Staatsrat» führen, bilden kraft ihres Amtes der Ministerpräsident und die Staatsminister, kraft Ernennung durch den Ministerpräsidenten bis zu fünfzig Personen (§§ 2, 3). Die Staatsräte werden nach § 5 aus drei Gruppen ernannt, deren erste Gruppe die Staatssekretäre, deren zweite Gruppe der Stabschef der gesamten SA.,<sup>1)</sup> der Reichführer der SS.,<sup>2)</sup> der Stabsleiter der PO.,<sup>3)</sup> die für preussische Gebietsteile zuständigen Gauleiter der NSDAP. und die eine Gruppe führenden Obergruppenführer der SA. und Gruppenführer der SS., deren dritte Gruppe Vertreter der Kirchen, von Wirtschaft, Arbeit, Wissenschaft und Kunst sowie sonstige um Staat und Volk verdiente Männer bilden. Zum Staatsrat kann nur ernannt werden, wer mindestens 25 Jahre alt ist und die Rechte eines deutschen Staatsbürgers — das Gesetz über die Staatsbürgerschaft steht noch aus — besitzt. Grundsätzlich kann nur ernannt werden, wer in einer der preussischen Provinzen seinen Wohnsitz hat. Grundsätzlich können nicht ernannt werden: Reichsminister unbeschadet ihrer Mitgliedschaft als preussische Staatsminister, Reichstatthalter, Mitglieder einer ausserpreussischen Landesregierung, sowie Beamte des Reichs oder eines ausserpreussischen Landes (§ 4). Der Ministerpräsident, die Staatsminister und Staatssekretäre gehören dem Staatsrat auf die Dauer ihres Amtes an, die Staatsräte der zweiten Gruppe für die Dauer der dort bezeichneten Ämter in der nationalsozialistischen Bewegung, die Staatsräte der dritten Gruppe auf Lebenszeit, sofern nicht bei der letzteren Gruppe der Ministerpräsident feststellt, dass die Voraussetzungen nicht mehr vorliegen, auf Grund deren die Ernennung erfolgt ist. Die Mitgliedschaft erlischt ferner, wenn der Ministerpräsident einem Staatsrat das Anerkenntnis unverletzter Ehrenhaftigkeit oder eines der Würde des Staatsrats entsprechenden Lebenswandels oder Verhaltens versagt (§ 6). Für die Staatsräte besteht Teilnahmepflicht an den Sitzungen (§ 9). Ihr Amt ist ehrenamtlich; sie erhalten freie Eisenbahnfahrt und nach der Verordnung vom 10. Juli 1933 monatlich 1000 RM, soweit sie ihren Wohnsitz in Grossberlin oder Potsdam haben, 500 RM Aufwandsentschädigung (§ 14). Präsident des Staatsrats ist der Ministerpräsident, er gibt ihm eine Geschäftsordnung (§ 7). Er beruft ihn und setzt die Tagesordnung

---

<sup>1)</sup> SA. = Sturmabteilungen.

<sup>2)</sup> SS. = Schutzstaffeln.

<sup>3)</sup> PO. = Parteiorganisation.



der Sitzung fest, er eröffnet die Sitzungen und kann sie jederzeit ohne Rücksicht auf den Stand der Beratungen schliessen (§ 8). Die Sitzungen des Staatsrats sind nicht öffentlich (§ 11). Der Reichskanzler kann jederzeit die Einberufung des Staatsrats verlangen, jederzeit im Staatsrat erscheinen und das Wort nehmen (§ 12).

Ähnlich ist auch das hamburgische Gesetz über den Staatsrat, der aus den Senatsmitgliedern und den Staatssekretären, ferner bis zu zwanzig vom regierenden Bürgermeister ernannten weiteren Mitgliedern besteht.

Mit dem Gesetz über den Staatsrat stimmt im Aufbau, zum Teil sogar wörtlich das preussische Gesetz über den Provinzialrat vom 17. Juli 1933 überein. Anstelle des Ministerpräsidenten tritt der Oberpräsident, anstelle der Staatsminister die Regierungspräsidenten. Der Provinzialrat, dessen Mitglieder die Amtsbezeichnung «Preussischer Provinzialrat» führen, besteht kraft Amtes aus dem Oberpräsidenten, den in der Provinz wohnhaften Staatsräten der zweiten und dritten Gruppe, den Regierungspräsidenten und dem Landeshauptmann, kraft Ernennung durch den Ministerpräsidenten aus einer für die einzelnen Provinzen verschiedenen Zahl von Personen. Ernannt werden in der ersten Gruppe die Kreisleiter der NSDAP. sowie höhere Führer der SA. und der SS., in der zweiten Gruppe um Staat und Volk verdiente Männer. Die Einberufung des Provinzialrats können auch der Ministerpräsident und die Staatsminister verlangen. Für die Stadt Berlin erfolgt eine besondere Regelung.

Mit Freude kann man auch davon berichten, dass das Ende der schlimmsten Auswüchse der deutschen Kleinstaaterei anscheinend gekommen ist. Nach Zeitungsmeldungen fanden am 13. August in Detmold Besprechungen zwischen den Regierungen von Lippe und Schaumburg-Lippe über den Zusammenschluss der beiden Länder statt. Die gleichen Besprechungen fanden auch zwischen Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz statt. Auch der Föderalist, obgleich für den Föderalismus nach dem Reichsstatthaltergesetz vom 7. April 1933 wenig Platz mehr vorhanden ist, konnte es nicht verstehen, dass man solche Zwergstaaten am Leben liess, für deren Aufrechterhaltung nur historische Gründe früherer Fürstenpolitik, aber doch nicht tiefe Stammesunterschiede angeführt werden konnten. Ihre Vereinigung wäre ein erster Anfang. Er wird nicht ausreichen. Die deutsche Flurbereinigung kann noch nicht am Ende sein, solange es noch mehr solcher Kleinstaaten, solange es auch noch eine solche Vielzahl von Exklaven



grösserer an sich lebensfähiger Länder gibt. Bricht sich hier die Erkenntnis nicht freiwillig Bahn, so wäre es ein Verdienst des Reiches, hier reinen Tisch zu machen. Das fordert der Gedanke der Reichseinheit und der Grundsatz einer möglichst reibungslosen und billigen Verwaltung.

Schälen wir aus den besprochenen Gesetzen den Kern heraus, so stossen wir auf folgende Grundlinien der Verfassungsentwicklung: Das Gesetz gegen die Parteibildung schafft die Voraussetzung für die Bildung der inneren geistigen Einheit.

Das hier nicht besprochene Reichsstatthaltergesetz <sup>4)</sup> hat Deutschland verfassungsrechtlich zum Einheitsstaat gemacht.

Die neue Verfassung wird beherrscht vom Führergedanken. Der Führer entscheidet allein, nicht eine mehr oder minder anonyme Mehrheit. Damit ist auch das Schicksal der Volksvertretung — Reichstag, Landtag — besiegelt. Hier ist die Entwicklung über das Gleichschaltungsgesetz, das ihren Bestand institutionell garantierte, in Wirklichkeit bereits hinausgegangen.

Der Führer wird nicht von unten gewählt, sondern von oben berufen. Der Berufung von oben nach unten entspricht die Verantwortung von unten nach oben.

Die Rechte des Volkes sind auch äusserlich gewahrt, obgleich dies in einem Staat, in dem Führer und Volk die gleiche Anschauung beseelt, in dem die Führer nur die ersten Diener des Volkes sind, nicht von ausschlaggebender Bedeutung ist: Der Staatsrat als die Versammlung der Besten des Volkes hat bei der Lenkung des Staates nicht formell, aber kraft seiner inneren auf Wissen und Charakter aufgebauten Autorität ein wichtiges Wort mitzusprechen. Die Volksabstimmung gibt dem Volke ausdrücklich das Recht, seine Meinung zu den entscheidendsten Fragen der staatlichen Entwicklung zu äussern.

In diesem Augenblick, wo sich das Gerippe des künftigen Verfassungsbaues erkennen lässt, ist eine Mahnung zur äusseren Einheitlichkeit, die der tatsächlichen inneren Einheit entspricht, am Platz. Das politische Leben und die Spannungen der politischen Kräfteverteilung, deren gesetzlicher Niederschlag die Verfassung ist, wird heute nicht von der verschiedenen Tradition einzelner Länder, auch nicht von Stammesunterschieden bestimmt, sondern einzig und allein vom Geist des Nationalsozialismus. Der Geist des Nationalsozialismus aber ist der

---

<sup>4)</sup> S. meinen Artikel „Der Deutsche Einheitsstaat“ in der Rigaschen Zeitschrift für Rechtswissenschaft 1932/1933, Heft 4, S. 197 ff.

Wille des Führers. Er ist im Norden und im Süden, im Westen und im Osten Deutschlands derselbe. Durch das Reichsstatthaltergesetz hat der Führer Deutschland zum Einheitsstaat gemacht. Es wäre sinnlos, wenn in einem Staat einheitlicher Gesinnung wesentliche Unterschiede in den Verfassungen der einzelnen Länder wären. Dies wäre auch eine unnötige Belastung der Verwaltung. Darum geht die Forderung dahin, dass die kommenden Verfassungen der deutschen Länder — von zentraler Stelle aus angeregt — in den Grundgedanken, im Aufbau und in der sprachlichen Ausgestaltung sich nach Möglichkeit gleichen.

## **Das neue Strafgesetzbuch Lettlands.<sup>1)</sup>**

Von Professor Paul Mintz.

### **I. Allgemeiner Teil.**

Am 1. August 1933 ist als Ergebnis einer 14 Jahre langen Vorarbeit das Strafgesetzbuch Lettlands in Kraft getreten. Gewiss hätte noch länger an dem Text herumgefeilt, hätten manche Unebenheiten und Fehlgriffe ausgemerzt werden können, von denen einige schon heute bemerkbar sind und so manche andere sich erst bei der praktischen Anwendung des Gesetzes fühlbar machen werden. Doch hat die Erfahrung anderer Länder gelehrt, dass bei diesem Streben nach grösserer Vollkommenheit die besten Entwürfe aus dem Stadium der Vorbereitung nicht herauskommen. Aus dieser Erwägung heraus wurde der Entschluss gefasst, den von drei Kommissionen überarbeiteten und schliesslich vom Strafrechts-Ausschuss des Parlaments in dritter Lesung gutgeheissenen Entwurf auf dem Verordnungswege zum Gesetz werden zu lassen und die sich in der Praxis erweisenden Mängel mit Hilfe von Einzelnovellen allmählich abzustellen.

Dieser Weg erschien um so gangbarer als das Strafgesetzbuch Lettlands keine Neuschöpfung sein wollte, sondern, unter Wahrung der rechtlichen Kontinuität, an das russische Strafgesetzbuch vom Jahre 1903 anknüpft und auf dessen in vielen Beziehungen durchaus bewährtem Fundamente weiterbaut.

Denn bei allen Streichungen, Änderungen und Ergänzungen, wel-

---

<sup>1)</sup> Vergl. die Besprechung des ersten im J. 1930 auf dem Verordnungswege erlassenen Regierungs-Entwurfs in der Rigaschen Zeitschrift für Rechtswissenschaft, 1930, IV, S. 217—230.

che an dem Strafgesetzbuch vom J. 1903 vorgenommen worden sind,<sup>2)</sup> ist das Lettl. Strafgesetzbuch, seiner ganzen Anlage und den leitenden Prinzipien nach, nichts weiter als eine stark umgearbeitete Neuauflage des Strafgesetzbuchs vom J. 1903. Wenn Vergleiche möglich sind, könnte man sagen, dass sie sich zu einander ähnlich, wie der Code pénal Belge zu seinem Urbild — dem französischen Code pénal verhalten.

Freilich sind manche Änderungen von einschneidender Natur. Von diesen Änderungen, welche sich übrigens wesentlich von denen des ersten Regierungsentwurfs unterscheiden, soll im Nachfolgenden die Rede sein.

Zunächst vom **Strafensystem**. Ursprünglich kannte das russische Strafgesetzbuch acht Strafarten, welche im Art. 2 in nachstehender Reihenfolge aufgezählt sind: Todesstrafe, Zwangsarbeit, Deportation (Zwangsansiedlung), Korrektionshaus, Festung, Gefängnis, Arrest (Haft) und Geldstrafe. Von diesen sind im Jahre 1917, gleich nach der Februarrevolution zwei — die Todesstrafe und die Deportation, die erste aus politischen, die zweite aus straftechnischen Gründen, in Wegfall gekommen. Die übrigen 6 Strafarten können in zwei Hauptgruppen zerlegt werden, von denen die vier ersten schwereren Freiheitsstrafen für Ahndung von Verbrechen und Vergehen, und die beiden letzten Strafarten — Arrest und Geldstrafe — für Übertretungen bestimmt sind.

Die zweite Gruppe ist vom lettl. Strafgesetzbuch, auch in Bezug auf das Ausmass, ziemlich unverändert aufgenommen worden. Der Arrest wurde und wird durch das Mindestmass von 1 Tage und das Höchstmass von 6 Monaten beschränkt. Für die Geldstrafe sieht der allgemeine Teil kein Maximum, wohl aber ein Minimum von 1 Lat vor. Im russischen Strafgesetzbuch waren es 50 Kopeken. Wie bisher dient der Arrest gleichzeitig als Ersatzstrafe für inexigible Geldstrafen.

Nach zwei Richtungen weicht aber das lettl. Strafgesetzbuch hinsichtlich des Arrests von seinem Vorbild ab. Einmal ist der sogenannte «Hausarrest», das heisst das Verbüssen des Arrests bis zu 7 Tagen in der eigenen Wohnung, unter polizeilicher Bewachung, in Wegfall gekommen, weil der Gesetzgeber sich auf den Standpunkt gestellt hat,

---

<sup>2)</sup> Statt der früheren 687 Artikel, zu welchen im Laufe der Zeit 45 Novellen hinzugekommen waren, während das Lettl. Strafgesetzbuch 34 völlig neue Artikel aufgenommen hat, zählt letzteres nur noch 584, und von den alten Artikeln sind nur 36 völlig nnverändert herübergenommen worden.



dass dieser Modus der Verbüßung sich in der Praxis zu einem Privileg bevorzugter Stände und Klassen herausgebildet hat, und derartige Unterschiede dem Wesen einer demokratischen Republik widersprechen. Ausschlaggebend mag hierfür auch die Erwägung gewesen sein, dass das Verbot des Verlassens der eigenen Wohnung, seinem geringen repressiven Charakter nach, der Bedeutung einer Rechtsstrafe, als welche der Arrest immerhin anzusehen ist, nicht entspricht.

Zweitens gestattet das lett. Strafgesetzbuch den Übergang vom Arrest zur Geldstrafe, falls Milderungsgründe vorliegen, was dem russ. Strafgesetzbuch nach ausdrücklich untersagt war.

Die vier schwereren Freiheitsstrafen, welche nebenbeigesagt, in Lettland in ein und derselben Strafanstalt verbüßt werden, standen zu einander bisher in keinem ausgeglichenen Verhältnis. Die Dauer der Zwangsarbeit war entweder unbefristet oder galt von 4 bis zu 15 Jahren. Sie war stets mit dem Verlust aller Rechte verbunden. Letzteres bezog sich auch auf das Korrektionshaus, dessen Mindestmass  $1\frac{1}{2}$  Jahre und dessen Höchstmass 6 Jahre betrug. Die Festungshaft, welche keine Aberkennung der Rechte zuliess, dauerte 2 Wochen bis zu 6 Jahren. Das Gefängnis, für Angehörige höherer Stände in gewissen Fällen (gewinnsüchtige Absicht) mit dem Verlust der Standesrechte verbunden, erstreckte sich von 2 Wochen bis zu 1 Jahr.

Hier ist nun im Hinblick darauf, dass es in Lettland keine gesonderten Strafanstalten für die Verbüßung der genannten vier verschiedenen Strafanstalten gibt und die Schwere der Strafe fast ausschliesslich in ihrer Dauer zum Ausdruck kommt, ein Hinübergreifen des Ausmasses der einen in die andere (man vergleiche Korrektionshaus und Zwangsarbeit) ausgeschaltet worden. Andererseits musste die Lücke zwischen der Höchstdauer des Gefängnisses und der Mindestdauer des Korrektionshauses ausgefüllt werden.

Demgemäss stellt sich das Verhältnis dieser drei Strafarten zu einander nach dem lett. Strafgesetzbuch (Art. 13—15) wie folgt: Gefängnis 2 Wochen — 1 Jahr, Korrektionshaus 1 Jahr — 4 Jahren, Zwangsarbeit 4—15 J. oder auf Lebenszeit. Dagegen ist die Festungshaft, welche im russ. Strafgesetzbuch den Charakter der «custodia honesta» trug und dazu berufen war, teilweise das Gefängnis, teilweise aber auch das Korrektionshaus in den Fällen zu ersetzen, wo keine ehrlose Gesinnung vorliegt, gänzlich fallen gelassen worden.

Das Strafgesetzbuch will eben keine «custodia honesta», im Sinne einer blossen Verwahrungsanstalt, mehr kennen. Der Gesetz-



geber ging hierbei von der Ansicht aus, dass im Sinne einer gesunden Generalprävention, auf welcher das gesamte Strafgesetz aufgebaut ist, die Ahndung eines Vergehens nicht zur leeren Form herabsinken darf, als welche eine «custodia honesta», ihrem Wesen nach, erscheint, wenn sie tatsächlich als Internierung innerhalb der Festungsmauern gehandhabt wird, bzw. zu einem Spiel mit Worten wird, wenn sie im Gefängnis verbüßt werden soll. Allerdings sollen neben der Schwere der Straftat die Motive derselben für ihre Wertung von Bedeutung sein, aber der Gesetzgeber hat geglaubt, es viel wirkungsvoller, als durch eine verschiedene Benennung derselben Freiheitsstrafe, dadurch zum Ausdruck bringen zu können, dass das Vorhandensein von unlauteren Motiven die Aberkennung der politischen und bürgerlichen Ehrenrechte nach sich zieht, und diese im entgegengesetzten Fall nicht eintritt.

Freilich kann diese Unterscheidung bei der Höchststrafe, die das lettl. Strafgesetzbuch kennt, der Zwangsarbeit, welche die sogen. «Verbrechen» trifft, nicht in Betracht kommen, wie ja auch z. B. nach dem geltendem deutschen Strafgesetzbuch das Zuchthaus die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte zwangsläufig nach sich zieht. Aber bei dem Korrektionshaus wird sie bereits insofern gemacht, als es dem Gericht freisteht, von einer Aberkennung der Rechte abzusehen, wenn es sich davon überzeugt hat, dass der Täter sich nicht von «besonders böartigen Motiven» hat leiten lassen. Bei bestimmten im Gesetz namentlich aufgezählten politischen Straftaten ist im Falle einer Verurteilung zum Korrektionshaus die Aberkennung der Rechte überhaupt ausgeschlossen (Art. 27, Abs. 3 und 4).

Umgekehrt, ist es dem Ermessen des Gerichts (und zwar des Bezirksgerichts, nicht aber des Friedensrichters) überlassen eine Gefängnisstrafe von mindestens 6 Mon. durch Aberkennung der Rechte zu verschärfen, falls es zur Überzeugung gelangt, dass beim Täter «besonders böartige Motive» vorlagen (Art. 28).

Auf diese Weise erübrigte sich die Beibehaltung der etwas obsoleten Festungsstrafe.

Das lettl. Strafgesetzbuch vermeidet es, auf eine ausführliche Beschreibung der einzelnen Strafarten einzugehen, erstens, weil es das Hauptgewicht auf die Dauer derselben legt und, zweitens, weil es die Herausarbeitung dieser Einzelheiten einem besonderen Strafvollzugsgesetz überlassen wollte. So ist z. B., zum Unterschied vom russ. Strafgesetzbuch, vermieden worden, den Zeitraum genauer zu bestim-

men, der in Einzelhaft zu verbringen ist. Auch über den Charakter der Arbeit, zu welcher die Häftlinge anzuhalten sind, schweigt es sich, abweichend vom russ. Strafgesetzbuche, im allgemeinen aus. Nur in Bezug auf Rohlinge heisst es, dass sie sich hinsichtlich der Arbeit in völliger Abhängigkeit von den Anordnungen der betreffenden Strafanstalt befinden (Art. 18). Dagegen wird vorgeschrieben, dass die zur Zwangsarbeit, zum Korrektionshaus oder zum Gefängnis Verurteilten nicht nur nach der Straftat, sondern auch nach dem Charakter der begangenen Straftat gesondert unterzubringen sind, und dass, soweit es technisch durchführbar ist, eine Trennung der Häftlinge für die Nacht und sonstige arbeitsfreie Zeit durchgeführt wird (Art. 116).

Eine sehr schwerwiegende Neuerung enthält das lett. Strafgesetzbuch allerdings — die Verschärfung der lebenslänglichen Zwangsarbeit durch das Anlegen von Fesseln. Man hat diese Neuerung als einen Rückfall in die Zeit der Körperstrafen bezeichnet. Vielleicht — weil man die Fesseln mit der früheren Kettenstrafe verwechselte. So schlimm ist es nun freilich nicht, obgleich nicht geleugnet werden soll, dass die Fesseln, welche je nach Ermessen des Gerichts für die Dauer von 3 Monaten bis zu 3 Jahren angelegt werden können, eine physische Erschwerung der Haft bedeuten. Doch ist zu bedenken, dass das Gesetz die Fesseln nur in besonders schweren Fällen zulässt und zwar, wenn die Verurteilung zu lebenslänglicher Zwangsarbeit mit einer anderen Freiheitsstrafe kumuliert bzw. einen Gewohnheitsverbrecher trifft und dergl. mehr. Entscheidend fiel für die Einführung der Fesseln der Umstand in die Wagschale, dass das lett. Strafgesetz, zum Unterschied von manchen neueren Gesetzgebungen, nicht auf die Todesstrafe als summum supplicum zurückgekommen ist. Es musste doch die Möglichkeit geschaffen werden, z. B. einen lebenslänglichen Zwangsarbeiter zu bestrafen, wenn er seinen Gefängniswärter erschlägt.

Hinsichtlich der Nebenstrafen, insbesondere der Aberkennung der Rechte, weist das lett. Strafgesetzbuch, im Vergleich zu seinem Vorläufer, einen sehr wesentlichen Fortschritt auf. Das Strafgesetzbuch vom Jahre 1903 hatte sich von der alten russischen Tradition, den Verlust der Rechte als obligatorische Folge gewisser Freiheitsstrafen stark in den Vordergrund zu schieben, nicht frei machen können. Auch war der Umfang der Rechtsbeschränkung noch ausserordentlich gross. Es spricht z. B. vom Verlust der sogen. Standesrechte, jeglicher Vermögensrechte, Erb- und Familienrechte. Ein Spe-

zialgesetz aus dem Jahre 1916 hatte für die Fälle schweren Landesverrats überdies als Nebenstrafe die Einziehung des gesamten Vermögens des Verurteilten eingeführt.

Auf all' diesen Gebieten hat das neue Strafgesetzbuch wesentlichen Wandel geschaffen. Zunächst ist die Einziehung des gesamten Vermögens, welche dank der Kriegspsychose, die ganz Europa ergriffen hatte, aus der Rüstkammer längst verklungener Zeiten hervorgeholt worden war, wieder verschwunden.

Von dem Verluste von Standesrechten konnte, ferner, in der demokratischen lettländischen Republik nicht mehr die Rede sein, wo alle Standesunterschiede aufgehoben worden waren.

Doch ist das lett. Strafgesetzbuch, dem Vorbild der modernsten Gesetzgebungen folgend, einen Schritt weiter gegangen und hat auf den Verlust von Vermögens-, Erb- und Familienrechten überhaupt verzichtet (Art. 27, Abs. 1 und 2).

Verblieben ist die Aberkennung der politischen und gewisser bürgerlichen Ehrenrechte und zwar, wie oben bereits ausgeführt, nur bei der Zwangsarbeit obligatorisch, im übrigen fakultativ, nach Massgabe des vorliegenden Falls von der Einsicht des erkennenden Gerichts abhängig.

Daneben wird aber, in Erweiterung der bereits im russischen Strafgesetzbuch vorhandenen Anfänge, in sehr ausgiebigem Masse, und zwar im besonderen Teile, von der Beschränkung gewisser Berufsrechte Gebrauch gemacht, welche sowohl zeitig, als auch besonders im Wiederholungsfalle unbefristet sein kann und in den allermeisten Fällen in das Ermessen des Gerichts gestellt ist. Wesentlich ist für diese Form der Rechtsbeschränkung der Umstand, dass sie nur in den Fällen eintritt, in welchen die Straftat in dem Missbrauch gerade dieser Berufsrechte besteht.

Wenn dieses in grossen Zügen das Bild des lettländischen Strafsystems ist, welches zweifellos vor dem bisherigen den Vorzug der grösseren Einfachheit hat, ohne jedoch den Irrweg einer totalen Unifizierung der Freiheitsstrafe gegangen zu sein, so hat das lett. Strafgesetz andererseits nicht umhin können, den auf ein Hineinarbeiten der sogen. Sicherungsmassregeln in das Strafgesetzbuch gerichteten modernen Bestrebungen seinen Tribut zu zollen.

Im russischen Strafgesetzbuch finden sich nur schüchterne Andeutungen derartiger Massnahmen: unzurechnungsfähige Täter, die gefährlich erscheinen, werden in Heilanstalten untergebracht und De-



linquenten, welche die Tat infolge von Müssiggang und Arbeitsscheu begangen haben, können gleich nach Verbüßung der Gefängnisstrafe durch Gerichtsbeschluss für die Dauer von 6 Monaten bis zu 2 Jahren einem Arbeitshaus überwiesen werden. Diese Bestimmungen sind vom lettl. Strafgesetzbuch entsprechend der Bedeutung, welche Doktrin und Praxis heute den sichernden Massnahmen beilegen, stark erweitert worden.

Freilich hat das neue Strafgesetzbuch sich die neueste Lehre, welche Strafen und Sicherungsmittel durcheinander wirft und erstere beliebig durch letztere ersetzt wissen will, nicht zu eigen gemacht. Es zieht, nach wie vor, eine scharfe Demarkationslinie zwischen beiden und will nur deshalb das urteilende Strafgericht mit der Anwendung von sichernden Massnahmen, die kriminellen Gefahren vorbeugen sollen, betrauen, weil dieses sowohl die Tatumstände, als auch die Personalien des Täters kennt, und ein Gerichtsbeschluss angesichts der schweren Freiheitsbeschränkung, welche derartige Massnahmen bedeuten, im Sinne der Ausschaltung administrativer Willkür erforderlich erscheint.

Die Regelung dieser Materie ist sowohl durch entsprechende Bestimmungen des Strafgesetzes als auch durch erforderliche Ergänzungen der Strafprozessordnung erfolgt.

In Bezug auf die für unzurechnungsfähig Erklärten ist im Strafgesetz die Anordnung getroffen, dass falls eine diesbezügliche Nachprüfung durch das Gericht ergibt, dass die Gefährlichkeit des in Frage kommenden Individuums nicht mehr besteht, die getroffene Sicherungsmassregel aufgehoben werden muss (Art. 38, Abs. 3). Die Strafprozessordnung fügt hinzu, dass diese Prüfung auf dem im Art. 396 vorgesehenen Wege zu erfolgen habe.

Hinsichtlich der Sicherungsmassregeln gegen Schuldige unterscheidet das Strafgesetzbuch die Sicherungshaft, das Arbeitshaus und die Heilanstalt für Alkoholiker, Kokainisten und a. m. Die Unterbringung erfolgt in allen drei Fällen auf Verfügen des urteilenden Gerichts gleich nach Verbüßung der eigentlichen Strafe.

Die Sicherungshaft setzt als vorgängige Strafe die Zwangsarbeit oder das Korrektionshaus voraus, dauert 5—10 Jahre und ist zulässig, wenn das Gericht die «Gefährlichkeit» des Inkulpaten festgestellt hat. Sie wird in derselben Weise aufgehoben wie sie angeordnet worden ist (Art. 31, Abs. 1 u. 2). Im Zusammenhang hiermit verlangt die Novelle zur Strafprozessordnung, dass das Gericht, bevor es seine



Entscheidung trifft, das Gutachten der betreffenden «Kommission für vorläufige Entlassung» über den Charakter des Häftlings anhört (Art. 995<sup>1</sup>). Die Sicherungshaft, deren Zweck es ist, gefährliche Verbrecher möglichst lange unschädlich zu machen, darf nur in den im Gesetz ausdrücklich vorgesehenen Fällen — Dieben, Räubern, Erpressern, Betrügnern und Zuhältern gegenüber — angewandt werden (Art. 548—551, 553 und 506).

Das **Arbeitshaus**, welches arbeitsscheue Delinquenten, nach Verbüßung der Freiheitsstrafe im Korrektionshaus oder im Gefängnis, zur Arbeit anhalten soll, kann vom Gericht, nach Anhörung des Gutachtens derselben Kommission (P. O. Art. 995<sup>2</sup>), nicht nur bis auf zwei, sondern sogar in gewissen Fällen (Landstreicher und berufsmässige Hehler) bis auf 5 Jahre ausgedehnt werden (Art. 31, Abs. 3 und 296, 297 sowie 570).

Schliesslich darf das Gericht, falls ein Vergehen infolge von **Trunksucht** oder gewohnheitsmässigem Gebrauch anderer betäubender Mittel begangen und der Täter zum Gefängnis verurteilt worden ist, den Delinquenten nach verbüsster Strafe in einer entsprechenden Heilanstalt bis zur erfolgten Heilung, jedoch nicht länger als für die Dauer eines Jahres unterbringen (Art. 31, Abs. 4).

Auf diese Weise glaubt das Strafgesetzbuch dem berechtigten Verlangen nach Schutzmassregeln gegen Wiederholung von Straftaten entsprochen zu haben, ohne auf eine empfindliche Bestrafung des Täters zu verzichten.

Soweit **jugendliche Verbrecher** in Betracht kommen, hat das neue Strafgesetzbuch neue Bahnen beschritten. Dass die Altergrenze sowohl für die absolute, als auch für die relative Strafunmündigkeit erhöht werden musste, erschien selbstverständlich. Mit Rücksicht auf die in der Kriegs- und Nachkriegszeit eingetretene Verwilderung hat man sich aber nicht entschliessen können, erstere höher als mit 12 Jahren anzusetzen (nach russischem Recht waren es 10 Jahre), während die relative Strafunmündigkeit bis zum 18-ten Jahr (statt 17) erstreckt wurde (Art. 39). Der Schwerpunkt liegt freilich mehr in der Behandlung der Jugendlichen. Hier ist für die Stellungnahme des neuen Strafgesetzbuchs der Umstand bedeutsam, dass sorgfältig vermieden worden ist, die ihnen gegenüber von Gerichtswegen anzuwendenden Massnahmen als Strafen zu bezeichnen, soweit nicht ein als strafmündig erkannter über 14 Jahre alter Jugendlicher ein mit Zwangsarbeit be-

drohtes Verbrechen begangen hat, welche übrigens stets in Gefängnis umgewandelt werden muss.

Jugendliche von 12 bis 18 Jahren, die wegen ungenügender geistiger oder sittlicher Reife — dieses wird besonders hervorgehoben — für unzurechnungsfähig erklärt worden sind, können höchstens einer Erziehungsanstalt überantwortet werden, falls die Schutzaufsicht der Eltern, Vormünder oder anderer zuverlässiger Personen nicht genügend erscheint. In der Erziehungsanstalt dürfen sie bis zur Volljährigkeit zurückgehalten, aber auch früher entlassen werden (Art. 39, Abs. 2—4). Ist ihnen, dagegen, das Privileg der Strafunmündigkeit nicht zugewilligt worden, so unterliegen sie, abgesehen von dem oben angeführten Spezialfall, dem Verweise, oder der Unterbringung in einer Zwangserziehungsanstalt ersten oder zweiten Grades, in welcher sie bis zur Volljährigkeit verbleiben, aber auch früher, jedoch nicht vor Ablauf von 6 Monaten, bedingt entlassen werden können (Art. 54).

Die Zwangserziehungsanstalten sind, — anders, als nach russischem Recht, — von den Erziehungsanstalten getrennt gedacht. Dadurch soll im Prinzip der Unterschied zwischen der Behandlung der für zurechnungsfähig, also für schuldig, erkannten und der wegen jugendlichen Alters zurechnungsunfähigen Jugendlichen unterstrichen werden. Letzteres um so mehr, als es sich in der Praxis hierbei zuallermeist um einen Unterschied des Alters und des Grades der moralischen Verwahrlosung handelt, der eine Unterbringung in derselben Anstalt unerwünscht erscheinen lässt. Trotzdem bleibt die Möglichkeit einer solchen gemeinsamen Behandlung, falls das Gericht eine solche für zulässig hält, nicht völlig ausgeschlossen, insofern das System der bedingten Aussetzung der verwirkten Massnahme auch auf die Zwangserziehungsanstalten ausgedehnt worden ist (Art. 21, Abs. 1). Nun darf der Richter, wenn er diese Massnahme zunächst auszusetzen für möglich hält, den Jugendlichen im Wege der sogenannten Bewährung ganz wie den «zurechnungsunfähigen» behandeln und der Schutzaufsicht der Eltern, Vormünder u. s. w. unterstellen oder auch bedingt in eine «Erziehungsanstalt» einweisen (Art. 54, Abs. 5). Dem Richter ist demnach die erforderliche Bewegungsfreiheit gegeben, die Behandlung des Jugendlichen den Besonderheiten des konkreten Falles anzupassen.

Als ein weiterer Fortschritt des lettländischen Strafgesetzbuchs ist es anzusehen, dass von einer Aberkennung von politischen und bürgerlichen Ehrenrechten bei Jugendlichen unter 18 Jahren auch dann nicht

die Rede sein darf, wenn es sich um eine schwere, an sich mit Zwangsarbeit bedrohte Straftat, handelt, weil es nicht angeht, einem jugendlichen Rechtsbrecher, der voraussichtlich besserungsfähig ist, Rechte zu nehmen, die er noch garnicht ausüben darf (Art. 56, Abs.1).

Wenden wir uns den übrigen grundlegenden Bestimmungen des Allgemeinen Teils zu, so weist das lett. Strafgesetzbuch folgende wichtigere Abweichungen vom russischen auf.

Hinsichtlich der zeitlichen Geltung der Strafgesetze ist am Grundsatz festgehalten worden, dass jede Straftat, wie jedes rechtlich relevante Ereignis überhaupt, seine rechtliche Bewertung nach denjenigen Gesetzen zu finden hat, welche zur Zeit ihres Geschehens galten (Art. 1 und 12, Abs. 1). In diesem Sinne soll das neue Gesetz keine rückwirkende Kraft haben. Das russische Strafgesetzbuch vom J. 1903 war vom entgegengesetzten Standpunkte ausgegangen und zwar aus rein praktischen Erwägungen — weil das Strafsystem des Jahres 1903 völlig anders, als bis dahin geartet war und ein Zurückgehen auf die alten Strafarten nicht gut möglich erschien. Da dieser qualitative Unterschied zwischen dem lettländischen Strafgesetzbuch und denjenigen des Jahres 1903 nicht besteht, kommt dieses Gegenargument in Wegfall.

Dagegen musste selbstverständlich an der weiteren Einsicht festgehalten werden, dass die staatliche Strafgewalt auf ihren durch das Begehen der Straftat bedingten Strafanspruch verzichten kann und soll, wenn sie selbst durch den Erlass eines milderer Gesetzes oder durch völlige Aufhebung der früheren Strafbarkeit einer Tat zum Ausdruck gebracht hat, dass sie, in fortschreitender Erkenntnis, ihre Ansicht in bezug auf die Strafbarkeit dieses Verhaltes prinzipiell geändert hat. Hieraus hat das neue Strafgesetzbuch die notwendige Folgerung gezogen, dass ein nach früherem Recht strafbares Verhalten straflos bleiben muss, wenn das neue Recht diese Strafbarkeit aufgehoben hat, und dass, wenn das neuere Strafgesetz in der Disposition oder in der Strafdrohung milder ist, dieses das ältere verdrängt (Art. 12, Abs. 2 und 3).

Eine Ausnahme bilden nur diejenigen zeitweiligen Strafgesetze, deren Erlass nicht durch eine prinzipielle Ansichtsänderung des Gesetzgebers, sondern durch das Eintreten gewisser äusserer Umstände bedingt ist. Hier kann sich die mildere Sachlage, welche mit der durch den Wegfall dieser Umstände bedingten Aufhebung der zeitweiligen Bestimmungen zusammenhängt, nur in beschränktem Masse auswirken. Es geht aus kriminalpolitischen Gründen nicht an, ein Verhalten, wel-



ches in die Zeit des Bestehens dieser Bestimmungen fiel, nach deren Aufhebung nur deshalb straflos ausgehen zu lassen, weil die Strafverfolgung in jener verhältnismässig kurzen Zeit nicht hat zu Ende geführt werden können. Demgemäss bestimmt das lett. Strafgesetzbuch, dass falls eine bis dahin völlig straflose Handlung durch eine zeitweilige Bestimmung pönalisiert wurde, diese nach ihrer Aufhebung trotzdem anzuwenden ist, indem allerdings eine Herabsetzung der Strafe im allgemeinen Milderungswege zu erfolgen hat (Art. 12, Abs. 4).

Wesentlich erscheint sodann die teilweise Durchbrechung der eisernen Regel von dem *«error juris semper nocet»*. Selbstverständlich geht auch das neue Strafgesetzbuch im allgemeinen von der Präsomption der Gesetzeskenntnis aus, ohne welche keine Strafjustiz denkbar wäre. Ihm liegt aber auch das Prinzip der Generalprävention zu Grunde, und dieses lässt sich nicht mit Strafbarkeit um jeden Preis vereinigen, wenn der Nachweis erbracht worden ist, dass der Rechtsbrecher im gegebenen — selbstverständlich ausserordentlichen — Fall das Verbot nicht nur nicht kannte, sondern auch tatsächlich nicht hat kennen können. Es liegt auf der Hand, dass der Beweis des Nichtkennenkönnens in solchem Falle von dem Rechtsbrecher zu erbringen ist, da ja das Gegenteil vorausgesetzt wird. Aber die Zulassung einer solchen Beweisführung ist ein Gebot der Gerechtigkeit. In diesem Sinne bestimmt das neue Strafgesetzbuch, dass die erwiesene Unmöglichkeit der Kenntnis des Verbotenen der Tat (das Gesetz spricht nicht von deren Strafbarkeit) eine Zurechnung zur Schuld ausschliesst (Art. 41, Abs. 3). Es soll eben völlig mit dem Begriff der formalen Verantwortlichkeit gebrochen werden und die Strafbarkeit überall da wegfallen, wo kein Verschulden vorliegt.

Dieses Bestreben macht sich auch auf anderen Gebieten bemerkbar. So z. B. auch in der Frage wegen der strafrechtlichen Verantwortung juristischer Personen.

Das russische Strafgesetzbuch hatte diese Frage im allgemeinen Teile mit Stillschweigen übergangen. Der Savigny'sche Grundsatz *«societas delinquere non potest»* ist bekanntlich von Gierke in seinen Grundfesten soweit erschüttert worden, dass in den letzten Jahrzehnten sowohl in der Doktrin, als auch in der Gesetzgebung, insbesondere mit Rücksicht auf das gefährliche Treiben mancher Aktiengesellschaften, sich das Bestreben kundgetan hat, eine kriminelle Verantwortlichkeit der juristischen Person selbst zu konstruieren und entsprechende Bestimmungen in die Strafgesetzbücher aufzunehmen. Auf dem Buka-



rester internationalen Kriminalisten-Kongress (1929) prallten die Gegensätze besonders scharf auf einander, und das neue Strafgesetzbuch Lettlands konnte es nicht vermeiden, dem Beispiele anderer Entwürfe folgend, zu dieser Frage Stellung zu nehmen.

Es hat sich für die alte Savigny'sche Auffassung entschieden und von einer Statuierung der strafrechtlichen Verantwortlichkeit von juristischen Personen abgesehen, weil ihm die Konstruierung eines Verschuldens der juristischen Person unmöglich erscheint. Es erübrigt sich eine derartige Statuierung um so mehr, als die strafrechtliche Verantwortung der Organe der juristischen Personen kriminalpolitisch vollständig ausreichend ist. Aber das Strafgesetzbuch legt darauf Gewicht, zu betonen, dass bestimmte physische Personen, welche als Vertreter juristischer Personen resp. in deren Dienste oder in deren Aufträge tätig sind, die strafrechtliche Verantwortung nur dafür trifft, was sie selbst begangen haben, so dass auch hier eine formale Verantwortung für rechtswidrige Geschehnisse ausgeschlossen bleibt, wenn kein persönliches Verschulden vorliegt. Selbstverständlich teilen mit ihnen diese Verantwortung alle diejenigen, welche an der betreffenden Straftat teilgenommen haben (Art. 51).

Eine gänzliche Umgestaltung haben die Bestimmungen über die Teilnahme gefunden. Grundlegend ist für die neue Formulierung die heute landläufige Auffassung, dass zu den «Teilnehmern» nur Anstifter und Gehilfen gehören, während der Mittäter mit dem Alleintäter in einer Reihe steht. Das russische Strafgesetzbuch zählte, dagegen, den Mittäter gleichfalls zu den Teilnehmern. Ferner hat das neue Strafgesetzbuch mit der auf der alten Komplottheorie fussenden Ansicht gebrochen, als ob für die Beihilfe eine vorherige Vereinbarung des Gehilfen mit dem Täter erforderlich wäre, sondern geht von dem heute allgemein anerkannten Standpunkt aus, dass eine auch nur einseitige Kenntnis des Gehilfen davon, dass er einem anderen Beihilfe leistet, für die Strafbarkeit seines Verhaltens genügt. Eine weitere Korrektur, die das neue Gesetzbuch hineingebracht hat, besteht in der Ausmerzung der aus der alten Lehre vom «Hauptgehilfen» stammenden Unterscheidung der Gehilfen darnach, ob die von ihnen geleistete Beihilfe wesentlicher Natur war, oder nicht. Das neue Strafgesetzbuch lehnt den Begriff der «wesentlichen» Beihilfe ab, weil, seiner Konstruktion nach, die Tätigkeit des Gehilfen, im Vergleich zu derjenigen des Mittäters, immer nur unwesentlich sein kann. Dementsprechend wird auch, entgegen dem russischen Strafgesetzbuch, festgelegt, dass die Bestrafung

des Gehilfen stets milder, als diejenige des Täters resp. Mittäters sein soll (Art. 49, Abs. 1—3).

Noch wichtiger ist vielleicht die Änderung, welche die Bestimmungen über die strafrechtliche Auswirkung besonderer persönlicher Verhältnisse oder Beziehungen zum Gegenstand hat, wenn dieselben beim Täter resp. Mittäter, nicht aber beim Teilnehmer vorliegen.

Dem russischen Gesetzbuch nach beeinflussen dieselben die Strafbarkeit der Teilnehmer solchenfalls nie, einerlei ob sie strafkonstituierenden oder strafschärfenden bzw. strafmildernden Charakters sind. Das neue Strafgesetzbuch macht, dagegen, einen Unterschied zwischen den strafkonstituierenden auf der einen, und den strafschärfenden bzw. -mildernden persönlichen Verhältnissen und Beziehungen, auf der anderen Seite. Die beim Teilnehmer nicht vorliegenden strafschärfenden resp. -mildernden Verhältnisse und Beziehungen sollen seine Strafbarkeit, wie bisher, nicht berühren. Dagegen sollen die strafkonstituierenden es wohl tun (Art. 49, Abs. 4 u. 5).

Mit anderen Worten, es wird die Möglichkeit der strafbaren Teilnahme an einer Straftat zugegeben, welche die bestrafende Person weder als Täter, noch als Mittäter hätte begehen können, weil ihm hierzu die vom Gesetz geforderte spezielle Qualifikation fehlt. Die Teilnahme am «Sonderverbrechen», deren tatsächliche Möglichkeit an sich garnicht bestritten werden kann, wird auf diese Weise auch juristisch anerkannt. Damit wird eine Lücke ausgefüllt, die sich schon wiederholt in der Praxis fühlbar gemacht hat (z. B. Beihilfe oder Anstiftung eines Beamten - zur Annahme von Bestechungsgeldern). Die Notwendigkeit von Separatbestimmungen des besonderen Teiles, welche derartige Teilnahmefälle zu *delicta sui generis* ausgestalten, wie das russische Strafgesetzbuch sie aufweist, ist dann nicht mehr vorhanden.

Selbstverständlich fügt das neue Strafgesetzbuch die allgemeine Vorschrift hinzu, dass die Strafe des Teilnehmers, bei welchem die besonderen strafkonstituierenden persönlichen Umstände nicht vorliegen, eben wegen des Fehlens derselben obligatorisch zu mildern sei. Gemeint ist damit freilich in erster Reihe der Anstifter, den ja im allgemeinen dieselbe Strafe wie den Täter trifft, während die Strafe des Gehilfen, nach dem neuen Gesetz, in jedem Falle zu mildern und eine zweifache Milderung an sich ausgeschlossen ist.

Abschliessend wäre inbezug auf den allgemeinen Teil noch zu be-

merken, dass das neue Strafgesetzbuch nicht in dem Masse, wie das frühere russische, die Wiederholung einer Straftat in Gestalt des sogenannten formalen «Rückfalls», als strafscharfendes Moment in Betracht zieht. Der Rückfall, d. h. Begehung derselben oder einer ähnlichen Tat nach erfolgter Verurteilung bzw. Verbüssung der Strafe, soll nur bei den sogen. Zufallsdelinquenten von Bedeutung sein. Dagegen kommt bei den Gewohnheitsverbrechern in erster Reihe das Berufs- und Gewerbemässige der Handlungsweise oder das Gewohnheitsmässige des rechtsbrecherischen Verhaltens zur Geltung und soll auch dann strafscharfend wirken, wenn auch die formalen Voraussetzungen des Rückfalls in obigem Sinne nicht vorliegen.

Den wichtigsten Neuerungen des besonderen Teils des Strafgesetzbuchs soll eine eigene Besprechung gewidmet werden.

(Fortsetzung folgt).

## **Zur Reform der Bestimmungen des Baltischen Privatrechts über das Miteigentum.**

Von vereid. Rechtsanwalt Helmuth St e g m a n, Riga.

### **I.**

Der zweite Teil (B) des lettländischen Gesetzes vom 12. Juli d. J. betr. Abänderungen der Zivilprozessordnung, des Zivilgesetzes und des Gerichtsverfassungsgesetzes (Gbl. Nr. 182/1933) enthält eine in ihren Auswirkungen sehr wichtige Abänderung der gesetzlichen Bestimmungen über die öffentliche Versteigerung von im Miteigentum stehenden Grundstücken.

Der Art. 3957 des B. P. R. bestimmte bisher:

Wird eine im Miteigentum mehrerer stehende unteilbare Sache zur Befriedigung der Gläubiger eines der Miteigentümer zur öffentlichen Versteigerung gebracht, so haben die übrigen Miteigentümer nur das Recht, entweder durch Ankauf der Forderungen die Gläubiger zu befriedigen, oder mitzubieten und die Sache zu erstehen. Kommt es zur Versteigerung, so wird der ganze Erlös nach dem Verhältnis der Anteile der Miteigentümer geteilt, und der sich ergebende Anteil des Schuldners zur Befriedigung seiner Gläubiger und zur Deckung der Kosten verwendet.



Durch die gegenwärtige Novelle ist die Wirksamkeit dieser Bestimmung auf bewegliche Sachen beschränkt worden und dem entsprechend die Anmerkung zum Art. 1332 der Z. P. O. gestrichen worden, die auf den Art. 3957 des B. P. R. verwies. Damit ist die Wirksamkeit des Art. 1332, der bisher nur in Lettgallen galt, auch auf das Baltische Lettland erstreckt worden, d. h. wenn die Beitreibung sich gegen einen Miteigentümer eines Grundstückes richtet, so unterliegt nunmehr der Versteigerung nicht wie bisher das ganze Immobil, sondern nur das Miteigentumsrecht des Schuldners. Der Verkauf des ganzen Immobils aber ist nur dann zulässig, wenn das alle Miteigentümer wünschen, und wenn die Gläubiger, die hiervon zu benachrichtigen sind, keine Einwendungen erheben (Art. 1333). Von diesem Ausnahmefall abgesehen, berührt die Zwangsversteigerung des Miteigentumsrechts eines Schuldners die übrigen Miteigentümer des Grundstückes rechtlich nicht, und damit ist die Lage der übrigen Miteigentümer eine weit günstigere geworden, und dies rein praktisch umsomehr als die erzielte Meistbotsumme eines ideellen Anteiles wenigstens im Regelfall geringer sein wird, als der entsprechende Wertanteil an der Meistbotsumme für das ganze Immobil es gewesen wäre. Der einzelne Miteigentümer hat daher auch einen geringeren Betrag aufzubringen, um die mit der Versteigerung verbundenen Gefahren abzuwenden. Die Auswirkungen des neuen Gesetzes sind dann besonders günstige, wenn es sich um eine Mehrheit (mehr als zwei) von Miteigentümern handelt, da jetzt jeder von mehreren Miteigentümern, unabhängig von den andern, durch Erwerb des gefährdeten Anteils das Eindringen fremder in die Gemeinschaft verhindern kann. Hinzu kommt ferner, dass der Art. 1313 der Z. P. O., demzufolge im Baltischen Lettland das Vorkaufsrecht auch im Meistbotsfalle ausgeübt werden kann, in Kraft belassen wurde. Daher braucht hier ein Miteigentümer auch nicht mehr mitzubieten, um seine Rechte zu wahren, und kann das ihm gemäss Art. 939 des B. P. R. zustehende Vorkaufs- und Näherrecht betr. einen an einem Fremden veräusserten Miteigentumsanteil (nachdem der Art. 3957 des B. P. R. sich auf Grundstücke nicht mehr bezieht) auch im Meistbotsfalle ausüben. Das bedeutet eine weitere Verbesserung der Lage unverschuldeter Miteigentümer. Ferner ist eine steuerrechtlich wichtige Folge des neuen Gesetzes die, dass die mit dem Eigentumsübergang verbundenen Steuern nunmehr von der Meistbotsumme für den versteigerten Anteil erhoben werden und nicht mehr von einer Meistbotsumme für das ganze Immobil.

Die Tendenz der neuen Bestimmungen ist — alles in allem genommen — die der Verbesserung der Lage der durch die bisherigen Bestimmungen im Interesse der Gläubiger von Miteigentümern empfindlich betroffenen übrigen (unverschuldeten) Miteigentümer. Die jetzt aufgehobenen Bestimmungen trugen durch die Ignorierung dieser Interessen nicht unwesentlich zur Mobilisierung von Grundbesitz bei und ignorierten, unter römisch-rechtlichem Einfluss (vgl. die Quellen zum Art. 3957 des B. P. R.), die ungünstigen volkswirtschaftlichen Folgen der Mobilisierung von Grundstücken.

Durch die Reform ist ferner die Rechtsungleichheit zwischen den Bestimmungen des B. P. R. und des in Lettgallen geltenden Zivilrechts aufgehoben und gleichzeitig eine Angleichung an die in Westeuropa geltenden Normen (vgl. schweizerisches Z. G. B., Art. 646 und deutsche Z. P. O. Art. 864, Abs. 2) erzielt worden.

## II.

Durch die geschilderte Reform ist, wie wir sahen, ein bedeutender Schritt in der Richtung der Modernisierung unseres Rechts getan worden, es erscheint jedoch zeitgemäss an die Gesamtheit der mit dem Miteigentum, namentlich an Grundstücken, verbundenen Probleme heranzugehen, und dies namentlich deswegen, weil seit der bei uns durch den Krieg und seine Folgen eingetretenen Verarmung insbesondere städtischer Immobilienbesitz in steigendem Masse, vor allem durch Erbgang, an eine Mehrheit von Eigentümern übergeht, und daher der Frage des Miteigentumsrechts wachsende praktische Bedeutung zukommt.

Das B. P. R. (Art. 929 ff.) steht betr. die Verfügung über in Miteigentum stehende Sachen auf dem Standpunkt des römischen Rechts und verlangt für alle Verfügungen über den gemeinschaftlichen Gegenstand, sofern diese Verfügungen nicht notwendige sind, Einstimmigkeit, so z. B. zur Bestellung eines Verwalters, zur Verpachtung oder Vermietung u. s. w.

Das Deutsche B. G. B. verlangt grundsätzlich ebenfalls Einstimmigkeit, lässt jedoch zu, dass durch Stimmenmehrheit eine der Beschaffenheit der gemeinschaftlichen Sache entsprechende ordnungsmässige Verwaltung und Benutzung beschlossen wird, wobei die Stimmenmehrheit nach der Grösse der Anteile zu berechnen ist (Art. 745, Abs. 1). Jedoch kann durch Mehrheitsbeschluss eine wesentliche Ver-

änderung der Sache nicht beschlossen werden und ebensowenig kann das Recht des einzelnen Miteigentümers auf einen seinem Anteil entsprechenden Bruchteil der Nutzungen ohne seine Zustimmung beeinträchtigt werden (Art. 745, Abs. 3).

Diese Bestimmungen haben gegenüber denen des B. P. R. den grossen Vorzug, dass nicht der subjektive Wille des einzelnen Miteigentümers, sein liberum veto ausschlaggebend ist, sondern das sachliche Interesse einer der Beschaffenheit der gemeinschaftlichen Sache entsprechenden, ordnungsmässigen Verwaltung und Benutzung. In Streitfällen hat daher das Gericht nach billigem Ermessen festzustellen, was im einzelnen eine der Beschaffenheit der gemeinschaftlichen Sache entsprechende ordnungsmässige Verwaltung und Benutzung ist, und ob die konkrete Handlung in diesen Rahmen fällt oder nicht.

Gerade bei einer Vielheit von Miteigentümern mit oft sehr verschiedenen grossen Anteilen erscheint es unbillig jedem einzelnen, oder auch einer Minderheit das Recht des Widerspruches zu gewähren, sofern der Wille dieses einzelnen, oder dieser Minderheit sachlich nicht gerechtfertigt ist. Was allerdings notwendig ist, ist Schutz der Minderheit vor Schädigung ihrer berechtigten Interessen durch die Mehrheit, und diesen Schutz gewährt das B. G. B. — ganz abgesehen von dem Kriterium ordnungsmässiger Verwaltung und Benutzung — indem es Mehrheitsbeschlüsse über eine wesentliche Veränderung der gemeinschaftlichen Sache ausschliesst und jedem einzelnen Miteigentümer das Recht auf einen seinem Anteil entsprechenden Bruchteil der Nutzungen dadurch speziell garantiert, dass die Beeinträchtigung desselben ohne Zustimmung des betr. Miteigentümers vom Gesetz untersagt wird. Durch diese Bestimmungen ist eine durchaus zweckmässige Regelung getroffen worden. Wir haben jedoch der grösseren Klarheit wegen in diesem Zusammenhang noch darauf aufmerksam zu machen, dass der Mehrheitsbeschluss der Ausführung so lange unterliegt, als es der Minderheit nicht gelungen ist, die Ausführung durch das Gericht zu unterbinden, und das ist natürlich auch während noch schwebenden Prozesses durch gerichtlich verfügte Sicherstellung einer Klage der Minderheit möglich.

Wichtig ist ferner die Frage nach der Wirkung von Beschlüssen über Verwaltung und Benutzung gemeinsamer Sachen für oder gegen Sondernachfolger im Miteigentumsrecht. Aus den allgemeinen Grundsätzen des deutschen Grundbuchrechts ergibt sich, dass derartige



Regelungen betr. ein Grundstück nur dann für Sondernachfolger (in einem Anteil) wirksam sein können, wenn die getroffene Regelung als Belastung des Anteils im Grundbuch eingetragen ist (B. G. B., Art. 746, 1010).

Jeder Miteigentümer ist aber nicht nur vor positiven Handlungen der Mehrheit zu schützen, sondern auch vor Unterlassungen. Das B. G. B. hat daher jedem Miteigentümer das Recht gewährt (Art. 745, Abs. 2), sofern nicht die Verwaltung und Benutzung durch Vereinbarung oder durch Mehrheitsbeschluss geregelt ist, — eine dem Interesse aller Miteigentümer nach billigem Ermessen entsprechende Verwaltung und Benutzung zu verlangen; nicht verlangt werden kann jedoch auch hier eine wesentliche Veränderung der Sache (Art. 745, Abs. 3); und in Zusammenhang hiermit steht auch das Recht jedes Miteigentümers, die Einwilligung der übrigen dazu im Voraus zu verlangen, dass er zur Erhaltung der Sache notwendige Massregeln ergreift (Art. 744).

Unter Zugrundelegung der dargestellten Bestimmungen des Deutschen B. G. B. würde sich für die zu reformierenden Artikel des B. P. R. (Art. 929 ff) nachstehender Wortlaut ergeben:

929. Über den Gegenstand des Miteigentums — über das Ganze sowohl als über bestimmte einzelne Teile — kann nur der vereinte Wille der Miteigentümer verfügen; alle Dispositionen eines einzelnen darüber sind nicht nur ungültig, sondern dieser ist auch den andern Miteigentümern zum Ersatz des dadurch etwa veranlassenen Schadens verpflichtet, — sofern nicht das Gesetz anderes bestimmt.
930. Der einzige Miteigentümer darf, ohne Zustimmung aller übrigen, die Sache weder mit dinglichen Rechten belasten, noch ganz oder teilweise veräussern, noch irgend welche Veränderungen damit vornehmen. Vielmehr hat jeder Miteigentümer ein Widerspruchsrecht gegen derartige Handlungen einzelner Miteigentümer.
931. Jeder Miteigentümer ist berechtigt, die zur Erhaltung der Sache notwendigen Massregeln ohne Zustimmung der anderen Miteigentümer zu treffen; er kann verlangen, dass diese ihre Einwilligung zu einer solchen Massregel im Voraus erteilen; er ist berechtigt einen verhältnismässigen Ersatz der aufgewendeten notwendigen Kosten, nebst Zinsen von den übrigen Miteigentümern zu fordern. (vgl. B. G. B. 744).

**932.** Durch Stimmenmehrheit kann eine der Beschaffenheit der gemeinschaftlichen Sache entsprechende ordnungsmässige Verwaltung und Benutzung beschlossen werden. Die Stimmenmehrheit ist nach der Grösse der Anteile zu berechnen.

Jeder Miteigentümer kann, sofern nicht die Verwaltung und Benutzung durch Vereinbarung oder durch Mehrheitsbeschluss geregelt ist, eine dem Interesse aller Miteigentümer nach billigem Ermessen entsprechende Verwaltung und Benutzung verlangen.

Eine wesentliche Veränderung der Sache kann nicht beschlossen oder verlangt werden. Das Recht des einzelnen Miteigentümers auf einen seinem Anteil entsprechenden Bruchteil der Nutzungen kann nicht ohne seine Zustimmung beeinträchtigt werden.

(vgl. B. G. B., 745).

**932<sup>1</sup>.** Haben die Miteigentümer die Verwaltung und Benutzung der gemeinschaftlichen Sache geregelt, so wirkt die getroffene Bestimmung auch für und gegen die Sondernachfolger, jedoch betreffend ein Grundstück nur dann, wenn die Bestimmung als Belastung des Anteils im Grundstück eingetragen ist.

(vgl. B. G. B., 746, 1010).

**933.** Unverändert.

**934.** Die Früchte der gemeinschaftlichen Sache fallen den einzelnen Miteigentümern, nach Verhältnis der Grösse ihrer Anteile an jener, zu.

Jeder Miteigentümer ist zum Gebrauche der gemeinschaftlichen Sache insoweit befugt, als nicht der Mitgebrauch der übrigen Miteigentümer beeinträchtigt wird. \*)

(vgl. B. G. B., 743).

**935. bis 939.** Unverändert.

### III.

Der Art. 940 des B. P. R. bestimmt:

Kein Miteigentümer kann — falls nicht bei Begründung des Miteigentums festgestellte Bestimmungen dagegen sind — gezwungen werden, im Miteigentum zu bleiben; vielmehr kann jeder von ihnen zu jeder Zeit Teilung verlangen.

---

\*) Letztere Bestimmung fehlt im B. P. R. und sollte zweckmässigerweise Aufnahme finden.

Im Gegensatz zu der in diesem Art. in Parenthese enthaltenen Bestimmung betreffend Teilung ausschliessende Verabredungen, bestimmt das schweizerische Z. G. B., dass durch Rechtsgeschäft Teilung auf höchstens 10 Jahre ausgeschlossen werden darf (Art. 650, Abs. 2), während das B. G. B. den Miteigentümern sowohl im Falle des Ausschlusses der Teilung durch Vereinbarung auf Zeit, als auch auf immer, das Recht gewährt, Teilung zu verlangen «wenn ein wichtiger Grund vorliegt»; unter dieser gleichen Voraussetzung kann, wenn eine Kündigung bestimmt wird, Teilung ohne Einhaltung der Frist verlangt werden; eine Vereinbarung, durch welche das Recht, Teilung zu verlangen, diesen Vorschriften zuwider ausgeschlossen oder beschränkt wird, ist nichtig (Art. 749); haben die Miteigentümer das Recht Teilung zu verlangen auf Zeit ausgeschlossen, so tritt die Vereinbarung im Zweifel mit dem Tode eines Miteigentümers ausser Kraft (Art. 750); die Wirkung der dargelegten Vereinbarungen erstreckt sich betr. Grundstücke auch für und wider Sondernachfolger nur, wenn die Vereinbarungen als Belastung der Anteile im Grundbuch eingetragen sind (Art. 751 u. 1010). Eine wichtige Bestimmung des schweizerischen Z. G. B. besagt, dass die Teilung nicht zur Unzeit verlangt werden darf (Art. 650, Abs. 3).

Wenn wir diese Bestimmungen kritisch vergleichen, so fällt vor allem auf, dass in der angeführten neueren Gesetzgebung die strikte Durchführung des Grundsatzes «pacta sunt servanda» in dieser Frage, aus guten Gründen aufgegeben worden ist. Die wirtschaftlichen Verhältnisse ändern sich ständig und zwar in einem zu schnellen Tempo, dass nicht nur die totale Unabänderlichkeit, sondern, unseres Erachtens nach, auch die Unabänderlichkeit auf Zeit vom Gesetzgeber nicht strikt durchgeführt werden sollte. Die Frage aber, wann ein genügend wichtiger Grund vorliegt, um die Teilung zuzulassen, ist im Wesentlichen so sehr quästio facti, dass es nur möglich ist, die Entscheidung dem rechtsgestaltenden Urteil des Richters zu überlassen (im unstrittigen Teilungsverfahren).

Eine weitere Frage ist die, ob die Bestimmung des B. P. R., dass jederzeit Teilung verlangt werden kann, beizubehalten ist, oder aber ob nicht vielmehr die angeführte Bestimmung des schweizerischen Rechts übernommen werden sollte, derzufolge Teilung nicht zur Unzeit verlangt werden darf. Auch diese Bestimmung überlässt richterlicher Entscheidung die praktische Lösung des Problems, entsprechend den Gegebenheiten des Einzelfalls. Und es fragt sich ferner,



ob die Konkretisierung des Begriffs «Unzeit» dem Gericht ganz frei, ohne jeden Hinweis überlassen werden sollte. Die Regelung des schweizerischen Z. G. B. steht übrigens in natürlichem Zusammenhang mit der freien Stellung, die das schweizerische Gesetz dem Richter ganz allgemein, so u. a. auch in der Frage der Gesetzesinterpretation zuweist (vgl. Art. 1, Abs. 2 u. 3). Zur Unzeit kann eine Teilung in mancherlei Fällen verlangt werden, z. B. bei Unsicherheit der allgemeinen Wirtschaftslage (wie bei Instabilität der Valuta, wodurch die Bestimmung von Zahlungsverpflichtungen riskant wird; bei wirtschaftlicher Depression, die ein voraussichtlich nur zeitweiliges Fallen der Preise auf dem Grundstückmarkt zur Folge hat u. a. m.), oder wegen vorübergehender, in der Person der Miteigentümer begründeter Umstände (z. B. im Falle, wenn Vormünder eines Miteigentümers nicht lange vor dessen Mündigkeit Teilung verlangen u. a. m.). Ein näheres Konkretisieren der «Unzeit» im Gesetz selbst erscheint (ebenso wie das des Begriffes eines wichtigen Grundes) kaum möglich, es sei denn in der Form der Anführung von Beispielen, was kaum zweckmässig wäre, und daher gilt es wohl nur zu entscheiden, ob die Regelung des schweizerischen Rechts der des bisherigen vorzuziehen ist oder nicht, und da erscheint gerade aus den in Klammern angeführten Beispielen hervorzugehen, dass es allerdings zweckmässiger ist, dass die Gegebenheiten des Einzelfalls Berücksichtigung finden, als dass man jeden Miteigentümer — wie bei uns bisher — das Recht gewährt, jederzeit Teilung zu verlangen.

Das schweizerische Recht hat den Ausschluss der Teilung durch Rechtsgeschäft überhaupt, also sowohl unter Lebenden, als auch von Todes wegen (soweit er über 10 Jahre hinausgeht), verboten. Auch hierin unterscheidet es sich vom B. G. B., das in diesem Zusammenhang nur den Ausschluss durch Vereinbarung behandelt. Es will scheinen, dass die Regelung des deutschen Rechts vorsichtiger und unseren Verhältnissen angemessener ist. Erweist sich z. B. ein testamentarisches Teilungsverbot für untragbar, so erscheint es richtiger, den letzten Willen auf gesetzgeberischem, als auf gerichtlichem Wege abzuändern, und dies umsomehr, als die testamentarischen Erben durch Annahme der Erbschaft sich dem Teilungsverbot unterworfen haben; hätten sie das nicht getan, so wäre der Gegenstand an die gesetzlichen Erben übergegangen und wäre die Sachlage eine andere.

Wir sahen bereits, dass das deutsche Recht, sowohl den Ausschluss der Teilung, als auch konsequenterweise die Statuierung einer

Kündigungsfrist, — da sonst die erste Bestimmung nur zu leicht umgangen werden könnte — insoweit nicht unter den Grundsatz strikter Vertragserfüllung stellt, als ein wichtiger Grund vorliegt, dass diese Bestimmung zwingenden Rechtes ist, und dass daher eine Vereinbarung, durch die das Recht, Teilung zu verlangen, den Vorschriften des Gesetzes zuwider ausgeschlossen oder beschränkt wird, unter die Sanktion der Nichtigkeit gestellt wird. Alle diese Normen beruhen in erster Linie auf der Erwägung veränderter Sachlage, man kann jedoch nicht sagen, dass das B. G. B. die Erfüllung der Abrede des Teilungsausschlusses ausschliesslich unter die Wirkung einer *clausula rebus sic stantibus* stellt, da es nicht darauf ankommt, dass der «wichtige» Teilungsgrund im Moment der Verabredung des Ausschlusses der Teilung noch nicht vorhanden gewesen ist. Einen besonderen Fall veränderter Interessenlage hebt das B. G. B. besonders hervor. Es ist der Fall, wenn bei zeitweiligem Ausschluss der Teilung der Tod eines Miteigentümers eintritt, und es erscheint auch hier durchaus richtig, die veränderte Lage wirksam werden und die Vereinbarung im Zweifel ausser Kraft treten zu lassen.

Das B. G. B. behandelt ferner das Problem der Sondernachfolge, dem grössere Bedeutung vor allem dann zukommt, wenn der gemeinsame Gegenstand ein Grundstück ist. Hier könnte auch bei uns nach den allgemeinen Grundsätzen des Grundbuchrechts eine den Ausschluss der Teilung bestimmende Vereinbarung nur dann wirksam sein, wenn diese vertragliche Bestimmung als Belastung des Anteils im Grundbuch eingetragen wird. Es erscheint jedoch aus Gründen der Klarheit durchaus notwendig, eine den Art. 751 u. 1010 des B. G. B. entsprechenden Vorschrift in das B. P. R. aufzunehmen, wobei wir die Frage einer event. Ergänzung der Not. Ordn. offen lassen.

Im Ergebnis kommen wir zu folgenden neuen Formulierungen:

- 940.** Kein Miteigentümer kann gezwungen werden, im Miteigentum zu bleiben; vielmehr kann jeder von ihnen Teilung verlangen. Teilung darf nicht zur Unzeit verlangt werden.

Ist das Recht, Teilung zu verlangen, durch Vereinbarung für immer oder auf Zeit ausgeschlossen, so kann Teilung gleichwohl verlangt werden, wenn ein wichtiger Grund vorliegt; unter der gleichen Voraussetzung kann, wenn eine Kündigungsfrist bestimmt worden ist, Teilung ohne Einhaltung der Frist verlangt werden; eine Vereinbarung, durch die das Recht, Teilung zu ver-

langen, diesen Vorschriften zuwider ausgeschlossen oder beschränkt wird, ist nichtig.

(Z. G. B., 650, Abs. 3; B. G. B., 749).

940<sup>1</sup>. Haben Miteigentümer das Recht, Teilung zu verlangen, auf Zeit ausgeschlossen, so tritt die Vereinbarung im Zweifel mit dem Tode eines Miteigentümers ausser Kraft.

(vgl. B. G. B., 750).

940<sup>2</sup>. Haben Miteigentümer eines Grundstücks das Recht, Teilung zu verlangen, für immer oder auf Zeit ausgeschlossen, oder eine Kündigungsfrist bestimmt, so wirkt die Vereinbarung gegen den Sondernachfolger eines Miteigentümers nur dann, wenn die als Belastung des Anteils im Grundbuch eingetragen ist.

(vgl. B. G. B., 751 u. 1010).

Was die Durchführung der Teilung selbst anbetrifft, so ergibt sich aus dem Vergleich der Vorschriften des deutschen B. G. B. (Art. 752—754) und des schweizerischen Z. G. B. (Art. 651) mit dem Art. 941. des B. P. R., dass die Stellung des Richters nach unserem Recht darin eine freiere ist, dass der Richter einem der Miteigentümer auch das Ganze zusprechen kann, während das B. G. B. sowohl, wie auch das Z. G. B. im Falle des Ausschlusses körperlicher Teilung Verkauf des gemeinschaftlichen Gegenstandes vorschreiben. Wir sehen in den Bestimmungen unseres Rechts keine Gefahr, vielmehr einen Vorzug und empfehlen daher die Beibehaltung dieses Artikels in unveränderter Fassung.

#### IV.

Der Art. 1011 des B. G. B. bestimmt in Verbindung mit dem Artikel 432, dass jeder Miteigentümer die Ansprüche aus dem Eigentum Dritten gegenüber in Ansehung der ganzen Sache gelten machen könne, den Anspruch auf Herausgabe jedoch nur so, dass der Dritte den gemeinschaftlichen Gegenstand an alle Miteigentümer gemeinschaftlich herauszugeben habe. Die Konstruktion des Art. 432 des B. G. B. widerspricht jedoch den allgemeinen Prinzipien unserer Ziv. Proz. Ordn. und eignet sich daher nicht zur Übernahme, weil die Verhältnisse hierdurch unnötig kompliziert würden. De lege lata hat die Gerichtspraxis geklärt, dass zu rein defensiven Massnahmen, z. B. zur Erhebung einer a<sup>o</sup> negatoria, jeder Miteigentümer befugt ist (vgl. Sen. Entsch. Nr. 241/1924, i/S. Reiter c. Eglit), und wir glauben daher, dass



auch hierin eine Reform bzw. Ergänzung des B. P. R. nicht notwendig ist.

\*

Durch die bereits vollzogenen und die hier vorgeschlagenen Abänderungen der Bestimmungen unseres B. P. R. über das Miteigentum wird das praktisch stets Schwierigkeiten hervorrufende komplizierte Miteigentumsverhältnis in vielem elastischer und lebensfähiger gestaltet. Die vorgeschlagene Mehrheitsentscheidung würde Verfügung und Benutzung gemeinschaftlicher Gegenstände erleichtern und die vorgeschlagene richterliche Entscheidung die Teilungszulässigkeit berührender Fragen würde eine grössere Anpassung der rechtlichen Verhältnisse an die tatsächlichen Gegebenheiten ermöglichen.

## Gesetzgebung.

### Die Gesetzgebung Lettlands im II. Quartal 1933.

Von Rechtsanwalt W. Mueller.

#### I.

Auf völkerrechtlichem Gebiet sind in der Berichtsperiode keine Neuerungen zu verzeichnen. Auch das staatsrechtliche Gebiet blieb unberührt.

#### II.

Das Verwaltungsrecht betrafen folgende neue Bestimmungen:

Das Gesetz über Vereine, Verbände und politische Organisationen wurde durch zwei Zusätze zu Art. 17 und 27 dahin ergänzt, dass die Registrierung von Vereinen, Verbänden und Organisationen mit einer Benennung, welche der einer verbotenen bzw. sistierten Organisation gleich oder ähnlich ist, verboten wurde. Ausserdem wurde verfügt, dass alle solche Organisationen als geschlossen zu betrachten sind, falls sie innerhalb 3 Monate nach Registrierung ihre Tätigkeit nicht eröffnen oder dieselbe nach Eröffnung für eine Zeit von mindestens 3 Monaten unterbrechen. (Gbl. 125).

Zusätze erfuhr auch das Gesetz über Aufführungen und Veranstaltungen: hinsichtlich der Aufführung solcher Vorführungen, die nicht im Druck erschienen sind, wurde verfügt, dass der Text derselben der Anmeldung der Veranstaltung beizufügen ist. (Art. 1). Ein neuer Zusatz zu Art. 2 besagt, dass der Innenminister das Recht hat, Veranstaltungen, deren Zweck ein verbrecherischer ist, oder die

die öffentliche Ruhe und Sicherheit bedrohen, untersagen kann, worüber den Veranstaltern mindestens 24 Stunden vor Beginn der Veranstaltung Mitteilung zu machen ist (Gbl. 100).

Vollständig neu geregelt wurde die Verfassung der Polizei (Gbl. Nr. 111): sie unterscheidet sich jedoch im Wesentlichen kaum von den ehemaligen Bestimmungen (Gbl. Nr. 220/1929 mit späteren Zusätzen); die getroffenen Änderungen sind zumeist redaktioneller Natur. Erweitert wurden die Bestimmungen über die Erfordernisse, denen die Polizeibeamten beim Dienstantritt genügen müssen (Art. 33); auch wurden einige neue Dienstbestimmungen getroffen (Art. 34—36). Im übrigen wurde die Lage der Selbstverwaltung bei ihren obligatorischen Hilfsdiensten an die Polizei ein wenig erleichtert (Art. 8), indem die Zahl dieser Hilfsdienste eingeschränkt wurde.

Etwas verschärft wurden in den Bestimmungen über die Inlandpässe die Regeln für die polizeiliche An- und Abmeldung von Personen (Gbl. 107). Ankommende Personen haben dem Vermieter ihre Pässe in jedem Falle sofort zu übergeben, dieser hat die Meldung an die Polizei dann im Laufe von 3 (auf dem Lande 10) Tagen zu erstatten. Fortgefallen ist die Erleichterung, laut welcher bei kurzfristigem Wechsel des Aufenthaltsorts die Anmeldung in Fortfall kommt; diese ist nur für Kurorte, Badeorte usw. beibehalten und ausserdem auf Kommandierungen von Beamten erstreckt worden. Hingegen wird solchen Personen, welche mehrere Domizile haben, gestattet, sich gleichzeitig an mehreren Orten polizeilich melden zu lassen. Eine besondere Ordnung wird für die Meldung grösserer Gruppen von Land- und Waldarbeitern, welche ausserhalb ihres Wohnortes beschäftigt werden, eingeführt (Art. 14). Neue Regeln betreffen die polizeiliche Abmeldung von Personen und die Einführung von Haus- bzw. Gästebüchern (Art. 14<sup>a</sup> und 14<sup>b</sup>).

Im Gesetz zur Bekämpfung der Trunksucht wurden hinsichtlich des Verbots der Reklame von alkoholischen Getränken Erleichterungen geschaffen. Ehemals war jegliche Reklame durch Drucksachen verboten, jetzt wird das Verbot nur hinsichtlich periodischer Editionen aufrecht erhalten (Gbl. 103).

Im Gesetz über die Bildungsanstalten Lettlands wurde durch Einführung eines neuen Art. 19<sup>1</sup> verfügt, dass Lehrer und Schulleiter im Alter über 65 nur in Ausnahmefällen, mit Erlaubnis des Bildungsministers ihr Amt beibehalten können (Gbl. 128).

Ähnliche im Notverordnungswege getroffene Bestimmungen über die Lehrkräfte der Universität und des Konservatoriums wurden vom Landtage wieder aufgehoben (Gbl. 126, 127).

\* \* \*

Durch eine Notverordnung (Gbl. 95) wurde der Kriegsminister berechtigt im Wirtschaftsjahre 1933/34 vorzeitige Entlassungen aus dem obligatorischen Heeresdienst vorzunehmen.

Abgeändert wurden die Bestimmungen über die Seeleute

(Gbl. 97) hinsichtlich der Gehaltszahlung bei Untergang des Schiffes, der Hilfeleistung in Krankheitsfällen u. a.

Inbezug auf die Gehälter der Staatsbeamten wollte man wiederum einige Ersparnisse erzielen. So wurde durch eine Novelle zum Zivildienstgesetz verfügt, dass, falls die Umstände es erlauben, ein Beamter auf Wunsch einen dreimonatlichen Urlaub ohne Gehaltszahlung erhalten kann (Gbl. 101).

Ferner wird zu Sparzwecken jedem Staatsbeamten, dessen Gehalt Ls 80,- monatlich übersteigt, im Juni 1933  $\frac{1}{4}$  seines Gehaltes in Obligationen der Wegebauanleihe ausgezahlt und im Februar 1934 ein wöchentlicher Zwangsurlaub ohne Gehaltszahlung bestimmt (Gbl. 144).

Abgeändert wurden auch die Bestimmungen über die Krisenabzüge von den Gehältern und Pensionen der Staatsbeamten hinsichtlich der Zuzahlungen für die von ihnen zu versorgenden Familienglieder; die Zuzahlungen für die Ehefrau werden (mit wenigen Ausnahmen) überhaupt abgeschafft. Ausserdem wurde die Geltungszeit dieser Verordnung, welche ursprünglich nur bis zum 31. Dezember 1930 gelten sollte, bis zum 31. März 1934 erstreckt.

\* \* \*

Die projektierte Eisenbahn Libau - Alschwangen soll laut Beschluss des Landtages bis Goldingen verlängert werden (Gbl. 139), zu welchem Zwecke dann auch ein Gesetz über Enteignung von Ländereien zugunsten dieser Eisenbahn vom Landtage angenommen wurde (Gbl. 89).

Festgelegt wurden die Grenzen von Libau (Gbl. 140), Bolwa (Gbl. 142), Warklany (Gbl. 143) und Jaunlatgale (Pytalowo, Gbl. 150), während diejenigen von Waldemarpils eine Erweiterung erfuhren (Gbl. 141).

\* \* \*

Auf dem Gebiete des Kommunalrechts ist lediglich eine Änderung im Gesetz über die Kreisselbstverwaltungen zu nennen, durch welches die Gebühren von Fahren zugunsten dieser Selbstverwaltungen aufgehoben wurden (Gbl. 102).

### III.

Auf dem Gebiete des Wirtschaftsrechts wurde durch ein vom Landtage angenommenes Gesetz (Gbl. 85) der Finanzminister berechtigt, mit Erlaubnis des Ministerkabinetts vor Bestätigung des Budgets vorläufige Kredite zu ausserordentlichen Ausgaben bis zu Ls 6.000.000,— zu bewilligen.

Im Gesetz über staatliche Darlehen für Bauzwecke (Gbl. Nr. 38/1931) wurde der Passus gestrichen, nach welchem die Wohnungen in einem laut diesem Gesetz zu beleihenden Hause nicht mehr als 3 Zimmer aufweisen dürfen (Gbl. 162).

Hier wäre auch die Sistierung der Bestimmungen über Heiz-



materialien für das Kriegsressort bis zum 31. März 1934 zu erwähnen (Gbl. 99).

Wiederum wurden die Bestimmungen über den Import von Waren und Zeitungspapier hinsichtlich einiger diesen Bestimmungen unterliegenden Waren abgeändert (Gbl. 106).

Die Ausführung der Bestimmungen über die Wareneinfuhr wurde durch eine Notverordnung (Gbl. 105) einer besonderen Importregulierungskommission übertragen, welche aus Vertretern der Finanz-, Aussen- und Landwirtschaftsministerien und der Bank von Lettland besteht (Art. 1), und die hinsichtlich der Verteilung von Kontingenten für zu importierende Waren endgültige Beschlüsse fasst (Art. 4). Prinzipielle Meinungsverschiedenheiten zwischen ihr und der Valutakommission werden vom Ministerkabinett entschieden (Art. 5).

Neu ediert (Gbl. 155) wurde das Gesetz vom Jahre 1932 (Gbl. 238) über die Stundung von Zinsen für die Darlehen der staatlichen Agrar- und Hypothekenbanken. Gestundet werden die fälligen Zahlungen und die für die Jahre 1933 und 1934. Die übrigen Bestimmungen stimmen im Wesentlichen mit den früheren überein.

Ebenso wurde auch das Ende 1932 (Gbl. 249) erlassene Gesetz über die zwangsweise Umwandlung verschiedener Schulden in solche an die staatlichen Agrar- und Hypothekenbanken abgeändert. Fallengelassen wurden die Beschränkungen, laut welchen der Steuerwert der begünstigten landischen Grundstücke nicht mehr als Ls 5.000,— betragen darf; auch wurde der Maximalbetrag der umzuwandelnden Schuld für landische Grundstücke von Ls 750,— auf Ls 2.000,— erhöht. Ausserdem wurden neue Regeln für die technische Durchführung der Umwandlungen erlassen (Art. 3); unter anderem wurde verfügt, dass gerichtliche Klagesachen gegen den Schuldner einzustellen sind, falls letzterer eine Bescheinigung der in Frage kommenden Bank über die vollzogene Umwandlung der Schuld vorweist.

Im Kreditgesetz erfuhr Art. 44 eine Ergänzung, laut welcher den Banken gestattet wurde, Akkreditive, Bürgschaften, Avals und Akzepte auszureichen, falls dieselben für die Bank voll besichert sind. Die Gesamtsumme solcher Bankgeschäfte darf nicht mehr als 30% des Grundkapitals der Bank betragen.

\* \* \*

In der Stempelsteuerordnung wurden verschiedene Kategorien von Dokumenten für steuerfrei erklärt (Gbl. 87); hierzu gehören verschiedene Eingaben und Bescheinigungen, welche die Angelegenheiten von Freiheitskämpfern betreffen, sowie Gesuche und Dokumente zur Erwerbung der lettländischen Staatsangehörigkeit und Erwirkung der Erlaubnis zur Bestätigung in gewerblichen Stellungen für solche Personen, derer Mittellosigkeit amtlich festgestellt ist (Art. 46, Pkt. 96—99). Ausserdem wurden die Bestimmungen über die Stempelstrafe dahin ergänzt, dass in gewissen Fällen über verschiedene Steuerhinterziehungen

vom Steuerdepartement ein gemeinsamer Beschluss gefasst werden kann.

Abgeändert wurde Art. 449 des Steuergesetzes (Nodoklu nolikums) (Gbl. 146), welcher die Steuer auf Automobile, Motorräder etc. behandelt. Dabei wurde neuerdings eine Fahrerlaubnis auch für 3 Monate zugelassen und für dieselbe besondere Sätze eingeführt. Ermässigt wurden die Sätze für Lastautos, erhöht die Pön für nicht rechtzeitige Zahlung der Steuer (bis 25%).

Ergänzt wurde Art. 7 der Beilage I zum Steuergesetz dahin, dass mit Erlaubnis des Innenministers der Polizei auch die Beitreibung von Zahlungen zugunsten der Staats- u. Kommunalbeamten in gesetzlich vorgesehenen Fällen übergeben werden kann (Gbl. 98).

Abänderungen erfuhren ferner wiederum die Gesetze über Akzise auf Tabak hinsichtlich der Steuersätze (Gbl. 90) und über Akzise auf alkoholhaltige Stoffe (Gbl. 91).

#### IV.

Auf agrarpolitischem Gebiete wurde das Gesetz zur Förderung der Schweinezucht dahin ergänzt (Gbl. 138), dass von den an die Exporteure vom Staat zu zahlenden Summen Rückstände der staatlichen landischen Immobiliensteuer einbehalten werden können.

Ein besonderes Gesetz regelte die Einkaufspreise für Flachs, welche der Staat bei Ankauf durch das staatliche Flachsmonopol in der Zeit vom 1. Oktober 1933 bis zum 15. September 1934 zu zahlen hat (Gbl. 151).

Unwesentlich abgeändert wurde das Gesetz über den Saatensfond hinsichtlich der Deckung verschiedener Fehlbeträge (Gbl. 156).

Vollständig neu geregelt, unter Aufhebung aller früheren, zerstreut erlassenen Bestimmungen, wurde der Handel mit Saaten und ihre Kontrolle. Das neue Gesetz bezieht sich auf in Landwirtschaft und Gartenbau verwendete Saaten jeglicher Art, deren Kontrolle das Landwirtschaftsministerium durch die ihm unterstellte Saaten-Kontrollstation vorzunehmen hat (Gbl. 157). Für einzelne Saatenarten sieht das Gesetz besondere Bestimmungen vor (Abt. III).

#### V.

Auf sozialpolitischem Gebiet sind die Abänderungen sämtlicher Teile des Pensionsgesetzes von Wichtigkeit, durch welche in der Hauptsache dem Staat Ersparnisse erzielt werden sollen.

Im I. Teil des Pensionsgesetzes wurde vor allem festgesetzt (Gbl. 117), dass die Zuzahlung des Staates im Betrage der von der Gage des Angestellten einzubehaltenden Summe nun gänzlich in Fortfall kommt (ehemals Art. 37). Die Hauptlast trägt nunmehr der Pensionsanwärter selbst. Während die Höhe der Abzüge früher zwischen 2% und 5% vom Gehalt schwankten, ist nunmehr die Bestimmung der Höhe dieser Ab-

züge völlig dem Ermessen des Volkswohlfahrtsministeriums überlassen (Art. 36), ohne dass eine Höchstnorm festgesetzt wird. Die Zuzahlung der Arbeitgeber, als welche hier in der Hauptsache staatliche und kommunale Behörden in Frage kommen, wurde ehemals gleichfalls in demselben Betrage geleistet, wie sie der Pensionsanwärter zahlte; jetzt ist diese Zuzahlung auf 1½% vom Gehalt des Pensionsanwärters herabgesetzt worden (Art. 37, früher Art. 40).

Ferner wurde unter anderem eine Höchstnorm für die an die Pensionäre bzw. ihre Hinterbliebenen zu zahlenden einmaligen Unterstützungen festgesetzt, indem bestimmt wurde, dass der Betrag dieser Unterstützung auf Grund eines Monatsgehalts von nicht mehr als Ls 500,— berechnet wird.

Auch im II. Teil des Pensionsgesetzes (Gbl. 118) wurden die Abzüge vom Gehalt der Pensionsanwärter erhöht und zwar von 4% auf 6½% (Art. 5), während die hier als Arbeitgeber in Frage kommenden staatlichen autonomen Unternehmen bloss 1½% (statt der früheren 4%) zahlen (Art. 6).

Im III. Teil des Pensionsgesetzes (Gbl. 119), welcher sich auf Literaten, Künstler, Journalisten u. s. w. bezieht, wurde der Betrag der in gewissen Fällen an die Hinterbliebenen eines Pensionsanwärters zu zahlenden einmaligen Unterstützung gekürzt (Art. 44).

Auch im Gesetz über die Krankenkassen wurden die Zuzahlungen des Staates an die Kassen herabgesetzt, und zwar auch auf 1½% vom Gehalt des Kassengliedes (Gbl. 121).

Abänderungen erfuhr auch das Gesetz über die Sicherstellung von Landbewohnern in Krankheitsfällen (Gbl. 122). Hier werden die staatlichen und kommunalen Zuzahlungen für ärztliche Behandlung von Landbesitzern und Handel- oder Gewerbetreibenden, je nach Wert des Grundstückes bzw. der Kategorie des Handels- oder Gewerbescheines garnicht oder nur in verringertem Masse geleistet (Art. 8<sup>1</sup>).

## VI.

In der Berichtsperiode wurde auch das inzwischen am 1. August 1933 in Kraft getretene Strafgesetzbuch neu publiziert (Gbl. 134). in Aufhebung des im Jahre 1930 (Gbl. 139) publizierten Projekts. Eine Besprechung des neuen Strafgesetzbuches wird in dieser Zeitschrift an anderer Stelle gebracht.

Im Einführungsgesetz (Gbl. 158) zum neuen Strafgesetzbuch wurde bestimmt, dass durch das neue Strafgesetzbuch sämtliche ehemals geltenden Strafbestimmungen ersetzt werden, mit Ausnahme des Kriegsstrafgesetzbuches und der Bestimmungen der fiskalischen Behörden. In Kraft bleiben nur noch die Strafbestimmungen folgender Gesetze:

- 1) der Bestimmungen über die Einnahmen und Ausgaben der Städte (Gbl. 2/1921),
- 2) des Mietgesetzes (Gbl. 91/1924),



- 3) der Bestimmungen über Geldwechsel und Operationen mit ausländischer Valuta (Gbl. 33/1923),
- 4) des Gesetzes über das Verbot der Nachtarbeit in Bäckereien (Gbl. 44/1925) und
- 5) des Valutagesetzes (Gbl. 197/1931).

Zusammen mit dem Strafgesetzbuch tritt auch das Disziplinarstrafgesetzbuch (in der Fassung von 1930, Gbl. 140) in Kraft.

Der Art. 608 des alten Strafgesetzbuches von 1903 (Wucher) war schon früher der Fassung des entsprechenden Art. 568 des neuen Strafgesetzbuches angepasst worden (Gbl. 136).

Durch besonderes Gesetz wurden nachträglich die Bestimmungen über strafbare Handlungen beim Handel mit Parfümeriewaren, Lack, Politur u. s. w. wesentlich vereinheitlicht und vereinfacht, indem die 8 hierauf bezüglichen Artikel des Strafgesetzbuches durch einen mit erweitertem Tatbestand ersetzt wurden (Gbl. 137).

\* \* \*

Die Einführung des neuen Strafgesetzbuches bedingte schon durch die neue Numeration der Artikel desselben, aber auch durch die Einführung neuer Tatbestände recht umfangreiche Änderungen in der Strafprozessordnung, bei welcher Gelegenheit dann auch einige andere, mit dem neuen Strafgesetzbuch in keinem Zusammenhang stehende Neuerungen vorgenommen wurden (Gbl. 160).

In der Aufzählung des Art. 6, welcher die durch Vergleich zu erledigenden Antragsdelikte behandelt, wurden die Hinweise auf die Art. des Strafgesetzbuches von 1903 durch solche auf die Artikel des neuen Strafgesetzbuches ersetzt. Im Art. 9, welcher früher diejenigen Delikte behandelte, die nur auf Antrag des Geschädigten oder des gesetzlichen Vertreters desselben unter Ausschluss eines Vergleiches verfolgt werden, finden wir jetzt eine Aufzählung von Delikten, welche ausschliesslich auf Antrag des Geschädigten selbst (nicht seiner gesetzlichen Vertreter) geahndet werden. Hierzu gehören die Tatbestände folgender Artikel des neuen Strafgesetzbuches: Art. 74 (Beleidigung des Staatspräsidenten), Art. 117—119 (Beleidigung eines befreundeten Staates bzw. dessen Funktionäre), Art. 218 (widerrechtliche Eingriffe eines Arztes) und einige andere Tatbestände, darunter auch Sittlichkeitsdelikte. In einem neueingeführten Artikel 9<sup>1</sup> hingegen sind diejenigen Delikte getrennt angeführt, welche auf Antrag nicht nur des Geschädigten selbst, sondern auch seiner gesetzlichen Vertreter verfolgt werden und bei welchen ein späterer Vergleich ausgeschlossen ist; hierher gehören in der Hauptsache Sittlichkeitsdelikte. Im Falle des Todes des Geschädigten oder seiner Verhinderung an der Stellung des Antrages können diese in Art. 9<sup>1</sup> angeführten Delikte auch ohne Antrag verfolgt werden.

Erweitert wurden die Fälle, in welchen bei Entscheidung einer Strafsache die dasselbe eventuell praejudizierende Entscheidung einer laufenden Zivilsache nicht abgewartet zu werden braucht (Art. 32, Anm.);

hier werden u. a. verschiedene Ehedelikte (Bigamie u. a.) neu hineingenommen.

In Bigamiesachen hat das Kriminalgericht, falls es ein schuldigsprechendes Urteil fällt, durch seinen Spruch selbst die zweite Ehe für aufgelöst zu erklären, was früher dem Zivilgericht vorbehalten blieb (Art. 35, Anm.).

In Wuchersachen hingegen hat das Kriminalgericht im Urteil über die Rückerstattung des tatsächlich Erhaltenen an den Darleiher zu erkennen. Vor Fällung des Urteils kann es die Beitreibung der entsprechenden Forderung sistieren (Art. 35<sup>1</sup>).

Bezüglich der sachlichen Zuständigkeit unterliegen nunmehr lt. Art. 38 den Friedensgerichten alle Sachen, in welchen als höchstmöglichstes Strafmass Geldstrafe, Arrest oder Gefängnis vorgesehen ist, mit den in Art. 39 und 40 aufgezählten Ausnahmen. Dabei wird Artikel 39 dahin ergänzt, dass aus der Kompetenz der Friedensgerichte alle diejenigen Fälle von Unterschlagung, Diebstahl und Betrug ausscheiden, bei welchen der Wert der durch diese Verbrechen gewonnenen Objekte den Betrag von Ls 1.000,— übersteigt.<sup>1)</sup>

Ausserdem sind in der Prozessnovelle Neuerungen hinsichtlich der Unterbringung im Arbeitshause und der Sicherheitsverwahrung, sowie einige andere Änderungen (hinsichtlich der Sicherheitsmassnahmen in Friedensrichtersachen u. a.) nicht wesentlicher Natur vorgenommen, deren genaue Aufzählung hier nicht möglich ist.

Zugleich mit dieser Prozessnovelle wurden Änderungen auch im Gerichtsverfassungsgesetz vorgenommen, welche das Disziplinarverfahren im Gerichtswesen behandeln, und die betreffenden Bestimmungen der Gerichtsverfassung denen des neuen Disziplinarstrafgesetzes angleichen, ohne wesentliche Neuerungen zu schaffen.

## VII.

Recht umfangreiche Abänderungen erfuhr das Gesetz über die Gemeindegerichte (Gbl. 152). Ohne die Möglichkeit zu haben, auf alle Änderungen, von denen viele redaktioneller Natur sind, näher einzugehen, greifen wir die wichtigsten heraus:

Die Gemeindegerichte werden auch in Lettgallen eingeführt (Art. 1). Die Kompetenz der Gemeindegerichte bei Bestätigung von Rechtsgeschäften wird erweitert, indem die Höchstsumme der vom Gemeindegericht zu bestätigenden Rechtsgeschäfte von Ls 300,— auf Ls 1.000,— erhöht wird (Art. 110). Vereinfacht wird die Prozedur der Bestätigung: während früher jedes bestätigte Dokument wörtlich in ein Aktenbuch einzutragen war, wird jetzt nur der Inhalt des Dokuments in ein Register eingetragen (Art. 113). Die frühere Ordnung wird nur bei der Ab-

<sup>1)</sup> Dieses war notwendig, da das neue Strafgesetzbuch diese Verbrechen nach dem Wert der entwendeten Objekte allein nicht mehr qualifiziert und die Möglichkeit der Qualifizierung in solchen Fällen den allgemeinen Gerichten überlassen werden muss.

fassung von Testamenten beibehalten (Art. 115), weswegen anstelle des Aktenbuches jetzt die Gemeindegerichte ein Register und ein Testamentsaktenbuch führen.

Hinsichtlich der vom Gemeindegericht vorzunehmenden Vollstreckung von Gerichtsurteilen wird eine Entschädigung der Vollstreckungsbeamten (im Betrage von  $1\frac{1}{2}\%$  der beigetriebenen Summe) vorgesehen (Art. 132). Auch werden die Regeln für die Beitreibungen erweitert, indem sie denen der Zivilprozessordnung angepasst werden (Art. 139, 139<sup>1</sup>, 139<sup>2</sup>, 139<sup>3</sup>, 152, 166, 168<sup>1</sup>).

Im Falle des Todes des Schuldners ist auf Antrag des Beitreibers über das Vermögen des Schuldners eine Kuratel vom Friedensrichter zu verhängen (Art. 135). Für Nachlässigkeit der Vollstreckungsbeamten wird eine Haftbarkeit derselben vorgesehen (Art. 137<sup>1</sup>).

Ausserdem erhält die Novelle Regeln über die Pflichten des Gemeindegerichts hinsichtlich des Schutzes misshandelter oder verwahrloster Kinder (Art. 77<sup>1</sup>), sowie genauere Bestimmungen über die Hilfeleistungen und Obliegenheiten des Gemeindegerichts bei der Eröffnung von Erbschaften, durch welche jedoch das Erbschaftsverfahren selbst nicht berührt wird (Art. 109<sup>1-4</sup>).

In derselben Novelle wurden auch die Artikel 1204 und 1215 der Zivilprozessordnung abgeändert, welche sich auf Versteigerungen von Mobilien beziehen. Im ersteren Artikel wird festgesetzt, dass bei Befriedigung der beizutreibenden Forderung durch Verkauf eines Teils der beschlagnahmten Objekte die übrigen erst dann dem Schuldner zurückzugeben sind, falls für die verkauften Objekte volle Zahlung erfolgt.

Im Artikel 1215 wird hinsichtlich des zweiten Meistbotes die Neuierung getroffen, dass auf ihm sofortige volle Zahlung für die ersteigerten Objekte zu erfolgen hat (nicht nur die Anzahlung von  $\frac{1}{5}$  des Preises mit Stundung des Restes bis zum nächsten Tag, wie bisher).

## VIII.

Eine neue Abteilung erhielten die Bestimmungen über die Kooperativgenossenschaften (Gbl. 129); sie beziehen sich auf die Fusion von Genossenschaften bzw. deren Verbänden; es werden zwei Arten von Fusionen vorgesehen: 1) Liquidierung bestehender Organisationen und Gründung einer neuen an ihrer Stelle und 2) Einfügung der zu liquidierenden Organisationen in eine schon bestehende Organisation (Art. 73). Mitglieder und Gläubiger der alten Organisationen werden automatisch von der neuen übernommen, falls sie innerhalb eines Monats, gerechnet vom Tage der Publikation der Fusion im Regierungsanzeiger, nicht dagegen Protest einlegen (Art. 72, 73, 74). Selbstverständlich geht auch das Vermögen der sich vereinigenden Organisationen auf die neue Organisation über (Art. 75).

Neu ediert (Gbl. 86) wurde das Gesetz über herrenlose Aktien und Anteile. Die neue Fassung gleicht indessen der von 1932



(Gbl. 175) fast völlig, eine wesentliche Änderung findet sich nur in Artikel 8: während früher die Bestellung von Kuratoren für herrenlose Aktien und Anteile auf Vorstellung des Finanzministeriums schon in dem Falle erfolgte, falls bei einer Gesellschaft  $\frac{1}{10}$  der Aktien bzw. Anteile nicht gemeldet und ihre Inhaber nicht bekannt sind, tritt nach der Novelle dieser Fall nur dann ein, wenn die Anzahl der nicht angemeldeten Aktien, deren Inhaber unbekannt sind,  $\frac{1}{4}$  der Aktien der betreffenden Gesellschaft beträgt.

Wesentliche Änderungen (Gbl. 94) wurden im Administrationsgesetz (Gbl. 128/1931) vorgenommen.

Die Wirkung der Art. 37 und 38 des Gesetzes, welche vom Vergleich handeln, wird auch auf solche Forderungen bezogen, welche im Konkursfalle ausserhalb des Konkurses zu befriedigen wären, und auf welche sich das Administrationsgesetz im allgemeinen nicht bezieht (Art. 5).

Ausgenommen von der Anmeldepflicht, welcher sonst alle Forderungen unterliegen, werden im Grundbuch oder Schiffsregister eingetragene Forderungen. Die Pfandgläubiger haben der Administration mitzuteilen, inwieweit sie sich zur Befriedigung ihrer Forderung an das Pfand halten wollen (Art. 15). Die Ernennung des Administrators erfolgt nunmehr mit einfacher (nicht mehr mit  $\frac{3}{4}$ ) Stimmenmehrheit (Art. 23).

Die wesentlichste Änderung aber enthält wohl Art. 36. Während früher bei einer einjährigen Dauer der Administration eine Prolongation dieses Termins nur um ein weiteres Jahr vorgesehen war, wird jetzt eine Gesamtdauer der Administration von 6 Jahren ermöglicht, wobei jedoch die Kreditorenversammlung alljährlich eine Verlängerung der Dauer nur um ein weiteres Jahr beschliessen kann.

Erweitert werden die Bestimmungen der Art. 37 und 38 über Vergleiche, wobei die Rechte der durch Pfand- oder Retentionsrecht besicherten Gläubiger, sowie derjenigen, welche ihre Forderungen der Administration nicht angemeldet haben, berücksichtigt werden. Für letztere ist im Vergleichsfalle eine ihren Forderungen und der Vergleichsquote entsprechende Summe zu reservieren, welche nach Ablauf eines Jahres, gerechnet vom Tage der Publikation im Regierungsanzeiger, falls sich diese Gläubiger nicht melden, in den Besitz des Schuldners übergeht.

Vollständig neu gefasst (Gbl. 110) wurden die Bestimmungen über die Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs. Auch hier wird indessen tatsächlich wenig neues geboten, zum grössten Teil sind die vorgenommenen Änderungen redaktioneller Natur.

Von den wenigen tatsächlichen Änderungen vermerken wir folgendes:

Bezüglich der Untersagung unlauterer Reklame in Presseorganen war früher das Innenministerium zuständig, jetzt wird es das Kriminalgericht, bei welchem die Angelegenheit anhängig gemacht worden ist (Art. 4). Der Innenminister kann nur unlautere Reklame im Ausland befindlicher Unternehmen bzw. Personen in Presseorganen untersagen.

In Ergänzung des Art. 7 werden bei jeglicher Art Reklame auch Hinweise darauf, dass die Waren im Ausverkauf oder Meistbot erworben seien, verboten.

Neu redigiert ist Art. 8 (früher 11), welcher von der Verbreitung falscher Nachrichten über ein fremdes Unternehmen bezw. dessen Tätigkeit, Waren u. s. w. handelt. Die früheren Bestimmungen bezogen sich nur auf die Verbreitung solcher Nachrichten mala fide, was jetzt in Fortfall gekommen ist. Deshalb ist jetzt auch die fahrlässige Verbreitung solcher Nachrichten strafbar.

Das Ministerkabinett wird berechtigt zu bestimmen, dass gewisse Waren nur im Kleinhandel und nur nach bestimmtem Mass, Gewicht oder Zahl in den Verkehr gebracht werden können, ebenso kann die Bezeichnung des Erzeugers für solche Warengruppen obligatorisch gemacht werden (Art. 11).

Durch Art. 20 der neuen Fassung wird eine ständige Kommission zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs begründet, welche aus Vertretern wirtschaftlicher Organisationen gebildet wird und welcher die Schlichtung von Streitigkeiten in Sachen des unlauteren Wettbewerbs obliegt.

Aus den Bestimmungen über die Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes sind sämtliche auf Ausverkäufe bezügliche Normen eliminiert worden, welche in wesentlich erweiterter Form nun als selbständige Notverordnung (Gbl. 109) erscheinen.

Als Ausverkauf gilt im Sinne dieses Gesetzes ein weiteren Kreisen bekannt gemachter Detail-Verkauf von Waren oder anderen Gegenständen zu einer bestimmten Zeit und zu ermässigten Preisen. Ausverkäufe sind entweder ausserordentliche oder Saison- bezw. Inventur-Ausverkäufe (Art. 1). Diese beiden Gruppen werden dann im Nachfolgenden getrennt behandelt, wobei genaue Regeln über Anmeldung, Abhaltung, Fristen u. s. w. aufgestellt werden. Übertretungen werden kriminell laut Art. 137<sup>1</sup> (jetzt 157) des Strafgesetzbuches geahndet.

## IX.

Im russischen Handelsustaw erhielt Art. 542 eine neue Fassung, laut welcher Klagen wegen Zugehörigkeit von Strandgut in 6 Monaten, gerechnet vom Tage der Publikation über den Fund, verjähren, nach welchem Termin sie für Rechnung des Staates versteigert werden (Gbl. 113).

Die Art. 700—706, 819—824, 826—855, 857—863 und 866 des Baltischen Privatrechts, welche die Ersitzung und den unvordenklichen Besitz behandeln, werden auch auf Lettgallen bezogen, unter Aufhebung der dort bis jetzt geltenden entsprechenden Bestimmungen des X. Bandes der russ. Gesetzsammlung (Gbl. 88).

Für diejenigen Fälle, in welchen die zehnjährige Ersitzungsfrist zur Zeit des Inkrafttretens des Gesetzes bereits abgelaufen ist, bleiben die ehemals geltenden Bestimmungen in Kraft, anderenfalls sind die des Baltischen Privatrechts anzuwenden.

Durch das erwähnte Gesetz vom 21. Juni 1933 (Gbl. 152), welches eine Reform der Gemeindeggerichte brachte, wurden auf Lettgallen auch die Geltung folgender Artikel des Baltischen Privatrechts erstreckt: Art. 225—234 über die elterliche Gewalt, Art. 565 und 566 über Pertinenzen der Landgrundstücke und Art. 4089—4101 über die «besondere Verpflichtungen des Pächters von Landgütern», welche nach dieser Novelle auf alle landischen Wirtschaften zu beziehen sind.

Zugleich damit erfuhr Art. 228 des Privatrechts, welcher die Entziehung der elterlichen Gewalt bei Missbrauch derselben behandelt, eine Abänderung. In der ehemaligen Fassung war zur Entziehung der elterlichen Gewalt schlechthin «der Richter» berechtigt, was Unklarheiten ergab. Durch die Novelle werden die Angelegenheiten wegen Entziehung der elterlichen Gewalt ausdrücklich den Vormundschaftsbehörden (Waisengerichten) übergeben, deren Verfügungen vom Bezirksgericht zu bestätigen sind.

## Die Gesetzgebung Estlands in den ersten drei Quartalen 1933.

Von vereid. Rechtsanwalt Gert Koch, Reval.

### I.

Die Staatsregierung wurde im Berichtszeitraum ermächtigt<sup>1)</sup> die Protokolle über die Veränderung der Handelsverträge mit England, Frankreich, Litauen einstweilen vor der Ratifizierung durch die Staatsversammlung in Kraft zu setzen. Dementsprechend sind auf Beschluss der Regierung die noch nicht ratifizierten Abkommen mit England<sup>2)</sup> und Frankreich<sup>3)</sup> vorläufig in Kraft getreten. Der Vertrag mit England regelt die estländische Einfuhr von Butter, Eiern und Bacon in England und die englische Einfuhr von Heringen in Estland. Das französische Abkommen behandelt ebenfalls Fragen der gegenseitigen Einfuhr. Durch ein ergänzendes Abkommen zum griechischen Handelsvertrag wurden gewisse gegenseitige Zollvergünstigungen aufgehoben. Die mit England abgeschlossene Konvention betr. Rechtshilfe in Zivilsachen erlangt Geltung auch für die britischen Kolonien, Protektorate und Mandatgebiete.<sup>4)</sup> Mit Finnland wurde eine Vereinbarung<sup>5)</sup> über die Verrechnung der durch den gegenseitigen Handelsverkehr entstandenen Verbindlichkeiten getroffen und zwar werden die von den Importeuren geschuldeten Beträge bei der Estlandbank zu Gunsten der Finnlandbank

<sup>1)</sup> R. T. Nr. 57 (R. T. = Staatsanzeiger; die Numeration ist die des laufenden Jahres).

<sup>2)</sup> R. T. Nr. 62.

<sup>3)</sup> R. T. Nr. 60.

<sup>4)</sup> R. T. Nr. 56.

<sup>5)</sup> R. T. Nr. 77.

<sup>6)</sup> R. T. Nr. 44.



und umgekehrt eingezahlt, worauf sich die beiden Banken untereinander und mit den einheimischen Exporteuren verrechnen.

## II.

Im ersten Halbjahr wird die Politik der Stabilhaltung der Krone auf der Goldparität zunächst noch weiter fortgeführt. Zur Förderung des Exports wird aus den Erträgen der Devisensteuer ein Fond gebildet, aus welchem Ausfuhrprämien gezahlt werden<sup>7)</sup>; zwecks Ausbalancierung des Haushaltes werden weitere Kürzungen der Beamten- und Lehrergehälter<sup>8)</sup> für das Budgetjahr 1933/34 notwendig, parallel werden die Pensionen<sup>9)</sup> erneut herabgesetzt. Trotzdem gelingt es wirtschaftlich nicht eine Besserung herbeizuführen. Drei weitere Banken müssen unter Moratoriumsschutz gestellt werden<sup>10)</sup>; für die bereits unter Schutz sehenden Banken wird die Schutzfrist verlängert.<sup>11)</sup> Die Schrumpfung der Wirtschaft schreitet fort.

Am Ende des Halbjahres wird dann die bisherige Währungspolitik aufgegeben und die sog. Verordnung betr. den Kronensturz<sup>12)</sup> erlassen, durch welche festgestellt wird, dass die Estlandbank den Kurs der Krone auf einem Niveau zu halten hat, das «nicht niedriger ist, als der niedrigste laufende Kurs der von der Goldparität abgewichenen Schwedenkrone». Hauptzweck der Verordnung ist es die Wirtschaft zu beleben und besonders den estländischen Export den von der Goldwährung abgegangenen Staaten gegenüber wieder konkurrenzfähig zu machen. Im Zusammenhang mit der Kronenverordnung wurden aufgehoben<sup>13)</sup> die Verordnung betr. die 15% Devisensteuer und die Verordnungen betr. die Ausfuhrprämien für Butter und Eier. Die Baconprämien blieben zwar bestehen, wurden jedoch den veränderten Verhältnissen entsprechend herabgesetzt.<sup>14)</sup> Ferner erfolgte die Aufhebung der Krisensteuer<sup>15)</sup> und zwar soll diese nur für die ersten 9 Monate des laufenden Jahres erhoben werden.

Zur Bekämpfung ungerechtfertigter Preissteigerungen werden die Handlungen auf dem flachen Lande und in den Flecken verpflichtet<sup>16)</sup> die zum Verkauf ausgestellten Waren mit Preisen zu versehen oder Preislisten auszuhängen, wobei verboten ist, Waren zu höheren als den angegebenen Preisen zu verkaufen. Tatsächlich ist eine Erhöhung der Lebenshaltungskosten längst nicht in dem Masse eingetreten, wie das Steigen der Gold- und Devisenkursen. Von dieser Tatsache geht wohl auch die umstrittene Regierungsverordnung<sup>17)</sup> über die Unverbindlichkeit der von der Gerichtspraxis bisher respektierten<sup>18)</sup>

<sup>7)</sup> R. T. Nr. 6, 17, 25, 36, 42, 49.

<sup>8)</sup> R. T. Nr. 31, 34, 60.

<sup>9)</sup> R. T. Nr. 31.

<sup>10)</sup> R. T. Nr. 43, 52, 71.

<sup>11)</sup> R. T. Nr. 75; cf. m. Bericht f. 1932 II i. Heft 3 d. VI. Jahrg. d. Zeitschr. S. 173.

<sup>12)</sup> R. T. Nr. 67; für die städtischen Kaufleute bestand die Pflicht schon früher.

<sup>13)</sup> R. T. Nr. 57.

<sup>14)</sup> Entscheidung d. estl. Staatsgerichts 1926 Nr. 57, abgedr. in d. Heft 3 d. II. Jahrg. d. Zeitschr. S. 196.

<sup>11)</sup> R. T. Nr. 35, 41, 49, 74.

<sup>12)</sup> R. T. Nr. 54.

<sup>13)</sup> R. T. Nr. 54, 62.

<sup>14)</sup> R. T. Nr. 57.

Gold- und Devisenklauseln bei Verträgen aus, da eine genaue Einhaltung derselben durch den Schuldner diesen nicht nur schwer belasten, sondern auch den Gläubiger (soweit er nicht im Auslande wohnt) ungerechtfertigt bereichern würde. Die Verordnung gestattet dem Schuldner die auf Gold- bzw. Devisenbasis eingegangenen Verbindlichkeiten in Landeswährung zum Nennwert zu tilgen. Hierbei ist allerdings festzustellen, dass die Berechtigung der Regierung zum Erlass einer derartigen Verordnung ausserordentlich zweifelhaft ist. Das Reval-Hapsaler Friedensrichterplenum I hat ihr diese Berechtigung abgesprochen; die höchstrichterliche Entscheidung steht in dieser Frage noch aus.

Vor der Kronenverordnung wurden bereits die Süsswarensteuer<sup>19)</sup> von 15% bzw. 20% auf 5% herabgesetzt. Gemildert wurde zum Teil die Umsatzsteuer.<sup>20)</sup> Ein neues Gesetz betr. die Besteuerung landischer Immobilien<sup>21)</sup> bringt erhebliche Steuersenkungen. Das Verzeichnis der dem Einfuhrmonopol<sup>22)</sup> unterliegenden Waren wurde wieder mehrfach verändert, ebenso die Zolltarife.<sup>23)</sup> Die der Regierung erteilte Ermächtigung, Zollveränderungen auf dem Verordnungswege einstweilen in Kraft zu setzen wird bis zum 1. Februar 1935 verlängert.<sup>24)</sup>

Eine Novelle<sup>25)</sup> zum Finanzgesetz ermöglicht die Prägung von 1- und 2-Kronenmünzen aus jedem beliebigen Metall; bisher durften sie nur aus Silber geprägt werden. Die Staatsregierung wird durch eine Novelle<sup>26)</sup> zum Budgetgesetz ermächtigt, im Budgetjahr 1933/34 bei der Estlandbank einen Kredit bis zu 5 Millionen Kronen aufzunehmen, falls die budgetmässigen Einnahmen nicht in genügender Weise einlaufen. Durch ein Spezialgesetz, die sogen. lex Pöld,<sup>27)</sup> wird der Familie des verstorbenen Kurators und Professors der Dorpater Universität, Peter Pöld, eine Pension ausgesetzt.

Im Rahmen der Kampagne gegen den Spritschmuggel wurde der Schutzzustand<sup>28)</sup> über die Territorialgewässer und die von der Staatsgrenze geschnittenen Binnengewässer verhängt; hiernach erliess der Chef des Binnenschutzes eine Verordnung,<sup>29)</sup> welche die Registrierung aller Wasserfahrzeuge bis zu 20 Brutto Reg. Tons, welche die in den Schutzzustand versetzten Territorialgewässer befahren, anordnet. Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnung werden auf administrativem Wege mit Gefängnis oder Geldstrafe bis zu 3.000,— Kr. bestraft.

### III.

Neben den Fragen wirtschaftspolitischer Natur beginnen innerpolitische Probleme immer gebieterischer auf eine Lösung zu drängen. Während es aber anscheinend gelingt, durch die Massnahmen der letz-

<sup>19)</sup> R. T. Nr. 19.

<sup>20)</sup> R. T. Nr. 24; Ausführungsverordnungen im R. T. Nr. 3, 13.

<sup>21)</sup> R. T. Nr. 53.

<sup>22)</sup> R. T. Nr. 11, 36, 63.

<sup>23)</sup> R. T. Nr. 33, 39, 63.

<sup>24)</sup> R. T. Nr. 57.

<sup>25)</sup> R. T. Nr. 30.

<sup>26)</sup> R. T. Nr. 32.

<sup>27)</sup> R. T. Nr. 31.

<sup>28)</sup> R. T. Nr. 2, 3, 16, 20, 30.

<sup>29)</sup> R. T. Nr. 38.

ten Monate die Entwicklung der Wirtschaft günstig zu beeinflussen, bleibt den brennenden verfassungs- und verwaltungsrechtlichen Fragen eine Lösung zunächst versagt: auch der zweite vom Parlament ausgearbeitete Verfassungsänderungsentwurf<sup>30)</sup> wird in der Volksabstimmung im Juni 1933 abgelehnt. Im Oktober d. J. soll jetzt der von der Freiheitskämpferbewegung ausgehende dritte Verfassungsänderungsentwurf zur Abstimmung gelangen. Inzwischen hat sich die Regierung veranlasst gesehen im Hinblick auf die innerpolitischen Spannungen zunächst über Stadt und Kreis Dorpat<sup>31)</sup> und später über das ganze Staatsgebiet<sup>32)</sup> den Schutzzustand zu verhängen, und zwar einstweilen bis zum 1. Februar 1934. Im Gebiet des Schutzzustandes werden durch Verordnungen des Chefs des Birnenschutzes unter Androhung administrativer Strafen die Vereins- und Versammlungsfreiheit<sup>33)</sup> eingeschränkt und eine Vorzensur<sup>34)</sup> eingeführt; durch eine besondere Verordnung<sup>35)</sup> wird verboten und unter Strafe gestellt das Verächtlichmachen der estländischen Staatsordnung, der Staatsversammlung, der Regierung oder ihrer Massnahmen, sowie das Verbreiten von Nachrichten, welche geeignet sind, die Öffentlichkeit zu beunruhigen oder die Sicherheit zu gefährden.

Eine Novelle<sup>36)</sup> zum Gesetz betr. die Volksabstimmung, Volksinitiative und die Wahlen in die Staatsversammlung hebt die 1931 eingeführte<sup>37)</sup> Abstimmungspflicht bei Abstimmungen über Verfassungsänderungen wieder auf. Ebenfalls verändert wird die Bewertung der abgegebenen Stimmen: ein Verfassungsänderungsentwurf gilt jetzt als angenommen, wenn die Mehrheit der abgegebenen Stimmen für den Entwurf abgegeben war und diese Mehrheit mindestens 30% aller Stimmberechtigten ausmacht; für die auf dem Wege des Volksbegehrens zur Abstimmung gelangenden Entwürfe nicht verfassungsändernder Natur fällt die letzte Bedingung fort. Bei der auf Grund des § 30 des Grundgesetzes<sup>38)</sup> vorgenommenen Abstimmung über ein von der Staatsversammlung angenommenes Gesetz gilt dieses als abgelehnt, wenn die Mehrzahl der abgegebenen Stimmen dagegen abgegeben werden und wenn diese Mehrzahl wenigstens die Hälfte aller Stimmberechtigten ausmacht, anderenfalls gilt das Gesetz als angenommen.

<sup>30)</sup> Beilage Nr. 16, 50 zum R. T.; cf. auch m. Bericht f. 1932 II im Heft 3 des VI. Jahrg. d. Zeitschr. S. 172.

<sup>31)</sup> R. T. Nr. 47.

<sup>32)</sup> R. T. Nr. 69.

<sup>33)</sup> R. T. Nr. 68.

<sup>34)</sup> cf. mein Bericht für 1931 I im Heft 3 d. V. Jahrg. d. Zeitschr. S. 171.

<sup>35)</sup> § 30 des Grundgesetzes lautet:

„Jedes von der Staatsversammlung verabschiedete Gesetz bleibt zwei Monate lang, vom Tage seiner Verabschiedung an gerechnet, unveröffentlicht, wenn das der dritte Teil des gesetzmässigen Bestandes der Staatsversammlung fordert. Falls im Laufe dieser Zeit fünfundzwanzigtausend stimmberechtigte Bürger fordern, dass das genannte Gesetz dem Volk zur Annahme oder Ablehnung vorgelegt werde, so hängt die spätere Veröffentlichung vom Ergebnis der Volksabstimmung ab“.

<sup>34)</sup> R. T. Nr. 68, 71.

<sup>35)</sup> R. T. Nr. 68, 76.

<sup>36)</sup> R. T. Nr. 19.



Durch ein Reglement<sup>39)</sup> der Staatsregierung wird ein Landesverteidigungsrat ins Leben gerufen, dem der Staatsälteste, der Wehrminister und sein Gehilfe, der Aussenminister, der Justiz- und Innenminister, der Wirtschaftsminister, der Stabschef, der oberste Führer des Schutzkorps und zwei höhere von der Regierung ernannte Militärs angehören; ausserdem kann an den Arbeiten des Rats als vollberechtigtes Mitglied der Präses der Landesverteidigungskommission der Staatsversammlung teilnehmen.

Auf verwaltungsrechtlichem Gebiet ist ein Gesetz<sup>40)</sup> betr. Adressbüros zu nennen, durch welches das Justiz- und Innenministerium ermächtigt wird, wo nötig staatliche Adressbüros bei der Polizei ins Leben zu rufen und für Auskünfte, soweit sie nicht telegraphisch, telephonisch oder per Post gegeben werden, Gebühren zu erheben. Eine Verfügung der Staatsregierung ordnet den allgemeinen Gebrauch des Gregorianischen Kalenders<sup>41)</sup> an. Eine umfangreiche Ausführungsverordnung<sup>42)</sup> zum Kraftwagengesetz regelt die an Kraftwagen zu stellenden technischen Anforderungen, die Registrierung von Kraftwagen, die Zulassung von Führern, die Verwendung von Kraftwagen zur Personen- und Güterbeförderung, Verkehrsvorschriften, Wege- und Verkehrszeichen sowie die Ausreichung von internationalen Kraftwagen- und Führerscheinen. Ohne grösseres Interesse sind eine Novelle<sup>43)</sup> zum Gesetz betr. die Poststationen und eine Veränderung<sup>44)</sup> des Statuts des Statistischen Zentralbüros. Technische Einzelheiten bei der Führung der Nationalitätskataster<sup>45)</sup> werden durch eine Verordnung neugeregelt.

Eine Novelle<sup>46)</sup> zum Gesetz über die normale Ruhezeit der Handlungsangestellten setzt die Bestimmungen des Gesetzes für Apotheken und Benzintankstellen ausser Kraft.

Besondere Vergünstigungen werden durch ein besonderes Gesetz<sup>47)</sup> den Kavalieren des Freiheitskreuzes verliehen, soweit sie estländische Staatsangehörige sind: sie geniessen eine 50% Fahrtpreiseremässigung auf den öffentlichen Verkehrsmitteln, sowie 50% Ermässigung der Schulgelder für sich und ihre Kinder für die Dauer einer normalen Ausbildungszeit bis zur Beendigung der höchsten Lehranstalt. Die Kavaliere des Freiheitskreuzes haben ferner ein Vorrecht auf Anstellung im Staatsdienst.

---

<sup>39)</sup> R. T. Nr. 17.

<sup>40)</sup> R. T. Nr. 21.

<sup>41)</sup> R. T. Nr. 28. Trotzdem dieses bereits im Jahre 1917 in Russland offiziell eingeführt worden war, ist im Petschur- und Transnarovagebiet noch jetzt der Julianische Kalender tatsächlich in weitem Masse in Gebrauch.

<sup>42)</sup> R. T. Nr. 27.

<sup>43)</sup> R. T. Nr. 24.

<sup>44)</sup> R. T. Nr. 32.

<sup>45)</sup> R. T. Nr. 1.

<sup>46)</sup> R. T. Nr. 40.

<sup>47)</sup> R. T. Nr. 19.

#### IV.

Eine Novelle <sup>48)</sup> zur ZPO verändert erheblich die Bestimmungen über die Motivierung von Gerichtsurteilen und deren Rechtskraft. Der Friedensrichter ist neuerdings zur Motivierung seines Urteils nur verpflichtet, wenn eine Partei im Laufe von zwei Wochen, gerechnet vom Tage der Verkündung der Resolution oder bei Versäumnisurteilen im Laufe der Einspruchsfrist, hierum bittet (§ 141); das motivierte Urteil ist binnen 7 Tagen fertigzustellen (§ 144). Die Urteile des Friedensrichters können sofort rechtskräftig werden, wenn die Parteien dem Gericht gegenüber auf die Einlegung von Rechtsmitteln verzichten und erklären, sich dem Urteil unterwerfen zu wollen (§ 156). Die Urteile der Friedensrichterplena II werden entweder auf Initiative des Gerichts oder auf Bitte der Beteiligten motiviert (§ 181<sup>1)</sup>).

Das Friedensrichterplenum I motiviert seine Urteile im Laufe von 2 Wochen: 1. gerechnet vom Tage der Verkündung der Resolution, wenn das Plenum selbst die Motivierung für nötig befindet, oder eine Partei um die Urteilsbegründung vor Verkündung der Resolution gebeten hat; 2. gerechnet vom Tage der Bitte um Motivierung, falls die Bitte nach der Verkündung der Resolution erfolgte, wobei die Bitte jedoch nicht später als zwei Wochen nach der Verkündung der Resolution erfolgen darf. Schliesslich motiviert das Plenum I seine Urteile, wenn Berufung eingelegt worden ist und zwar erst nach Bezahlung der Berufsgebühren (§ 713). Die Berufsfrist wird auf 1 Monat und 2 Wochen festgesetzt (§ 748), gerechnet vom Tage der Verkündung der Resolution, bei Versäumnisurteilen gerechnet vom Tage der Zustellung der Abschrift der Resolution oder der Anzeige über die Vollstreckung oder vom Tage der Publikation des Versäumnisurteils im Staatsanzeigers (§ 749). Die in § 750 ZPO vorgesehenen Klagen werden neuerdings nur im Laufe von 10 Jahren, gerechnet von der Urteilsfällung an zugelassen.

Die Urteile des Appellhofs sind ex officio im Laufe von 2 Wochen vom Tage der Verkündung der Resolution zu motivieren (§ 774). Die Retournierung der durch den Appellhof erledigten Akten an die Plena I erfolgt neuerdings erst nach Verstreichen der Kassationsfrist (§ 775).

Die Bestimmungen über die Wiederaufnahme des Verfahrens (§ 794) werden dahin ergänzt, dass eine Wiederaufnahme nur statthaft ist, wenn die neuen Umstände bzw. die als gefälscht festgestellten Urkunden bzw. die Unwahrheit der Zeugen- oder Sachverständigenaussagen das Urteil wesentlich beeinflusst haben oder hätten beeinflussen können. Der zweimonatliche Kassationstermin läuft neuerdings bereits vom Tage der Verkündung der Resolution (§§ 796, 797). Neu redigiert wird die Bestimmung über die Rechtskraft der Urteile. Urteile werden rechtskräftig: 1. wenn die Parteien erklären, sich dem Urteil unterwerfen zu wollen; 2. wenn gegen das Urteil des Ple-

<sup>48)</sup> R. T. Nr. 40.

nums I kein Rechtsmittel eingelegt worden ist; 3. bei Urteilen des Appellhofs, ausser in den im § 814<sup>1</sup> ZPO genannten Sachen; 4. bei Urteilen des Appellhofs in den im § 814<sup>1</sup> ZPO genannten Sachen, wenn die Kassationsfrist ohne Eingang einer Kassationsklage verstrichen ist, oder eine solche vom Staatsgericht verworfen worden ist.

Im Zusammenhang mit den neuen Bestimmungen über die Motivierung der Gerichtsurteile werden die Vorschriften über die Wiederherstellung der Rechtsmittelfristen teilweise verändert. Das Recht um Wiederherstellung der Berufungsfrist wegen Nichtfertigung der Urteilsbegründung zu bitten, haben die Parteien nur dann, wenn sie um die Motive gebeten haben, es sei denn, dass das Gericht aus eigener Initiative die Fertigstellung der Motive beschlossen hatte. Der Antrag auf Wiederherstellung der Berufungs- bzw. Kassationsfrist kann nicht früher als zwei Wochen bzw. einen Monat vor Ablauf derselben und nicht später als am Tage des Ablaufs der Frist gestellt werden (§§ 779<sup>1</sup>, 837<sup>1</sup>).

Auf dem Gebiet des Strafprozesses werden die Tage- und Fahrtgelder der Zeugen und Sachverständigen herabgesetzt.<sup>49)</sup>

Ein Gesetz<sup>50)</sup> vom 21. Februar 1933 gibt den Pächtern städtischer Ländereien in der Grösse von 1—30 ha., welche zu Ackerbau- oder Gartenbauzwecken genutzt werden, die Möglichkeit die Dauer ihrer 1933 ablaufenden Pachtverträge durch einseitige Erklärung um ein Jahr zu verlängern.

Besondere Vergünstigungen erhalten die landwirtschaftlichen Schuldner durch das Gesetz<sup>51)</sup> betr. die Umschuldung landwirtschaftlicher Schulden. Der Umschuldung unterliegen die vor dem 31. Dezember 1932 entstandenen Schulden der Eigentümer ordnungsmässig bewirtschafteter Höfe, wenn die Verschuldung insgesamt 100% des Taxwertes des Hofes nach der Schätzung der Agrarbank nicht übersteigt. Der Umschuldung unterliegen nicht die Schulden bei der Agrarbank, beim Siedelungskapital, beim Fonds für Meliorationsdarlehen, staatliche und kommunale Steuerforderungen, die rückständigen Versicherungsprämien, sowie die Lohnforderungen der Hofсарbeiter, doch werden alle diese Forderungen bei der Feststellung der Gesamtverschuldung in Betracht gezogen. Forderungen unter 50 Kronen, auf Grund des Arbeitsschutzgesetzes zu zahlende Unfallentschädigungen, sowie Alimente werden weder umgeschuldet noch auf die Gesamtverschuldung angerechnet. Beträgt die Verschuldung des Hofes mindestens 20% seines Taxwertes, dann sind die Gläubiger verpflichtet ihre der Umschuldung unterliegenden Forderungen der Agrarbank abzutreten; als Gegenleistung erhalten jene von der Bank 4% tragende Schuldscheine zum Kurse von 100%. Liegt die Verschuldung unter 20% des Taxwertes, dann hängt die Umschuldung von der Vereinbarung zwischen den Gläu-

<sup>49)</sup> R. T. Nr. 10.

<sup>50)</sup> R. T. Nr. 21.

<sup>51)</sup> R. T. Nr. 46; Ausführungsverordnung R. T. Nr. 58.



bigern und der Agrarbank ab. Auf Antrag des Schuldners werden die von der Umschuldung betroffenen Gläubiger durch Proklam der Agrarbank aufgefordert bei dieser die Schlussabrechnung über ihre Forderungen vorzunehmen. Am Endtermin des Proklams erlischt das Schuldverhältnis zwischen Gläubiger und Schuldner und an die Stelle des Schuldners tritt dem Gläubiger gegenüber die Agrarbank; die zu Gunsten des Gläubigers etwa ingrossierten Hypotheken werden ohne seine Zustimmung getilgt. Die im Rahmen der Schlussabrechnung vom Gläubiger der Agrarbank übergebenen Schuldurkunden werden dem Schuldner mit dem Vermerk übergeben, dass die Schuld durch die 4% Schuldscheine der Agrarbank getilgt ist. Hat der Schuldner lt. diesen Urkunden ein Regressrecht, so ist er verpflichtet die infolge Ausübung desselben eingehenden Beträge an die Agrarbank weiterzuleiten, welche ihrerseits diese Eingänge benutzt um eine entsprechende Menge Schuldscheine aus dem Verkehr zu ziehen. Vom Gläubiger nicht in Empfang genommene Schuldscheine verwahrt die Agrarbank für seine Rechnung bis zur Verjährung des Forderungsrechtes des Gläubigers, wonach die nichtgehobenen Kupons verfallen. Der Schuldner stellt der Agrarbank über den Betrag der umgeschuldeten Verbindlichkeiten einen Schuldschein aus, welcher in die Grundbücher als Hypothek eingetragen wird. Normalerweise tilgt der Schuldner seine Schuld in spätestens 30 Jahren und zahlt für Zinsen und Verwaltungskosten 4,5% jährlich. Erweist es sich, dass der Schuldner bei der Umschuldung falsche Angaben gemacht hat, oder leistet er seine Zahlungen nicht, dann ist die Agrarbank berechtigt ihre Forderung im vollen Umfange vorzeitig beizutreiben. Die Zinsen der Umschuldungsschuldscheine unterliegen keinerlei staatlichen Steuern. Die Schuldscheine können nur zur Tilgung der in Gestalt derselben Schuldscheine erteilten Darlehen im Nominalwert verwendet werden.

## Rechtsprechung.

### Lettland.

#### **Eigener Wohnsitz der Ehefrau. Aufenthaltsgenehmigung zur Begründung des Wohnsitzes unwesentlich.**

Der Appellhof hat sich den Motiven des Urteils des Bezirksgerichts angeschlossen und auf Grund der in seinem Urteil angeführten Erwägungen und Daten konstatiert, dass die Klägerin noch vor Erhebung der Klage in Riga ihr Domizil begründet hat. Diese Feststellung des Appellhofs bezieht sich auf den Tatbestand ad materiam und kann nicht im Kassationsverfahren überprüft werden (vergl. Urteil ZKD 1932/2098). Dadurch werden alle Erklärungen des Beklagten in der Kassationsklage, mit denen er die Richtigkeit dieser Feststellung ad materiam bestreitet, hinfällig. Der Beklagte behauptet unrichtigerweise, dass die Klägerin

keine Erlaubnis zum Aufenthalt in Lettland besessen hätte, denn in dieser Hinsicht hat das Bezirksgericht konstatiert, — und dieser Feststellung hat sich auch der Appellhof angeschlossen, — dass die Klägerin in Riga seit dem 23. Juli 1931 angeschrieben ist, und da die Klägerin in Riga als Ausländerin registriert war, muss sie die entsprechende Erlaubnis zur Einreise resp. zum Aufenthalt in Lettland gehabt haben; ausserdem weist die Klägerin in ihrer Antwort auf die Kassationsklage richtig darauf hin, dass falls solch eine Aufenthaltserlaubnis auch fehlen sollte, die Klägerin trotzdem ein Domizil in Lettland begründen könnte, denn die Bestimmungen über die Einreise von Ausländern nach Lettland haben nur eine administrativ-polizeiliche Bedeutung, welche nichts mit dem Willen der Klägerin und deren bürgerlicher Tätigkeit in Lettland zu tun hat. Auch wenn die Klägerin erst am 4. August 1931, d. h. nach Einreichung dieser Klage die Arbeitskarte erhalten hat, so zeugt dieses gerade, wie es der Appellhof in seinem Urteil richtig erwähnt, von dem Willen der Klägerin sich in Riga ein Domizil zu begründen, und die spätere Lösung der Arbeitskarte hat keinen Einfluss auf den persönlichen Arbeitsvertrag der Klägerin mit dem Konsulat. Man könnte wohl die Klägerin sowohl als ihren Arbeitsgeber wegen Übertretung der Bestimmungen bestrafen, aber auch nicht mehr. (vergl. R. A. Nr. 126/1927). Ebenso falsch ist der Hinweis des Beklagten, dass die Klägerin, als nicht geschiedene Frau, kein Domizil getrennt vom Gatten begründen könne, denn Art. 8 d. BPR. weist darauf hin, dass eine nicht geschiedene Frau ein vom Manne getrenntes Domizil wohl begründen kann, wobei, wie es schon durch langjährige Gerichtspraxis festgestellt ist, die im Art. 8 des BPR. aufgezählten Fälle nicht erschöpfend sind und die Frau das Recht hat vom Manne getrennt zu leben, resp. ein vom Manne getrenntes Domizil in allen den Fällen zu begründen, wo das Verhalten des Ehemannes eine Ehescheidung berechtigt. (vergl. Entsch. d. Sen. 1892/111, Zwingmann VI, 961 u. a.). Im vorliegenden Falle bestreitet der Beklagte nicht, dass sein Verhalten Grund zur Beantragung der Ehescheidung gegeben hat, weswegen auch der Appellhof zum richtigen Schluss gekommen ist, dass der Art. 3070, indem er den Wohnort der Frau nach dem Wohnort des Ehemannes bestimmt, (*domicilium necessarium*), dennoch nicht ausschliesst, dass die nicht geschiedene Frau auch ein getrenntes Domizil haben kann. Obgleich der Appellhof unzutreffenderweise sich auf das Urteil des «Tribunal de la Seine» betreffs des getrennten Lebens bezieht, — denn dieses Urteil ist, als ein von einem ausländischen Gericht gefälltes, nicht vollstreckbar und hat damit auch keine entscheidende Bedeutung für die lettländischen Gerichte, — so hat doch dieser Hinweis auf das erwähnte Urteil nur die Bedeutung eines Nebenmotivs, welches die Richtigkeit des Endurteils des Appellhofs nicht beeinflusst, und allein aus diesem Grunde liegt kein Grund vor das Urteil des Appellhofs aufzuheben, welches in seiner endgültigen Schlussfolgerung richtig ist. Nicht am Platz ist auch der Einwand des Beklagten, der Appellhof habe den Hinweis des Beklagten darauf nicht berücksichtigt, dass zwischen den Parteien in Frankreich schon eine Ehescheidungssache schwebt, denn der Appellhof, der sich den Urteils-

motiven des Bezirksgerichts anschliesst, hat auch zugleich die Motivierung des Bezirksgerichts in dieser Frage als richtig anerkannt und brauchte sie daher nicht in seinem Urteil zu wiederholen, ausserdem versuchte selbst der Beklagte nicht in seiner Kassationsklage die Richtigkeit der Begründung des Bezirksgerichts in dieser Frage abzuschwächen.

Aus den angeführten Gründen befindet der Senat, dass die Kassationsklage des Beklagten als unbegründet abzuweisen ist.

(Entsch. des Ziv.-Kass.-Dep. des Lettl. Senats vom 19. Mai 1933, in Sachen Nigault de Prailauné Nr. 2052/33, mitgeteilt vom vereid. Rechtsanwalt B. Berent).

## **Estland.**

### **Zufälliger Schaden.**

Durch Funken einer der beklagten A/G. gehörigen Selbstfahrer-Lokomobile war das Gebäude des Klägers in Brand geraten. Vom Kläger wegen des Schadens in Anspruch genommen, wandte die beklagte A/G. unter Berufung auf BPR § 3439 ein, es handele sich hier um einen zufälligen Schaden, den niemand zu ersetzen verpflichtet sei. Die Beklagte wurde in zwei Instanzen zum Ersatz des Schadens verurteilt; das Staatsgericht verwarf die Kassationsklage und führt u. a. folgendes aus:

«Sobald die Ursache des Feuerschadens und gleichzeitig auch die Tatsache der Verletzung der Rechte des Klägers festgestellt war, lag es der Beklagten, in deren Auftrage die den Feuerschaden herbeigeführthabende Lokomobile längs der Landstrasse befördert wurde, ob, in Grundlage des § 3304 BPR den Beweis dafür zu erbringen, dass sie an der stattgehabten Rechtsverletzung nicht schuldig ist. Das zu beweisen hat auch der Bevollmächtigte der Beklagten versucht, indem er darauf hinwies, dass es sich gegebenenfalls um einen Unglücksfall handele, an dessen Entstehung niemand schuld sei, und indem er eine neue Expertise beantragte zur Feststellung dessen, dass die Lokomobile mit einem Funkenfänger der neuesten Konstruktion versehen war und in jeder Hinsicht den Anforderungen der Gesetze und Verordnungen entsprach; er wies darauf hin, dass der Flug der Funken möglich sei auch bei den allerbesten Funkenfängern, und dass es vollkommen unmöglich sei, bei der Fahrt und insbesondere beim Manövrieren das Herausfliegen von Funken aus dem Schornstein zu verhindern. — Den obenerwähnten Antrag des Bevollmächtigten der Beklagten konnte der Appellhof auf Grund ZPO § 366<sup>1</sup> als unwesentlich ablehnen, denn auch wenn alle obenerwähnten Tatsachen von Sachverständigen festgestellt worden wären, hätte aus ihnen doch nicht gefolgert werden können, dass es sich gegebenenfalls um einen Unglücks-



fall handle, für die Entstehung dessen niemand verantwortlich sei, und somit um einen zufälligen Schaden, den zu ersetzen niemand verpflichtet sei (BPR § 3439). Die Beförderung selbstfahrender Lokomobilen mit Maschinenbetrieb auf öffentlichen Wegen und Landstrassen ist gesetzlich wohl nicht verboten, jedoch muss diese immerhin so vor sich gehen, dass dritte Personen und deren Eigentum dadurch nicht gefährdet würden. Dass das Vorbeifahren an am Wege belegenen Gebäuden und insbesondere das Manövrieren in der Nähe dieser Gebäude nicht ungefährlich sei, müsste der Beklagten, als der Eigentümerin eines Handels- und Industrieunternehmens, dessen Spezialität der Handel mit Maschinen ist, bekannt gewesen sein, wenn sie wusste, dass auch bei Versorgung der Lokomobile mit einem Funkenfänger neuester und bester Konstruktion der Funkenflug aus dem Schornstein doch möglich und dessen Verhinderung ganz unmöglich ist. Hat aber die Beklagte trotzdem den Auftrag gegeben, ihre Lokomobile mit Maschinenbetrieb längs der Landstrasse zu befördern, so übernahm sie gleichzeitig damit auch das Risiko und die Verantwortung für alle schädlichen Folgen, die in Erfüllung dieses Auftrages entstehen konnten. Deshalb ist die Ansicht der beklagten A/G., der Appellhof wäre bei Vornahme einer neuen Expertise zu einem anderen Urteil, als dem vorliegenden gelangt, irrig, denn alle die Tatsachen, deren Klärung der Bevollmächtigte der Beklagten mit Hilfe einer Expertise erbat, hätten die Schlussfolgerung des Appellhofs, dass es sich gegebenenfalls nicht um einen zufälligen Schaden handle, dessen Entstehung die beklagte A/G. nicht voraussehen konnte, nur bestätigt, — in keinem Fall aber umgestossen.»

(Entscheidung des Staatsgerichts 1931 Nr. 65, mitgeteilt von Rechtsanwalt Gert Koch, Reval).

## Literatur.

**Leske Loewenfeld.**

**Rechtsverfolgung im internationalen Verkehr.**

Band I.

Der Zivilprozess in den europäischen Staaten  
und ihren Kolonien.

Neue Bearbeitung; 3. Lieferung. Carl Heymanns Verlag, Berlin. 1933.

Die beiden ersten Lieferungen dieses grossen Werkes sind in Heft 3 des VI. Jahrganges unserer Zeitschrift besprochen worden, worauf hiermit verwiesen wird. Mit der nunmehr erschienenen dritten Lieferung ist der erste Band abgeschlossen. Die vorliegende Lieferung enthält zunächst die Fortsetzung der Behandlung des Zivilprozessrechts Jugoslawiens und zwar die Darstellung des neuerdings einheitlich geregelten jugoslawischen Zivilprozessrechts von Dr. Berthold Eisner,

Senatspräsident in Belgrad, während in der zweiten, im Juli 1931 herausgegebenen Lieferung das derzeit noch geltende, nach sechs verschiedenen Rechtsgebieten gegliederte Prozessrecht des am 1. Dezember 1918 aus den Königreichen Serbien und Montenegro und den «Reichsländern» Bosnien und Herzegovina, sowie Teilen von Österreich-Ungarn neugegründeten Königreichs Jugoslawien zur Darstellung gekommen war. Es folgt darauf in Lieferung 3: Griechenland von Georg Diobuniotis, Rechtsanwalt beim Kassationshof in Athen, und Polen von Dr. Bronislaw Stelmachowski, Universitätsprofessor in Posen. Das Zivilprozessrecht der übrigen, d. h. in den drei ersten Lieferungen nicht behandelten europäischen Staaten, sowie der Kolonien bleibt dem zweiten Bande vorbehalten. Nach dem ursprünglichen Plane des Werkes wären das die folgenden Staaten: Grossbritannien und Nordirland, der irische Freistaat, Schottland, Frankreich, Belgien, Luxemburg, Italien, Spanien und Portugal.

## **Das Eherecht der Europäischen Staaten und ihrer Kolonien.**

### **Band IV.**

Zweite Auflage, I. Teil, Carl Heymanns Verlag, Berlin.  
Erste Lieferung, 1932; zweite Lieferung, 1933.

Dieses Standardwerk über Eherecht erscheint eben in einer vollständig neuen zweiten Auflage; sie bringt das gesamte Eherecht der europäischen Staaten und ihrer Kolonien nach seinem dem heutigen Stande angepassten Inhalte zur Darstellung. Diese Darstellung umfasst nicht nur das Eherecht im engeren Sinne, sondern auch das Ehegüterrecht. Ausserordentlich wertvoll ist es, dass allen Beiträgen derselbe einheitliche Plan zugrundegelegt worden ist, wodurch, soweit möglich, die Gleichmässigkeit der einzelnen Beiträge erreicht worden ist. Auf Grund dieses einheitlichen Planes der Darstellung ist eine rechtsvergleichende Orientierung über einzelne Probleme und Fragen sehr erleichtert. Der Behandlung des internationalen Privatrechts ist besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Die einzelnen Abschnitte über das Recht eines jeden Staates sind durch Mitarbeiter dargestellt, die demselben Staate angehören. Die erste Lieferung enthält die Abschnitte: Deutsches Reich, Danzig, Österreich, Ungarn, Tschechoslovakische Republik und Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken. Die zweite Lieferung: Polen, sodann das in den Teilen Polens und der Baltischen Staaten geltende Eherecht des vorrevolutionären Russlands, Litauen, Memelgebiet, Lettland, Estland, Schweden, Finland, Norwegen, Dänemark und Island.

Lettland ist von Rechtsanwalt B. Berent-Riga und Estland von Rechtsanwalt G. Koch-Reval bearbeitet worden. Diese Arbeiten sind von ganz besonderem Werte für alle, die sich mit dem baltischen Eherecht zu befassen haben, geben sie doch erstmalig eine

zusammenfassende systematische Darstellung des gesamten, auf das Ehe-recht bezüglichen, in den Republiken Lettland und Estland geltenden Gesetzesmaterials, das zu einem Teile auf Bestimmungen beruht, die aus der Gesetzgebung der Zarenzeit herübergenommen sind, wo sie sich vielerorts zerstreut fanden, zum anderen Teil viel Neues enthält, welches seit der Staatswerdung der beiden Länder hinzugekommen und das bis zu dieser Zeit bestehende Recht vielfach grundlegend umge-staltet hat, so dass ein Sichzurechtfinden in dem mannigfachen, nicht einheitlich kodifizierten Material auch für den erfahrenen Juristen nicht leicht ist.

R. v. F.

### **Likums un Senāta prakse laulību lietās un likums par civilstāvokļa aktu registrāciju.**

Sast. Kriev. zvēr. adv. M. Pereļšteins Rīgas Apgabalt. loc.  
A. Valtera redakcijā. 1933. Izdevniecība «Jurists».

Dieses Büchlein von 58 Seiten ergänzt in dankenswerter Weise die im Jahre 1929 erschienene Sammlung verschiedener Zivilstandsge-setze, herausgegeben vom Gehilfen des Chefs des Rigaschen Standes-amts A. Šmemanis,<sup>1)</sup> indem es nicht nur die inzwischen erlassenen Ge-setzesnovellen zum Ehe- und Zivilstandsregistrationsgesetze berück-sichtigt, sondern auch die diese Materien betreffenden Entscheidungen des Lettländischen Senats wiedergibt. Befremdlich ist es, dass darunter die Entscheidung v. 1/30. Juni 1932 Nr. 2098 in S. Reinhardt fehlt, in der in eingehender Weise zu verschiedenen, den Wohnsitz bei Eheschei-dungssachen betreffenden Fragenstellung genommen wird.<sup>2)</sup>

R. v. F.

## **Bücher.**

### **Abkürzungen.**

J. W. = Juristische Wochenschrift.

Z. f. H. u. K. = Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht und Konkursrecht.

Z. f. S. = Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft.

Z. f. O. = Zeitschrift für Ostrecht.

### **Allgemeines. Rechtsgeschichte.**

Hans Fehr. Das Recht in der Dichtung. Bern, A. Francke. 21,60 M.  
(J. W. 1933, Nr. 1).

H. B. Gerland. Die Beziehungen zwischen dem Parlament und den  
Gerichten in England. Eine rechtsvergleichende Studie. 137 S.  
Berlin u. Leipzig, 1928, de Gruyter & Co. (Z. f. S. 52. B. 5. H.).

<sup>1)</sup> Siehe Besprechung in Heft 4 des Jahrgangs III, Seite 287 unserer Zeitschrift.

<sup>2)</sup> Wiedergegeben in Heft 1 des Jahrgangs VI unserer Zeitschrift.



- Ph. Heck. Das Problem der Rechtsgewinnung. 2. Aufl. Tübingen, 1932, Mohr. 2,40 M. (J. W. 1933, Nr. 25).
- A. E. Hoche. Das Rechtsgefühl in Justiz und Politik. Berlin, 1932, J. Springer. 5,80 M. (J. W. 1932, Nr. 45/46).
- A. Wegner. Einführung in die Rechtswissenschaft. Sammlung Götschen. Bd. 1047, 1048. Je 1,80 M. (J. W. 1933, Nr. 34).

### Arbeitsrecht.

- H. Depène (unter Mitwirkung von Th. Rohfing u. E. Heinitz). Arbeitsgerichtsgesetz. Kommentar. 2. Aufl. Berlin u. Leipzig, 1932, de Gruyter & Co. 15 M. (J. W. 1932, Nr. 47).

### Handelsrecht. Konkursrecht. Wirtschaftsrecht.

- A. Baumbach. Handelsgesetzbuch ohne Seerecht. Berlin, 1932, Liebmann. 11,50 M. (J. W. 1933, Nr. 2).
- C. Becher. Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb. Kommentar. 2. Aufl. 291 S. München, 1932, Beck. (Z. f. H. u. K. 99. B. H. 1).
- L. Busch u. O. Krieg. Konkursordnung, Vergleichsordnung und Anfechtungsgesetz (auf d. Grundl. d. Sydow-Buschschen Textausgabe m. Anm.). 16. Aufl. Berlin u. Leipzig, 1932, de Gruyter & Co. 12 M. (J. W. 1933, Nr. 18/19).
- Düringer-Hachenburg. Das HGB auf der Grundlage des BGB. 2. Band, 2. Hälfte. 3. Aufl. Mannheim, 1932, Bensheimer. 24 M. (J. W. 1933, Nr. 15/16).
- H. Göppert. Das Recht der Börsen. Ein Beitrag zum Verwaltungsrecht. Berlin, 1932, Springer. 15,60 M. (J. W. 1933, Nr. 15/16).
- H. Haage. Das Abladegeschäft. Hamburg, 1933. 106 S. (J. W. 1933, Nr. 33).
- E. R. Huber. Wirtschaftsverwaltungsrecht. Tübingen, 1932, Mohr. 14,40 M. (J. W. 1933, Nr. 36).
- E. Jaeger. Lehrbuch des Konkursrechts. Berlin, 1932, de Gruyter & Co. 13,50 M. (J. W. 1933, Nr. 15/16).
- A. Koch. Die allgemeinen Geschäftsbedingungen der Banken, ihre rechtliche u. wirtschaftliche Bedeutung und Entwicklung. Jena, 1932, G. Fischer (Z. f. H. u. K. 99. B. H. 1).
- M. Palyi u. P. Quittner. Handwörterbuch des Bankwesens. Berlin, 1932, Springer. 46 M. (J. W. 1933, Nr. 15/16).
- K. Ritter. Kommentar zum Handelsgesetzbuch. Mit Ausschluss des Seerechts. 2. Aufl., 1., 2. u. 3. Lief. 448 S. München, 1932, Müller. (Z. f. H. u. K. 98. B. H. 3).
4. Lief. S. 449—902. (Z. f. H. u. K. 99. B. H. 1).
- H. Rühl. Eigentumsvorbehalt und Abzahlungsgeschäft. 33 S. Berlin, 1930, J. Springer. (Z. f. H. u. K. 99. B. H. 1).

- Wechselgesetz vom 21. Juni 1933. Textausgabe mit kurzen Anm. u. Sachregister. Berlin, 1933, Vahlen. 1,20 M. (J. W. 1933, Nr. 33).  
 K. Wieland. Handelsrecht. 2. Bd. 406 S. Die Kapitalgesellschaften. München u. Leipzig, 1931, Duncker & Humblot. (Z. f. H. u. K. 98. B. H. 4).

### **Staats- und Verwaltungsrecht.**

- Bruns-Häntzschel. Die Pressgesetze des Erdballs. Berlin, G. Stilke. (Z. f. S. 52. B. 6. H.).  
 H. Krüger. Die Verfassung der nationalen Revolution. Dresden, 1933, Heinrich. 1,80 M. (J. W. 1933, Nr. 31).  
 Th. Maunz. Hauptprobleme des öffentlichen Sachenrechts. 1933, Schweitzer. 9 M. (J. W. 1933, Nr. 20).  
 H. Pfundtner u. R. Neubert. Das neue Deutsche Reichsrecht. Berlin, Spaeth & Linde. 6,20 M. Zuzüglich Ergänzungslieferungen je Blatt 0,05 M. (J. W. 1933, Nr. 29/30).  
 E. L. Rosen. Der Faschismus und seine Staatsidee. Berlin, 1933, Heymann. 2,50 M. (J. W. 1933, Nr. 25).  
 W. Tempel. Aufbau der Staatsgewalt im faschistischen Italien. Leipzig, Hirschfeld. 3,50 M. (J. W. 1933, Nr. 35).

### **Strafrecht und Strafprozess.**

- M. Alsberg. Die Philosophie der Verteidigung. 32 S. J. Bensheimer, 1930. (Z. f. S. 52. B. 5. H.).  
 A. Finger. Strafrecht. (Teil XII. aus «Das gesamte deutsche Recht in systematischer Darstellung, herausgegeben von R. Stammler»). Berlin, Stilke. 11 M. (J. W. 1933, Nr. 7).  
 J. Jastrow. Der angeklagte Staatsanwalt. Geschichte der Verurteilung eines Unschuldigen (Fall Frieders). Berlin-Grunewald, 1930, Rothschild. (Z. f. S. 52. B. 5. H.).  
 G. Marciano. Il nuovo codice penale. Neapel, 1932, Jovene & Co. 32 Lire. (J. W. 1933, Nr. 7).  
 F. v. Rohden. Methoden der Kriminalbiologie. Berlin und Wien, 1933, Urban & Schwarzenberg. 14 M. (J. W. 1933, Nr. 27/28).  
 U. Stock. Entwicklung und Wesen der Amtsverbrechen. Leipzig, 1932, Th. Weicher. 13 M. (J. W. 1933, Nr. 20).  
 F. Strassmann. Lehrbuch der gerichtlichen Medizin. 2. Auflage. Stuttgart, 1931, F. Enke. 27 M. (J. W. 1932, Nr. 45/46).  
 A. Wichmann u. P. Bohmeyer. Strafgesetze. Textsammlung der wichtigsten straf- und strafverfahrensrechtlichen Bestimmungen u. Verwaltungsvorschriften einschliessend der Not. Vo. Kiel, 1933. 6 M. (J. W. 1933, Nr. 36).  
 L. Zimmerl. Strafrechtliche Arbeitsmethode de lege ferenda. Berlin, u. Leipzig, 1931, de Gruyter & Co. 354 S. (Z. f. S. 53. B. 1./2. H.).

## **Völkerrecht.**

- G. Birkàs. Das Staatsinteresse als Grundlage des Völkerrechts. Berlin, 1933, Heymann. 5 M. (J. W. 1933, Nr. 26).  
K. Strupp. Grundsätze des positiven Völkerrechts. 5. Aufl. Bonn, 1932, Röhrscheid. (J. W. 1932, Nr. 53).

## **Zivilrecht und Zivilprozess.**

- K. Emig. Gesetz über die Beurkundung des Personenstandes und die Eheschließung mit Einl., Erläut. u. Sachverzeichnis. München, 1933, C. H. Beck. 5,20 M. (J. W. 1933, Nr. 37).  
Fischer-Henle-Titze. Bürgerliches Gesetzbuch. 14. Auflage. München, 1932, Beck. 22,50 M. (J. W. 1932, Nr. 48).  
M. Grunau. Die Amtspflichtverletzung in der neueren Rechtsprechung. Berlin, 1933, Vahlen. 3,60 M. (J. W. 1933, Nr. 35).  
E. Herzfelder und F. K. Katsch. Haftpflichtversicherung. 2. Aufl. Berlin, 1932, Mittler & Sohn. (J. W. 1933, Nr. 11).  
R. Kann. Die polnische Zivilprozessordnung. 1. Hauptteil: Streitverfahren nebst Einführungsordnung. Übersetzt und erläutert. Berlin, 1933, Heymann. 10 M. (J. W. 1933, Nr. 26).  
Leske-Löwenfeld. Rechtsverfolgung im internationalen Verkehr. Band IV.: Das Eherecht der europäischen Staaten und ihrer Kolonien. 2. Aufl. 1. Teil. Berlin, 1932, Heymann. 30 M. (J. W. 1932, Nr. 53, Z. f. O. 1932, Nr. 10).  
Mührling u. Helbig. Polnische Zivilprozessordnung in deutscher Übersetzung. Posen. 3,50 M. (J. W. 1933, Nr. 26).  
W. Siebert. Das rechtsgeschäftliche Treuhandverhältnis. Marburg, 1933, Elwert. 16,50 M. (J. W. 1933, Nr. 31).  
Th. Süß. Wesen und Rechtsgrund der Gewährleistung für Sachmängel. (Z. f. H. u. K. 98. B. H. 3).

## **Zeitschriften.**

### **Juristische Wochenschrift.**

- 1932 Nr. 45/46. Bischofswerder, Die ärztlichen Organisationen in Deutschland. — C. Haedenkamp, Eigenart und Probleme der freien geistigen Berufe. — H. Kaufmann, Das Ärzterecht. — Haberland, F. Strassmann, Ebermayer, Ärztliche Kunstfehler. — A. Behre, Chemie und Rechtspflege.  
1932 Nr. 47. H. Depène, M. Abel, 5 Jahre Arbeitsgerichtsgesetz. — W. Franke, Arbeitsverhältnisse auf Probe. — E. Heinitz, Wirtschaftlicher Druck und Anfechtung wegen Drohung im Arbeitsrecht. — W. Friedmann, Der rechtliche Aufbau des freiwilligen Arbeitsdienstes.



- 1932 Nr. 48. K. Thalheim, Neues Material zur Wirtschaftslage der Anwaltschaft. — Selbsthilfe! (Forts.). — G. v. Scanzoni, Kann das Gericht den Verteidiger ausschliessen? — Schwister, Von der Not und vom Recht der Jungakademiker. — R. Kann, Die Neuordnung der polnischen Advokatur.
- 1932 Nr. 49/50. Graf zu Dohna, Gerichtliche Zwangsmassnahmen gegenüber Verteidigern.
- 1932 Nr. 51/52. G. Radbruch, Rechtsphilosophie und Rechtspraxis. — W. Sauer, Fünfundzwanzig Jahre Rechtsphilosophie. — R. Liebstaedter, Hypertrophie des Eigentums.
- 1932 Nr. 53. Schiffer, Deutsch-österreichische Rechtsannäherung. — Reiss u. a., Das Recht der ehemals deutschen Gebiete (Danzig, Elsass-Lothringen, Memelgebiet). — Makarov, Zur Frage der Staatsangehörigkeit in Deutschland lebender Personen russisch-polnischer Herkunft. — B. Berent, Ehescheidung in Lettland.
- 1933 Nr. 1. J. Poppitz, Recht und Wirtschaft. — Loebinger, Das Recht der ehemals deutschen Gebiete (Polnisch-Oberschlesien).
- 1933 Nr. 2. H. Jacoby, Die Haftung der Banken aus Kreditauskünften. — G. Heinemann, Die gemeinsamen Rechte der Besitzer von Schuldverschreibungen.
- 1933 Nr. 3. Presser, Kompetenzfragen unter Miterben.
- 1933 Nr. 4. H. Dorn, Rechtssicherheit und Richterspruch im Steuerrecht.
- 1933 Nr. 7. K. Schuschnigg, Gedanken zur Revision des Strafgesetzentwurfes. — Kitzinger, Übergesetzlicher Notstand und kein Ende. — H. Braune u. a., Förderung der Vernehmungstechnik durch mechanische Protokolle?
- 1933 Nr. 8. Zur Beschleunigung der Prozesse.
- 1933 Nr. 9. Jonas, Der landwirtschaftliche Vollstreckungsschutz.
- 1933 Nr. 11. Kersting, Versicherung und Rechtsprechung.
- 1933 Nr. 13. L. Schäfer, Die Verordnung des Reichspräsidenten gegen Verrat am deutschen Volke und hochverräterische Umtriebe. — Dahm, Die Beendigung der Wohnungszwangswirtschaft.
- 1933 Nr. 14. L. Schäfer, Änderung des Verfahrens in Hochverrats- und Landesverratssachen.
- 1933 Nr. 15/16. Vogels, Zum Entwurf einer neuen Vergleichsordnung. — H. Friedländer, Aus der gesellschaftsrechtlichen Praxis in der Krise. — G. Stulz, Das deutsche Kreditabkommen von 1933.
- 1933 Nr. 17. W. Fischer, Neuestes deutsches Anwaltsrecht. — W. Jöckel, Politische Rechtswissenschaft.
- 1933 Nr. 20. Görres, Einwendungen gegen die Versailler Urkunde. — C. Heyland, Das Reichsgesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933.

- 1933 Nr. 21. H. Frank, Die Zukunft der deutschen Anwaltschaft. — M ü g e l, Bereicherungsanspruch und Ersitzung. — F. Kersten, Die Rückkehr zum deutschen Volksrecht. — W. Schlechtriem, Anwalt und Politik. — F. A. Müllereiselt, Eigentumsvorbehalt oder Verfügungsermächtigung?
- 1933 Nr. 22/23. v. Zwehl, Das Erbhofrecht. — Vogels, Vollstreckungsschutz für die Binnenschifffahrt. — F. W. Hagedorn, Treuhänderschaft und § 419 BGB.
- 1933 Nr. 24. L. Quassowski, Zur Auslegung des aktienrechtlichen Stimmverbots bei der Beschlussfassung über die Bestellung von Prüfern. — A. Roth, Zum Erbhofrecht. — W. Hoffmann, Verfilmungsvertrag und Tonfilm.
- 1933 Nr. 25. Fürholzer, Die Haftung des Erwerbers für die Wertzuwachssteuer. — M. Wagner, Wiederherstellung der Militärgerichtsbarkeit. — F. Schultze, Vollstreckungsrechtliche Zweifelsfragen des Vergleichsverfahrens.
- 1933 Nr. 26. Schwaniger, Das neue Entschuldungsverfahren nach dem Gesetz zur Regelung der landwirtschaftlichen Schuldverhältnisse vom 1. Juni 1933. — Oesterle, Das Gesetz zum Schutze des Einzelhandels.
- 1933 Nr. 27/28. K. Peters, Nationalsozialismus und Strafrecht. — Jonas, Die Verordnung zur Vereinfachung der Zustellungen vom 17. Juni 1933. — Souchon, Änderungen im deutschen Wechselrecht.
- 1933 Nr. 29/30. H. Meilicke, Allgemeine Bestandsaufnahme des Auslandsbesitzes nach dem Gesetz gegen Verrat der deutschen Volkswirtschaft. — Oehlschläger, Bäuerliches Erbhofrecht und Hannoversches Höfegesetz.
- 1933 Nr. 31. Richtlinien der Schriftleitung. — E. Gebhard, Vollstreckungsschutz. — Platzbecker, Die Rechte der Gläubiger nach dem neuen Entschuldungsgesetz. — Th. Keidel, Kündigungseinspruchsrecht und Abkehrentschädigung im gerichtlichen Vergleichs- und im Konkursverfahren. — P. Jessen, Treuhandvertrag im aussergerichtlichen Vergleichsverfahren. — Schneider-Neuenburg, Die Untreue des Bevollmächtigten.
- 1933 Nr. 32. G. Krauss, Gesetz zur Änderung einiger Vorschriften der Rechtsanwaltsordnung, der ZPO und des Arbeitsgerichtsgesetzes vom 20. Juli 1933. — Schwister, Gemeinschaftsdienst und grosse Staatsprüfung. — Lafrenz, Eigentumsvorbehalt auf der Faktura.
- 1933 Nr. 33. E. Kunstmann, Das Gesetz zur Änderung des Genossenschaftsgesetzes vom 20. Juli 1933. — Nebelung, Registerfragen des Aktienrechts. — Fischer, Bilanzierung von Vorratsaktien. — Kautler, Der Wechselbegebungsvertrag. — Westershausen, Der Rücktritt im Vergleichs- und Konkursverfahren nach der jüngsten Rechtsprechung.

- 1933 Nr. 34. Schwister, Das Anwartschaftsrecht als Kreditsicherungsmittel. — Friesecke, Die Bindung des Strafrichters in Steuerstrafsachen. — A. Elster, Zur Neugestaltung des Urheberrechts.
- 1933 Nr. 35. K. v. Bohlen, Das Verfassungsrecht des nationalen Volksstaats. — H. Meilicke, Die Ausbürgerung. — K. Schäfer, Das neue preussische Strafvollstreckungs- und Gnadenrecht vom 1. Aug. 1933. — Riewald, Der Vollstreckungstitel im Verwaltungszwangsverfahren der ausserpreussischen Länder. — G. Voss, Die Verpflichtungsgeschäfte von Kommunalverbänden.
- 1933 Nr. 36. C. Heyland, Reichsgesetz zur Änderung von Vorschriften auf dem Gebiete des allgemeinen Beamten-, des Besoldungs- und des Versorgungsrechts vom 30. Juni 1933. — Souchon, Änderungen im deutschen Scheckrecht. — Scharrenbroich, Fragen zur Neugestaltung des Offenbarungseidsverfahrens.
- 1933 Nr. 37. Schütz, Zum Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses. — H. Lang, Die Unfruchtbarmachung Erbkranker. — O. Riek, Die Rechtswidrigkeit der Indikation zum Zwecke der Abtreibung und der Unfruchtbarmachung u. s. w. — Wöhrmann, Die Auflösung der Ehe zwischen Juden und Ariern.
- 1933 Nr. 38/39. Voss, Zum ersten Juristentag im Dritten Reich. — Ansprache des Reichsjustizkommissars Staatsminister Dr. Frank. — Straut, Die Akademie für Deutsches Recht. — G. Rühle, Jugend und Recht. — O. Stritzke, Vom Werden des neuen Vereinsrechts. — E. Wolf, Fehlende Strafbestimmungen. — Rohlfing, Rechtsfragen aus der Zugehörigkeit zur jüdischen Rasse im Arbeitsrecht. — Crisolli, Die Firmenzusätze «deutsch» und «national». — C. A. Emge, Die Aufgaben einer neuen Rechtsphilosophie.
- 1933 Nr. 40. E. Noack, Die Stellung des Anwalts sowie der freien Berufe im Staat. — Bearbeitung der Mahnsachen.
- 1933 Nr. 41. Lüdtkke, Die Schutzhaft gemäss der Verordnung vom 28. Febr. 1933. — W. Siebert, Der strafrechtliche Schutz des Treuhandverhältnisses durch den neuen § 266 St. GB. — Dürr, Der Strafvollzug in Bayern. — K. v. Bohlen, Der Aufopferungsanspruch.
- 1933 Nr. 42. W. Vogels, Die Grundzüge des Reichserbhofrechts. — R. Bechert, Die deutschrechtliche Rechtsprechung des Reichsgerichts. — Hans Merkel II, Die Neuordnung der deutschen Milchwirtschaft und ihre Bedeutung für das Recht. — Nicolai, Rückwirkende Kraft von Strafgesetzen. — v. Rozycki u. Hoewel, Das Grundbuchverfahren auf Grund der Osthilfeentschuldigungspläne. — Scherer, Zur Frage der freiwilligen Beteiligung am Vergleichsverfahren. — Höher, Zur Neuregelung des Offenbarungseidsverfahrens.



## **Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht und Konkursrecht.**

98. Bd. 3. Heft. B. Herzog, Zum Problem der Kartellrechtsreform u. s. w. — Mielke, Wechselverbindlichkeiten des Fideikommissbesitzers (Familiengutsverwalters). — A. Bün ger, Das Recht der Handelsgesellschaften in China.
98. Bd. 4. Heft. R. Alexander, Der Spieleinwand im Wertpapierhandel. — W. Siebert, Kann dem Inkassoindossatar, der durch Vollindossament legitimiert ist, vom Wechselschuldner der Einwand entgegengesetzt werden, dass der Inkassoauftrag erloschen ist? — H. Kümmerlein, Das Zusammentreffen subsidiärer Versicherungen. — R. Bün ger, Das Recht der Handelsgesellschaften in China (Schluss).
99. Bd. 1. Heft. E. Jacobi, Neue Angriffe auf die Rechtsscheintheorie im Wertpapierrecht. — O. Meister, Sind Auflösungsbeschlüsse einer Genossenschaft widerrufbar? — Weidenbaum, Zum Widerspruchsrecht der Gesellschafter bei der OHG. — H. Kerwer, Reform des französischen Aktienrechts.

## **Zeitschrift für Ostrecht.**

- 1932 Nr. 10. F. v. Bossowski, Das Vermächtnis im russischen und ostpolnischen Zivilrecht. — A. E. Worms, Zum interterritorialen Privatrecht der UdSSR. — H. Schwamm, Das rumänische Gesetz über die Sanierung der landwirtschaftlichen Schulden.
- 1932 Nr. 11. Das Beweisverfahren im sowetrussischen Zivilprozess. — Hesse, Das litauische Gesetz betr. die Wahl des Präsidenten der Republik. — Kerschagl, Die Devisengesetzgebung der Tschechoslowakei.
- 1932 Nr. 12. M. Allerhand, Der Name der geschiedenen Frau nach polnischem Rechte. — N. P. Karadže-Iskrov, Beamtenhaftung und öffentlich-rechtliche Entschädigung nach Sowetrecht.
- 1933 Nr. 1. Polnische Zivilprozessordnung, übersetzt und erläutert von R. Kann.
- 1933 Nr. 2. H. Meyer, Das Erbrecht des überlebenden Ehegatten in Kongresspolen. — A. Rapoport, Das Zentralkomitee der kommunistischen Partei als Gesetzgebungsorgan der Sowetunion. — Th. Greutrup, Innerstaatliches Minderheitenrecht in Rumänien. — G. Rutenberg, Die Entscheidung des Haager Weltgerichtshofes vom 15. Oktober 1931 in den litauisch-polnischen Streitsachen. — C. Menzel, Zur Wilnafrage.
- 1933 Nr. 3. J. Makarewicz, Das Strafgesetzbuch für die Republik Polen. — W. Gleispach, Das polnische Strafgesetzbuch. — St. Glaser, Das neue polnische Strafgesetzbuch und die deutsche Strafrechtsreform. — W. Fridstein, Die örtliche Selbstverwaltung in Litauen.

1933 Nr. 4. P. Tager, Die französische Rechtsprechung in russischen Angelegenheiten. — M. M. Wolff, Die neueste Wendung der englischen Gerichtspraxis in der Frage der nationalisierten russischen Banken.

### **Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft.**

52. Bd. 5. Heft. G. Dahm, Die Grenzen des Parteiprozesses. — May, Staatsanwaltschaft und Kriminalpolizei. — Schlaubusch, Daselbe. — K. Neumann, Die Voruntersuchung im Lichte der Rechtsvergleichung. — K. Engisch, Die Verletzung der Erkundigungspflicht. — E. Höpler, Das Anschlussverfahren im künftigen Recht. — H. F. Pfenniger, Die Reform der schweizerischen Bundesstrafrechtspflege. — F. Wecker, The Municipal Court in Philadelphia.
52. Bd. 6. Heft. M. Grünhut, Zur Frankfurter Tagung der JKV. — F. Schaffstein, Die Carolina in ihrer Bedeutung für die strafrechtliche Begriffsentwicklung. — W. Mettgenberg, Internationales Strafrecht auf See. — Doerner, Neue ausländische Gesetze und Gesetzentwürfe auf dem Gebiete des Strafrechts.
53. Bd. 1/2. Heft. M. Grünhut, Kriminalpolitische Wandlungen? — W. Gallas, Die Krise des Strafrechts und ihre Überwindung im Staatsgedanken. — F. Sturm, Der begriffliche Unterschied der Schuldarten. — R. Hirschberg, Zur Lehre von der Gesetzeskonkurrenz. — F. Lenz, Ist eugenische Sterilisierung strafbar? W. Oellrich, Der Unterstützungsbetrug. — v. Türcke, Der Überzeugungstäter in der Praxis des Strafvollzugs. — K. Wolff, Der allgemeine Teil des Vorentwurfs zu einem neuen französischen Strafgesetzbuch. — E. M. Foltin, Das Strafrecht der Tschechoslowakischen Republik. — E. Roesner, Bibliographie über das Problem der internationalen Kriminalstatistik.

### **Tieslietu Ministrijas Vēstnesis.**

1932 Nr. 11/12. A. Loebers, Jautājumā par nodokļu likumu saskaņošanu. — B. Bērents, Vai ārvalstu tiesu spriedumi laulības šķiršanas lietās atzīstami Latvijā? — V. Bukovskis, Mantojuma prasību vai testamentu apstrīdošu prasību iesniegšanas termiņi. (Beigas). — J. Grīnbergs, Pirmais starptautiskais tiesību salīdzināšanas kongress. (Beigas). — J. Klement, Igaunijas likumdošana par darba aizsardzību un sociālo apdrošināšanu.<sup>1)</sup>

<sup>1)</sup> Fortsetzung s. In Heft 4 des VI. Jahrgangs, S. 253.

## Jurists.

- Nr. 4/5. (47/48). V. Sinaiskis, Civiltiesību teorija un prakse. — J. Šmidts, Dienvidslāvijas jaunais likums par advokātūru. — A. Greis, Domas par likumu par administrāciju. — F. Komin, Jautājumā par līguma dalībnieku autonomiju izvēlēties piemērojamās tiesības. — L. Šulcs, Tiesību filosofijas attiecības pret pozitīvo tiesību zinātni. — L. Rubinšteins, Jautājuma par īpašumu tiesību pārejas momentu gadījumos, kad tiesa nolemj atļaut kreditoram paturēt nek. mantu. — P. Jakobi, Sodlu likumu papildinājumi un pārgrozījumi ar komentāriem. — M. Krons, Darba tiesas. — J. Grīnbergs, Latvijas tirdzniecības tiesības 1926.—1932. Bibliografisks pārskats.

## Законъ и Судъ.

- 1933 № 7 (37). В. Синайскій, Латвійскій проектъ объ обрученіи, о личныхъ и имуществ. отнош. супруговъ и о наслѣдованіи въ связи съ вопросами общей методологій составленія законовъ. — П. Якоби, Дальнѣйшая разработка проекта объ административныхъ приказахъ, — М. Коссовскій, Критическія замѣчанія къ законопроекту объ акціонерныхъ обществахъ въ Латвіи (оконч.). — А. Паткинъ, Австралійская доктрина о судебной провѣркѣ конституціонности законовъ (продолж.) — І. Балинскій, Заключительныя дѣйствія при ликвидаціи прежнихъ акціонерныхъ обществъ въ Латвіи.
- 1933 № 8 (38). В. Синайскій, Латвійскій проектъ объ обрученіи, о личныхъ и имущественныхъ отношеніяхъ супруговъ и о наслѣдованіи ихъ въ связи съ вопросами общей методологій составленія законовъ (продолж.). — В. Маклецовъ, Віологическое направленіе въ современной криминологіи. — А. Лазаренко, Проектъ 1917 года о судебной службѣ. — П. Якоби, Дальнѣйшая разработка проекта объ административныхъ приказахъ (продолж.). — А. Паткинъ, Австралійская доктрина о судебной провѣркѣ конституціонности законовъ (окончаніе). — М. Гильманъ, Судебные уставы, какъ источникъ истиннаго правосудія. — Л. Вергманъ, Зоакнодательная дѣятельность въ Польшѣ.

---

Verantwortlicher Redakteur: vereid. Rechtsanwalt Senator R. v. Freymann  
Druck und Verlags-A.-G. Ernst Plates, Riga, kl. Münzstr. 18, bei der Petri-Kirche



# RIGASCHE ZEITSCHRIFT FÜR RECHTSWISSENSCHAFT

Herausgegeben vom  
DEUTSCHEN JURISTEN-VEREIN IN RIGA  
ERSCHEINT VIERMAL JÄHRlich  
REDAKTION: RAINIS-BOULEVARD 5, W. 3, RIGA

---

7. JAHRGANG

1933/34

2. HEFT

---

Alle Rechte, auch das der Übersetzung, auf sämtliche  
Veröffentlichungen in dieser Zeitschrift vorbehalten.

## Bestrebungen der Verfassungsänderung Lettlands.

Von L. von Witte, Dozent am Herderinstitut zu Riga.

Am 16. Oktober 1933 fand die Volksabstimmung über die Verfassungsreform Estlands ihren Abschluss. Am 24. Oktober 1933 hat die Fraktion des Lettischen Bauernbundes ihren Antrag um Umgestaltung der lettländischen Verfassung der Saeima zugestellt.<sup>1)</sup> Zweifellos haben die Ereignisse in Estland dazu beigetragen, dass auch bei uns der Stein ins Rollen gekommen ist. Hier handelt es sich nicht um einen politischen Schachzug einer bürgerlichen Partei im Zusammenhang mit den im kommenden Herbst bevorstehenden Saeimawahlen, nicht um Konjunkturpolitik, sondern um eine zwangsläufige Entwicklung. Der Bauernbundentwurf ist nur ein Symptom der Stimmung weiter Schichten der Bevölkerung, welche den politischen Kuhhandel der Parteien überdrüssig geworden sind. Nicht anders war es in Estland. Als im Juni dieses Jahres der vom estländischen Parlament ausgearbeitete Verfassungsentwurf bei der Volksabstimmung mit grosser Mehrheit von 333.118 gegen 161.598 Stimmen abgelehnt wurde, geschah es nicht, weil das estländische Volk keine Umgestaltung der Verfassung wünschte, sondern weil die Wählerschaft im Entwurf einen schwächlichen Kompromiss der Parteien sah. Man wollte endlich mit der immer weiter um sich greifenden politischen Korruption des gesamten öffentlichen Lebens ein Ende machen. Vergebens versuchte die Regierung Tönisson, die Situation durch ein dem Sinn der Verfassung widersprechendes Quo-

---

<sup>1)</sup> S. den Text des Verfassungsreformprojekts auf Seite 105 dieses Hefts.

rumgesetz zu retten, welches am 5. Oktober durch das Parlament (Riigikogu) mit recht erheblicher Majorität in zweiter und dritter Lesung durchgepeitscht wurde. Das Hinaufschrauben des Quorums bei Volksabstimmungen von 30 auf 50% aller wahlberechtigten Bürger verpuffte wirkungslos. Der Verfassungsreformentwurf der estnischen Freiheitskämpfer wurde trotz erbitterter Gegenwehr der Regierungskoalition mit erdrückender Majorität von 416.000 gegen 157.000 Stimmen durch Volksabstimmung am 16. Oktober 1933 angenommen. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, so wird auch der Entwurf des Bauernbundes über die Umgestaltung der Verfassung unseres Landes trotz der warnenden Stimmen aus dem Lager derjenigen, welche ihre politische Existenz bedroht sehen, die mit Recht zu befürchten haben, dass die Vetternwirtschaft nun ein Ende nehmen könnte, nicht ohne Folgen bleiben. Dass der Bauernbund die Überzeugung hegt, dass sein Entwurf die Zustimmung weiterer Kreise finden werde, spiegelt sich auch in den Äusserungen seines Leaders wieder.

Im Mittelpunkt des Entwurfes steht die Person des Staatspräsidenten. Nach der bestehenden Verfassung Lettlands, welche sich in mancher Beziehung an die französische Verfassung der 3. Republik anlehnt, hat der Staatspräsident keinen bedeutenden Einfluss auf die Geschicke des Landes. Die wenigen belangreich erscheinenden Rechte des Staatspräsidenten werden durch Nebenbestimmungen ihrer Bedeutung entkleidet. Nominell hat nach der lettländischen Verfassung der Staatspräsident das Recht, die Saeimaauflösung zu beantragen (Art. 48). Die Auflösung erfolgt vermittelt Volksabstimmung. Tut es der Staatspräsident und spricht sich die Mehrheit der Abstimmenden gegen die Auflösung des Parlaments aus, so gilt der Staatspräsident als abgesetzt. Es darf nicht Wunder nehmen, dass bei einer so zweischneidigen Massregel kein Präsident Lettlands bis jetzt von diesem Recht Gebrauch gemacht hat. Auch das Recht des Staatspräsidenten, Gesetze zu beantragen (Art. 47) ist praktisch wirkungslos geblieben. Das Recht des Staatspräsidenten, ein vom Parlament verabschiedetes Gesetz dem Parlament zur nochmaligen Beratung zu überweisen (Art. 71), hat keineswegs zur Stärkung des politischen Einflusses des Staatspräsidenten beigetragen. Gesetze von allgemeiner Bedeutung sind vom suspensiven Vetorecht des Staatspräsidenten nicht betroffen worden. Auch das Recht des Staatspräsidenten, ein vom Parlament verabschiedetes Gesetz bis auf zwei Monate auszusetzen, zwecks eines eventuellen Referendums, falls innerhalb dieser Frist  $\frac{1}{10}$  der Wähler einen solchen

Antrag stellen sollte (Art.72), gehört zu den Bestimmungen der Verfassung, die bis jetzt noch keine praktische Bedeutung erfahren haben. Alles das beweist zur Genüge, dass unsere Verfassung in mancher Beziehung die auf sie gesetzten Hoffnungen nicht erfüllt hat und nicht erfüllen konnte, da die Schöpfer der Verfassung alles vermeiden wollten, was auf Kosten des angestrebten reinen Parlamentarismus die Stellung des Staatspräsidenten festigen könnte. Man war bestrebt, die «Errungenschaften» der Formaldemokratie möglichst fest in der Verfassung zu verankern. Die Volkssouveränität, unbedingte Vorherrschaft des Parlaments auf Kosten der Exekutive, die Abhängigkeit des Kabinetts von der Saeima, als Sprachorgan des souveränen Volkswillens gedacht, das waren die Ziele, von denen die Konstituante bei der Ausarbeitung der Verfassung, teils bewusst, teils gefühlsmässig sich leiten liess.

Der Bauernbund beantragt in seinem Entwurf, von den 88 Artikeln der Verfassung 19 zu ändern. Vor allem handelt es sich im Entwurf um die Stärkung der Machtposition des Staatspräsidenten und Hand in Hand damit der Regierungsexekutive. Vom Parlament — dem Vertretungsorgan des souveränen Volks — soll der Schwerpunkt der Macht auf die Person des Staatspräsidenten verlegt werden. Das Parlament wird vorzüglich auf seinen direkten Aufgabenpreis — die Gesetzgebung — verwiesen, wobei auch hier, soweit es sich um Ministerkabinettsverordnungen mit Gesetzeskraft handelt, die Rechte der Saeima eine noch weitgehendere Einschränkung erfahren als in der gegenwärtigen Fassung des Art. 81.

Erfahrungsgemäss hat ein Präsident, welcher vom Gesamtvolk gewählt wird, einen grösseren Einfluss auf die Geschicke seines Landes als ein Präsident, dessen Stellung von der Einstellung des Parlaments abhängt. Wir brauchen nicht allzuweit nach Beispielen zu suchen. Als Beispiel für viele sei hier nur an den Präsidenten von Frankreich gedacht, der nicht vom Volk, sondern von der Nationalversammlung gewählt wird, und an den Präsidenten des Deutschen Reichs, der «vom ganzen deutschen Volke gewählt wird.» Nach der lettländischen Verfassung wird der Präsident gleichfalls nicht vom Volk, sondern vom Parlament gewählt und zwar auf drei Jahre (Art. 35), wobei dieselbe Person als Staatspräsident nicht länger als sechs Jahre ununterbrochen im Amt sein darf (Art. 39). Der Entwurf des Bauernbundes setzt an Stelle der Saeimawahl — Volkswahl, wobei die Amtsdauer des Staatspräsidenten auf fünf Jahre erhöht wird. Ferner kann der Präsident,



dem Entwurf nach, anstatt sechs Jahre zehn Jahre ununterbrochen amtieren.

Vermutlich werden diese Bestimmungen nicht von allen Parteien ohne Widerrede gutgeheissen werden, doch wird der Hauptkampf wohl der neuen Fassung des Art. 48 gelten. Nach dem Entwurf des Bauernbundes soll nämlich dem Staatspräsidenten ohne Einschränkung das Recht zuerkannt werden, die Saeima aufzulösen. Zweifellos ist hier, wie bei einer Reihe von anderen Fällen, der Einfluss der Weimarer Verfassung zu spüren und die politischen Auswirkungen der Bestimmungen der Verfassung auf die Stellung des Reichspräsidenten, doch geht, wie in einigen anderen Fällen, der Entwurf des Bauernbundes über die Bestimmungen der Weimarer Verfassung hinaus, da der Reichspräsident nach der Reichsverfassung (Art. 25) den Reichstag aus dem gleichen Anlass nur ein Mal auflösen darf. Eine solche Einschränkung sieht der Entwurf nicht vor. Auch ist der Staatspräsident auf Grund der vom Bauernbund vorgeschlagenen neuen Fassung des Art. 50 in der Lage, wenn es ihm angemessen erscheint, Neuwahlen erst sechs Monate nach Auflösung des alten Parlaments auszuschreiben. Mithin geht auch hier der Entwurf über die Reichsverfassung hinaus, da die Reichsverfassung eine Neuwahl des Reichstages spätestens am sechzigsten Tage nach dessen Auflösung vorschreibt. Für die Anhänger einer streng parlamentarischen Regierungsgewalt bilden die Bestimmungen des Entwurfes des Bauernbundes zweifellos eine schwere Belastung. Wohl kann auch nach dem Entwurf der Staatspräsident abgesetzt werden, doch nicht mehr vom Parlament, wie es bis jetzt der Fall war (Art. 51), sondern nur vermittelt Volksabstimmung, wobei der Staatspräsident nur dann als abgesetzt gilt, falls nicht weniger als die Hälfte der Wahlberechtigten sich für seine Absetzung ausspricht, womit seine Absetzung nach den Erfahrungen der bis jetzt stattgefundenen Volksabstimmungen praktisch nicht in Frage kommt.

Von weitgehenden Folgen ist gleichfalls die Bestimmung des Entwurfes, demnach der Ministerpräsident und die übrigen Glieder des Kabinetts erst dann in Funktion treten dürfen, nachdem sie vom Staatspräsidenten in ihrem Amt bestätigt worden sind (Art. 59). Somit kann der Staatspräsident logischerweise auch eine solche Bestätigung verweigern. Es könnten unter Umständen die vom Ministerpräsidenten namhaft gemachten Ministerkandidaten eine Ablehnung seitens des Staatspräsidenten finden. Dadurch würde der Einfluss der Koalitionsparteien auf die Zusammensetzung des Kabinetts viel an Bedeutung

einbüßen. Bekanntlich spielen in den meisten parlamentarisch regierten Ländern der Gegenwart die Premierminister bei der Zusammensetzung des Ministerkabinetts de jure eine nicht zu unterschätzende Bedeutung, sind aber de facto durch Bindungen an die Koalitionsparteien bei der Auswahl ihrer Mitarbeiter mehr oder weniger stark von den Wünschen der Parteien abhängig.

Trotzdem nach der Weimarer Verfassung (Art. 53) die Reichsminister vom Reichspräsidenten auf Vorschlag des Reichskanzlers ernannt und entlassen werden, war der Reichskanzler während der Periode der pseudodemokratischen Parteiherrschaft bei der Auswahl seiner Mitarbeiter keineswegs frei; tatsächlich denominierten die Koalitionsparteien ihre Kandidaten auf die Ministerposten. Ein Beispiel für viele, wohin die Herrschaft der Formaldemokratie und der Parteidiktatur führen muss. Unter dem Einfluss verantwortungsloser politischer Parteien und Gruppen wurden in der Praxis die Bestimmungen des Art. 53 der Reichsverfassung ins Gegenteil verkehrt. Die Neufassung des Art. 59 der lettländischen Verfassung nach dem Entwurf des Bauernbundes bürgt dafür, dass die Ernennung des Ministerpräsidenten und der übrigen Glieder des Kabinetts mehr kein formales Recht des Staatspräsidenten darstellen würde, sondern, dass der Staatspräsident durch das Recht, die Saeima aufzulösen, über genügend Druckmittel verfügen würde, um die ihm nicht genehmen Kandidaten abzulehnen.

Getreu den Prinzipien einer rein parlamentarischen Regierungsform muss nach der geltenden Verfassung Lettlands (Art. 59) das Gesamtkabinet in seinem vollen Bestande zurücktreten, falls die Saeima dem Ministerpräsidenten oder dem Gesamtkabinet sein Misstrauen ausspricht, der einzelne Minister, wenn das Misstrauensvotum sich gegen ihn richtet. Dieses Recht des Parlaments bildet bekanntlich in allen parlamentarischen Staaten der Gegenwart die schärfste Waffe der gesetzgebenden Versammlung der Exekutive gegenüber und zwingt sie, sich den Wünschen des Parlaments unterzuordnen. Auch in diesen so wichtigen Fragen sucht der Entwurf des Bauernbundes die Bedeutung der Saeima zugunsten des Staatspräsidenten zu schmälern und zwar nicht allein durch das dem Staatspräsidenten zustehende Recht der Auflösung des Parlaments, sondern auch dadurch, dass dem Staatspräsidenten das Recht eingeräumt wird, das Gesamtkabinet oder einzelne Minister zum Rücktritt zu veranlassen. Durch diese Bestimmungen würde Lettland aus einem demokratischen, rein parlamentarisch regierten Staat zu einem konstitutionellen Staat mit beschränktem Vetorecht

des Staatspräsidenten. Der Art. 71 der Verfassung, welcher dem Staatspräsidenten das Recht einräumt, das ihm verfassungsmässig zugebilligte suspensive Veto geltend zu machen, um die Saeima zur nochmaligen Durchsicht eines von ihr verabschiedeten Gesetzes zu veranlassen, ist gleichfalls im Entwurf des Bauernbundes im Sinne einer Stärkung des Einflusses des Staatspräsidenten verändert worden. Nach Art. 71 des Entwurfes steht dem Staatspräsidenten das Recht zu, von der Saeima verabschiedete Gesetze nicht zu veröffentlichen. Aus dem weiteren Inhalt des Artikels ist zu ersehen, dass es sich hier um ein suspensives Veto handelt. Im Gegensatz zur geltenden Verfassung räumt der Entwurf dem Präsidenten das Recht ein, das zum zweiten Mal von der Saeima ohne Veränderung angenommene Gesetz trotzdem nicht zu veröffentlichen, sondern eine neue Legislaturperiode abzuwarten, um dem neugewählten Parlament das vom alten Parlament zwei Mal verabschiedete Gesetz zur nochmaligen Durchsicht vorzulegen. Nimmt auch das neugewählte Parlament das Gesetz unverändert an, so darf der Präsident von seinem Vetorecht nochmals keinen Gebrauch machen und muss es in der vom Parlament verabschiedeten Form veröffentlichen. Es ist anzunehmen, dass der Staatspräsident von seinem Vetorecht nur in den dringendsten Fällen Gebrauch machen wird und zwar, falls es sich um schwerwiegende Fragen handeln sollte, wo es notwendig erscheint, sogar von einer Auflösung des Parlaments nicht zurückzuschrecken. Aus dem Text des Art. 71 ist nicht zu ersehen, ob der Staatspräsident verpflichtet ist, nach der erneuerten Annahme des Gesetzes ohne Veränderung seitens der Saeima, falls er nicht gewillt ist, sich der Entscheidung der Saeima zu beugen, die Saeima aufzulösen, oder ob er den Ablauf der Legislaturperiode abwarten kann, um nach dem Zusammentritt der neuen Saeima das vom suspensiven Vetorecht betroffene Gesetz zur erneuerten Durchsicht dem Parlament zu übergeben. Wenn das der Fall ist, so könnten unter Umständen Jahre vergehen, ehe es zur endgültigen Ablehnung oder Veröffentlichung des Gesetzes kommt, ein Zustand, der wohl kaum als tragbar erscheint. Somit ist anzunehmen, dass der Staatspräsident, falls er sich mit der Entscheidung der Saeima nicht solidarisch erklären will, das Parlament umgehend aufzulösen hat, wobei die Ausschreibung der Neuwahlen spätestens innerhalb von sechs Monaten erfolgen muss.

Endlich wird im Entwurf des Bauernbundes (Art. 75) dem Staatspräsidenten das Recht eingeräumt, vom Parlament verabschiedete Gesetze der Saeima auch in dem Fall zur nochmaligen Durchsicht vorzulegen, wenn das Gesetz von der Saeima mit  $\frac{2}{3}$  Mehrheit als dringlich



verabschiedet wurde. Macht der Staatspräsident von seinem Vetorecht keinen Gebrauch, so ist er verpflichtet, das von der Saeima verabschiedete Gesetz innerhalb von 3 Tagen nach dessen Entgegennahme zu veröffentlichen.

Der Entwurf sieht auch eine Erweiterung der Machtbefugnisse des Staatspräsidenten auf dem Gebiet der Innenpolitik vor, soweit es sich um Massnahmen zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung handelt. (Art. 62, 44).

Nach der geltenden Verfassung erklärt der Staatspräsident den Krieg erst nach einem entsprechenden Beschluss des Parlaments. Nach dem Entwurf des Bauernbundes hat der Staatspräsident das alleinige Recht der Kriegserklärung. Auch hier geht der Entwurf über die Bestimmungen der Weimarer Verfassung hinaus, die im Art. 45 festsetzt: «Kriegserklärung und Friedensschluss erfolgen durch Reichsgesetz.» Übrigens handelt es sich hier im Entwurf um eine ziemlich belanglose Bestimmung, in Anbetracht dessen, dass die meisten Kriege mit Kriegshandlungen einsetzen, ehe eine formale Kriegserklärung erfolgt ist, so z. B. die Eröffnung des russisch-japanischen Krieges im Jahre 1904 durch die Japaner ohne Kriegserklärung, als die japanische Flotte die russische Flotte im Hafen von Port Arthur überfiel. Wenn auch die Bestimmung des Entwurfes über Kriegserklärung (Art. 43) praktisch von keiner entscheidenden Bedeutung ist, so ist sie symptomatisch für den Geist dieses Entwurfes. Entsprechend der neuen Fassung des Art. 44 nach dem Entwurf des Bauernbundes ist der Staatspräsident nicht mehr verpflichtet, über die von ihm getroffenen vorbeugenden militärischen Massregeln im Falle einer akuten Kriegsgefahr das Parlament in Kenntnis zu setzen, noch das Parlament einzuberufen, falls das Parlament in einem solchen Augenblick nicht versammelt sein sollte. Die erhöhte Bedeutung des Staatspräsidenten, seine ausschlaggebende Stellung innerhalb der höchsten staatlichen Organe kommt auch in der neuen Fassung des Art. 62 (nach dem Entwurf des Bauernbundes) zum Ausdruck. Die geltende Verfassung gibt dem Ministerkabinett, unabhängig vom Staatspräsidenten, das Recht, den Ausnahmezustand zu verhängen, falls dem Lande Gefahr von aussen oder von innen droht, welche die bestehende Staatsordnung oder den Staat gefährden könnte. Nach der Fassung des Entwurfes kann das Ministerkabinett den Ausnahmezustand nur mit Einwilligung des Staatspräsidenten erklären. Der Art. 62 des Entwurfes geht noch viel weiter und räumt dem Staatspräsidenten, wohl in Anlehnung an die Bestimmungen des Art. 48 der Weimarer Verfassung,

gewissermassen diktatorische Machtbefugnisse ein. Auf Grund der neuen Fassung des Art. 62 soll dem Staatspräsidenten das Recht zugebilligt werden, auch wenn kein Ausnahmezustand besteht, im Interesse der Sicherheit und Ordnung im Lande eine Reihe von Grundrechten aufzuheben oder zeitweise ausser Kraft zu setzen. Es sind persönliche Freiheitsrechte und zwar Gesetze auf dem Gebiet der Press-, Vereins-, Versammlungs- und Streikfreiheit, desgleichen Gesetze, welche die Unantastbarkeit der Wohnung zusichern. Es handelt sich hier somit um einen sehr weitgehenden Eingriff in die Rechte eines jeden Bürgers, um Rechte, die in allen parlamentarisch regierten Demokratien als unantastbar gelten. Im Zusammenhang mit dem Bestreben des Entwurfes, die Bedeutung der Regierungsgewalt auf Kosten des Parlaments zu stärken, hat auch der im Leben unseres Staates eine grosse, ja oft ausschlaggebende Bedeutung habende Art. 81 eine Umwandlung erfahren. Bekanntlich räumt Art. 81 dem Ministerkabinett das Recht ein, zwischen zwei Parlamentssessionen Verordnungen mit Gesetzeskraft zu erlassen, und zwar, soweit eine «dringende Notwendigkeit» vorliegt. Vielleicht nirgends kommt die Unzulänglichkeit unserer Verfassung, die tiefe Kluft zwischen Theorie und Praxis stärker zur Geltung als in den Bestimmungen des Art. 81 und ihren praktischen Auswirkungen. Dank der Vielgestaltigkeit der Parteien und der nie endenwollenden Parteikämpfe zwischen den marxistisch eingestellten und den bürgerlichen Parteien einerseits und den bürgerlichen Parteien untereinander ist das heutige Parlament zum Spielball der Parteiinteressen und ihrer Führer geworden, wodurch die gesetzgebende Arbeit des Parlaments ausserordentlich gehemmt wird. Das sind notorische Tatsachen, über die sich nicht mehr ernstlich streiten lässt, die von allen objektiv Denkenden auch nicht bestritten werden, ein Schicksal, welches unser Parlament mit vielen anderen Formaldemokratien der Gegenwart teilt. Aus diesem Grunde hat seit dem Bestehen unserer Verfassung jede Regierung vom Art. 81 Gebrauch machen müssen, sobald sie befürchtete, dass ein Gesetz, welches der Regierung als wünschenswert erschien, nicht die Klippe des parlamentarischen Parteisystems würde passieren können, ohne weitgehend umgemodelt zu werden, oder auf lange Zeit in den Mappen irgendeiner Kommission zu verschwinden. Es ist so weit gekommen, dass bald die Zahl der auf Grund des Art. 81 veröffentlichten Verordnungen mit Gesetzeskraft die Zahl der von der Saeima verabschiedeten Gesetze übersteigen wird. Man beginnt sich des Art. 81 keineswegs nur in dringenden Fällen zu bedienen, sondern oft auch dann, wenn

das Parlament kurz vor seinem Zusammentritt steht, oder auf kurze Zeit, z. B. zu Weihnachten oder Ostern, in die Ferien gegangen ist. Nach dem Entwurf des Bauernbundes bedarf es nicht mehr «einer dringenden Notwendigkeit», es genügt, dass ein «staatliches Interesse» vorliegt. Somit braucht in Zukunft kein Ministerkabinetts sich Gewissensbisse zu machen, noch den Kopf zu zerbrechen, ob eine dringende Notwendigkeit vorliegt oder nicht. Nach der geltenden Fassung des Art. 81 erstreckt sich die gesetzgebende Tätigkeit des Ministerkabinetts u. a. nicht auf Staatssteuern, Zölle, Eisenbahntarife und Anleihen. Ein entsprechender Hinweis ist im Entwurf des Bauernbundes nicht zu finden, somit sind die oben genannten Einschränkungen fortgefallen. Daraus ergibt es sich, dass die Kontrolle des Parlaments auf dem Gebiete der Finanzpolitik und des Finanzgebahrens der Exekutive stark beschränkt werden soll. Um die Arbeitsfähigkeit des Parlaments zu heben, ist die Zahl der Abgeordneten der Saeima im Entwurf des Bauernbundes von 100 Personen auf 50 Personen, somit auf die Hälfte, herabgesetzt worden (Art. 5). Wenn nicht alle Anzeichen trügen, so ist das unter dem Einfluss des estländischen Entwurfes geschehen, der nur 50 Abgeordneten anstatt der in der geltenden estländischen Verfassung festgesetzten 100 vorsieht. Die Autoren des Entwurfes des Bauernbundes haben dabei aus dem Auge gelassen, dass die Zahl der Bevölkerung Lettlands fast um das Doppelte die Bevölkerung Estlands übersteigt. Man wird auch kaum fehlgehen, wenn die starke Reduzierung der Abgeordnetenzahl vom Wunsch diktiert wird, die Zahl der Splitterparteien möglichst einzuschränken oder sie vollständig von der Bildfläche verschwinden zu lassen. Das Hinaufsetzen der Legislativperiode von 3 Jahren auf 4 Jahre (Art. 10), wird gleichfalls vom Wunsch diktiert, die Arbeitsfähigkeit des Parlaments zu heben. Wie die Erfahrung immer wieder gezeigt hat, ist eine Legislativperiode von 3 Jahren für eine praktische Arbeit des Parlaments, in Anbetracht der Parteikämpfe innerhalb des parlamentarischen Lebens, viel zu kurz bemessen. Das erste Arbeitsjahr des neugewählten Parlaments erschöpft sich in den Bestrebungen der Mehrheitsparteien, die gewonnene Position zu befestigen und durch Hinzuziehung von Splitterparteien weiter auszubauen. Das folgende Jahr der Legislativperiode ist zumeist produktiverer Arbeit und zwar auf dem Gebiet der Gesetzesgebung gewidmet. Im dritten Jahr beginnt der Kampf um die Existenz der Parteien, das Buhlen um die Gunst der Wählerschaft in Anbetracht der bevorstehenden Wahlen aufs neue. Kein Wunder, dass im dritten Jahr des Bestehens des Parlaments Abgeordnete und Parteien bei



Ausarbeitung von Gesetzen und ihrer sonstigen Tätigkeit mehr an den Eindruck ihres Gebahrens auf die Wähler als an eine produktive Arbeit denken. Somit ist zu hoffen, dass die geplante Verlängerung der Legislativperiode den Beifall weiter Kreise finden wird, wie auch die Hinaufsetzung der Amtsdauer des Staatspräsidenten von 3 auf 5 Jahre (Art. 35). Mit Ausnahme derjenigen, welche nicht dem Geist, sondern dem Buchstaben des Gesetzes huldigen und blinde Anhänger einer Formaldemokratie sind, wird man vermutlich ein weitgehendes Verständnis für die Bestimmungen des Art. 8 des Entwurfes haben, demnach diejenigen Personen, welche nicht in der Lage sind, sich ihren Unterhalt zu erwerben, d. h. der sozialen Fürsorge unterstellt sind, nicht mehr wahlberechtigt sein sollen. Personen, die keine Möglichkeit haben, Werte zu schaffen, somit nicht als Vollbürger im Sinne aufbauender Kräfte der Nation gelten können, haben weder die Pflicht, noch die Eignung, im staatlichen Leben mitzubestimmen. Letzten Endes ist das Wahlrecht kein subjektives Recht des Individuums, sondern eine moralische Pflicht dem Volkswohl resp. dem Staat gegenüber, dessen Vollbürger der Wähler ist. Aus demselben Grunde ist es dem Entwurf des Bauernbundes nach solchen Personen verwehrt, sich an der Wahl des Staatspräsidenten zu beteiligen (Art. 36). Getreu den Bestrebungen des Entwurfes, die Bedeutung des Parlaments zu Gunsten der Exekutive und des Staatsoberhauptes zu beschränken, übernimmt an Stelle des durch den Tod, Rücktritt oder durch Absetzung verwaisten Präsidentenpostens die Funktionen des Staatspräsidenten nicht mehr der Saeimapräsident, sondern der Ministerpräsident bis zur Wahl eines neuen Präsidenten (Art. 52). Dasselbe geschieht nach dem Entwurf, wenn der Staatspräsident sich ausserhalb des Landes aufhält oder aus anderen Gründen nicht imstande ist, seinen Verpflichtungen nachzukommen.

Durchaus zu begrüßen ist die neue Fassung des Art. 84. Nach dem Entwurf des Bauernbundes sollen die Richter, nachdem sie vom Richterkollegium gewählt und vom Kabinett ernannt worden sind, nicht mehr von der Saeima bestätigt werden, sondern vom Staatspräsidenten.

Die Schöpfer der Verfassung gingen hier seinerzeit von der Vorstellung der Volkssouveränität aus. Da der Träger des Souveränitätsbegriffs — das Volk — nicht geeignet erschien, eine direkte Richterwahl vorzunehmen, so sollte die Saeima, gewissermassen als Treuhänder des souveränen Volkes, die Richter in ihrem Amt bestätigen. Die zwischen den Parteien bestehenden Spannungen und Kämpfe führten dazu, dass innerhalb einer zehnjährigen Frist, und zwar zwischen

1923 bis 1933, entgegen dem Sinne der Verfassung, überhaupt keine Richterbestätigungen erfolgten. Es ist anzunehmen, dass eine Richterbestätigung seitens des Parlaments, zudem erst nach einer Reihe von Jahren, zur Heranbildung eines selbständigen pflichtbewussten Richterstandes kaum förderlich ist. Vom Standpunkt einer konsequenten Demokratie wäre es folgerichtig, die Richter durch das Volk wählen zu lassen. Praktisch wäre dies wohl nur möglich in einem Zwergstaat oder einem Kanton, nicht aber in einem Lande von ca. 2.000.000 Einwohnern. Dass auch die Saeima die geltenden Bestimmungen des Art. 84 für wenig glücklich hält, ersieht man daraus, dass auf Grund des von der Saeima am 15. März 1933 verabschiedeten Gesetzes denjenigen Richtern, welchen die Saeima ihre Bestätigung verweigert hat, die Möglichkeit gegeben wird, von neuem ihre Kandidatur aufzustellen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die vom Bauernbund angestrebte Reform unserer Verfassung zu einer Erstarkung der autoritären Gewalt des Staatspräsidenten führen kann. Ein Präsident, der auf 5 Jahre vom Gesamtvolk gewählt wird, der die Möglichkeit besitzt, das Parlament aufzulösen, der, über den Parteien stehend, trotz Misstrauensvotums des Parlaments die Möglichkeit hat, das Kabinett nicht abtreten zu lassen, sondern Neuwahlen anzuberaumen, ist zweifellos mehr als bis jetzt in der Lage, zur Stärkung der staatlichen Gewalt beizutragen. Ausgestattet mit weitgehenden Vollmachten auf dem Gebiet der Legislative und Exekutive darf der Präsident nach dem Entwurf, wenn das Wohl des Landes es erfordert, sogar in die persönlichen Rechte des Einzelnen durch zeitweilige Ausserkraftsetzung von Grundrechten eingreifen. Es liegt zweifellos darin eine Gefahr für die demokratische Ordnung unseres Staates vor, doch beweist die Erfahrung immer aufs neue, dass auch bei einer streng parlamentarischen Verfassung und nicht nur in einem konstitutionell-demokratischen Staat Diktaturbestrebungen keineswegs ausgeschlossen erscheinen. Auch kann eine Formaldemokratie nur zu leicht zur Parteidiktatur führen. Ob nun die Diktaturgewalt einer Person der Diktatur vieler vorzuziehen wäre, ist Geschmackssache, dass aber keine Regierung der Gegenwart auf längere Sicht, ohne die Existenz des Staates zu gefährden, ohne eine autoritäre Staatsgewalt bleiben kann, darf nicht bezweifelt werden. Das Bewusstsein, vom Gesamtvolk gewählt zu sein und somit das Vertrauen eines grossen Teiles des Landes zu geniessen, wird sicherlich dazu beitragen, dass der Träger der höchsten Gewalt im Staat sich als Repräsentant der Volkssouveränität fühlt und entsprechend handeln

wird. Der Entwurf des Bauernbundes stellt somit den Versuch dar, die lettländische Staatsverfassung von einer formal demokratischen zu einer autoritären umzugestalten, wobei in der Person des Präsidenten, als der obersten Spitze der Staatsgewalt, sich der staatliche Wille der Nation, d. h. der gesamten Aktivbürger des Landes integrieren soll.

Im Entwurf des Bauernbundes finden sich leider keine Reformvorschläge, soweit es sich um die Stellung der Abgeordneten innerhalb der Volksgesamtheit handelt. Es hätte die Frage aufgeworfen werden können, ob es nicht zweckentsprechend wäre, dass die Abgeordneten anstatt fester Gehälter — Diäten erhielten, und zwar nur während der Session, ferner freie Fahrten nur innerhalb ihres Pflichtenkreises. Dass die Abgeordneten Pensionen beziehen, wie es heute bei uns zulande geschieht, bedeutet ein Novum in der Geschichte des Parlamentarismus. Es liegt die Gefahr vor, dass die Abgeordneten sich immer mehr als beamtete Personen zu fühlen beginnen und somit bürokratisiert werden. Das sind alles Auswüchse der Formaldemokratie unserer Zeit, die im Gegensatz zu den konstitutionellen Rechtsstaatsidealen stehen, welche z. B. die Schöpfer der Frankfurter Verfassung vom Jahre 1849 vertraten. Die Frankfurter Verfassung setzt im Art. 95 fest: «Die Mitglieder des Reichstages bekommen aus der Reichskasse ein gleichmässiges Taschengeld und Entschädigung für ihre Reisekosten». In England waren sogar Abgeordnetendiäten bis zum Jahre 1911 unbekannt.

Es erscheint fraglich, ob es mit der Würde der gesetzgebenden Gewalt zu vereinbaren ist, dass auch bei Aburteilung von geringen Vergehen, z. B. Pressevergehen, Übertretungen von Verordnungen usw., eine Auslieferungsgenehmigung der Abgeordneten seitens des Parlaments zu erfolgen hat (Art. 30). Die praktische Erfahrung beweist zur Genüge, dass dadurch ein privilegierter Kreis von Staatsbürgern geschaffen wird, wodurch der ordentliche Rechtsgang beträchtlich beeinflusst wird, ja unter Umständen auch die Rechtssprechung darunter leiden muss, weil das Zeugenverhör ungebührlich lange verzögert wird, und die Zeugen sich nicht mehr an die zu bezeugenden Tatsachen erinnern.

Sehr fühlbar macht sich im Verfassungsleben die Lücke über die Schranken der Kompetenzgewalt der parlamentarischen Untersuchungsausschüsse bemerkbar. Das Institut der parlamentarischen Untersuchungsausschüsse entwickelte sich zuerst in England. Im englischen Verfassungsleben hat dieses Institut eine organische Entwicklung genommen, weil in England die Vorbedingungen dafür vorhanden waren.



Die gesamte Verfassung Englands ist im Gegensatz zu dem kontinentalen Europa nicht konstruiert, erdacht, sondern organisch, natürlich gewachsen. Ausserdem kannte England bis in unsere Gegenwart hinein nur das Zweiparteiensystem, ein periodisches sich Ablösen der Position und Opposition. Auch die weltanschaulichen Gegensätze zwischen den Konservativen und Liberalen, ja sogar zwischen den Konservativen und Liberalen einerseits und der Arbeiterpartei andererseits, waren nie so gross, als wie zwischen den bürgerlichen Parteien und den der Sozialdemokratie im kontinentalen Europa. Deshalb liegen die Verhältnisse im kontinentalen Europa, und speziell auch bei uns, ganz anders als in England. In jungen Staaten, die noch nicht über eine grössere parlamentarische Praxis verfügen, liegt die Gefahr nahe, dass solche parlamentarische Untersuchungsausschüsse zum Kampfplatz zwischen Legislative und Exekutive werden. Es ist auch nicht ausgeschlossen, dass die Glieder solcher Ausschüsse nicht die nötige politische Einsicht aufweisen könnten, welche unbedingt notwendig erscheint, damit die parlamentarischen Untersuchungsausschüsse nicht zu einem politischen Tribunal werden, das dazu dient, unliebsame Staats- und Kommunalfunktionäre zu beseitigen. Auch liegt die Gefahr nahe, dass solche Untersuchungsausschüsse sich richterliche Funktionen beilegen. Dass es sich hier um sehr reale Dinge handelt, ersieht man schon aus der Tendenz, die sich auch bei uns bemerkbar macht. Da die Verfassung sich über die Kompetenzgewalt der Untersuchungsausschüsse ausschweigt und sich auf die Bestimmung beschränkt, dass das Parlament für besondere Fälle auf Antrag mindestens  $\frac{1}{3}$  seiner Mitglieder Parlamentsausschüsse einsetzen kann, (Art. 26), so hat die Saeima diese Lücke vermitteltst des Gesetzes vom 15. März 1931 ergänzt und zwar durch den Art. 172<sup>1</sup> der Geschäftsordnung, der zu lebhaftem Bedenken Anlass gibt. Es wird hier u. a. festgelegt, dass die Untersuchungs-ausschüsse das Recht besitzen, nicht nur Staats- oder Kommunalbeamte, sondern auch Privatpersonen zwecks Verhör vorzuladen. Ferner wird den Untersuchungsausschüssen das Recht eingeräumt, Revisionen vorzunehmen und zwar nicht nur innerhalb staatlicher Institutionen, sondern aller Institutionen und Unternehmungen, die Kredite oder Bestellungen seitens des Staates erhalten. Man geht sogar so weit, den Parlamentsausschüssen das Recht einzuräumen, sich polizeilicher Zwangsmittel zu bedienen gegen Personen und Institutionen, die den Aufforderungen der Untersuchungsausschüsse nicht Folge leisten, z. B. falls sich jemand weigern sollte, sich vernehmen zu lassen. Hier wird die Kompetenz der gesetzge-

benden Gewalt mit den Kompetenzen der Regierungsgewalt und sogar der rechtssprechenden Gewalt in einer nicht zu rechtfertigenden Weise vermengt. Man darf nicht vergessen, dass eine Geschäftsordnung die Kompetenzen eines Parlaments nicht erweitern darf, was hier zweifellos geschieht. Auch hat man nicht berücksichtigt, dass die Geschäftsordnung ein formales Gesetz resp. autonome Satzungen umfasst und somit nur Normen zum Inhalt hat, die den Geschäftsgang innerhalb des Parlaments regeln resp. Pflichten und Rechte der Abgeordneten festlegen, nicht aber Rechte und Pflichten für die übrigen ausserhalb des Parlaments befindlichen Staatsbürger darstellen. Bestimmungen, welche den Einzelbürger mit Zwangsmassnahmen bedrohen, falls er sich nicht einer solchen Kommission zwecks Verhörs stellt, sind zweifellos Normen materieller Art.

Es ist hier noch die Frage zu berühren, ob es im Zusammenhang mit der Umgestaltung der Verfassung im Sinne des Bauernbundesentwurfs zweckmässig erscheint, die Bestimmungen des Art. 81 aufrecht zu erhalten, da dem Staatspräsidenten nach dem Entwurf das Recht eingeräumt wird, die Saeima aufzulösen und er von diesem Recht Gebrauch machen kann, um ein arbeitsfähiges Parlament zu schaffen. Auch ist damit zu rechnen, dass durch das Aufhören der Splitterparteien die Arbeitsfähigkeit des Parlaments sicherlich gehoben werden wird. Sollte man aber der Meinung sein, dass auch bei der Umgestaltung der Verfassung im Sinne des Bauernbundes man ohne Art. 81 nicht würde auskommen können, so wäre es zu begrüssen, falls Verordnungen mit Gesetzeskraft vom Kabinett nur dann erlassen werden könnten, wenn der Präsident dazu seine Einwilligung erteilt. Dadurch wäre eine gewisse Garantie gegeben, dass kein Missbrauch der gesetzgebenden Funktionen seitens des Kabinetts erfolgt und auch kein Leerlauf der Gesetzgebung. Zweifellos werden heute beim Bestehen des Art. 81 in seiner gegenwärtigen Fassung unendlich viele Verordnungen mit Gesetzeskraft seitens des Ministerkabinetts erlassen, die nur zum Teil be-rechtigt erscheinen.

## **Deutsche Gesetze zur Erhaltung des Bauernstandes.**

Von Rechtsanwalt Dr. jur. Hans Lang, Würzburg.

Wie in der ganzen Welt ist auch in Deutschland seit Jahren der Bauernstand in eine schlimme wirtschaftliche Lage, in den ärmeren Gegenden in ausgesprochene Not geraten. Während es unter den frü-

heren Regierungen bei Versprechungen oder unzulänglichen Teilmassnahmen blieb, hat die neue Regierung wie auf allen Gebieten des staatlichen und wirtschaftlichen Lebens auch zur Rettung des Bauernstandes tatkräftig und umfassend Hand angelegt. Neben den Massnahmen zur Verbesserung des Ertrags, wie Zollerhöhungen, Kontingente, Konsumanregung, die hier nicht zu besprechen sind, hat sie durch den landwirtschaftlichen Vollstreckungsschutz die Verschleuderung des bäuerlichen Betriebsvermögens vorgebeugt, durch das Entschuldungsgesetz die Möglichkeit zur dauernden finanziellen Gesundung der bäuerlichen Betriebe gegeben und durch das Erbhofrecht, das infolge der landschaftlichen Unterschiede zur Zeit erst für Preussen erlassen ist, aber auch in den übrigen Ländern mit gewissen Änderungen bald in Kraft treten wird, die unlösbare Verbundenheit von Blut und Boden als unerlässliche Voraussetzung für das gesunde Leben des Volkes geschaffen.

1. Die am 16. Februar 1933 in Kraft getretene *Notverordnung des Reichspräsidenten über den landwirtschaftlichen Vollstreckungsschutz* vom 14. Februar 1933 mit ihren Ausführungsverordnungen bestimmt: Mit geringen Ausnahmen werden sämtliche Zwangsversteigerungsverfahren über landwirtschaftliche, forstwirtschaftliche und gärtnerische Grundstücke und über Landarbeitereigenheime kraft Gesetzes bis zum 31. Oktober 1933 einstweilen eingestellt ohne Rücksicht darauf, ob die Zwangsversteigerung vor oder nach dem Inkrafttreten der Verordnung angeordnet ist, ja selbst wenn der Zuschlag bereits erteilt, aber noch nicht rechtskräftig ist.

Zwangsvollstreckungen wegen Geldforderungen in bewegliche Sachen, die zu einem landwirtschaftlichen usw. Betrieb oder zum Hausrat des Schuldners — mit Ausnahme von Luxusgegenständen — gehören, und in verschiedene Forderungen, sind bis zum 31. Oktober 1933 unzulässig, auch soweit sie bei Inkrafttreten der Verordnung bereits anhängig waren. Für gewisse Forderungen, ist jedoch die Zwangsvollstreckung zulässig, so für Lohnforderungen, für (nach dem 31. Dezember 1932 fällig gewordene) Unterhalts- und Altenteilsansprüche etc.

Wird für ein landwirtschaftliches usw. Grundstück die Zwangsverwaltung angeordnet, so ist der Schuldner zum Verwalter zu bestellen, wenn er dazu bereit und zur ordnungsmässigen Verwaltung geeignet ist. Er wird durch eine Aufsichtsperson — dies kann auch eine Behörde sein — überwacht. Unter ihrer Aufsicht führt er ohne Vergütung die ganze Verwaltung, nur mit ihrer Zustimmung darf er über die Nutzun-



gen des Grundstückes und deren Erlös verfügen. Pflichtverletzungen hat die Aufsichtsperson unverzüglich dem Gericht anzuzeigen.

2. Das Gesetz zur Regelung der landwirtschaftlichen Schuldverhältnisse vom 1. Juni 1933 ist mit zwei Durchführungsverordnungen am 15. Juni für das ganze deutsche Reichsgebiet in Kraft getreten. Es findet auf landwirtschaftliche, forstwirtschaftliche und gärtnerische Betriebe, nicht dagegen auf landwirtschaftliche Siedlungsbetriebe Anwendung. Zweck des Gesetzes ist es, die Schuldenlast allmählich bis auf die Grenze der Mündelsicherheit zurückzuführen. Diese berechnet sich nach dem steuerlichen Einheitswert. Der Prozentsatz steht noch nicht fest, wird jedoch ungefähr zwei Drittel des Einheitswerts betragen. Der Zweck des Gesetzes wird durch eine Herabsetzung der Zinsen einschliesslich Verwaltungskosten auf höchstens 4,5% zuzüglich einer Tilgungsrate von 0,5—5%, durch die Umwandlung kurzfristiger Schulden in langfristige Tilgungsschulden und durch die Einführung einer Verschuldungsgrenze erreicht. Das Verfahren gliedert sich in drei Abschnitte: Zunächst soll der Betriebsinhaber durch freie Vereinbarung mit seinen Gläubigern versuchen, seine Schulden in unkündbare Tilgungsforderungen umzuwandeln, deren Verzinsung höchstens 4,5% und deren Tilgung höchstens 5% beträgt.

Hierauf folgt das Entschuldungsverfahren. Die Entschuldung geschieht durch Schuldenregelung oder Ablösung oder Landabgabe. Eine Kürzung von Forderungen ist nicht zulässig. Die Eröffnung des Entschuldungsverfahrens muss im Amtsgericht spätestens am 30. Juni 1934 beantragt werden. Der Antrag ist abzulehnen, wenn der Schuldner sich aus eigenen Mitteln entschulden kann, wenn er Schulden im Hinblick auf die beabsichtigte Entschuldung aufgenommen hat oder wenn er nach seiner Persönlichkeit und Wirtschaftsweise keine Gewähr für eine erfolgreiche Durchführung des Verfahrens bietet. Während der Dauer des Verfahrens ist eine rechtsgeschäftliche oder zwangsweise Belastung der Betriebsgrundstücke mit Hypotheken usw. unzulässig. Am Verfahren sind alle Gläubiger beteiligt, die zur Zeit der Eröffnung einen dinglichen oder persönlichen Anspruch gegen den Schuldner haben. Die sachliche Arbeit der Entschuldung wird durch die Entschuldungsstelle geleistet. Als solche wird ein öffentliches Kreditinstitut, insbesondere eine landwirtschaftliche Genossenschaft berufen. Die Entschuldungsstelle legt einen Entschuldungsplan vor, zu dem die Zustimmung der Gläubiger nicht erforderlich ist, wenn er sich im nach-

stehenden Rahmen hält: vor dem 13. Juli 1931 — dem Tag der Zahlungsstockung in Deutschland — entstandene mündelsichere unkündbare Tilgungsforderungen werden auf 4% Zins ermässigt. Vor dem 13. Juli 1931 entstandene gewöhnliche mündelsichere Forderungen werden in unkündbare Tilgungsforderungen mit 4% Zins umgewandelt. Die Tilgungsraten dürfen ohne Zustimmung des Schuldners auf nicht mehr als  $\frac{1}{2}\%$  jährlich festgesetzt werden. Für nach dem 12. Juli 1931 entstandene mündelsichere Forderungen gilt auch die obige Darstellung über Verzinsung und Tilgung. Vor dem 13. Juli 1931 begründete, aber nicht mündelsicher oder überhaupt nicht durch Hypothek gesicherte Forderungen werden mit  $4\frac{1}{2}\%$  verzinst, wozu das Reich während der ersten drei Jahre 1% Zins dazuzahlt. Gewöhnliche Forderungen werden in Tilgungsforderungen umgewandelt. Die Tilgungsraten sind auf jährlich  $\frac{1}{2}$ —5% zu vereinbaren. Scheitert eine Vereinbarung, so kann das Gericht die Tilgungsrate auf höchstens 2% festsetzen. Bei nach dem 12. Juli 1931 begründeten aber nicht mündelsicher oder überhaupt nicht durch Hypothek gesicherten Forderungen gilt das vorstehend Gesagte über Verzinsung und Tilgung.

Wenn nach Ansicht der Entschuldungsstelle das Entschuldungsverfahren nur bei Zustandekommen eines Zwangsvergleichs durchführbar ist, hat sie mit Zustimmung des Schuldners beim Gericht um die Ermächtigung zum Abschluss eines Zwangsvergleichs nachzusuchen. Während des Zwangsvergleichsverfahrens steht das gesamte Vermögen des Schuldners unter einem besonders weitgehenden Vollstreckungsschutz. Der von der Entschuldungsstelle aufzustellende Vergleichsvorschlag muss von dem Reinertrag des Betriebs ausgehen und eine Regelung der Schulden anstreben, die dem Schuldner bei ordnungsmässiger Wirtschaftsführung die Bestreitung der Kosten einfacher Lebenshaltung und die Verzinsung und Tilgung der verbleibenden Schulden ermöglicht. Die im Entschuldungsverfahren mögliche Zinsherabsetzung und Umwandlung der Schuld in eine unkündbare Tilgungsschuld tritt auch hier ein. Daneben sind Kürzungen bis 50% zulässig. Um die Zustimmung der Gläubiger zu erreichen kann statt einer Forderungskürzung lediglich eine Zinsherabsetzung oder Hinausschiebung der Tilgung gewählt werden. Wird der Vergleichsvorschlag abgelehnt, so hat die Entschuldungsstelle ein Druckmittel in der Hand: Sie kann wegen einer von ihr erworbenen Forderung auch ohne Vollstreckungstitel und ohne Rücksicht auf den Vollstreckungsschutz die Zwangsversteigerung des Grundstücks verlangen. Bleibt sie Meistbietende, so ist der Zuschlag an den

bisherigen Eigentümer mit der Massgabe zu erteilen, dass die Entschuldung gemäss dem Vergleichsvorschlag erfolgt.

Der bestätigte Entschuldungsplan oder Vergleichsvorschlag wirkt für und gegen alle, auch die widersprechenden Gläubiger. Das gesamte Entschuldungsverfahren ist gebührenfrei.

Für grössere Betriebe kommt die Entschuldung durch Landabgabe in Frage. Die Entschuldungsstelle soll eine Landabgabe verlangen, wenn dadurch die Aussichten der Gläubiger verbessert werden. Der Übernahmepreis soll über dem heutigen Marktwert liegen und einer mittleren Wirtschaftslage entsprechen.

Der Inhaber eines landwirtschaftlichen usw. Betriebs kann auch ohne Durchführung eines Entschuldungs- oder Zwangsvergleichsverfahrens seinen Betrieb zum Entschuldungsbetrieb erklären lassen, wenn auf dem Betrieb ausserhalb der Mündelsicherheitsgrenze keine oder nur unkündbare Tilgungsforderungen mit höchstens  $4\frac{1}{2}\%$  Zins lasten. Diese Voraussetzung liegt bei vielen landwirtschaftlichen Betrieben vor und hat die Folge, dass alle Forderungen in unkündbare Tilgungsforderungen mit höchstens  $4\%$  Zins umgewandelt werden. Auf allen Entschuldungsbetrieben dürfen in Zukunft Belastungen — auch im Wege der Zwangsvollstreckung — nur innerhalb der Mündelsicherheitsgrenze und zwar nur unkündbare Tilgungsforderungen mit mindestens  $\frac{1}{2}\%$  jährlicher Tilgung eingetragen werden. Wenn die volle Rentabilität der Landwirtschaft wieder hergestellt ist, muss jeder Entschuldungsbetrieb als Vergütung für die geleistete Hilfe der Rentenbankkreditanstalt zehn bis zwanzig Jahre lang eine jährlich  $\frac{1}{2}\%$  des Einheitswertes nicht übersteigende Zahlung leisten.

3. Das preussische Gesetz über das bäuerliche Erbhofrecht vom 15. Mai 1933 mit Wirkung vom 1. Juni 1933 greift auf Grundgedanken zurück, die bereits in früheren Jahrhunderten die bäuerliche Bodenverfassung in Deutschland beherrscht hatten, aber durch das römische Recht verdrängt worden waren. Es will die Bauernhöfe vor Überschuldung und schädlicher Zersplitterung im Erbgang schützen, um sie dauernd als Erbe der Familie in der Hand freier Bauern zu erhalten. Zugleich will es bewirken, dass eine grosse Zahl lebensfähiger kleiner und mittlerer Bauernhöfe sich möglichst gleichmässig über das Land verteilen. Nach diesem Zweck des Gesetzes hat der Richter zu entscheiden, wenn bei der Anwendung Zweifel entstehen. Hat er eine Frage zu entscheiden, die in dem Gesetz nicht besonders



geregelt ist, so hat er unter Berücksichtigung des Gesetzeszweckes so zu entscheiden, wie wenn er im Rahmen zwingenden Reichsrechts als ordentlicher und gewissenhafter Gesetzgeber den Fall selbst zu regeln hätte.

Das bauerliche Erbhofrecht gilt nicht für jeden landwirtschaftlichen Besitz, sondern nur für Erbhöfe, das sind die Bauerngüter, die in der beim Amtsgericht neu anzulegenden Erbhöferolle eingetragen sind. Auch Waldgüter, Weinbau- und Gartenbaubetriebe können als Erbhöfe eingetragen werden. In der Regel kann nur der Besitz eingetragen werden, der zur Ernährung und Erhaltung einer bauerlichen Familie ausreicht, jedoch kann auch Kleinbesitz auf Antrag des Besitzers mit Zustimmung der landwirtschaftlichen Berufsvertretung in die Erbhöferolle eingetragen werden. Der Erbhof darf nicht so gross sein, dass seine Bewirtschaftung nicht mehr von der Hofstelle aus ohne Vorwerke erfolgen kann. Der eingetragene Hof umfasst alle Gebäude, alle Grundstücke, auch wenn sie verpachtet sind, und die Realrechte, z. B. Holzrecht oder Weiderecht. Das Hofeszubehör umfasst insbesondere das auf dem Hof für die Bewirtschaftung vorhandene Vieh, Wirtschafts- und Hausgerät einschliesslich des Leinenzeugs und der Betten, den vorhandenen Dünger und die der Bewirtschaftung dienenden Vorräte an Früchten und sonstigen Erzeugnissen, sowie die auf den Hof bezüglichen Urkunden. Es kann durch Verfügung von Todes wegen von den Erbhofgrundstücken nicht getrennt werden, solange für diese das Erbhofrecht gilt.

Ein Erbhof kann nicht zum Gesamtgut einer Gütergemeinschaft gehören oder sonst im Eigentum mehrerer Personen stehen.

Die Eintragung in die Erbhöferolle erfolgt in den westlichen Gebietsteilen Preussens (Rheinprovinz) auf Antrag des Eigentümers, im übrigen Teile Preussens von Amtswegen. Im Grundbuch sind die Grundstücke auf ein besonderes Grundbuchblatt einzutragen und tunlichst zu einem Grundstück zu vereinigen.

Nicht jeder kann Besitzer eines Erbhofs sein. Er muss deutscher Staatsbürger und deutschen oder stammesgleichen Blutes sein. Wenn in der Familie slawisches oder romanisches Blut fliesst, so schadet das nicht. Wer aber unter seinen Vorfahren im Mannesstamm oder unter den übrigen Vorfahren bis in das zweite Glied eine Person jüdischen oder farbigen Bluts (Neger, Asiate) hat, kann nicht Besitzer eines Erbhofs sein. Die deutsche Staatsbürgerschaft und die deutsche Art werden vermutet, da unser Bauernstand das Gefühl für Rassenreinheit stets hochgehalten hat. Wenn aber ein Bauer in Zukunft so wenig Verant-

wortungsbewusstsein gegenüber seiner Rasse hätte, dass er im neuen Deutschland eine Jüdin oder Farbige heiraten würde, so wären seine Nachkommen dauernd unfähig, einen Erbhof zu besitzen.

Die Wirkung des Erbhofrechts besteht zunächst darin, dass der Bauer im Verkauf des Erbhofs stark eingeschränkt ist. Er braucht zum Verkauf des ganzen Erbhofs oder einzelner Grundstücke die Genehmigung des Anerbengerichts — das ist das Amtsgericht. Ohne diese Genehmigung ist der Verkauf unwirksam. Das Anerbengericht darf die Genehmigung nur erteilen, wenn dadurch die Einheitlichkeit und die Leistungsfähigkeit des Erbhofs erhalten bleibt. Einzelgrundstücke sollen nur verkauft werden, wenn mit dem Erlös Schulden bezahlt oder andere Grundstücke angeschafft werden. Inventar, Vieh- und Erntevorräte dürfen dagegen frei verkauft werden. Aber selbst wenn der Bauer die Genehmigung bekommt, so sind noch einige Schwierigkeiten dabei: Die Miterben haben ein Vorkaufsrecht und können verlangen, dass sie ihren Erbteil nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches bekommen, der in fast allen Fällen wesentlich höher ist als das, was sie nach den Vorschriften des bäuerlichen Erbhofrechts fordern können. Weniger Schwierigkeiten bestehen, wenn der Bauer seinen Hof einem Anerbenberechtigten, d. h. einem der in Frage kommenden Erben übergeben will. Hier muss das Anerbengericht die Genehmigung erteilen, wenn die Abfindungen der übrigen Geschwister so bemessen sind, dass die Lebensfähigkeit des Hofes nicht beeinträchtigt wird. Eine Pflicht zur Übergabe, beispielsweise wenn der Anerbe ein bestimmtes Alter erreicht hat, besteht nicht.

Wesentlich freier ist der Bauer bei der Errichtung des Testaments. Er kann das Erbhofrecht überhaupt ausschliessen oder beschränken, aber nur in einem öffentlichen vor dem Gericht oder Notar errichteten Testament. Er kann auch den Anerben bestimmen und zwar genügt hierzu eine schriftliche vom Bürgermeister beglaubigte Erklärung. Durch eine solche Erklärung kann er auch anordnen, dass der Vater oder die Mutter des Anerben bis zu dessen 25. Lebensjahr die Verwaltung und den Niessbrauch des Hofes haben, oder dass sein Vater oder seine Witwe, falls der älteste Sohn im Augenblick des Erbfalls noch nicht 25 Jahre alt ist, irgendein Kind zum Anerben bestimmen. Gegenüber einer Verfügung von Todeswegen besteht das Pflichtteilsrecht der Miterben nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch.

Wenn der Bauer kein Testament errichtet hat, kann der Erbhof nur von einem Erben, dem Anerben, nicht dagegen von mehreren Mit-

erben übernommen werden. Es tritt dann eine Erbfolge ein, die von der Erbfolge des Bürgerlichen Gesetzbuches abweicht und die Vererbung im Mannesstamm begünstigt. Zunächst sind als Anerben die Söhne des Erblassers und deren Söhne berufen; hierauf folgt der Vater und die Brüder sowie deren Nachkommen im Mannesstamme, wenn das Bruderrecht in die Erbhöferolle eingetragen ist; dann erst kommen die weiblichen Abkömmlinge und deren Nachkommen; die Mutter, die Geschwister des Erblassers und deren Nachkommen, die Grosseltern und entfernteren Voreltern und ihre Nachkommen; erst am Schluss kommt die Ehefrau. Innerhalb der gleichen Ordnung gilt der Vorzug des männlichen Geschlechts und der Erstgeburt. In der Regel ist also der älteste Sohn Anerbe. Wenn jedoch das Jüngstenrecht eingetragen ist, geht der Jüngste vor. Erbbunwürdige, rechtskräftig zu Zuchthaus Verurteilte und nicht Deutschblütige scheiden als Anerben aus. Der Anerbe erwirbt das Eigentum an dem Hof nebst Zubehör mit dem Erwerbe der Erbschaft kraft Gesetzes. Eine Überführung auf ihn im Wege der Erbteilung ist also nicht erforderlich. Er kann auf das Anerbenrecht verzichten, ohne im übrigen die Erbschaft auszuschlagen. Im Falle des Verzichts fällt der Hof an den nächsten als Anerben Berufenen. Dem Anerben ist auf Antrag ein Zeugnis über seine Folge in den Erbhof auszustellen, auf das die Bestimmungen des BGB. über den Erbschein Anwendung finden.

Die Nachlassverbindlichkeiten einschliesslich der auf dem Hofe ruhenden Hypotheken, Grund- und Rentenschulden, aber ohne die auf dem Hofe ruhenden sonstigen Lasten (Altenteil, Niessbrauch u. a.) sind, soweit das ausser dem Hof nebst Zubehör vorhandene Vermögen dazu ausreicht, aus diesem zu berichtigen. Soweit dies nicht möglich ist, ist der Anerbe seinen Miterben gegenüber zur alleinigen Tragung und zur Befreiung der Miterben verpflichtet. Verbleibt nach Berichtigung der Nachlassverbindlichkeiten ein Überschuss — heute ein ganz seltener Fall — so ist dieser unter Ausschluss des Anerben auf die übrigen Miterben nach den Vorschriften des allgemeinen Rechts zu verteilen. Der Anerbe kann eine Beteiligung nur verlangen, insoweit der auf ihn entfallende Anteil grösser wäre, als der lastenfreie Ertragswert des Erbhofs. Die übrigen Erben haben keinen Pflichtteilsanspruch. Sie können nur verlangen, auf dem Hofe ernährt und erzogen, zu einem entsprechenden Beruf ausgebildet zu werden und bei ihrer Selbständigmachung eine Ausstattung, insbesondere zur Beschaffung einer Siedlerstelle — die Töchter bei ihrer Verehelichung eine Aussteuer — zu erhalten. Den



Anspruch auf Ausstattung oder Aussteuer können sie nur geltend machen, wenn es die Mittel des Hofes erlauben und die werden es bei der Notlage des Bauernstandes in vielen Fällen nicht erlauben. Wenn die Anerben unverschuldet in Not geraten, können sie jederzeit auf den Erbhof zurückgehen. Auch die Rechte der Witwe sind stark beschnitten. Nur wenn sie kein eigenes Vermögen hat und auf alle Ansprüche gegen den Nachlass verzichtet, kann sie den üblichen Unterhalt auf dem Hofe verlangen. Bei ihrer Wiederverheiratung verliert sie dieses Recht, ohne irgendeinen Anspruch auf Kapitalabfindung zu erhalten. Die jüngeren Geschwister und die Witwe des Bauern sind also schlechter gestellt als nach dem bisherigen Recht; aber diesen Nachteil müssen sie in Würdigung der grossen volkspolitischen Bedeutung des bäuerlichen Erbhofrechts nach dem Leitwort des neuen Deutschland «Gemeinnutz vor Eigennutz» auf sich nehmen.

Befindet sich in den westlichen Gebietsteilen Preussens, wo die Eintragung in die Erbhöferolle und damit die Unterwerfung unter das Erbhofrecht freiwillig geschieht, bei der Erbschaft ein Hof, der zur Eintragung in die Erbhöferolle geeignet, aber noch nicht eingetragen ist, so kann jeder Miterbe bei der Erbteilung verlangen, dass ihm der Hof ungeteilt nach den Regeln des Anerbenrechts zugewiesen wird. Erhebt ein Miterbe Einspruch oder erklären sich mehrere zur Übernahme bereit, so entscheidet das Anerbengericht. Nach Rechtskraft seiner Entscheidung wird der Hof von amtswegen in die Erbhöferolle eingetragen. Der Übernehmer hat die Rechtsstellung des Anerben, die Miterben die der weichenden Erben.

Zur Durchführung der besonderen Aufgaben des bäuerlichen Erbhofrechts werden Anerbengerichte und ein Erbhofgericht gebildet. Die ordentlichen Gerichte können nicht angerufen werden. Das Anerbengericht wird in der Regel beim Amtsgericht für dessen Bezirk gebildet. Es besteht aus einem Richter als Vorsitzenden und zwei Bauern als Beisitzern. Das Erbhofgericht wird beim Oberlandesgericht Celle gebildet. Es ist für ganz Preussen zuständig. Es besteht aus einem Richter als Vorsitzenden, zwei weiteren Richtern und zwei Bauern als Beisitzern. Das Erbhofgericht hat ausserhalb seiner regelmässigen Zuständigkeit stets dann zu entscheiden, wenn der Vorsitzende des Anerbengerichts dessen Beschluss mit der Begründung anfiicht, dass dieser dem Grundgedanken oder dem Zwecke des bäuerlichen Erbhofrechts nicht gerecht wird.

Das Verfahren wird durch Verordnung des Justizministers in An-

lehnung an die Grundsätze der freiwilligen Gerichtsbarkeit geregelt. Das Erbhofgericht entscheidet in der Regel ohne mündliche Verhandlung auf Grund der Akten, indem es nachprüft, ob der vom Anerbengericht festgestellte Sachverhalt die Entscheidung rechtfertigt.

## **Grundsätzliches über das Zurückbehaltungsrecht.**

Von vereid. Rechtsanwalt Burchard v. Klot, Riga.

Seit jeher ist das Zurückbehaltungsrecht (das Retentionsrecht) ein vielumstrittenes Rechtsinstitut. Über Wesen und notwendige Erfordernisse herrschte in der Rechtssprechung und Wissenschaft sehr verschiedene Meinungen. Und dadurch ist im praktischen Leben eine gewisse Rechtsunsicherheit entstanden.

Im Folgenden soll versucht werden, über die grundsätzlichen Fragen eindeutig Klarheit zu schaffen. Hierzu ist es erforderlich, im Auslegungsverfahren den Sinn der in Frage kommenden Gesetzesstellen zu klären.

Da alles Recht ein menschliches Wollen ist, und speziell im objektiven Recht der Wille des Gesetzgebers zum Ausdruck kommt, so kommt es darauf an, diesen Willen des Gesetzgebers zu erforschen und recht zu verstehen.

In diesem Sinne geben diejenigen Quellenstellen, welche zu den einzelnen Artikeln des lettländischen bürgerlichen Rechts angeführt sind, einen gewissen Aufschluss über den eigentlichen Sinn dieser Artikel. Aber bereits Nolde <sup>1)</sup> hat mit Recht darauf hingewiesen, dass die zitierten Quellen häufig mit dem Texte des Artikels selbst im Widerspruch stehen. Die Ursachen hierfür sind verschieden. Unter anderem kommt es vor, dass Quellenangaben, die mit der Fassung des ersten Gesetzesentwurfes übereinstimmten, ruhig stehen geblieben sind, obgleich der endgültige Gesetzestext stark abweichend redigiert wurde. Unter solchen Umständen können die angegebenen römisch- und gemeinrechtlichen Stellen nicht immer entscheidende Bedeutung haben. Der Gesetzgeber des baltischen jetzt lettländischen Privatrechts hat sie garnicht immer zum Inhalt seines Willens gemacht. Stattdessen haben zeitgenössische wissenschaftliche Bearbeitungen und Gesetzessammlungen

---

<sup>1)</sup> Варонъ А. Э. Нольде, профессоръ Императорскаго Александровскаго Лицея. Очерки по исторіи кодификаціи мѣстныхъ гражданскихъ законовъ при графѣ Сперанскомъ. Выпускъ II. Кодификація мѣстнаго права прибалтійскихъ губерній. С.-Петербургъ. Сенатская типографія. 1914.

den allergrössten Einfluss auf die gesetzgebende Willensbildung gehabt. Zahlreiche Artikel sind wörtlich übernommen oder in engster Anlehnung an die Quellenwerke redigiert worden. Daher kommt es bei der Auslegung des lettländischen bürgerlichen Rechts vor allem auf diese Werke an.<sup>2)</sup> Da diese letzteren heute nur noch schwer zugänglich sind, werden im Folgenden die entscheidenden Stellen auszugsweise gebracht.

Für die Artikel 3381—3386, welche die grundlegenden Bestimmungen betreffend das Zurückbehaltungsrecht enthalten, sind bei Nolde folgende Quellen angegeben:

Art. 3381 — Allgemeines Landrecht für die preussischen Staaten, I. Teil, 20. Titel, § 536.

„ 3382 — Mühlenbruch, Lehrbuch des Pandektenrechts (IV. Auflage), I. Teil, S. 266, Anm. 4—8.

„ 3383 — Glück, Ausführliche Erläuterungen der Pandekten, XV. Band, S. 125—130.

„ 3384 — dito, S. 122, Anm. 39.

„ 3386 — Mühlenbruch, Lehrbuch des Pandektenrechts (IV. Auflage), I. Teil, S. 266.

Aus dieser Aufzählung ergibt es sich, dass die Begriffsdefinition des baltischen Zurückbehaltungsrechtes (Art. 3381) dem Allgemeinen Landrecht entlehnt ist, dass aber alle näheren Bestimmungen dieses Rechtsinstituts den Lehrbüchern von Mühlenbruch und Glück entstammen. Daher sind gerade diese zwei Werke von besonders grosser Bedeutung und in erster Linie bei der Auslegung heranzuziehen.

Das Zurückbehaltungsrecht wird von unserem Privatrechte<sup>3)</sup> als eine Art erlaubter Selbsthilfe bezeichnet. Der Berechtigte verteidigt selbst sein Recht, ohne Vermittelung des Gerichts. Und hierbei unterscheidet sich das Zurückbehaltungsrecht von anderen Akten der Selbsthilfe besonders dadurch, dass es sich in diesem Falle nicht um die Abwehr eines unerlaubten Angriffes handelt, sondern um die Verteidigung gegen eine rechtliche Forderung des Gegners. Diese Verteidigung ge-

---

<sup>2)</sup> Auf die grosse Bedeutung dieser Quellen, besonders auf Mühlenbruch, weist auch der lettländische Senat hin. Siehe Entscheidung der Plenarversammlung des Senats vom 14. Februar 1933, Nr. 3. Conradi u. Walter IX, S. 511/2.

<sup>3)</sup> Art. 3380. Vgl. Glück, XV Band, Seite 116 u. 122: «Dieses Recht kann ich eigenmächtig ausüben, ohne dass ein richterliches Dekret dazu erforderlich ist.» «Die Retention ist unstreitig eine Art von Selbsthilfe.» «Das Mittel, welches mir die Gesetze zur Ausübung dieses Rechts geben, ist die exceptio doli mali, mit welcher ich den Kläger zurückweisen kann, wenn er die Herausgabe der Sache von mir verlangt, ehe er mich befriedigt hat.»



schiebt in der Form einer materiell rechtlichen Einrede, d. h. in der Form eines Rechtes, welches darin besteht, dass es die Ausübung des gegnerischen Rechtes hemmt. Das Zurückbehaltungsrecht ist zudem eine Einrede der Arglist, eine *exceptio doli*, und zwar eine *exceptio doli generalis*. Während es sich bei der *exceptio doli specialis* darum handelt, dass der Gegner bei der Erlangung seines Rechtes angeblich arglistig verfahren ist, so wird mit der *exceptio doli generalis* und der Zurückbehaltungseinrede behauptet, dass in dem Geltendmachen des zu Recht bestehenden gegnerischen Anspruches etwas liegt, das der *bona fides* zuwiderläuft, das mit den Grundsätzen richtigen Rechts nicht vereinbar ist.<sup>4)</sup>

Auf Grund des Ausgeführten und in engster Anlehnung an die Definition in Art. 3381 ergibt sich für das Zurückbehaltungsrecht folgende Begriffsbestimmung. Das Zurückbehaltungsrecht ist das Einrederecht des Inhabers einer Sache, der Verpflichtung zur Herausgabe dieser Sache an einen andern solange nicht nachzukommen, bis der andere nicht seinerseits die Gegenforderung des Inhabers der Sache befriedigt hat. Und hierbei erscheint die Zurückbehaltungseinrede deshalb als eine Einrede der Arglist, weil es in hohem Grade unbillig ist, wenn man das, was man rechtmässig hat, einem anderen weggeben soll, solange man das, was man seinerseits von dem anderen rechtmässig zu fordern hat, noch nicht erhält.

Der Zweck der Zurückbehaltungseinrede ist es also, die Forderungen sicherzustellen, welche der Inhaber einer Sache hat. Dass hierbei der Gegner durch das Vorenthalten der Sache geschädigt wird, ist möglich, aber nicht entscheidend.

Damit nun ein Zurückbehaltungsrecht mit Erfolg geltend gemacht werden kann, müssen in der Regel folgende Erfordernisse vorliegen, die sich einerseits auf die zurückbehaltene Sache, andererseits auf das gesicherte Forderungsrecht beziehen.

Die Sache muss eine rechtmässig erworbene, körperliche Sache sein. Wenn es sich hierbei um eine Gattungssache, z. B. um eine Summe Geldes, handelt, dann muss eine bestimmte Menge bereits ausgeschieden und in eine Speziessache umgewandelt sein. Es genügt daher nicht, wenn der Schuldner die schuldige Summe extra abzählt, um sie dann zu

---

<sup>4)</sup> Durch obige Darlegungen erledigt sich die bisher strittige Frage, ob das Retentionsrecht eine Art Selbsthilfe oder eine Einrede ist. Vgl. hierüber Büngner, Kommentar, Art. 3381 in Punkt 1; Erdmann, System, Band I, S. 297 bei Anm. 7, S. 330, Anm. 1; Bukowsky, Kommentar, Art. 3381 in Punkt 6.

retirieren; es muss vielmehr so liegen, dass die Forderung des Gegners sich nur auf diese individualisierte Menge Geldes bezieht.

Wem die Sache gehört, ist gleichgültig. Entgegen einer weit verbreiteten Ansicht<sup>5)</sup> ist es durchaus möglich, auch eine eigene Sache zurückzubehalten. Art. 3381 spricht allerdings bloss von dem Inhaber einer Sache, also gemäss Art. 626 von einer solchen Person, die nicht selbst Eigentümer ist, sondern als solchen eine andere Person anerkennt. Aber bereits in den nächsten Artikeln ist nicht bloss vom Inhaber, sondern vom Besitzer der Sache die Rede und Art. 3383 Punkt 5 führt direkt einen Fall an, in welchem der Retinent seine eigene Sache zurückbehalten kann. Der Verkäufer kann die verkaufte Sache bis zur Bezahlung des Kaufpreises retinieren. Dass dieses ganz allgemein gilt, darauf ist auch bereits von Nolde gelegentlich hingewiesen worden.<sup>6)</sup> Dasselbe ergibt sich auch völlig eindeutig aus dem Lehrbuch von Glück.<sup>7)</sup> Es ist auch nicht einzusehen, warum z. B. beim Tauschvertrage ein Zurückbehaltungsrecht nicht ebenso wie beim Kaufvertrage zulässig sein sollte.

Eine noch schwerwiegendere Meinungsverschiedenheit hat sich in der Praxis in Bezug auf die Erfordernisse herausgebildet, denen das Forderungsrecht des Retinenten genügen muss.

Hier besteht allerdings zunächst darüber keine Divergenz, dass dies Forderungsrecht in der Regel bereits zur Zeit der Ausübung des Zurückbehaltungsrechtes fällig sein muss. Es unterliegt auch keinem Zweifel, dass eine Konnexität zwischen Forderungsrecht und zurückbehaltener Sache vorhanden sein muss. Und hierfür, für dies Erfordernis der Konnexität, finden sich bei Glück eingehende Erläuterungen und zahlreiche Beispiele.<sup>8)</sup>

Eine wirkliche Meinungsverschiedenheit besteht aber darüber, ob das Forderungsrecht des Retinenten ausserdem auch noch liquid sein muss, oder ob dieses Moment der Liquidität nicht erforderlich ist. Der

---

<sup>5)</sup> Vgl. Zwingmann, Entscheidungen, II Band, S. 228 u. III Band, S. 200; Büngner, Kommentar, Art. 3381 in Punkt 2 u. Art. 3382 in Punkt 1; Bukowsky, Kommentar, Art. 3381 in Punkt 6.

<sup>6)</sup> Baron A. Nolde im Journal des Justizministeriums vom Juni 1903, abgedruckt bei Bukowsky, Kommentar, Art. 3381, Punkt b, Anm., u. Art. 3384, Punkt a.

<sup>7)</sup> Glück, Band XV, S. 115: «Dass aber 3) die Sache, an welcher dieses Recht ausgeübt wird, immer eine fremde sei, ist kein wesentliches Erfordernis, wenn es gleich der gewöhnliche Fall ist. Man kann auch an seiner eigenen Sache ein Retentionsrecht ausüben, wenn man sie vermöge Kontrakts einem andern zu geben schuldig ist, in Ansehung derselben aber etwas zu fordern hat. So z. B. kann der Verkäufer ein Retentionsrecht an der verkauften Sache exerzieren, bis das Kaufgeld bezahlt ist.»

<sup>8)</sup> Glück, Band XV, S. 125—130.

lettländische Senat hat sich immer wieder auf den Standpunkt gestellt, dass Liquidität unumgänglich notwendig ist, um ein Zurückbehaltungsrecht geltend machen zu können, und hat daher illiquide Einreden immer wieder zurückgewiesen.<sup>9)</sup> Der Senat beruft sich hierbei auf die Art. 3381 und 3382, den § 218 der livl. Bauerverordnung und die Analogie mit der Kompensation (Art. 3552). Dieser Standpunkt des Senats beruht auf einer falschen Auslegung des Gesetzes.

Das Erfordernis der Liquidität besteht darin, dass die Forderung klar und unbestritten sein muss, dass ihre Feststellung mindestens mit keinen solchen Weiterungen verbunden sein darf, welche für den Kläger eine unbillige Verzögerung veranlassen können.<sup>10)</sup> Ein solches Erfordernis wird vom Gesetz weder allgemein für eine jede Einrede,<sup>11)</sup> noch im Speziellen für das Zurückbehaltungsrecht aufgestellt. Und für die Kompensationseinrede ist Liquidität auch erst im Laufe der Zeit für notwendig erklärt worden.<sup>12)</sup>

Art. 3382 verlangt für das Retentionsrecht wohl Fälligkeit und Konnexität, nicht aber Liquidität. Auch die zahlreichen Artikel des Privatrechts, die sich auf verschiedene Anwendungsfälle des Zurückbehaltungsrechts beziehen, sprechen nicht von einer Liquidität der Forderung.<sup>13)</sup> Dieses Schweigen des Gesetzes ist kein zufälliges. Aus den unmittelbaren Quellen unseres Privatrechts geht vielmehr ganz unzweideutig hervor, dass unser Gesetzgeber sich dafür entschieden hat, das Erfordernis der Liquidität ganz bewusst fortzulassen. Mühlenbruch I. Band S. 266 referiert den Standpunkt des gemeinen Rechts, wonach das Forderungsrecht des Retinierenden nicht nur ein konnexes, sondern ebenso, wie bei der Kompensation, auch ein liquides sein muss. Mühlenbruch fährt dann aber in der Anmerkung 7 folgendermassen fort: «Ist hier die Analogie der Kompensation ganz richtig? Sollte nicht an einer Forderung, die nicht kompensabel ist, gleichwohl ein Retentionsrecht ausgeübt werden können? Berechtigt nicht selbst der noch nicht liquid

<sup>9)</sup> Ziv. Senats Entsch. 1923, Nr. 125, 1924, Nr. 94 u. 1932, Nr. 2182. Conradi u. Walter, II, S. 50, I, S. 44 u. IX, S. 91.

<sup>10)</sup> So lautet die Definition der Liquidität in Art. 3552 für die Kompensationseinrede.

<sup>11)</sup> Vgl. z. B. Art. 3213 für die Einrede des nicht erfüllten Vertrages, Art. 3480 für die Einrede des Schuldners gegen den Zessionar, Art. 4517 für die Einrede des Bürgen.

<sup>12)</sup> Vgl. Windscheid, Band II, § 350, Anm. 13.

<sup>13)</sup> Vgl. Art. 65, 996, 1403, 1404, 1487, 1785, 1786, 2721, 3400, 3764, 4087, 4264, 4393, 4429, 4432, 4567, 4577.



gemachte Anspruch des *magister navis* aus der *lex Rhodia de jactu* denselben zu einstweiliger Retention? arg. L. 2. pr. D. de lege Rhod. 14, 2. <sup>14)</sup> — v. M.» Und noch deutlicher drückt sich Glück in Band XV auf Seite 124 aus: «Wird er (der retinierende Gläubiger) im ordentlichen Prozess auf Herausgabe der Sache belangt, so kann er das Retentionsrecht ausüben, wenn auch seine Forderung noch nicht liquid ist.»

Bei einer so geklärten Sachlage kommt eine analoge Anwendung der gesetzlichen Bestimmungen über die notwendige Liquidität der Kompensationseinrede überhaupt garnicht in Frage. Bereits Mühlbruch weist ja auf das Unzulässige einer solchen Rechtsanalogie hin. Und bei Glück ist sehr ausführlich auf den grundlegenden Unterschied zwischen Retention und Kompensation hingewiesen. <sup>15)</sup> Schliesslich erscheint eine analoge Anwendung der Spezialbestimmungen für die Kompensation auch innerlich nicht gerechtfertigt, weil es bei der Kompensation und dem Zurückbehaltungsrecht gerade in der strittigen Frage an einer Gleichheit des inneren Grundes fehlt. Bei der Kompensation entspringt das Verlangen der Liquidität aus Gründen der Billigkeit: es ist unbillig einen Gläubiger mit seiner Forderung unverhältnismässig lange wegen einer mit seiner Forderung in keinem Zusammenhang stehenden Gegenforderung aufzuhalten. Beim Zurückbehaltungsrecht ist aber der bei der Kompensation nicht erforderliche innere Zusammenhang — die Konnexität — immer vorhanden, und daher führen hier die Erwägungen der Billigkeit nicht zum selben Resultat. Was bei der Kompensation als unbillig erscheinen muss, das entspricht hier durchaus den Anforderungen der Billigkeit: bei konnexen Forderungen ist es durchaus recht und billig, dass sie auch dann gleichzeitig zur Entscheidung kommen sollen, wenn die eine ein längeres Beweisverfahren erfordert als die andere.

Zum Schluss sei nur noch darauf hingewiesen, dass auch schon der russische Senat eine analoge Anwendung des Art. 3554 — des Liquiditätserfordernisses — abgelehnt hat. <sup>16)</sup> Dass eine Analogie der vor dem baltischen Privatrecht als Spezialgesetz erschienenen livländischen Bauerverordnung und speziell des § 218 derselben garnicht in Frage kommen kann, das bedarf hier keiner weiteren Ausführung.

---

<sup>14)</sup> Diese römisch rechtliche Quelle ist auch bei Art. 3383 angeführt. Sie gilt auch für Art. 3382, da bei diesem Artikel auf die Quellen des Art. 3383 verwiesen wird.

<sup>15)</sup> Glück, Band XV, S. 117—119.

<sup>16)</sup> Senatsentscheidung 1907, Nr. 7886, abgedruckt bei Bukowsky, Artikel 3552 unter Ж.

# Das neue Strafgesetzbuch Lettlands.<sup>1)</sup>

Von Professor Paul Mintz.

## II. Besonderer Teil.

Die Behandlung des «Besonderen Teils» des neuen Strafgesetzbuchs kann im Rahmen dieses Aufsatzes natürlich nur die wichtigsten Abweichungen vom russischen Vorbild berühren.

Am einschneidendsten erscheint wohl die veränderte Anordnung des Stoffs.

Für den russischen Kodex waren zwei Dinge typisch: die Voranstellung der sogen. «Religionsverbrechen», als solcher, und die Behandlung der «Verbrechen und Vergehen im Amte» am Schluss, ohne rechten Zusammenhang mit den vorhergehenden Kapiteln.

Ersteres, welches der vorherrschenden Stellung der rechtgläubigen Kirche im zaristischen Russland entsprach, war in der demokratischen Republik Lettland, wo die Trennung von Staat und Kirche faktisch durchgeführt ist, nicht mehr am Platz, umsomehr als, der veränderten inneren Einstellung nach, Lettland keine bevorzugte Religion kennt und nicht den Glauben an sich, sondern das religiöse Empfinden der Gläubigen und den religiösen Frieden als strafrechtlich geschütztes Rechtsgut anerkannt wissen will. Dementsprechend ist das betreffende Kapitel von der ersten Stelle an die siebzehnte, gleich nach der «Störung des öffentlichen Friedens» gerückt.

Die Behandlung der «Amtsdelikte» als loses Anhängsel des Strafgesetzbuchs hatte der russische Kodex offenbar dem deutschen Strafgesetzbuch vom J. 1870/1 nachgebildet. Die neueren deutschen Entwürfe haben diesen Standpunkt verlassen. Das Strafgesetzbuch Lettlands hat dieses Kapitel gleichfalls in das allgemeine System eingliedert und zwar gleich nach den Staatsverbrechen, als Einleitung zu den Verwaltungsdelikten (Kap. IX).

Von geringerer Bedeutung ist die Verlegung des Kapitels über «Verbrechen und Vergehen gegen die Familie», welches im russischen Kodex ziemlich unvermittelt seinen Platz zwischen den baupolizeilichen Delikten und der Münzfälschung einnahm, in das Gebiet der Verletzung der Rechtsgüter des einzelnen, nach den Angriffen auf die persönliche Freiheit.

---

<sup>1)</sup> Fortsetzung der Besprechung in der Rig. Zeitschrift für Rechtsw. Jahrg. VII, Heft 1, S. 7—20.

Im Endergebnis weist das lettländische Strafgesetzbuch, gleich allen neueren Entwürfen des Westens, eine ähnliche Zweiteilung auf, wie sie bereits vor mehr als hundert Jahren der Code pénal Napoléons kannte — «contre la chose publique» resp. «contre les particuliers».

An erster Stelle steht der Staat mit seinen weitverzweigten Interessen. Hier ist, nachdem die im russischen Kodex zum Hochverrat gehörigen Angriffe auf die Person des Monarchen und die Mitglieder der kaiserlichen Familie, wegen der veränderten Staatsverfassung, gegenstandslos geworden waren, ein neues Kapitel über den strafrechtlichen Schutz des Staatspräsidenten eingeschaltet worden (Kap. III). In gleicher Weise erfolgte die dem russischen Kodex vom Jahre 1903 noch nicht bekannte Eingliederung der Bestimmungen über «Angriffe gegen die verfassungsmässige Tätigkeit des Parlaments» und «Vergehen bei Wahlen und Abstimmungen» in das Strafgesetzbuch und zwar, entsprechend der Bedeutung, welche in einem republikanischen Staat dem Schutz der politischen Rechte der Staatsbürger beigemessen werden muss, an hervorragender Stelle (Kap. IV und V). Schliesslich sind die «Angriffe gegen einen ausländischen Staat» aus den Bestimmungen über «Störung des inneren Friedens im Staate» ausgeschieden und zu einem selbständigen Kapitel (VIII) zusammengefasst worden in richtiger Erkenntnis dessen, dass es sich bei diesen Straftaten in erster Reihe um Störung der Beziehungen zum Auslande handelt, welche die innere Sicherheit des Staates kaum zu berühren vermag.

Zieht man nach alledem in Betracht, dass das im russischen Kodex vorhandene Kapitel über Vergehen gegen die «Erziehung der Jugend» mit seinen zwei veralteten Paragraphen in Wegfall gekommen ist, so weist das neue Strafgesetzbuch Lettlands alles in allem 40 Kapitel gegen 37 Kapitel des früheren russischen Kodex auf.

Von den Abänderungen, welchen die einzelnen Tatbestände unterzogen werden, dürften nachstehende von allgemeinerem Interesse sein.

1. Zunächst der Hochverratsparagraph. Der russische Kodex hatte für die Charakterisierung desselben ausnahmsweise den recht verschwommenen Ausdruck «*посягательство*» gebraucht, welcher in der offiziellen lettischen Übersetzung durch das womöglich noch verschwommenere Wort «*apdraudējums*» (wörtlich = Bedrohung) wiedergegeben worden ist. Das russische Wort «*посягательство*» entsprach dem französischen «*attentat*» und dem seit dem Vorgange des Allgem. Preussischen Landrechts in Deutschland üblich gewordenen «Unter-



nehmen». Nach dem Muster des Art. 88 des Code pénal<sup>2)</sup> erläuterte Absatz 3 des russischen § 100, dass die «*посягательство*» sowohl die Begehung des Verbrechens, als auch den Versuch desselben umfasst. Bekanntlich will § 82 des deutschen Strafgesetzbuchs mit dem Worte «Unternehmen» jede Handlung bezeichnen, «durch welche das Vorhaben unmittelbar zur Ausführung gebracht werden soll», hat also überhaupt nur den Versuch im Auge und hält daher einen «Versuch des Unternehmens» begrifflich für ausgeschlossen. Der neueste deutsche Entwurf vom Jahre 1927<sup>3)</sup> hat, wie seine Vorgänger seit 1919, den Ausdruck «Unternehmen» verworfen und den Tatbestand des Hochverrats, wie bei allen übrigen Delikten, auf die Vollendung abgestellt, einerlei ob es sich um einen endgültigen oder nur vorübergehenden Erfolg handelt und dementsprechend für die Strafbarkeit eines Versuchs des Hochverrats die Geltung der allgemeinen Vorschriften zugelassen. Eine im Jahre 1928 ergangene lettländische Novelle hatte den § 100 neugefasst und dabei einen mittleren Weg eingeschlagen. Von den drei in Betracht kommenden Arten des Hochverrats — gewaltsame Verfassungsänderung, Losreissung eines zum Lande gehörigen Gebiets und gewaltsame Hinderung des Staatspräsidenten, des Parlaments oder des Ministerkabinetts an der verfassungsmässigen Ausübung ihrer Befugnisse — sind die beiden letzteren, nach dem Vorbild des deutschen Entwurfs, allerdings auf die Vollendung abgestellt, lassen daher die Möglichkeit eines Versuchs zu, während für die Verfassungsänderung, nach wie vor, die alte Formel der «Bedrohung» (soll «Unternehmen» heissen) gebraucht wird, welche den Versuch ausschliesst.

Der entsprechende § 69 des neuen Strafgesetzbuchs bringt zunächst alle drei Punkte auf den gleichen Nenner und verlegt den Schwerpunkt in die vollendete «Anwendung von Gewalt» (coupirtes Erfolgsdelikt) und zwar «mit der Absicht a) die bestehende Staatsverfassung abzuändern, b) den Staatspräsidenten, das Parlament oder das Ministerkabinet zu stürzen oder ihnen die ihnen verfassungsmässig zustehenden Befugnisse zu nehmen, c) ein zum Territorium Lettlands gehöriges Gebiet loszureissen.» Die Absicht gehört zum Tatbestande und muss daher in concreto vorliegen und erwiesen sein. Besteht aber die Vollendung in der «Anwendung von Gewalt», so ist ein «Versuch derselben etwa durch Drohung mit Gewalt, bei gegenwärtiger Gefahr der Anwendung der letzteren, an sich wohl denkbar.

<sup>2)</sup> L'exécution ou la tentative constitueront seules l'attentat.

<sup>3)</sup> So auch § 86 des Reichstagsentwurfs vom Jahre 1930.

Mit einer derartigen Androhung ist freilich der Tatbestand des neu-geschaffenen § 113 nicht zu verwechseln, welcher von «Drohung mit dem Begehen einer hochverräterischen oder landesverräterischen Handlung» spricht. Genannter Paragraph hat das Ausstossen von solchen Drohungen unter ähnlichen Umständen, wie die Aufforderung zum Begehen jener Handlungen oder die Verherrlichung derselben (verbrecherische Propaganda) im Auge.

2. Eine gewisse Erweiterung hat, trotz seiner verkürzten Fassung, § 71 (entspricht dem früheren § 102) dadurch erfahren, dass der ehemalige § 126 gänzlich fortgefallen ist. Letzterer handelte in seinem ersten Teil von der «Beteiligung an einer den Umsturz der bestehenden gesellschaftlichen Ordnung bezweckenden Verbindung», während § 71 (vormals 102) von einer Verbindung zur Begehung des Hochverrats, also in erster Reihe des Umsturzes der bestehenden Staatsordnung spricht. Da ein Umsturz der staatlich geschützten gesellschaftlichen Ordnung eine Zertrümmerung der Staatsordnung zur Voraussetzung hat, so hatte die gerichtliche Praxis den § 126 Abs. 1, als leichtere Form der Verabredung zum Hochverrat behandelt. Das lett-ländische Strafgesetzbuch hat auf eine besondere Heraushebung dieser leichteren Form verzichtet und es dem Gericht überlassen, den schwereren und leichteren Formen einer solchen Verabredung bei der Strafzumessung, innerhalb des vom § 71 gezogenen Rahmens gerecht zu werden. Was den zweiten Teil des früheren § 126 anbetrifft, welcher die «Beteiligung an einer Verbindung zur Begehung von «Verbrechen unter Anwendung von Sprengstoff», also kein speziell politisches Verbrechen im Auge hat, so erschien die Beibehaltung desselben unter den Bestimmungen über «die Störung des inneren Friedens im Staate» völlig unangebracht. Er gehört in das Gebiet der «Angriffe gegen die öffentliche Ordnung» und hat im neuen Strafgesetzbuch seinen Platz als P. 6 des § 243 (Bandenbildung) gefunden.

3. Auf dem Gebiet der aktiven Bestechung hat das neue Strafgesetzbuch den strengeren Auffassungen der neueren Zeit, namentlich im Hinblick auf das Überhandnehmen des Korruptionswesens, Rechnung getragen. Darüber handeln §§ 175 und 176 (früher 149 und 150). Während bisher nur der Versuch der Verleitung eines Beamten durch Bestechung zu einem Verbrechen oder Vergehen strafbar war, straft das neue Strafgesetzbuch auch dann, wenn der Beamte durch Bestechung zu einer Übertretung verleitet werden sollte. Von nicht

geringerer Bedeutung ist die Erweiterung des § 176 (150), — welcher in erster Reihe von dem Versuch der Bestechung von Mitgliedern der Selbstverwaltungsorgane zwecks Abgabe ihrer Stimme für oder gegen jemand spricht, — im Sinne der Erstreckung derselben Bestimmung auf Mitglieder des Parlaments, unter erheblicher Erhöhung der Strafandrohung, wenn es sich um letztere handelt.

4. Grosses Interesse hat in ärztlichen Kreisen die neue Fassung der §§ 218 und 219 (früher 195 und 196) erregt und teilweise eine abfällige Kritik hervorgerufen.<sup>4)</sup> Wenn auch dieser Kritik nicht völlig beigepflichtet werden kann, so lässt sich nicht leugnen, dass die neue Fassung nicht in allen Stücken befriedigend ausgefallen ist. Im § 218 (195), welcher die Kurpfuscherei bekämpfen will, ist zunächst, in Ergänzung der früheren Fassung, die unerlaubte gewerbsmässige Geburtshilfe mit unter Strafe gestellt und die Straflosigkeit für den Fall, dass die Krankenbehandlung unentgeltlich geschah, abgeschafft worden. Neu ist der zweite Teil, welcher einerseits die ärztliche Behandlung ohne Einwilligung des Kranken oder, gegebenenfalls, seiner gesetzlichen Vertreter mit Strafe bedroht, sofern nicht eine berechtigte Zwangsbehandlung bzw. ein Eingreifen des Arztes aus Mitleid vorlag und anderseits Feldschere, Sanitäre, Krankenschwestern, Krankenpflegerinnen und Hebammen strafen will, welche ohne triftigen Grund ihre Befugnisse überschritten haben.

Abgesehen von einigen Äusserlichkeiten wendet sich die Kritik hier gegen die Unterbringung der «eigenmächtigen ärztlichen Behandlung, satt im Kapitel von den Angriffen gegen die Freiheitsrechte der Person,» im Abschnitt über Verletzung der zum «Schutz» der Volksgesundheit erlassenen Verordnungen. Hierüber liesse sich streiten, weil es sich tatsächlich um eine Bestimmung handelt, welche zwei benachbarte Gebiete berührt und es daher vom Geschmack des Gesetzgebers abhängt, für welches Kapitel er sich aus legislativ-technischen Gründen entscheidet.

Schwerwiegender sind die Ausstellungen, welche an dem § 219 gemacht werden, dessen neuer erster Absatz den Arzt bzw. die Hebamme für «nachlässige oder wegen Unkenntnis seines Fachs ungeschickt geleistete Behandlung» mit Strafe bedroht, wobei ihnen überdies das Recht der Praxis zeitweilig entzogen werden kann. Die Kritik

---

<sup>4)</sup> Vergl. Neureiter, Rig. Zeitschrift für Rechtsw. 1932/3. Heft 4. S. 205 ff.



meint wohl nicht zu Unrecht, dass die Pönalisierung einer bloss «nachlässigen» Behandlung, welche ohne schwerere Folgen geblieben ist, zu weit gegangen ist und die behandelnden Ärzte lästigen Chikanen seitens querulierender Kranker aussetzt. Dem könnte allerdings entgegengehalten werden, dass § 1175 der Strafprozessordnung dem Arzt insofern einen gewissen Schutz vor unbegründeten Strafverfolgungen bietet, als die Einleitung einer solchen von einem entsprechenden Gutachten des Medizinal-Departements abhängt.

5. Von viel weittragenderer Bedeutung sind die Veränderungen, welche das neue Strafgesetzbuch an dem Streikparagraphen (§ 244, früher 367) vorgenommen hat. Im russischen Kodex gehörte dieser Paragraph zu den Bestimmungen über den strafrechtlichen «Schutz des Dienstvertrags.» Der Streik wurde vom Gesichtspunkt der strafrechtlichen Verantwortung des Fabrikarbeiters für die eigenwillige Arbeitseinstellung behandelt. Das neue Strafgesetzbuch konnte nicht umhin mit der Tatsache zu rechnen, dass im demokratischen Lettland bereits seit 1920 die Freiheit des wirtschaftlichen Streiks besteht. Eine Strafbarkeit des Streiks konnte daher nur insofern statuiert werden, als er eine Störung der öffentlichen Ordnung bedeutet, welche die Tendenz hat in eine Störung der öffentlichen Sicherheit auszuarten. Aus diesem Grund ist der Streikparagraph in die Bestimmungen über den Schutz der öffentlichen Sicherheit herübergenommen worden. Als Deliktssubjekt erscheint in der neuen Fassung nicht der «Arbeiter» im engeren Sinne (strādnieks), sondern der Arbeitnehmer (darbinieks), wodurch sämtliche Staatsbeamte mitumfasst werden. § 244 verbietet die Arbeitseinstellung auf Vereinbarung mit anderen, zwecks Stilllegung des Betriebes, in allen Staatsbehörden sowie auf nichtstaatlichen Eisenbahnen, öffentlichen Wasserleitungen, Beleuchtungs- und Energieverteilungs-Unternehmen, soweit dieselben lebenswichtigen Interessen des Staates oder der Öffentlichkeit dienen. Auf diese Weise ist der sogen. «Generalstreik» nach dem neuen Strafgesetzbuch immer strafbar. Strafbar bleibt auch, nach wie vor, die «böartige Sabotage» in Form von Beschädigung bzw. Unbrauchbarmachung irgend eines Betriebes zwecks Stilllegung desselben.

6. Dem deutschen Duchesne-Paragraphen ist der neue § 246 mit dem Unterschiede nachgebildet worden, dass er nicht wie ersterer eigenartigerweise im allgemeinen, sondern im besonderen Teil des Strafgesetzbuchs untergebracht ist. Es handelt sich um die Erfassung von

gefährlichen Handlungen in einem Stadium, in welchen sie, nach den allgemeinen Regeln über Anstiftung, und Vorbereitung, noch nicht strafbar sein würden. Hierher gehört die Verleitung, die Bereiterklärung, das Erbieten und die Annahme des Erbietens zu einem «Verbrechen» im engeren Sinne. Diese Handlungen werden mit Gefängnis bestraft, wenn das betreffende Verbrechen nicht einmal bis zum Stadium des Versuchs gelangt war.

7. Aus dem Gebiete der Volkswohlfahrt wäre der neugefasste § 258 (früher 242) zu erwähnen, welcher den «Sozialwucher» bzw. die «unlautere Spekulation» oder «Preistreiberei» zu bekämpfen berufen ist. Der russische Kodex hatte im früheren § 242 eine den Erscheinungen der Neuzeit nicht völlig entsprechende Formulierung des betreffenden Tatbestandes gegeben. Zum Unterschiede hiervon straft das neue Strafgesetzbuch die Syndikate erst dann, wenn die von ihnen verursachte, auf Gegenstände des notwendigen Bedarfs bezügliche Preistreiberei eine vorhandene schwere Notlage ausgenutzt oder eine solche durch Verbergen, Vernichten, Unbrauchbarmachen, oder grundloses Aussetzen des Verkaufs genannter Bedarfsgegenstände künstlich hervorgerufen hatte. Die Strafe ist, im Vergleich zum früheren § 242, bedeutend erhöht. Es ist übrigens einer der wenigen Fälle, in welchem das neue Strafgesetzbuch neben dem Korrekthaus bzw. dem Gefängnis eine Geldstrafe vorsieht.

Die gleiche Strafe trifft den Einzelkaufmann oder Industriellen, welcher sich der Preistreiberei unter obengenannten Umständen schuldig macht.

8. Die Umwandlung des Kapitals über «Religionsverbrechen» in «Störung des religiösen Friedens» hat zur Folge gehabt, dass die 24 Paragraphen jenes Kapitels auf nur 6 zusammengeschmolzen sind. Es handelt sich hier zunächst um die Verletzung der religiösen Gefühle der Gläubigen durch Gotteslästerung und Beschimpfung des Kultus einer in Lettland gesetzlich zugelassenen Religionsgesellschaft, um Störung bzw. Verhinderung des Gottesdienstes oder einer gottesdienstlichen Handlung einer solchen Religionsgesellschaft oder um Verübung von Unfug an einem zum Gottesdienste oder zur Vornahme einer gottesdienstlichen Handlung bestimmten Orte. Etwas abseits stehen drei weitere Bestimmungen: § 303, welcher von dem Grundsatz der Trennung von Staat und Kirche abweicht, indem er die unbefugte Ausübung eines kirchlichen Amtes unter staatliche Strafe stellt; § 304, welcher, in

entfernter Anlehnung an den deutschen «Kanzelparagraph,» den Missbrauch des Gottesdienstes für politische Agitationszwecke mit Strafe bedroht, und § 305, welcher von der Störung der Totenruhe handelt.

9. Einzig in seiner Art ist wohl der im XXI Kapitel neugeschaffene § 371, welcher die einfache Nichterfüllung eines richterlichen Urteils in Zivilsachen zur Straftat erhebt. Es handelt sich um die Bekämpfung eines hierzulande neuerdings häufig gewordenen Unfugs, den gewissenlose Unternehmer mit angeworbenen Arbeitern treiben, indem sie sich der Bezahlung des ihnen zukommenden Arbeitslohns in geschickter Weise zu entziehen wissen. Die Strafbarkeit soll eintreten, wenn der Unternehmer ohne triftige Gründe, im Laufe von 7 Tagen, nachdem ihm der gerichtliche Vollstreckungsbefehl vorgewiesen worden ist, den zugesprochenen Arbeitslohn nicht bezahlt hat. Im Wiederholungsfalle wird die Strafe verschärft.

10. Aus dem Gebiete der Fälschung wäre zunächst hervorzuheben, dass § 403 bei Bestrafung der Münzfälschung, im Gegensatz zum russischen Kodex, zwischen dem inländischen und vollwertigen ausländischen Gelde keinen Unterschied macht.

Hinsichtlich der Urkundenfälschung hat sich das neue Strafgesetzbuch, in starker Abweichung vom russischen Kodex, der Auffassung angeschlossen, dass als Dokument sowohl ein Schriftstück, als auch ein Gegenstand anzusehen ist, welche als Beweis für die Entstehung, Änderung oder Beendigung eines Rechts bzw. einer Pflicht dienen können, gleichviel, ob sie öffentlicher oder privater Natur sind (§ 415), während die Fälschung von Schriftstücken öffentlich-rechtlicher Natur auch unabhängig hiervon, wenn auch milder gestraft wird (§ 416). In beiden Fällen macht das neue Strafgesetzbuch von der neuerdings üblichen Formel Gebrauch, dass in «leichteren Fällen» die Strafe bedeutend herabgesetzt wird. Um die Reihe lückenlos zu schliessen, spricht ein dritter Paragraph (§ 417) noch von «sonstigen Schriftstücken und Gegenständen von rechtlicher Bedeutung», deren Fälschung in gleicher Weise wie die erwähnten «leichteren Fälle» geahndet wird.

11. Auf dem Gebiete der Angriffe gegen die Person wäre in erster Linie, im Vergleich zum russischen Kodex, die Neuerung zu verzeichnen, dass an Stelle der von letzterem bevorzugten erschöpfenden Aufzählung der «qualifizierten» Fälle durchweg versucht worden ist, allgemeine, dehnbare Formeln der Qualifizierung, ausgehend vom Objekt, der Art der Ausführung, dem verfolgten Zweck etc. zu finden, um ein



für alle Mal mit der veralteten Kasuistik aufzuräumen. Dieses ist in § 430 mit dem Tötungsverbrechen, im § 445 mit der Körperverletzung, im § 449 mit der Gewalt gegen die Person, im § 466 mit den Angriffen gegen die Freiheit, im § 474 mit der strafbaren Drohung und im § 511 mit der Beleidigung geschehen.

Auf diese Weise ist unter anderem aus dem neuen Strafgesetzbuch der «Vater- bzw. Elternmord» verschwunden, dessen Behandlung bei der strengen Unterscheidung vom legitimen und unlegitimen Vater so manche Schwierigkeiten verursacht hat. Nach der neuen Fassung ist es dem Gerichte unbenommen, den erschwerenden Umständen der Tötung der Eltern u. s. w. durch entsprechende Strafschärfung gerecht zu werden.

12. Die Tötung im Affekt war nach den Bestimmungen des russischen Kodex (§ 458) zu einem sehr dehnbaren Begriff geworden, weil nach der Formulierung des gesamten Paragraphen der unmittelbare Zusammenhang zwischen der strafmildernden Erregung beim Fassen des Entschlusses und bei der Ausführung fehlte. Unter solchen Umständen wäre es nach dem früheren § 458 sehr wohl denkbar, Tötung im Affekt anzunehmen, wenn jemand angesichts einer schweren Kränkung in der Aufregung beschlossen hätte, seinen Gegenpart zu töten, dann nach Hause gefahren wäre, um eine Waffe zu holen und nach seiner Rückkehr in neuauflammender Erregung den Gegner getötet hätte. Der entsprechende § 432 des neuen Strafgesetzbuchs betont, im Gegensatz hierzu, dass der Täter durch die heftige Gemütsbewegung zur Tat auf der Stelle hingerissen worden sein muss, daher Entschlussfassung und Ausführung zeitlich zusammenfallen müssen, damit von einem strafmildernden Affekt die Rede sein könne.

13. Auch die Behandlung der fahrlässigen Tötung hat inbezug auf die die Tat erschwerenden Umstände eine wesentliche Veränderung erfahren. Der frühere § 464 schärfte die Strafe für den Fall, dass die Fahrlässigkeit in der Nichtbeachtung spezieller, den Schutz von Leib und Leben betreffender gesetzlicher Vorschriften bestehen sollte. Diese Fassung erschien zu eng. Nicht darauf kommt es an, dass irgend eine formelle Vorschrift unbeachtet blieb, welche auf den konkreten Fall eventuell keinen direkten Bezug haben mochte, sondern, dass die Tätigkeit, das Amt oder der Beruf des Schuldigen an und für sich seine verschärfte Aufmerksamkeit verlangt, einerlei ob eine dahingehende spezielle Vorschrift bereits erlassen worden ist, oder nicht. In diesem

Sinne ist § 437 Abs. 2 gefasst, welcher den automatischen Zusammenhang der Strafverschärfung mit einer formalen Vorschriftsverletzung ausmerzt und durch den Hinweis auf das Vorhandensein der Pflicht zu aussergewöhnlicher Achtsamkeit ersetzt. Hinsichtlich des Affekts und der Fahrlässigkeit bei der Körperverletzung weisen § 444 und § 447 einen ähnlichen Aufbau auf.

14. Besondere Beachtung verdient ferner der neue § 440, welcher die in der modernen Strafgesetzgebung zur Herrschaft gelangten Tendenz, die Abtreibung unter gewissen entschuldbaren Umständen straflos ausgehenzulassen, Rechnung trägt. Der betreffende Paragraph ist dem Tschechoslovakischen Entwurf nachgebildet und spricht in erster Reihe von dem selbstverständlichen Falle, wo die «medizinische Indikation» den Arzt zur Vornahme der Tötung der Leibesfrucht zu schreiten veranlasst, um die Mutter vor dem Tode oder schwerer Gesundheitsschädigung zu schützen. Des weiteren soll die Strafbarkeit wegfallen, wenn der Arzt innerhalb der ersten drei Monate der Schwangerschaft (wo der Organismus der Mutter am wenigsten in Mitleidenenschaft gezogen wird), mit Einwilligung der Mutter die Tötung vornimmt, um die Geburt eines Kindes zu verhindern, welches mit schweren geistigen oder physischen Gebrechen zur Welt kommen müsste (eugenische Indikation), oder die Frucht eines Verbrechens nach §§ 497—502 war (juristische Indikation), oder schliesslich — und hierin liegt wohl die schwerwiegendste Neuerung, die die materielle Lage der Mutter bzw. ihrer Familie ausserordentlich beschweren würde (soziale Indikation). Das neue Strafgesetzbuch übergeht die Frage wegen des Modus der Feststellung der angeführten Indikationen und überlässt dieselbe dem Ermessen des Gerichts.

15. Die Behandlung der Bestimmungen über das Duell weicht im neuen Strafgesetzbuch (§§ 451—457) insofern wesentlich von derjenigen des russischen ab, als an Stelle der Festungshaft Gefängnis getreten ist, und die zu verhängenden Strafen im allgemeinen erhöht werden. Der in Lettland vorherrschenden Auffassung nach verdient das Duell keine besondere Nachsicht, welche seiner Verbreitung Vorschub leisten könnte, wenngleich man sich nicht hat entschliessen können, die Behandlung des Duells als Spezialdelikt völlig aufzugeben. Massgebend blieben für die endgiltige Entscheidung die Erwägungen, dass bei Einhaltung der traditionellen Duellregeln der Zweikampf immerhin ein gleiches Risiko auf beiden Seiten darstellt und die Beweggründe für die Herausforderung bzw. Annahme desselben ehrenhafte

sind. Um so strenger straft das neue Gesetzbuch den Verstoss gegen diese Regeln, insbesondere im Falle eines Fehlens von Sekundanten, befreit aber hingegen logischerweise Sekundanten, Ehrenrichter und Kartellträger von jeglicher Verantwortung, wenn sie ihre Pflicht erfüllt haben — letztere beide jedoch nur, falls sie ernstlich bemüht gewesen sind, den Zweikampf zu verhindern. Der hinzugezogene Arzt geht selbstverständlich straffrei aus.

16. Der Ehebruch ist nach dem neuen Strafgesetzbuch nicht mehr strafbar. Man hat den früheren § 418 ganz fallen lassen, weil man sich nicht entschliessen konnte, die daselbst vorgesehene Arreststrafe zu erhöhen und sich auf der anderen Seite sagen musste, dass eine verhältnismässig so geringe Strafandrohung nicht genügen kann, um abschreckend zu wirken, wie sie auch kaum geeignet sein dürfte, dem beleidigten Gatten Genugthuung zu gewähren. Der Gerichtssaal ist wohl kaum der Ort, wo Ehestreitigkeiten dieser Art erledigt werden können, wenn es nicht eine Ehescheidung sein soll.

17. Der Verletzung des Briefgeheimnisses ist im § 520 des neuen Strafgesetzbuchs zu einer Verletzung des Geheimnisses der Korrespondenz überhaupt erweitert worden. Nicht nur verschlossene Briefe und Telegramme, sondern auch Telefonogramme und jegliche Art von verschlossenen Paketen gelten als Deliktsobjekt; desgleichen soll der eigenmächtige Anschluss an ein fremdes telegraphisches bzw. telefonesches Gespräch strafbar sein. Unter dem Eindringen in das fremde Briefgeheimnis will der § 520 ferner, zum Unterschiede von der landläufigen Auffassung, nicht allein das eigenmächtige Öffnen des Verschlusses zwecks Kenntnissnahme von dessen Inhalt, sondern jede andere Art der Kenntnissnahme desselben (z. B. Durchleuchten) verstanden wissen, weil der Schwerpunkt nicht im Angriff gegen den Verschluss, sondern im Eindringen in das Geheimnis des Inhalts liegt.

18. Wenn es dem neuen Strafgesetzbuch auch nicht gelungen ist, auf dem Gebiete der Vermögensdelikte eine ähnliche Vereinfachung in der Bezeichnung der qualifizierten Fälle, wie bei den Verbrechen und Vergehen gegen die Person, durchzuführen, so ist immerhin viel geschehen, um die stark kasuistische Behandlung gerade dieses Stoffs durch den russischen Kodex abzuschwächen.

Von besonderer Bedeutung ist aber der Bruch mit der veralteten Auffassung, nach welcher die Schwere des Vermögensdelikts, insbesondere der Unterschlagung, des Diebstahls und des Betrugs schon



durch die Höhe des verursachten Schadens allein bedingt wird. Den entsprechenden Bestimmungen des russischen Kodex zufolge genügte es, dass der Wert des unterschlagenen, gestohlenen bzw. betrügerischerweise entwandten Guts die Summe von 500 Rubeln (in Lettland 500 Lat) überstieg, um Korrektionshaus mit Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte an Stelle von gewöhnlichem Gefängnis treten zu lassen. Eine derartige, rein formelle Behandlung des Vermögensdelikts ist den modernen Gesetzgebungen fremd. Sie ist gewiss im Prozess zulässig, um die Zuständigkeit höherer und niederer Gerichte zu trennen; das materielle Recht kann sich mit solchen äusseren Merkmalen allein nicht begnügen.

So hat denn der Gesetzgeber, aus Anlass der Einführung des neuen Strafgesetzbuchs, den § 39 der Strafprozessordnung dahin ergänzt, dass bei einem Werte des Objekts bis zu 1000 Lat die Strafsache vor den Friedensrichter kompetiert, andrenfalls aber das Bezirksgericht zuständig ist. Damit aber das Bezirksgericht berechtigt ist Korrektionshaus statt Gefängnis anzuwenden, verlangt das Strafgesetzbuch, dass zum Werte von über 1000 Lat noch ein zweites Merkmal hinzutritt und zwar die Tatsache, dass dem Damnikaten ein «schwerer Schaden» zugefügt worden ist, mit anderen Worten — wenn ein «besonders schwerer Fall» vorliegt. Wir finden diesen Grundsatz in den §§ 541, 547 und 553 zum Ausdruck gebracht.

Eine zweite nicht minder wichtige Änderung besteht darin, dass an Stelle der Strafschärfung beim «Rückfall,» wie sie der russische Kodex hinsichtlich des Diebstahls und des Betrugs in ausgiebiger Weise anwendet, im neuen Strafgesetzbuch durchweg die Strafschärfung für gewerbs- bzw. gewohnheitsmässige Begehung der Tat getreten ist. Privilegiert ist sowohl bei der Unterschlagung, als auch beim Diebstahl und dem Betrug nicht mehr, wie früher, der Fall, in welchem der Täter vor Eröffnung des Urteils den Schaden wieder gutgemacht hat, sondern wenn letzteres geschehen ist, bevor gegen ihn die Strafverfolgung begonnen hat, weil nur hierin die Merkmale der «tätigen Reue» erblickt werden können.

Schliesslich wäre in diesem Zusammenhange noch hervorzuheben, dass das neue Strafgesetzbuch die gänzlich veraltete dreischichtige Betrugsdefinition des russischen Kodex («Entwendung fremden beweglichen Vermögens mittels Betrugs in Aneignungsabsicht,» «Entwendung fremden beweglichen Vermögens in Aneignungsabsicht mittels Anwendung von falschem Mass oder Gewicht etc.» und «Veranlassung

mittels Betrugs in gewinnsüchtiger Absicht zu einem ungünstigen Rechtsgeschäft...») durch eine allgemeine Formel ersetzt hat, welche folgenden Wortlaut hat: «Wer in der Absicht, sich oder einem anderen einen Vermögensvorteil zuzuwenden, jemand bewusstermassen durch arglistige Entstellung von Tatsachen täuscht um ihn zu einer Handlung oder Unterlassung zu bestimmen, die für sein Vermögen oder das Vermögen eines anderen nachteilig ist, wird, wenn diese Handlung oder Unterlassung erfolgt ist, für Betrug... bestraft» (§ 553).

19. Die Unterscheidung von Raub und Erpressung ist im neuen Strafgesetzbuch nach anderen Merkmalen, als im russischen Kodex vorgenommen worden. Letzterer (§§ 589 und 590) zieht die Grenze zwischen ihnen nach dem Gegenstande des Verbrechens. Beim Raub ist das «fremde bewegliche Vermögensobjekt,» bei der Erpressung die «Zuwendung eines Vermögensvorteils, Abtretung eines Vermögensrechts oder Eingehung eines nachteiligen Rechtsgeschäfts.» Als Mittel der Ausführung sind in beiden Fällen Körperverletzung, Gewalt gegen die Person und strafbare Drohung angeführt, nur dass beim Raub noch Versetzen in den Zustand der Bewusstlosigkeit hinzukommt, welcher bei der Erpressung sinngemäss ausgeschlossen ist.

Das neue Strafgesetzbuch verlegt den Schwerpunkt in die Intensität der Nötigung und will unter Raub (§ 550) ein Doppeltes verstanden wissen: 1) die Wegnahme einer fremden beweglichen Sache für sich oder einen anderen unter Zufügung einer Körperverletzung oder Anwendung von Gewalt gegen die Person oder von strafbaren Drohungen bzw. durch Versetzen in den Zustand der Bewusstlosigkeit und 2) die direkte Nötigung zur Hergabe einer Sache oder von Vermögensrechten, zum Verzicht auf Vermögensrechte oder zu einem anderen nachteiligen Rechtsgeschäft mittels Zufügung einer Körperverletzung oder Anwendung von Gewalt gegen die Person oder strafbarer Drohungen. Dagegen erblickt es in der Erpressung eine Nötigung zu dem im Punkte 2 bezeichneten Verhalten unter Anwendung von indirekter Gewalt bzw. indirekten Drohungen, wobei die Zufügung von Körperverletzungen selbstverständlich nicht in Frage kommt. Unter «indirekter Gewalt» soll diejenige verstanden werden, welche gegen dritte Personen oder Sachen gerichtet ist. «Indirekte Drohungen» sind solche, welche räumlich resp. zeitlich so weit entfernt liegen, dass von einer gegenwärtigen Gefahr nicht gut die Rede sein kann.

Das neue Strafgesetzbuch hat ferner die Chantage aus dem Kapitel, welches vom strafbaren Eigennutz handelt, nach dem französ-

sischen Vorbild in die Gruppe der Erpressungsdelikte herübergenommen, weil ihre Verwandtschaft mit letzteren immerhin stärker erscheint, als mit dem allgemeinen strafbaren Eigennutz. Im Gegensatz zum russischen Kodex, macht das neue Strafgesetzbuch (§ 552) aber einen Unterschied zwischen dem Chantagieren mit wahren und mit erdachten Enthüllungen, indem es in letzterem Falle Strafschärfung eintreten lässt.

20. Sowohl beim böswilligen, als auch beim fahrlässigen Bankrott (§§ 558 und 559) hat das neue Strafgesetzbuch die frühere Unterscheidung zwischen physischen und juristischen Personen fallen lassen, welche der russische Kodex insofern machte, als er bei letzteren die Zahlungseinstellung der Konkurseröffnung gleichordnete (die früheren §§ 601 und 604). Der Gesetzgeber war der Ansicht, dass für dieses «privilegium odiosum» kein hinreichender Grund vorliegt, um so mehr als gerade bei juristischen Personen, insbesondere bei den Aktiengesellschaften, trotz zeitweiliger Einstellung der Zahlungen immer noch eine Sanierung auf verschiedenem Wege möglich ist und daher kein zwingender Grund vorliegt, an die Zahlungseinstellung an sich strafrechtliche Folgen zu knüpfen.

21. Zum Schluss sei noch des Wucherparagraphen (§ 568) Erwähnung getan, welcher eine präzisere Fassung erhalten hat, indem als wichtigstes Moment die Ausbeutung der fremden Notlage hervorgehoben worden ist. Zwangsläufig ergab sich aus dieser Einstellung die Streichung desjenigen Passus, welcher im früheren § 608 des russischen Kodex unter den Wucherbegriff den Fall subsummierte, wo jemand, der gewerbsmässig Darlehensgeschäfte betreibt, die den vorschriftsmässig feststehenden maximalen Zinsfuss übersteigenden Zinsen irgendwie versteckt hat. Da das Erheben von Zinsen, welche die gesetzlich festgelegte Höchstnorm überschreiten, nach § 157 des neuen Strafgesetzbuchs als «delictum sui generis» straffällig ist und das Verbergen einer solchen Überschreitung nur als ein das Strafmass erhöhendes Moment in Betracht kommt, so liegt, nach Ansicht des Gesetzgebers, keine Veranlassung vor, den Wucherbegriff in sinnentstellender Weise auf derartige Fälle auszudehnen.

Vorstehende Ausführungen dürften vielleicht genügen, um zu veranschaulichen, in welcher durchgreifenden Weise der frühere russische Kodex umgearbeitet worden ist, um das neue Strafgesetzbuch mit den Anforderungen der neueren Zeit und der Eigenart der lettländischen Staatlichkeit in Einklang zu bringen.



## Das Verfassungsreformprojekt des Bauernbundes.

Am 24. November d. J. begann in der öffentlich-rechtlichen Kommission des lettländischen Parlaments (der Saeima) die Beratung über den Verfassungsabänderungsentwurf des Lettischen Bauernbundes vom 24. Oktober 1933. Der Entwurf hat folgenden Wortlaut:

### Entwurf.

#### Abänderungen der Verfassung der Republik Lettland.

Die Artikel 5, 8, 10, 29, 35, 36, 39, 43, 44, 48, 50, 51, 52, 59, 62, 71, 75, 81 und 84 der Verfassung der Republik Lettland (Gbl. 1922/113) sind wie folgt zu fassen:

Art. 5. Die Saeima besteht aus 50 Volksvertretern.

Art. 8. Das Recht zu den Saeimawahlen haben alle vollberechtigten Bürger Lettlands beiderlei Geschlechts, welche am ersten Wahltage älter als 21 Jahre sind, ausgenommen die Sozialversorgten.

Art. 10. Die Saeima wird auf 4 Jahre gewählt.

Art. 29. Ein Saeima-Abgeordneter kann weder verhaftet werden, noch kann bei ihm eine Haussuchung gemacht werden, noch kann er anders in seiner persönlichen Freiheit beschränkt werden, wenn die Saeima dem nicht zustimmt. Ein Saeima-Abgeordneter kann verhaftet werden, wenn er bei der Ausführung des Verbrechens selbst ertappt wird. Über die Verhaftung jedes Saeima-Abgeordneten ist im Laufe von 24 Stunden dem Saeima-Präsidium Mitteilung zu machen, welches dieser in der nächsten Sitzung der Saeima zwecks Beschlussfassung darüber vorzulegen hat, ob der Saeima-Abgeordnete in Haft behalten oder befreit werden soll.

Art. 35. Den Staatspräsidenten wählt das Volk auf 5 Jahre in allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlen.

Art. 36. Das Recht, den Staatspräsidenten zu wählen, haben alle vollberechtigten Bürger Lettlands beiderlei Geschlechts, die am Wahltage älter als 25 Jahre sind, ausgenommen die Sozialversorgten. Die Ordnung der Staatspräsidentenwahl setzt ein besonderes Gesetz fest.

Art. 39. Eine und dieselbe Person kann nicht länger als 10 Jahre der Reihe nach Staatspräsident sein.

- Art. 43. Der Staatspräsident erklärt den Krieg.
- Art. 44. Der Staatspräsident hat das Recht, die notwendigen militärischen Verteidigungsmassnahmen zu ergreifen, wenn ein anderer Staat Lettland den Krieg erklärt oder der Feind in die Grenzen Lettlands einbricht.
- Art. 48. Der Staatspräsident hat das Recht, die Saeima vor Ablauf ihrer Vollmachten zu entlassen.
- Art. 50. Bei Entlassung der Saeima schreibt der Staatspräsident Neuwahlen aus, welche nicht später als 6 Monate nach Entlassung der Saeima stattfinden haben.
- Art. 51. Der Staatspräsident kann durch Volksentscheid seines Amtes enthoben werden, wenn für die Enthebung nicht weniger als die Hälfte der stimmberechtigten Staatspräsidentenwähler gestimmt haben. Die Enthebung des Staatspräsidenten von seinem Amt kann  $\frac{1}{10}$  der Wähler für die Staatspräsidentwahlen beantragen. Nach der Enthebung sind unverzüglich Neuwahlen auszuschreiben.
- Art. 52. Wenn der Staatspräsident sein Amt niederlegt, stirbt oder seines Amtes vor Ablauf seiner Amtszeit enthoben wird, übt der Ministerpräsident die Funktionen des Staatspräsidenten aus, bis zur Neuwahl eines Staatspräsidenten. Ebenso übt der Ministerpräsident die Funktionen des Staatspräsidenten aus, wenn letzterer sich ausserhalb der Staatsgrenzen aufhält oder aus anderen Gründen an der Erfüllung seiner Dienstobliegenheit verhindert ist.
- Art. 59. Der Ministerpräsident und die Glieder des Ministerkabinetts treten ihr Amt nach Bestätigung durch den Staatspräsidenten an. Wenn die Saeima dem Ministerkabinett oder einem einzelnen Gliede des Ministerkabinetts ihr Misstrauen erklärt hat, und wenn dabei der Staatspräsident es nicht für nötig erachtet hat, die Saeima aufzulösen, so hat das Ministerkabinett oder der entsprechende Minister zurückzutreten. Das Ministerkabinett oder der einzelne Minister hat seine Vollmachten niederzulegen, wenn das der Staatspräsident fordert.
- Art. 62. Wenn der Staat durch einen äusseren Feind bedroht wird, oder wenn im Staat oder in Teilen desselben Unruhen entstanden sind oder zu entstehen drohen, die die bestehende Staatsordnung gefährden, so hat das Ministerkabinett mit Einverständnis des Staatspräsidenten das Recht, den Ausnahmezustand zu

verhängen. Im Interesse der Sicherheit und Ordnung hat der Staatspräsident das Recht, auch wenn der Ausnahmezustand nicht verhängt worden ist, die in Spezialgesetzen vorgesehenen bürgerlichen Freiheiten einzuschränken oder ganz aufzuheben: Pressefreiheit, Vereinsfreiheit, Versammlungsfreiheit, Streikfreiheit und das Recht der Unantastbarkeit der Wohnung.

Art. 71. Der Staatspräsident hat das Recht, die von der Saeima angenommenen Gesetze nicht zu veröffentlichen. Im Laufe von 7 Tagen, gerechnet von der Annahme des Gesetzes in der Saeima, kann der Staatspräsident in einem motivierten Schreiben an den Präsidenten des Landtags die nochmalige Durchsicht des Gesetzes verlangen. Wenn die Saeima das Gesetz nicht abändert, so hat der Staatspräsident das Recht, dieses Gesetz dennoch nicht zu veröffentlichen, sondern nach den nächsten Wahlen dasselbe der Saeima zur nochmaligen Durchberatung zurückzugeben. Wenn die Saeima in neuem Bestande das Gesetz nicht abändert, so kann der Staatspräsident ein zweites Mal keine Einwendungen erheben.

Art. 75. Wenn die Saeima mit einer Stimmenmehrheit von nicht weniger als  $\frac{2}{3}$  die Dringlichkeit eines Gesetzes annimmt und wenn hierbei der Staatspräsident nicht die nochmalige Durchsicht des Gesetzes verlangt hat, so kann dasselbe nicht der Volksabstimmung übergeben werden, und die Veröffentlichung hat nicht später als am dritten Tage zu erfolgen, nachdem der Staatspräsident das angenommene Gesetz erhalten hat.

Art. 81. In der Zeit zwischen den Sessionen hat das Ministerkabinett das Recht, wenn die Staatsinteressen das erfordern, Bestimmungen mit Gesetzeskraft zu erlassen. Solche Bestimmungen dürfen nicht abändern: das Saeima-Wahlgesetz, die Gerichtsverfassung und die Prozessordnung, das Budget und die Budgetrechte, sowie die von der zurzeit bestehenden Saeima angenommenen Gesetze; diese Bestimmungen dürfen sich nicht beziehen auf eine Amnestie und die Emission von Kassenscheinen, und diese Bestimmungen verlieren ihre Kraft, wenn sie nicht spätestens im Laufe von 3 Tagen nach Eröffnung der nächsten Session der Saeima dieser eingereicht worden sind.

Art. 84. Die Richter bestätigt der Staatspräsident und diese sind unabsetzbar. Die Richter können gegen ihren Willen ihres Amtes nur auf Grund eines Gerichtsurteils enthoben werden. Durch ein Gesetz kann das Alter bestimmt werden, mit dessen Eintreten die Richter ihr Amt aufzugeben haben.



# Gesetzgebung.

## Lettland.

### **Bestimmungen über die Firma<sup>1)</sup>**

(erlassen auf Grund von Art. 81 der Verfassung)

(Gbl. 1932/236)

Übersetzt von R. v. Freymann.

1. Die Firma ist der Name eines Kaufmannes, unter dem er im Handel seine Geschäfte betreibt und die Unterschrift abgibt.

Ein Kaufmann, der vor Gericht Klage erhebt, darf seine Firma als seinen Namen angeben; desgleichen darf bei Klagen gegen einen Kaufmann dessen Firma als sein Name angegeben werden.

2. Das dem Einzelkaufmann zustehende ausschliessliche Recht auf die Firma wird durch deren Eintragung in das Handelsregister begründet.

3. Die Zeichnung der Firma hat in allen Fällen genau so zu erfolgen, wie die diesbezügliche Eintragung im Handelsregister lautet.

4. Ein Kaufmann, der sein Unternehmen ohne Gesellschafter oder nur mit stillen Gesellschaftern betreibt (der Einzelkaufmann), hat seinen Vor- und Familiennamen als Firma zu führen. Zusätze, welche auf ein Gesellschaftsverhältnis oder etwas anderes hinweisen, was eine Täuschung über die Verhältnisse des Unternehmens oder seines Inhabers herbeiführen könnten, sind verboten.

5. Die Firma einer offenen Handelsgesellschaft hat den Namen wenigstens eines der Gesellschafter sowie einen Hinweis auf das Vorhandensein einer Gesellschaft zu enthalten. Die Beifügung der Vornamen der Gesellschafter ist nicht erforderlich. Die Namensnennung anderer Personen ist unzulässig.

6. Die Firma einer Kommanditgesellschaft hat den Namen wenigstens eines persönlich haftenden Gesellschafters mit einem auf das Vorhandensein einer Gesellschaft hinweisenden Zusatz zu enthalten. Die Namensnennung von Kommanditisten oder anderen Personen ist unzulässig.

7. Als von der Firma untrennbare Bestandteile derselben sind Zusätze gestattet, die zur Unterscheidung des Unternehmens des Kaufmannes von anderen Unternehmen dienen.

---

<sup>1)</sup> S. den Aufsatz von H. Stegman im Jahrgang VI, Heft 1, S. 22 u. ff. u. Heft 3, S. 142 ff. über Handelsrechtliche Gesetzentwürfe in Lettland. Von diesen Gesetzentwürfen sind diejenigen über Firma und Kaufleute durch Notverordnung vom 12. Oktober 1933 bereits in dem hier abgedruckten Text erlassen worden.

Die Redaktion.

8. Die Firma einer Aktiengesellschaft oder einer anderen auf Grund eines Statuts begründeten Gesellschaft hat einen Hinweis auf die Betätigungsweise der Gesellschaft sowie auf deren Typus zu enthalten.

9. Die Firma einer neu begründeten Aktiengesellschaft oder einer anderen auf Grund eines Statuts begründeten Gesellschaft hat sich klar und deutlich von den Firmen sämtlicher übrigen in Lettland auf Grund von Statuten bestehender und im Handelsregister eingetragener Gesellschaften zu unterscheiden.

Desgleichen hat sich auch jede neue Firma klar und deutlich von allen in demjenigen Handelsregister eingetragenen Firmen zu unterscheiden, in welches die neue Firma eingetragen wird.

Errichtet ein im Handelsregister eingetragener Kaufmann eine Zweigniederlassung seines Unternehmens im Bezirke eines anderen Registerrichters, wo eine im Handelsregister eingetragene Firma bereits besteht, die der seinigen vollkommen gleicht, so hat er bei der Registrierung am Orte der Zweigniederlassung, seiner Firma einen den Bestimmungen des zweiten Absatzes dieses Artikels entsprechenden Zusatz beizufügen.

10. Eine Änderung der Firma ist nur dann gestattet, wenn die Änderung begründet ist:

- 1) durch Übergang des Unternehmens;
- 2) durch Änderung der Betätigungsart des Unternehmens;
- 3) durch Änderung des Namens eines Einzelkaufmanns ohne Änderung der Person;
- 4) durch den Austritt aus einer Gesellschaft oder die Namensänderung eines solchen persönlich haftenden Gesellschafters, dessen Name zur Firma, als deren Bestandteil, gehört, oder
- 5) durch den Eintritt in eine offene Handelsgesellschaft oder in eine Kommanditgesellschaft eines neuen persönlich haftenden Gesellschafters.

11. Wer ein bereits bestehendes Unternehmen erwirbt, darf die bisherige Firma fortführen, wenn der bisherige Inhaber des Unternehmens oder, im Falle seines Todes, seine Erben schriftlich in die Fortführung der Firma willigen. In diesem Falle darf der Firma ein auf den neuen Inhaber hinweisender Zusatz beigefügt werden.

Die Bestimmung des ersten Absatzes dieses Artikels ist entsprechend anzuwenden, wenn das Unternehmen zu Niessbrauch (Art. 1199 des Bürgerlichen Gesetzbuches), auf Grund eines Pachtvertrages oder auf einer anderen ähnlichen Grundlage übernommen wird, jedoch ist in einem solchen Falle der Firma ein Zusatz beizufügen, welcher auf das Niessbrauchs- oder Pachtverhältnis sowie auf den Vor- und Familiennamen des Niessbrauchers oder Pächters hinweist.

12. Wird ohne Änderung der Person der in der Firma enthaltene Name eines Einzelkaufmannes oder eines persönlich haftenden Gesellschafters geändert, so kann die bisherige Firma fortgeführt werden.

13. Wenn in eine offene Handelsgesellschaft oder in eine Kommanditgesellschaft ein neuer persönlich haftender Gesellschafter eintritt oder aber einer der persönlich haftenden Gesellschafter aus der Gesellschaft austritt, so darf, ungeachtet solcher Änderungen, die bisherige Firma fortgeführt werden.

14. Die Firma darf nur gemeinsam mit dem entsprechenden Unternehmen veräußert werden.

15. Wer eine ihm nach den Bestimmungen über die Firma nicht zukommende Firma führt, ist vom Registerrichter durch Verfügung mit einer Geldpön bis zu 300 Lat zu belegen und ihm die Fortführung dieser Firma zu verbieten.

Derjenige, dessen Rechte dadurch verletzt werden, dass jemand anderes die ihm gehörende Firma führt, darf von ihm die Unterlassung der Führung dieser Firma verlangen. Durch diese Bestimmung bleibt das Recht Schadenersatz auf Grund anderer Bestimmungen zu fordern unberührt.

Vorstehende Bestimmungen treten gleichzeitig mit dem Gesetz über das Handelsregister in Kraft.

Riga, den 12. Oktober 1933.

Der Ministerpräsident: A. B l o d n i e k.

Der Finanzminister: J. A n n u s.

## **Bestimmungen über Kaufleute**

(erlassen auf Grund von Art. 81 der Verfassung)

(Gbl. 1933/237)

Übersetzt von R. v. F r e y m a n n.

1. Kaufmann im Sinne dieser Bestimmung ist, wer gewerbmässig Handel betreibt.

Als Handelsgewerbe gilt jeder Gewerbebetrieb, der eine der nachstehenden Geschäfte zum Gegenstande hat:

- 1) die Anschaffung und Weiterveräußerung von beweglichen Sachen (Waren) oder Wertpapieren, ohne Unterschied, ob die Waren unverändert oder nach Bearbeitung oder Verarbeitung veräußert werden;
- 2) die Bearbeitung oder Verarbeitung von Waren für andere, sofern dieses über den Umfang des Kleingewerbes hinausgeht (Art. 5, Absatz 3);
- 3) Versicherung gegen Prämien;
- 4) Bankier-, Lombard- und Geldwechselgeschäfte;



- 5) die Beförderung von Gütern oder Passagieren zur See und durch die Luft, die Geschäfte der Frachtführer oder der zur Beförderung von Personen zu Lande oder auf Binnengewässern bestimmten Anstalten, sofern diese über den Umfang des Kleingewerbes hinausgehen, sowie die Geschäfte der Schleppschiffahrtsunternehmer;
- 6) die Geschäfte der Kommissionäre, der Spediteure und der Lagerhalter;
- 7) die Geschäfte der Handlungsagenten und der Handelsmäkler;
- 8) Buch- oder Kunstverlagsgeschäfte sowie die sonstigen Geschäfte des Buch- oder Kunsthandels;
- 9) die Geschäfte der Druckereien, sofern ihr Betrieb über den Umfang des Kleingewerbes hinausgeht (Art. 5, Absatz 3).

2. Ein gewerbliches Unternehmen, das nach Art und Umfang einen in kaufmännischer Weise eingerichteten Geschäftsbetrieb erfordert, gilt auch wenn die Voraussetzung des Artikel 1, Absatz 2 nicht vorliegen, als Handelsgewerbe im Sinne dieser Bestimmungen, sofern die Firma des Unternehmers in das Handelsregister eingetragen ist. Der Unternehmer ist verpflichtet, die Eintragung nach den für das Handelsregister geltenden Vorschriften herbeizuführen.

3. Auf den Betrieb der Land- und Forstwirtschaft finden die Bestimmungen der Art. 1 und 2 keine Anwendung.

Ist mit dem Betriebe der Land- oder Forstwirtschaft ein Unternehmen verbunden, das als Nebengewerbe des land- oder forstwirtschaftlichen Betriebes anzusehen ist, so finden auf dieses die Bestimmungen des Art. 2 mit der Massgabe Anwendung, dass der Unternehmer berechtigt, aber nicht verpflichtet ist, die Eintragung seiner Firma in das Handelsregister herbeizuführen. Werden in einem solchen Nebengewerbe Geschäfte der in Art. 1 bezeichneten Art geschlossen, so gilt der Betrieb dessenungeachtet nur dann als Handelsgewerbe, wenn der Unternehmer von dem Recht seine Firma in das Handelsregister eintragen zu lassen, Gebrauch gemacht hat. Ist die Firma eingetragen worden, so darf sie nur unter Beobachtung des Gesetzes über das Handelsregister gelöscht werden.

4. Die Bestimmungen über die Kaufleute finden auch Anwendung auf:

- 1) offene Handelsgesellschaften und Kommanditgesellschaften;
- 2) Aktien- und Anteilsgesellschaften und
- 3) solche Genossenschaften sowie deren Verbände, welche Handel im Sinne dieser Bestimmungen betreiben.

Auf die Rechte und Pflichten einer Gesellschaft, der die Bestimmungen über Kaufleute die Eigenschaft eines Kaufmannes unabhängig von Art und Charakter des Unternehmens zuerkennen, finden die Bestimmungen des Art. 5, Absatz 1 keine Anwendung.

5. Die Bestimmungen über Firma, Handelsbücher und Prokura finden keine Anwendung auf Personen, deren Unternehmen den Umfang eines Kleingewerbes nicht übersteigt.

Eine offene Handelsgesellschaft oder eine Kommanditgesellschaft kann nicht durch eine Vereinbarung über den Betrieb eines Gewerbes begründet werden, auf welches die Bestimmungen dieses Art. Absatz 1 keine Anwendung finden.

Der Finanzminister erlässt im Benehmen mit dem Justizminister Bestimmungen, durch welche die Grenze des Kleingewerbes auf der Grundlage der dem Unternehmen auferlegten Steuern oder, falls solche nicht zu entrichten sind, anderer Merkmale näher festgesetzt wird.

6. Ist eine Firma im Handelsregister eingetragen, so kann nicht geltend gemacht werden, das Unternehmen sei kein Handelsunternehmen oder es sei ein Kleingewerbe.

7. Durch die Bestimmungen des öffentlichen Rechts, welche den Betrieb eines Gewerbes verbieten oder von gewissen Voraussetzungen abhängig machen, wird die Anwendung dieser Bestimmungen nicht berührt.

Vorstehende Bestimmungen treten gleichzeitig mit dem Gesetz über das Handelsregister in Kraft.

Riga, den 12. Oktober 1933.

Der Ministerpräsident: A. Blodniek.

Der Finanzminister: J. Annus.

\* \* \*

Im nächsten Heft der Zeitschrift soll der Text der in die Saeima eingebrachten Gesetzentwürfe über Prokura und Handelsvollmachten, Handelsbücher und Handelsregister gebracht werden. Die Redaktion.

## **Die Gesetzgebung Lettlands im III. Quartal 1933**

Von Rechtsanwalt W. Mueller.

### **I.**

In völkerrechtlicher Hinsicht kann in der Berichtsperiode lediglich ein Zusatzprotokoll zu der Konvention mit Litauen über die Liquidierung und Korroboration der durch die gemeinsamen Staatsgrenzen geteilten Immobilien genannt werden (Gbl. 187), durch welches der Termin für die Durchführung dieser Angelegenheiten um ein Jahr, d. i. bis zum 16. Mai 1934 verlängert wurde.

### **II.**

Auf staatsrechtlichem Gebiet ruhte die gesetzgeberische Tätigkeit vollends, relativ wenig wurde auch auf dem Gebiet des Verwaltungs-

rechts geleistet. Hier wären an erster Stelle die recht umfangreichen Abänderungen (Gbl. 197) des Wehrpflichtgesetzes zu nennen (dieses Gesetz erfährt nunmehr seit 1926 in jedem Jahr mehr oder weniger umfangreiche Änderungen). Ohne die Möglichkeit zu haben alle soeben vollzogenen Änderungen vollständig aufzuzählen, greifen wir die uns am wesentlichsten erscheinenden heraus. Der Aufschub der Leistung der Wehrpflicht zur Beendigung der Bildung wird nur für die Zöglinge von Mittel-, Fach- und Seemannsschulen beibehalten, und zwar bis zum vollendeten 22. Lebensjahr, für sämtliche übrige Lehranstalten, also auch für Hochschulen aufgehoben (Art. 35). Vor Inkrafttreten des Gesetzes bewilligter Aufschub wird indessen durch die neuen Bestimmungen nicht berührt; Studenten der lettländischen Hochschule, welche in dieselbe vor Inkrafttreten der Novelle eingetreten sind, können einen Aufschub bis zum vollendeten 25. Lebensjahr erhalten, falls die Beendigung ihres Studiums bis zu dieser Frist möglich erscheint. Alle übrigen Hochschüler haben von nun an zwecks Ableistung der Wehrpflicht ihr Studium zu unterbrechen. Die Erteilung des Aufschubs erfolgt nach der Novelle durch den Kreismilitärchef und nicht mehr durch die Kreis-Wehrpflichtskommission, wie ehemals (Art. 36). Überhaupt werden die Kompetenzen des ersteren auf Kosten der Befugnisse der Kommission erweitert, und ihm allein die Prüfung der Einberufungslisten, die Benachrichtigung der Einzuberufenden, die Überprüfung der Beziehung der Einzuberufenden zur Wehrpflicht übertragen (s. Art. 44 und 44<sup>1</sup>). Dem Kreismilitärchef liegt auch die Haftbarmachung für Entziehung von der Wehrpflicht ob. Dabei wird festgesetzt, dass Personen, welche zur Leistung der Wehrpflicht gesetzwidrig nicht erscheinen, von der Polizei unverzüglich verhaftet und bis zum Tage der medizinischen Besichtigung durch die Wehrpflichtskommission in Haft behalten werden können (Art. 44<sup>1</sup>, Pkt. 9). Verschiedene Erleichterungen werden für die Absolventen von Lehranstalten vorgesehen, welche die Wehrpflicht auch ausserhalb der gesetzlichen, allgemeinen Frist antreten können (Art. 13, Art. 16, Anm. 2).

Vereinfacht werden verschiedene Formalitäten bei der Abfassung der Einberufungslisten (Art. 57—59); die Einzuberufenden haben nunmehr selbst die Richtigkeit der betreffenden Angaben zu bestätigen, infolgedessen kommen die früher vorgesehenen Beschwerden gegen die Aufnahme in diese Listen in Fortfall.

Die übrigen Neuerungen stehen vielfach mit erfolgten Veränderungen in der Organisation des Beamten- bzw. Verwaltungsapparates in Verbindung, sind nicht wesentlicher Natur und können übergangen werden.

Das Gesetz über Vereine, Verbände und politische Organisationen (Gbl. 87/1923) erhielt drei neue Artikel (Gbl. 216), durch welche den genannten Organisationen wesentliche Beschränkungen auferlegt wurden. Sämtlichen ihnen wurde die Bildung von Schutzsektionen untersagt, den politischen Parteien aber auch die Bildung von Sektionen für



Sport und Körpererziehung. Bestehende Sektionen dieser Art sind zu schliessen (Art. 1<sup>1</sup>). (In erster Linie wurde hiervon die bei der sozialdemokratischen Partei bestehende bekannte «SSS» — «strādnīku sports un sargs» — betroffen). — Ferner wird den Mitgliedern sämtlicher unter dieses Gesetz fallender Organisationen das Tragen von Vereinsuniformen und -abzeichen, sowie der Gebrauch von Vereinsfahnen nur mit Erlaubnis der Innen-, Kriegs- und Bildungsminister gestattet, und alle bisher erteilten Erlaubnisse, mit Ausnahme der auf Fahnen und an der Brust zu tragenden Abzeichen bezüglichen, annulliert (Art. 5<sup>1</sup>). — Für Übertretungen des Gesetzes wird strafrechtliche Verantwortung (also laut Art. 157 des neuen Strafgesetzbuches) vorgesehen.

Völlig neureligiert (Gbl. 211) wurde der Abschnitt II des Ärztesgesetzes (russ. Ges. Sammlung Bd. XIII), welcher vom Lebensmittelverkehr handelt. Die neuen Bestimmungen enthalten in der Hauptsache Vorschriften hygienischer Art und behandeln den Verkauf, die Zubereitung, Bearbeitung und Aufbewahrung von Lebensmitteln (Art. 668—672), enthalten aber auch Regeln, welche sich gegen unlauteren Wettbewerb richten, und Irreführungen bei Bezeichnungen von Naturprodukten vermeiden sollen (Art. 661 ff).

Eine Abänderung (Gbl. 201) zum Gesetz zur Bekämpfung der Trunksucht schaffte Erleichterungen für den Ausschank in Vereinen und Klubs, welchen die für die Restaurationen I. Kategorie bestehenden Privilegien zugebilligt wurden.

Im Gesetz über die Veräusserung von Immobilien (Gbl. 129/1928) wurde der Eigentumsübergang von in der Grenzzone befindlichen Immobilien mit einigen Ausnahmen von der Genehmigung des Justizministers abhängig gemacht (Gbl. 204).

### III.

Auf dem Gebiete des Kommunalrechts wären die Abänderungen des Städtegesetzes (Gbl. 183/1930) zu nennen (Gbl. 186). Sie betreffen in der Hauptsache das Quorum der Stadtverordnetenversammlungen. Es beträgt nunmehr: bei Stadtverordnetenversammlungen mit 60 und mehr Stadtverordneten — ein Drittel, sonst — wie bisher überall — die Hälfte (Art. 18). Das Quorum für die zweite Stadtverordnetenversammlung, welche anstelle einer nicht zustandekommenen einzuberufen ist, wird von  $\frac{1}{3}$  auf  $\frac{1}{4}$  herabgesetzt (Art. 19).

Die Leitung der Stadtverordnetenversammlung erfolgt, falls weder der Vorsteher noch sein Gehilfe erscheint, durch das Stadthaupt (Art. 15, Anm. 1). Das Stadtmag wird zur Erteilung von Vollmachten für Gerichtssachen ohne Beschluss der Stadtverordnetenversammlung expressis verbis berechtigt (Art. 52, Pkt. 12).

Der Flecken Gostini im Dünaburgschen Kreise wurde mit Stadtrechten bedacht (Gbl. 185).

#### IV.

Auf dem Gebiete des Wirtschaftsrechts ist vor allem das staatliche Budget für das Wirtschaftsjahr 1933/34 zu nennen (Gbl. 184), welches indessen, wie schon seit mehreren Jahren, nur im Regierungsanzeiger veröffentlicht wird.

Für staatliche und kommunale Steuern und Abgaben verschiedenster Art, welche im Gesetz (Gbl. 173) namentlich aufgezählt werden, wurde die im Nichtzahlungsfall zu erhebende Pön, welche normalerweise 1% monatlich betrug, auf  $\frac{2}{3}\%$  im Monat ermässigt; dieser ermässigte Satz bezieht sich auf alle Zahlungen, welche nach dem 15. Juli 1933 erfolgten, also auch auf vorher fällige Zahlungen (Art. 2).

Gestrichen wurden alle vom Steuerdepartement zu erhebenden Zahlungen zugunsten von Staat und Kommunen, welche Ls 2.— nicht übersteigen (Gbl. 170).

Für die Begleichung juristisch bis zum 1. Januar 1933 begründeter, auf Grund verschiedener namentlich aufgezählter Gesetze basierender Staatsschulden (u. a. auch der Krankenkassenschulden) wurde der Regierung aus dem staatlichen Reservefond ein entsprechender Betrag bewilligt (Gbl. 172).

Abänderungen erfuhren ferner: das Gesetz über die Prämienanleihe von 1931 (Gbl. 196), laut welchem die Auslosung der Prämien von nun an viermal jährlich erfolgt, sowie das Gesetz über den Verkauf von Waldmaterialien (Gbl. 195), in welchem verschiedene im Jahre 1932 den Käufern temporär gewährte Erleichterungen auch weiterhin — bis zum 31. Dezember 1935 beibehalten werden.

\*

Im Steuergesetz wurden durch Abänderung des Art. 165 von der Handels- und Gewerbesteuer befreit: durch die Börsenkomitees zugunsten von Staat bzw. Kommune vorgenommene Baggerarbeiten, sowie kommunale Sparkassen (Gbl. 178). Zugleich damit wurden auch die Bestimmungen über die Beitreibung von Steuern und Abgaben (Beilage I. Art. 1) abgeändert. Falls die Beitreibung gegen ein Immobil gerichtet wird, erfolgt sie nicht durch die Steuereinnahmer oder die Polizei, sondern wird dem zuständigen Gerichtsvollzieher übertragen.

Durch zweimalige Abänderung des Zollltarifs (Gbl. 175/176) wurden verschiedene Sätze (u. a. für Nafta und Naftaprodukte) abgeändert.

\*

Wie für staatliche Steuern und Abgaben, wurde auch für die Privatwirtschaft bei eingetretenem Verzug in der Entrichtung von Zins- und Kapitaltilgungszahlungen die Höhe der hierfür zu leistenden Pön normiert, und zwar ebenfalls auf  $\frac{2}{3}\%$  monatlich, unter Aufrundung der Monate und Lats (Gbl. 171, Ergänzung zum Gesetz über die Zinsnorm). Wird eine solche Pön erhoben, so können nebenher nicht Zinsen berechnet werden.

In Ergänzung der Bestimmungen über den Warenimport verfügte eine Notverordnung (Gbl. 200), dass dieselben sich nicht auf Fälle von Havarie beziehen. — Die übrigen Bestimmungen dieser Notverordnung über den Warenaustausch sind später vom Landtage zum grössten Teil wieder aufgehoben worden.

In dem 1932 erlassenen Gesetz über den Fond zur Förderung der Fischzucht wurde der Passus gestrichen, laut welchem Heringsimporteure für diesen Fond eine 5% Abgabe zu zahlen hatten (Gbl. 179).

Im Gesetz über die Beimischung von Spiritus zu Brennstoffen wurde das Verhältnis, in welchem der Spiritus den Brennstoffen beizumischen ist, abgeändert und beträgt nunmehr: in der Zeit vom 1. Mai bis zum 30. September 1:1, sonst 1:2 (Gbl. 174).

Im Zusammenhang damit wird der Preis für den beizumischenden Spiritus nicht mehr in Abhängigkeit von den Selbstkosten desselben gestellt (und tatsächlich auch ermässigt). Der Gebrauch von Brennstoffen, welche sich mit Spiritus nicht mischen, wird untersagt.

Neuediert wurde das Gesetz über Versicherungsangelegenheiten (Gbl. 180), welche die in diesem Jahre erlassene Notverordnung (Gbl. 46) ersetzt. Im Wesentlichen stimmt es jedoch mit derselben überein, enthält als Neuerungen nur einige Zusätze: dieselben beziehen sich auf die Überwachung genossenschaftlicher Versicherungsgesellschaften, welche in der im Gesetz über die Kooperativgenossenschaften angegebenen Weise zu erfolgen hat, während kommunale Versicherungsgesellschaften hinsichtlich ihrer Geschäftsführung vom Innenministerium überwacht werden (Art. 1). Die gegenseitigen Versicherungsgesellschaften der Gemeinden werden von der sonst obligatorischen Verpflichtung zur Rückversicherung beim Finanzministerium befreit (Art. 4). Zu dem Verbot der Tätigkeit ausländischer Versicherungsgesellschaften wird hinzugefügt, dass bei Feuerversicherung auch die Ausreichung von Zertifikaten bzw. diese ersetzender Dokumente ausländischer Gesellschaften unstatthaft ist (Art. 5).

Im Kreditgesetz (russ. Ges. Samml. Bd. XI, T. II) erhielt die 1. Anm. zu Art. 118 einen Zusatz (Gbl. 194), durch welchen der Finanzminister berechtigt wird, bei Verlusten einer Kreditanstalt, welche ihre Liquidation herbeiführen müsste, die Einzahlung des fehlenden Kapitalanteils einer Kreditgesellschaft im Laufe vom 6 Monaten nach Beschluss der Generalversammlung zu gestatten.

Vollständig ruhte die Gesetzgebung in sozialpolitischer Hinsicht, wie auch auf dem Gebiet des eigentlichen Agrarrechts.

In agrarpolitischer Hinsicht wäre nur eine Abänderung des Gesetzes zur Förderung der Buttererzeugung (Gbl. 177), durch welches die den Exporteuren garantierten Preise um ca. 10% herabgesetzt wurden. Von den zu zahlenden Exportprämien können verschiedene Steuerrückstände und fällige Zahlungen an die staatliche Hypothekenbank und die Bank von Lettland einbehalten werden, wobei jedoch ein gewisser Satz — Ls. —.80 pro Kilo Butter — jedenfalls in bar zu erfolgen hat.



Zu diesem Gesetz wurde dann auch die in demselben vorgesehene Instruktion erlassen (Gbl. 207).

Im Jagdgesetz wurden die Schonzeiten für Rehböcke (1. Januar bis 20. Juli) und Rebhühner (1. Juni bis 15. August und 1. Februar bis 20. April) verkürzt (Gbl. 191).

## V.

Im neuen Strafgesetzbuch wurden einige Tatbestände einer Revision unterzogen (Gbl. 192): Zeugnisverweigerung wird auch im polizeilichen Ermittlungsverfahren strafbar (Art. 198); dem Verkauf von giftigen Stoffen wurde die Weitergabe derselben gleichgestellt (Art. 227). Die Tatbestände der in Art. 204 und 205 vorgesehenen Wehrpflichtdelikte wurden den neuen Bestimmungen des Wehrpflichtgesetzes angepasst. Die in Artikel 464 für Nichterfüllung der gesetzlichen Vorschriften bei Hilfeleistung an Kranke seitens der Ärzte, Feldscher usw. vorgesehene Gefängnisstrafe wurde in Arrest bzw. Geldstrafe umgewandelt. Bei Behandlung der Hehlerei wurden den in Art. 570 genannten «unwichtigen» Fällen diejenigen gleichgestellt, bei denen die Sache durch eine Übertretung erworben wurde.

Auch das Kriegsstrafgesetzbuch erfuhr einige Abänderungen (Gbl. 193), welche zumeist mit der Einführung des neuen Zivilstrafgesetzbuches im Zusammenhang standen, wie etwa die neuen Fassungen des Art. 10 betreffend Rechtsverlust bei Todesstrafe, der Art. 31, 32 und 33 über die Strafmündigkeit und des Art. 38 über die Umwandlung der Militär- in Zivilstrafen, welche durch den Fortfall der Festungshaft im Zivilstrafgesetzbuch bedingt wurde. — Bezüglich der nach dem Kriegsstrafgesetzbuch zu verhängenden Festungshaft wird bestimmt, dass die Minstdauer derselben 6 Monate, die Meistdauer 6 Jahre beträgt, (Art. 12), bei Zusammenziehung verschiedener Strafen aber bis zu 8 Jahren verhängt werden kann (Art. 47), nach Jahren und Monaten zu berechnen (Art. 16) und für Offiziere nicht mehr mit der Entlassung aus dem Heeresdienst verbunden ist (Art. 20). Wichtig ist die Bestimmung des neuen Art. 27<sup>1</sup>, laut welchem bei Militärvergehen Art. 49, Abs. 5 des Strafgesetzbuches von 1933 für nicht im Heeresdienst stehende Personen keine Anwendung findet, laut welchem im allgemeinen (im Gegensatz zu den früheren Vorschriften) besondere Beziehungen und Umstände, welche die Strafbarkeit begründen, die Haftbarkeit des Teilnehmers, bei welchem diese Beziehungen resp. Umstände nicht vorliegen, nicht ausschliesst. Demnach könnten also auch nicht im Heeresdienst stehende Personen für Teilnahme an rein militärischen Vergehen haftbar gemacht werden. Art. 27<sup>1</sup> des Kriegsstrafgesetzbuches schliesst diese Möglichkeit aus.

Ebenfalls im Zusammenhang mit dem Inkrafttreten des neuen Strafgesetzbuches war die Neufassung (Gbl. 183) des Gesetzes über die verstärkte Bekämpfung einiger Verbrechen, laut welchem der Innenminister im Einvernehmen mit den Justiz- und Kriegsministern berechtigt

ist die Aburteilung gewisser Verbrechen dem Kriegsgericht zu übergeben; in diesem Gesetz wurden die Tatbestände und Artikel des Strafgesetzbuches von 1903 durch die des neuen Strafgesetzbuches ersetzt, ausserdem aber auch einige neue, auf Hoch- und Landesverrat bezügliche Tatbestände hineingenommen.

Von grosser Wichtigkeit war die Zivilprozessnovelle vom 12. Juli 1933 (Gbl. 182) über das Meistbot von Immobilien, welches einer radikalen Reform unterzogen wurde. In erster Linie bezog sich dieselbe auf die für das Meistbot vorzunehmende Bewertung des zur Versteigerung gelangenden Immobils; die ehemals geltenden Vorschriften darf ich wohl als bekannt voraussetzen, ebenso die Tatsache, dass bei dem früheren Bewertungsmodus dem Schuldner die Möglichkeit gegeben wurde das Meistbot auf Jahre hinaus zu verschieben. Die neuen Bestimmungen setzen dem ein Ziel: für die Bewertung eines Immobils zum Meistbot ist die letzte von den Steuerbehörden vorgenommene Taxation massgebend, welche der Gerichtsvollzieher nach Ausreichung der ersten Benachrichtigung an den Schuldner unverzüglich anzufordern hat (Art. 1262). Dieselbe ist allein ausschlaggebend, falls nicht seit der Bewertung durch die Steuerbehörden im Immobil solche Veränderungen vor sich gegangen sind (Neubauten usw.), welche auf die Bewertung des Immobils von Einfluss sein könnten. In solchem Falle ist der Schuldner berechtigt eine neue Bewertung des Immobils durch das Stadt- bzw. Gemeindeamt zu verlangen, was er dem Gerichtsvollzieher binnen 2 Wochen, gerechnet vom Tage der Ausreichung der ersten Benachrichtigung, unter Beibringung eines Attestens des Stadt- bzw. Gemeindeamtes anzuzeigen hat (Art. 1263, 1264, 1265). Die Neubewertung, welche in der im Steuergesetz angegebenen Weise zu erfolgen hat und durch eine Sachverständigenkommission vorzunehmen ist, hat in Städten im Laufe von 2 Wochen, auf dem Lande aber im Laufe von 3 Wochen zu erfolgen (Art. 1266). Die Bewertung, zu welcher alle an der Beitreibung interessierten Personen zu laden sind (Art. 1267), kann von denselben im Laufe von 2 Wochen und unter Einzahlung von Ls 100.— in das Depot des Gerichts angefochten werden (Art. 1268), wonach eine neue Bewertung durch den Steuerinspektor erfolgt (Art. 1269 und 1270). Diese neue Bewertung, welche für Rechnung des Antragstellers erfolgt, ist inappellabel.

Im Zusammenhang hiermit und anderen nachstehend genannten Änderungen erfuhren auch die Bestimmungen über den Inhalt der Bekanntmachung (Art. 1288) entsprechende Abänderungen. — Bekanntmachungen sind nunmehr in jedem Falle auch im Regierungsanzeiger zu veröffentlichen (Art. 1290), was früher bei Immobilien im Wert unter Ls 500.— nicht der Fall war) und sowohl bei der örtlichen Polizeibehörde (Art. 1290), als auch bei der Gemeindeverwaltung auszuhängen (bei der Stadtverwaltung nur dann, falls der Gerichtsvollzieher nicht in der betreffenden Stadt lebt (Art. 1289). Die Versteigerungsakte hat der Gerichtsvollzieher 2 Wochen vor dem Meistbot in das Bezirksgericht zu schaffen. Die in

Art. 1239 vorgesehene Bekanntmachung über den Beginn der Beitreibung hat auch an alle Miteigentümer des Schuldners zu erfolgen.

Auch für die Abhaltung, insbesondere aber für die Folgen des Meistbots werden wesentliche Neuerungen geschaffen. Das Meistbot wird auch dann abgehalten, falls nur ein Käufer erscheint (ob er den Taxwert überbietet, ist nicht mehr wesentlich), jedoch hat der Gerichtsvollzieher, wie im Falle, wenn überhaupt niemand erscheint, mit der Abhaltung des Meistbots bis 12 Uhr (nicht mehr bis 2 Uhr) zu warten. Binnen 7 Tagen nach dem Meistbot hat der Gerichtsvollzieher seine Akte dem Gericht vorzustellen. Der Beschluss des Bezirksgerichts über die Folgen des Meistbots ist dem Schuldner, den eventuellen Miteigentümern am Immobil, den Gläubigern und den Teilnehmern am Meistbot, falls sie eine Gerichtsadresse aufgeben, zuzustellen (Art. 1315).

Kommt das Meistbot nicht zustande, so sind jetzt nicht nur die Gläubiger, sondern auch die beim Meistbot überbotenen Teilnehmer, wie auch die eventuellen Miteigentümer des Schuldners berechtigt, im Laufe von 2 Wochen, nachdem das Meistbot für nicht zustande gekommen erklärt ist, dem Gericht anzuzeigen, dass sie das Immobil übernehmen wollen; dabei ist die Summe anzugeben, für welche das Immobil übernommen werden soll, welche nicht geringer sein darf als der Betrag, von welchem das Meistbot begann, und auch nicht geringer, als der Betrag den der Übernehmer eventuell beim Meistbot geboten hat (Art. 1316).

Falls mehrere Personen das Immobil zu übernehmen wünschen, ist derjenigen der Vorzug zu geben, welche den höheren Betrag angegeben hat. Nach Ablauf der genannten Frist kann jedoch, falls sich mehrere Prätendenten eingefunden haben, jeder derselben binnen 7 Tagen die von ihm gebotene Summe erhöhen; in solchem Falle kommt es unter ihnen zu einem vom referierenden Richter vorzunehmenden mündlichen Meistbot. Dieselbe Ordnung der Zusprechung des Immobils gilt auch für das zweite Meistbot (Art. 1320).

Falls der Erwerber des Immobils oder derjenige, welchem das Immobil zugesprochen wurde, die von ihm zu entrichtenden Beträge nicht binnen Monatsfrist erlegt, so wird die von den betreffenden Personen zu zahlende bzw. beizutreibende Kautio der Summe zugezählt, welche für das Immobil erzieht wird und in gleicher Weise, wie diese verteilt (Art. 1321). Die ehemals für Lettgallen abweichenden Regeln sind dabei fallen gelassen worden.

Ein zweites Meistbot wird nur auf Antrag eines Gläubigers oder des Schuldners vorgenommen (Art. 1316, Abs. IV). Es beginnt in jedem Falle mit einer Summe, welche 75% der für das erste Meistbot massgebenden Bewertung ausmacht; die frühere Beschränkung, dass die Anfangssumme nicht niedriger sein darf, als die Gesamtsumme derjenigen Forderungen, welche vor den gegen das Immobil gerichteten Beitreibungen hinsichtlich der Befriedigung Vorrechte geniessen, ist für das zweite Meistbot fallen gelassen und nur für das erste beibehalten



worden, wodurch verhindert wird, dass stark belastete Immobilien überhaupt nicht zum Meistbot gelangen können, wie das früher oft der Fall war. Kommt auch das zweite Meistbot nicht zustande, so ist nach wie vor die Beitreibung einzustellen; falls jedoch ein Gläubiger vor dem Gerichtsbeschluss über die Einstellung des Verfahrens beim Gericht ein nochmaliges Meistbot beantragt, hat ein drittes Meistbot stattzufinden (Art. 1320); dasselbe kann schon nach einem Monat, gerechnet vom Tage der Publikation, vorgenommen werden und beginnt mit einer Anfangssumme von 50% der für das erste Meistbot massgebenden Bewertung (Art. 1326, Abs. II). Kommt auch dieses dritte Meistbot nicht zustande, so ist die Beitreibung unwiderruflich einzustellen.

Beschwerden über Mängel der Publikation sind nunmehr binnen 2 Wochen nach derselben anzubringen (Art. 1340), und nicht mehr 2 Wochen vor dem Meistbot, wie bisher. Diese Beschwerden, wie auch solche hinsichtlich der Bewertung und Inventur des Immobils, hemmen nicht mehr den weiteren Verlauf der Beitreibung, sofern kein diesbezüglicher Gerichtsbeschluss erfolgt (Art. 1341).

Die durch das Gesetz vom 15. Dezember 1931 für landische Immobilien festgesetzten dreifachen Vorzugsfristen (Art. 1237, Anm., Art. 1285, Anm.) werden nur für das erste Meistbot beibehalten, für die übrigen aber fallengelassen.

Wesentlich vereinfacht wurden die Bestimmungen über die Inventur der Immobilien durch den Gerichtsvollzieher, wobei die obligatorische Angabe vieler Daten, welche unter heutigen Verhältnissen niemand mehr interessieren, fallen gelassen wurde (Art. 1249—1254).

Die Möglichkeit der Ingrossierung von Gerichtshypotheken wird auch auf Lettgallen bezogen (Art. 1238).

Fallen gelassen wurden die Bestimmungen der Art. 1327—1331 über das Meistbot verpfändeter Immobilien, welche in praxi schon lange bedeutungslos geworden waren.

Ein neuer Zusatz zu Art. 1360 bestimmt, dass bei der gerichtlichen Verteilung des Erlöses aus dem meistbietlichen Verkauf sowohl von Immobilien, als auch Mobilien, diejenigen Personen, welche keinen Einspruch gegen das Verteilungsprojekt erhoben haben, des Rechts verlustig gehen, gegen die Verfügung des Gerichts über die Bestätigung dieses Projekts Beschwerde zu erheben.

Die für das Meistbot von Immobilien in dieser Novelle enthaltenen Übergangsbestimmungen (D), nach welchen in der Regel die neuen Normen anzuwenden sind, können hier wohl übergangen werden, da sie nur temporäre Bedeutung hatten und jetzt — 6 Monate nach Inkrafttreten des Gesetzes — diese Bedeutung fast in allen Fällen verloren haben dürften.

\*

Die in diesem Gesetz enthaltene — vielleicht wesentlichste Neuerung — die durch Abänderung der Art. 3957 und 3968 getroffene Be-

stimmung, dass auch in Westlettland bei einer Beitreibung gegen den Eigentümer eines ideellen Anteils am Immobil nur dieser Anteil und nicht mehr das ganze Immobil zum Meistbot gelangt — hat schon im vorigen Heft dieser Zeitschrift durch den Aufsatz von Rechtsanwalt Stegman eine eingehende Würdigung erfahren.

\*

Der Termin für das Inkrafttreten der am 21. Juni 1933 (Gbl. 152) erlassenen Abänderungen des Gesetzes über die Gemeindegerichte wurde vom 1. Oktober 1933 auf den ersten Januar 1934 verschoben. (Gbl. 181).

\*

Im Handelsrecht wurden neue Bestimmungen über in lettländischen territorialen Gewässern gesunkene Schiffe und anderes Gut erlassen (Gbl. 214), unter Aufhebung der Vorschriften der Art. 543—557 des russischen Handelsustaws. In lettländischen territorialen Gewässern gesunkene Schiffe, deren Ladung oder auch anderes Gut, befindet sich unter dem Schutz (aizsardzība) des Staats (Art. 1). Der Eigentümer des gesunkenen Gutes hat sich binnen Jahresfrist nach der Versenkung beim Seedepartement zu melden und den Termin anzugeben, bis zu welchem er die Hebung vorzunehmen sich verpflichtet. Meldet sich in der vorgesehenen Frist kein Eigentümer oder nimmt er die Hebung zu dem ihm vom Seedepartement gestellten Termin nicht vor, so gehen die betreffenden Objekte in das Eigentum des Staates über (Art. 11). Dieses wären die Grundregeln der neuen Bestimmungen; ausserdem enthält die Novelle aber noch Regeln für die Fälle, in welchen durch ein versunkenes Schiff oder demähnl. die Schifffahrt behindert wird, und in welchen ein beschleunigtes Verfahren Platz greift (Art. 3); das Seedepartement ist in diesen Fällen berechtigt von sich aus dem Eigentümer eine den Verhältnissen angepasste Frist zur Hebung zu stellen (Art. 3), bei deren Nichteinhaltung das Schiff bzw. Gut dem Staat verfällt und vom Seedepartement gehoben bzw. zerstört wird (Art. 3, 4). Ist die Schifffahrt direkt gefährdet, so können die betreffenden Massnahmen vom Seedepartement sofort vorgenommen werden (Art. 5).

\*

Im Gesetz über die Arbeitszeit erhielt Art. 19 eine Ergänzung, laut welcher von der Wirkung dieses Gesetzes auch Angestellte genossenschaftlicher Organisationen für Buttererzeugung, sowie landischer Kooperativgenossenschaften ausgenommen wurden (Gbl. 218).

# Rechtsprechung.

## Lettland.

1. Non bis in idem in Disziplinarsachen.
2. Schulfeste in Minderheitenschulen (Feier des 22. Mai in deutschen Schulen).
3. Straflosigkeit von Handlungen, welche in Erfüllung einer rechtsgültigen dienstlichen Verfügung vorgenommen.

Nach Anhörung des Gutachtens des Gehilfen des Oberprokureurs befand der Senat:

Der Bildungsminister hat durch die Verfügung Nr. 66 vom 2. Juni 1933 den Direktor des Rigaer deutschen klassischen Staatsgymnasiums Woldemar Wulffius seines Direktorenamtes enthoben und ihn von den Pflichten eines Lehrers an diesem Gymnasium befreit, ab 11. Juni 1933, wegen seiner pädagogisch und administrativ unzulässigen Handlungsweise bei der Erziehung der Schüler und Leitung des Gymnasiums, im Zusammenhange mit der Anwendung von Radioübertragungen in der Schule, bei eigenmächtigem Unterbrechen der ordentlichen Arbeiten und ohne Vermerk darüber in den Tagebüchern der Schule, sowie wegen eigenmächtiger Einführung eines im Gesetz nicht vorgesehenen Feiertages in der Schule, im Zusammenhang mit der Feier des 22. Mai und der Unterbrechung des Unterrichts im Gymnasium. In der dem Senat eingereichten Klage, beantragt der Kläger die angeführte Verfügung des Bildungsministers aufzuheben, wobei er u. a. darauf hinweist, dass er für die erste Handlung bereits durch eine Rüge bestraft worden sei, die ihm vom Chef des deutschen Bildungswesens erteilt worden sei, auf Grund des Art. 52 des Gesetzes über den Zivildienst, weswegen ihn der Bildungsminister nicht zum zweiten mal für dieselbe Handlung bestrafen könne, die Feier des 22. Mai hätte jedoch mit Genehmigung der Verwaltung des deutschen Bildungswesens des Bildungsministeriums und mit Wissen des Bildungsministers stattgefunden, weshalb er, der Kläger, nicht der eigenmächtigen Einführung eines Feiertages beschuldigt werden könne.

Bei Entscheidung dieser Sache ist folgendes in Betracht zu ziehen. Wie aus dem Inhalt der beklagten Verfügung zu ersehen ist, hat der Bildungsminister den Kläger für 2 Handlungen bestraft: wegen der Anwendung von Radioübertragungen in der Schule, was, wie aus der Sache ersehen ist, am 21. März 1933 geschehen ist, und wegen eigenmächtiger Einführung der Feier des 22. Mai. Aus der Sache ist zu ersehen, dass der Kläger für die erste Handlung bereits eine Rüge von seinem direkten Vorgesetzten, dem Chef des Deutschen Bildungswesens erhalten hat, welcher bei Verhängung dieser Strafe im Rahmen seiner Zuständigkeit gehandelt hat und im Einklang mit dem Art. 133 des Zivildienstgesetzes, weswegen der Bildungsminister, dadurch, dass



er den Kläger für dieselbe Handlung nochmals bestraft hat, das Rechtsgrundprinzip übertreten hat, dass man niemand wegen derselben Sache von neuem richten darf (Krim. Proz. Art. 26). Betreffend die zweite Handlung ist in Betracht zu ziehen, dass die Verwaltung des Deutschen Bildungswesens des Bildungsministeriums alle Kultur- und Bildungsfragen des deutschen Volkstums überwacht und für die Bildung und die Schulen ihres Volkstums Sorge trägt (Verfassung des Bildungsministeriums Art. 22 u. 23). Wieviel Unterrichtstage im Jahre sein müssen und welche Tage obligatorisch in Schulen gefeiert werden müssen, setzt das Gesetz über die Unterrichts- und Feiertage in den Schulen fest (Gbl. Nr. 216/1921). Das Gesetz sieht als obligatorisch alle die Tage an, die von den Staats- und Selbstverwaltungsinstitutionen gefeiert werden und zählt diejenigen Tage auf, die in Schulen mit einer Mehrheit von Kindern einer bestimmten Konfession zu feiern sind, erlaubt jedoch auch andere Tage zu feiern, wenn diese in der örtlichen Gesellschaft zu feiern sind und wenn deren Feier von der Elternverwaltung beschlossen wird, bei Anwesenheit von wenigsten  $\frac{1}{3}$  der Eltern, wenn die in diesem Gesetz bestimmte Mindestzahl der Unterrichtstage im Jahre dadurch nicht verringert wird und wenn die örtliche Schulverwaltung die Feier solcher Tage nicht verboten hat (Art. 5 des angeführten Gesetzes nebst Anm.). Im konkreten Fall ist aus der Sache zu ersehen, dass die Deutsche Schulverwaltung des Bildungsministeriums gestattet hat, am 22. Mai 1933 in den deutschen Schulen keinen Unterricht abzuhalten, anstatt dessen jedoch Aktusfeiern abzuhalten, zur Erinnerung an die Befreiung Rigas am 22. Mai 1919 von den Bolschewiken. Nach der Erklärung der Verwaltung des Deutschen Bildungswesens vom 31. Mai 1933 an den Bildungsminister findet die Feier des angeführten Tages in den deutschen Schulen seit 1920 mit Erlaubnis der Verwaltung und mit Wissen des Bildungsministers statt, wobei im Jahre 1929, im Zusammenhang mit dem Ablauf von 10 Jahren seit der Befreiung Rigas, dieser Tag in allen deutschen Schulen Lettlands auf Grund einer schriftlichen Verfügung der Verwaltung des deutschen Bildungswesens gefeiert worden ist, worüber speziell dem Bildungsminister berichtet wurde.

Aus der Sache ist wohl nicht zu ersehen, ob die Elternversammlung die Feier dieses Tages beschlossen hat, jedoch ist auch nicht zu ersehen, dass irgend jemand von den Eltern deutscher Schüler Einwendungen erhoben hätte, oder dass die örtliche Schulverwaltung die Feier dieses Tages verboten hätte. Es ist auch nicht festgestellt worden, dass die im Gesetz festgesetzte Mindestzahl von Unterrichtstagen im Jahr durch die Feier dieses Tages verringert worden wäre. Diese Umstände und die Tatsache, dass die Deutsche Schulverwaltung, die nach dem Gesetz alle Kultur- und Bildungsfragen des deutschen Volkstums überwacht, die Feier dieses Tages in den deutschen Schulen gestattet hat, begründen die Schlussfolgerung, dass die im Art. 5 des angeführten Gesetzes und in der Anmerkung zu ihm vorgesehenen Bedingungen

nicht verletzt worden sind. Nach dem Sachverhalt, dass die Feier des angeführten Tages in den vorherigen Jahren mit Erlaubnis der Verwaltung des Deutschen Bildungswesens, als der in dieser Frage kompetenten Behörde, und mit Wissen des Bildungsministers stattgefunden hat, dass der Bildungsminister in der ununterbrochen im Laufe von 10 Jahre veranstalteten Feier dieses Tages nichts Gesetzesverletzendes festgestellt und die weitere Feier dieses Tages nicht verboten hatte, und in Anbetracht dessen, dass das Gesetz über die Unterrichts- und Feiertage in Schulen mit Erlaubnis der kompetenten Behörde auch die Feier anderer Tage ausser den im Gesetz direkt genannten zulässt, und dass nach dem allgemeinen Rechtsprinzip, das im Art. 44 des Strafgesetzbuchs von 1903 und in Art. 42 des gegenwärtig in Kraft befindlichen Strafgesetzbuchs angeführt ist, und das auch in Disziplinarsachen (Disziplinargesetz Art. 7) anzuwenden ist, eine Handlung nicht als strafbar zu betrachten ist, die in Erfüllung einer dienstlichen Verfügung vorgenommen worden ist, die die entsprechende Gewalt in den Grenzen ihrer Zuständigkeit und im Einklang mit den geltenden Bestimmungen erteilt hat, sofern die Verfügung nichts augenscheinlich Strafbares vorschreibt, — ist in der dem Direktor des Klassischen Gymnasiums inkriminierten Handlungsweise keinerlei Gewaltüberschreitung festzustellen, weswegen keine gesetzliche Grundlage für die ihm auf dem Disziplinarwege auferlegte Strafe vorhanden ist.

Aus den angeführten Gründen kann die beklagte Verfügung des Bildungsministers nicht in Kraft bleiben, weswegen der Senat beschliesst: die beklagte Verfügung des Bildungsministers aufzuheben.

(Entsch. d. Admin. Dep. des Lettl. Senats vom 9. Oktober 1933 in Sachen Woldemar Wulffius, mitgeteilt von vereid. Rechtsanwalt H. Stegman).

## Literatur.

### **Likumi un Senāta prakse vekseļu, čeku un apdrošinājumu lietās.**

Sast. Kriev. zvēr. adv. M. Pereļšteins, Rīgas Apgabalt. loc. A. Valtera redakcijā.

1933. Izdevniecībā «Jurists». 172 Seiten.

Diese Sammlung zerfällt in drei Teile, die nach verschiedenem System behandelt sind. Der erste, dem Wechselgesetz vom 27. Mai 1902 nach der Ausgabe vom Jahre 1932 (was aber nicht angegeben ist) gewidmete Teil enthält, ausser dem Gesetzestext mit Quellenangaben unter den einzelnen Artikeln inklusive die Novelle vom 9. Dezember 1932,

nur noch Entscheidungen des Lettländischen und des Russischen Senats. Im zweiten, das Scheckgesetz behandelnden Teil, finden sich ausser Senatsentscheidungen noch zahlreiche Hinweise auf Prof. A. Loebers handelsrechtliches Handbuch. Hier vermisst man die Quellenzitate unter den Artikeln, so dass nicht ersichtlich ist, welche Bestimmungen dem Grundgesetz über Schecks vom 18. März 1931 (Gbl. 75) entstammen und welche durch die Novelle vom 16. Mai 1923 (Gbl. 57) hinzugekommen sind. Beim dritten Teil befremdet vor allem die Überschrift: «Likums par apdrošinājumu» (wörtlich: «Gesetz über Versicherung»), denn ein Gesetz dieses Namens, welches das gesamte Versicherungsrecht umfasst, gibt es in Lettland nicht. Es enthält denn auch dieser Teil der Sammlung nur einiges und dabei ziemlich heterogenes, das Versicherungswesen betreffende Material. Zunächst kommen die Art. 4359—4362 über den Versicherungsvertrag aus Lettlands Bürgerlichem Gesetzbuch mit Senatsentscheidungen und ausführlichen Kommentaren aus dem oben erwähnten Buche Prof. Loebers, der Ausgabe des Lettl. Bürgerlichen Gesetzbuches von Prof. W. Bukowski und der Verordnung des Finanzministers vom 30. Januar 1932 über Feuerversicherung. Dem folgen sachlich geordnete Thesen speziell aus der Praxis des russischen Senats betreffs: a) die verschiedenen Versicherungsarten und b) prozessualer Fragen des Versicherungsrechts. In der Beilage wird der Text der oben erwähnten Verordnung des Finanzministers in extenso gegeben und erst ganz zuletzt kommt das Gesetz vom 12. Juli 1933 (Gbl. 180) «über Versicherungssachen» (Likums apdrošināšanas lietās), welches in 6 Artikeln einige wenige Bestimmungen fiskalischen Charakters enthält. Die ganz allgemein gehaltene Überschrift dieses dritten Teiles der Sammlung berechtigt zu der Erwartung, hier auch den Abdruck des grossen sozialen Gesetzes über Unfallversicherung von Werktätigen und Versicherung gegen Berufskrankheiten vom 1. Juni 1927 (Gbl. 91) zu finden, umsomehr, als gerade dieses Gesetz, das in den 6 Jahren seit seiner Erlassung 4 Novellen erlebt hat, durch die 43 seiner Artikel geändert, ergänzt oder aufgehoben worden sind, einer Kodifikation dringend bedarf, welche die Schwierigkeiten seiner Anwendung beheben würde. — Jedem der drei Teile der Sammlung sind am Schlusse eines jeden derselben alphabetische Inhaltsverzeichnisse beigegeben, die übrigens vom Standpunkte der Bequemlichkeit ihrer Benutzung ihren Platz besser am Ende des Buches hätten finden sollen.

Trotz der gerügten äusseren Mängel muss im allgemeinen gesagt werden, dass die Sammlung, welche eine erstmalige Bearbeitung des in Lettland geltenden Wechsel-, Scheck- und Versicherungsrechts in Form von Kommentaren darstellt, durch das reiche, fleissig zusammengetragene Material dem Juristen bei Anwendung der einschlägigen Gesetze ein wertvolles Hilfsmittel sein wird.

R. v. F.



## Tieslietu Ministrijas Vēstnesis.

- 1933 Nr. 1/2. O. Jurkovska, Notāru izglītības un amata stāvoklis. — J. Grinbergs, Reversi konosamentu praksē. — J. Klesments, Igaunijas likumdošana par darba aizsardzību un sociālo apdrošināšanu. — Zvēr. adv. M. Hilmanš, Vaj vajag grozīt likumu par peļņas uzņēmumu administrāciju?
- 1933 Nr. 3. Zv. adv. D. Eljaševs, Sievietes zvērināta advokatūra. — P. Jakobi, Latvijas zvērināto tiesu likumprojekts. — Notars G. Brīviņš, Jāreformē notāru reģistrs.
- 1933 Nr. 4/5. Prof. M. Lazersons, Grozāmie un negrozāmie kandidātu saraksti Latvijas proporcionālā vēlēšanas sistēmā. — P. Jakobi, Par un pret zvērinātu tiesām. — H. Elerss, Kodifikācijas iestāžu darbības pārskats sakarā ar likumu kopoējuma izdošanas simts gadu atceri. — B. Disterlo, Jautājumā par Latvijas Republikas Satversmes 81. pantu.
- 1933 Nr. 6—8. Prof. A. Švābe, Mūsu sodu likumu valoda. — K. Čakste, Nama sadalīšana dzīvokļos. — Zvēr. adv. pal. M. Kronš, Jaunie pārgrozījumi noteikumos par piedziņas vēšanu uz nekuštanu mantu. — Svinīgs akts sakarā ar jauno Sodu likumu spēkā stāšanos. — P. Leitans, Ex re?

## Законъ и судъ.

- 1933 № 9 (39). В. Синайскій, Латвійскій проектъ объ обручении, о личныхъ и имущественныхъ отношеніяхъ супруговъ и о наслѣдованіи ихъ въ связи съ вопросами общей методологіи составленія законовъ (продолж.) — А. Маклецовъ, Біологическое направление въ современной криминологіи (оконч.). — А. Лазаренко, Проектъ 1917 года о судебной службѣ (оконч.) — П. Якоби, Дальнѣйшая разработка проекта объ административныхъ приказахъ (оконч.). — В. Фридштейнъ, Реформа судебныхъ учреждений въ Литвѣ.
- 1933 № 10 (40). В. Синайскій, Латвійскій проектъ объ обручении, о личныхъ и имущественныхъ отношеніяхъ супруговъ и о наслѣдованіи ихъ въ связи съ вопросами общей методологіи составленія законовъ (оконч.). — Проф. А. Маклецовъ, Русскіе юристы въ Югославіи. П. Якоби, О превентивномъ (охранительномъ) заключеніи. — В. Фридштейнъ, Реформа судебныхъ учреждений въ Литвѣ (оконч.). — I. Валинскій, „Похвальное отсутствіе“.

---

Verantwortlicher Redakteur: vereid. Rechtsanwalt Senator R. v. Freymann  
 Druck und Verlags-A.-G. Ernst Plates, Riga, kl. Münzstr. 18, bei der Petri-Kirche

# RIGASCHE ZEITSCHRIFT FÜR RECHTSWISSENSCHAFT

Herausgegeben vom  
DEUTSCHEN JURISTEN-VEREIN IN RIGA  
ERSCHEINT VIERMAL JÄHRlich  
REDAKTION: RAINIS-BOULEVARD 5, W. 3, RIGA

---

7. JAHRGANG

1933/34

3. HEFT

---

Alle Rechte, auch das der Übersetzung, auf sämtliche  
Veröffentlichungen in dieser Zeitschrift vorbehalten.

## Die neue Verfassung Estlands.

Von Mag. jur. Walter Meder.

### I.

Die Grundlage des staatsrechtlichen Lebens der Republik Estland war vom 21. Dezember 1920 bis zum 24. Januar 1934 die von der Konstituierenden Versammlung angenommene «Verfassung der Republik Estland» (veröffentlicht im «Staatsanzeiger» Nr. 113/114 vom Jahre 1920 sub Art. 243), welche am 21. Dezember 1920 in Kraft trat. Die wichtigste Eigenart dieser Verfassung bestand in dem Fehlen des Instituts eines monokratischen Staatsoberhauptes, eines sogenannten Staatspräsidenten. Die üblichen Funktionen des Staatsoberhauptes waren zum Teil der Regierung der Republik als Kollegium und zum anderen Teil dem Vorsitzenden dieses Kollegiums, dem sogenannten Staatsältesten, übertragen. Da es kein Staatsoberhaupt gab, wurde die Regierung der Republik auch nicht durch Ernennung seitens des Staatsoberhauptes, sondern unmittelbar durch die Volksvertretung in der Form einer Wahl durch die letztere ins Amt eingesetzt.

In dieser Hinsicht bestand eine weitreichende Ähnlichkeit zwischen der Verfassung Estlands von 1920 einerseits und der schweizerischen Bundesverfassung andererseits. In Abweichung von der schweizerischen Bundesverfassung konnten jedoch die Regierung der Republik bzw. die einzelnen Mitglieder der Regierung mit Einschluss des Staatsältesten in Estland auf Grund des § 64 der Verfassung von 1920 jeder

Zeit durch ein ausdrückliches Misstrauensvotum der Volksvertretung gestürzt, d. h. zum Rücktritt gezwungen werden. Nach der Verfassung von 1920 galt also trotz des Fehlens der Einrichtung eines Staatsoberhauptes auch in Estland ebenso, wie in den Verfassungen der deutschen Länder bis zum Erlass des Reichsstatthaltergesetzes vom 7. April 1933, das sogenannte parlamentarische Prinzip inbezug auf die unmittelbar von der Volksvertretung ins Amt eingesetzte Regierung.

Das sich hieraus ergebende Übergewicht der Legislative gegenüber der Exekutive wurde noch dadurch vergrößert, dass der Verfassung von 1920 das Institut einer Auflösung der Volksvertretung durch das Staatsoberhaupt bzw. durch den Chef der vollziehenden Gewalt vor Ablauf der normalen Wahlperiode unbekannt war. Alle diese staatsrechtlichen Eigenarten begünstigten eine weitreichende Labilität der Regierungen und den häufigen Ausbruch von Regierungskrisen, welche mitunter mehrere Wochen dauerten und auf die innerpolitische Entwicklung des Landes einen überaus schädlichen Einfluss ausübten. Daher machte sich bereits vom Jahre 1926 an ein stärkeres Streben nach Einführung des Instituts eines Staatspräsidenten bemerkbar.

Die zur Erfüllung dieses Strebens erforderliche Verfassungsänderung konnte entsprechend den diesbezüglichen Vorschriften der §§ 87—89 der Verfassung nicht etwa durch einen qualifizierten Mehrheitsbeschluss der Volksvertretung, sondern nur auf folgende zwei Arten vorgenommen werden: entweder auf dem Wege einer durch das Parlament, welches in Estland die Bezeichnung Staatsversammlung trägt, angeregten oder einer durch ein Volksbegehren beantragten Volksabstimmung (§§ 87—88 der Verfassung). Zunächst ist die Vornahme einer Verfassungsänderung auf dem ersten Wege, d. h. auf dem Wege einer durch Beschluss der Volksvertretung angeregten Volksabstimmung versucht worden.

So wurde der Staatsversammlung am 27. September 1926 seitens der Fraktion des Verbandes der Landwirte ein Verfassungsänderungsentwurf vorgelegt, in dem die Einführung des Instituts eines Staatspräsidenten vorgesehen war. Dieser Entwurf fand jedoch in der Staatsversammlung keine Mehrheit, da die Mehrheit der Abgeordneten damals noch auf dem Standpunkt stand, dass eine zwingende Notwendigkeit zur Vornahme einer Verfassungsänderung nicht vorliege und dass die eventuell notwendigen Verbesserungen in der Regierungsordnung auch ohne Einführung des Instituts eines Staatspräsidenten und ohne formelle Änderung der Verfassung auf dem Wege einer Aenderung der



diesbezüglichen einfachen Gesetze, insbesondere der Geschäftsordnung der Staatsversammlung, durchgeführt werden könnten.

In den folgenden Jahren blieb das Problem der Verfassungsänderung zunächst auf dem toten Punkt stehen, insbesondere nachdem der siebente estländische Juristentag in Dorpat im Jahre 1928 eine Entschliessung angenommen hatte, in der erklärt wurde, dass ein reales Bedürfnis zur Änderung der Verfassung nicht vorliege. Im Jahre 1929 wurde durch den Erlass des Gesetzes betreffend die Organisation der Regierung und der Ministerien vom 19. März 1929 (veröffentlicht im «Staatsanzeiger» Nr. 28 vom Jahre 1929 sub Art. 182) der Versuch unternommen, die Aufgabe einer Verbesserung der Regierungsordnung zunächst ohne Verfassungsänderung auf dem Wege der einfachen Gesetzgebung zu lösen. Und die im Sommer 1929 gebildete Regierung Strandmann wurde in der estnischen Öffentlichkeit als ein Versuch aufgefasst, die Lösbarkeit dieser Aufgabe unter Vermeidung einer formellen Verfassungsänderung praktisch zu beweisen.

Zeitweilig schienen die Ereignisse damals den Gegnern einer formellen Änderung der Verfassung von 1920 recht zu geben. Im Gegensatz zu zahlreichen früheren Regierungen konnte sich die Regierung Strandmann, welche sich auf eine Koalition aller bürgerlichen Parteien stützte, verhältnismässig lange im Amt halten. Nach ihrem Sturz wurde jedoch der Wille zur Verfassungsänderung aufs neue belebt. Zu Trägern dieses Willens machten sich der Bund der Landwirte, welcher einen neuen Verfassungsänderungsentwurf ausarbeitete, einerseits und die estnische Volkspartei, welche nun gleichfalls mit einem eigenen Verfassungsänderungsentwurf hervortrat, andererseits. In beiden Entwürfen war die Einführung des Instituts eines Staatspräsidenten vorgesehen, wengleich diese Entwürfe in verschiedenen Einzelheiten von einander abwichen.

Einen sehr starken Auftrieb erhielten die Anhänger der Verfassungsänderung und der Einführung des Präsidenschaftsinstituts durch den zu Beginn des Jahres 1932 stattgehabten Zusammenschluss des Bundes der Altlandwirte mit der Partei der Ansiedler zur vereinigten Agrarpartei einerseits und der estnischen Volkspartei, der christlichen Volkspartei, der Arbeitspartei und der Hausbesitzerpartei zur nationalen Mittelpartei andererseits. Denn gleichzeitig mit diesem Zusammenschluss akzeptierten die Ansiedler- und die Arbeitspartei, deren Mehrheit bis dahin der Einführung des Instituts eines Staatspräsidenten gegenüber sich ablehnend verhalten hatte, den Standpunkt, dass eine

Verfassungsänderung zwecks Einführung des Präsidenschaftsinstituts notwendig sei. Hierdurch bildete sich in der Staatsversammlung eine diesen Standpunkt vertretende Mehrheit.

Zwecks Bearbeitung der mit der Verfassungsänderung im Zusammenhang stehenden Fragen wurde ein dreigliedriger parlamentarischer Ausschuss gebildet, der aus den Abgeordneten Professor J. Uluots als Vertreter der Agrarpartei, H. Kukke als Vertreter der Mittelpartei und A. Rei als Vertreter der Sozialisten bestand. Die Sozialisten erklärten hierbei, dass sie der Verfassungsänderung und der Einführung des Präsidenschaftsinstituts nach wie vor ablehnend gegenüberständen, dass sie aber trotzdem im Verfassungsausschuss durch ihren Vertreter mitarbeiten würden, um die Arbeiten dieses Ausschusses in der ihnen am günstigsten scheinenden Richtung zu beeinflussen.

Der Ausschuss hatte bei seiner Arbeit eine doppelte Aufgabe zu lösen. Erstens sollte er unter Zugrundelegung der bereits vorliegenden Parallelentwürfe des Bundes der Landwirte und der Volkspartei einen neuen einheitlichen Verfassungsänderungsentwurf ausarbeiten, der allen Anhängern der Verfassungsänderung annehmbar wäre. Und zweitens musste er sich auch mit der Frage beschäftigen, ob nicht eine gewisse Erleichterung des für verfassungsändernde Volksabstimmungen vorgesehenen Verfahrens durchführbar sei. In der Verfassung selbst ist keine Bestimmung darüber enthalten, eine wie grosse Mehrheit in der Volksabstimmung zur Annahme verfassungsändernder Gesetze erforderlich ist. Wohl aber bestimmte § 37 Abs. 1 des Gesetzes betreffend die Staatsversammlungswahlen, die Volksbestimmung und das Volksbegehren vom 18. Februar 1926 (veröffentlicht im «Staatsanzeiger» Nr. 16 vom Jahre 1926 sub Art. 17), dass eine Verfassungsänderung nur dann als durch die Volksbestimmung angenommen gilt, wenn wenigstens die Hälfte aller stimmberechtigten Bürger für dieselbe gestimmt hat.

Ein Teil der Anhänger einer Verfassungsänderung wünschte diese Bestimmung des Gesetzes von 1926 in dem Sinne zu ändern, dass eine Verfassungsänderung bereits dann als durch die Volksabstimmung angenommen zu gelten habe, wenn die Mehrheit der Teilnehmer an der Abstimmung für dieselbe gestimmt hat. Demgegenüber traten die Sozialisten für eine Beibehaltung der bisherigen Bestimmung des Gesetzes von 1926 ein. Man einigte sich zum Schluss auf den Erlass einer Novelle zum Gesetz von 1926, wonach eine Verfassungsänderung auch in Zukunft nur dann als durch die Volksabstimmung angenommen zu gelten habe, wenn wenigstens die Hälfte aller stimmberechtigten Bürger

für dieselbe gestimmt hat, wobei jedoch die Teilnahme an den auf Verfassungsänderungsentwürfe bezüglichen Volksabstimmungen in Zukunft für jeden stimmberechtigten Bürger unter Androhung einer Geldstrafe obligatorisch sein sollte.

Die zweite Aufgabe des obenerwähnten Verfassungsausschusses bestand in der Ausarbeitung des in Aussicht genommenen Verfassungsänderungsentwurfs. Nachdem der Ausschuss diese Aufgabe erfüllt und den Entwurf ausgearbeitet hatte, wurde derselbe der Staatsversammlung unterbreitet und von der letzteren am 23. März 1932 endgültig angenommen. Die Volksabstimmung über diesen ersten Entwurf der Staatsversammlung fand am 13., 14. und 15. August 1932 statt. Der Entwurf wurde jedoch mit knapper Mehrheit abgelehnt. U. a. hatte auch der Zentralverband der estnischen Freiheitskämpfer, welcher die Einführung des Präsidenschaftsinstituts nicht nur grundsätzlich bejahte, sondern auch kategorisch forderte, gegen den ersten Verfassungsänderungsentwurf der Staatsversammlung Stellung genommen, weil er den Standpunkt vertrat, dass die Einzelheiten dieses Entwurfs unannehmbar seien, da der Staatspräsident durch denselben zu geringe Befugnisse erhalten würde, und dass daher eine neue Volksabstimmung über einen neuen Verfassungsänderungsentwurf in die Wege geleitet werden müsse.

Die Initiative zur Veranstaltung dieser neuen Volksabstimmung ergriff der Zentralverband der Freiheitskämpfer im Herbst 1932. Auf seine Veranlassung wurde ein neuer Verfassungsänderungsentwurf ausgearbeitet und von vier Mitgliedern des Zentralvorstandes dem Präsidium der Staatsversammlung zwecks Zulassung eines diesbezüglichen Volksbegehrens übermittelt. Das Präsidium der Staatsversammlung stellte fest, dass die für die Zulassung eines Volksbegehrens erforderlichen formellen Voraussetzungen vorhanden wären. Und nachdem die fünfhundert Unterschriften, welche als Vorbedingung zur Veranstaltung eines Volksbegehrens erforderlich sind, vorlagen, erfolgte die im Verfahren des Volksbegehrens vor sich gehende Sammlung von 25.000 Unterschriften im Laufe des Januar und Februar 1933. Hierbei wurde die in § 31 der Verfassung vorgesehene Mindestanzahl von Unterschriften nicht nur erreicht, sondern erheblich überschritten. Das Volksbegehren war also rechtsgültig zustandegekommen.

Aber noch bevor die Sammlung der Unterschriften für das Volksbegehren der Freiheitskämpfer beendet worden war, beschloss die Staatsversammlung am 14. Februar 1933, einen neuen Verfassungsänderungsentwurf zur Volksabstimmung zu bringen, so dass die Volks-



abstimmung über diesen zweiten Verfassungsänderungsentwurf der Staatsversammlung vor der Volksabstimmung über den Verfassungsänderungsentwurf der Freiheitskämpfer vorgenommen werden musste. Ferner nahm die Staatsversammlung ein Gesetz an, durch welches der Stimmzwang für verfassungsändernde Volksabstimmungen wieder aufgehoben und die Bestimmung in Kraft gesetzt wurde, dass Verfassungsänderungsentwürfe in der Volksabstimmung schon dann als angenommen zu gelten haben, wenn die Mehrheit der Abstimmungsteilnehmer sich für die Annahme ausgesprochen hat, und wenn diese Mehrheit wenigstens dreissig Prozent der Anzahl aller stimmberechtigten Bürger beträgt.

Die Volksabstimmung über den zweiten Verfassungsänderungsentwurf der Staatsversammlung fand am 10., 11. und 12. Juni 1933 statt. Der Entwurf wurde jedoch mit grosser Mehrheit abgelehnt. Der Termin für die Volksabstimmung über den auf dem Wege des Volksbegehrens beantragten Verfassungsänderungsentwurf der Freiheitskämpfer wurde hierauf vom Präsidium der Staatsversammlung auf den 14., 15. und 16. Oktober 1933 festgesetzt. Kurz vor dieser letzten Volksabstimmung verabschiedete die Staatsversammlung ein Gesetz, durch welches das zur Annahme eines Verfassungsänderungsentwurfs erforderliche Quorum wieder von dreissig auf fünfzig Prozent aller stimmberechtigten Bürger heraufgesetzt wurde. Trotzdem erhielt jedoch der Verfassungsänderungsentwurf der Freiheitskämpfer in der Volksabstimmung vom Oktober 1933 die erforderliche Stimmenzahl, indem er mit einer ganz unerwartet grossen Mehrheit (416.878 Pro-Stimmen von insgesamt 739.416 stimmberechtigten Bürgern) angenommen wurde.

## II.

Was nunmehr den technischen Aufbau des Verfassungsänderungsgesetzes vom 14., 15. und 16. Oktober 1933 (abgekürzt «Väg»; veröffentlicht im «Staatsanzeiger» Nr. 86 vom Jahre 1933 sub Art. 628) betrifft, so besteht der Text dieses Gesetzes aus zwei Teilen. Im ersten Teil wird zunächst bestimmt, dass die Präambel, die §§ 29, 36, 39, 41, 42, 43, 44, 51, 53, 54, 55, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 69, 70, 75, 76, 80, 81, 82 und 86, sowie die Überschrift des fünften Hauptstückes der Verfassung vom 15. Juni 1920 abgeändert und durch einen entsprechenden neuen Text ersetzt werden. Des weiteren folgt im ersten Teil des Väg der Wortlaut dieses neuen Textes, während im zweiten Teil des Väg Übergangsbestimmungen betreffend das Inkrafttreten der neuen Verfassung enthalten sind. In formeller Hinsicht wer-

den also durch das Väg nur die Präambel, die Überschrift des fünften Hauptstücks und dreissig Paragraphen der bisherigen, aus insgesamt zehn Hauptstücken bzw. 89 Paragraphen bestehenden Verfassung Estlands geändert. In inhaltlicher Hinsicht sind jedoch die durch das Väg im Verfassungsrecht Estlands vorgenommenen Umgestaltungen überaus erhebliche.

### III.

Die wichtigste durch das Väg herbeigeführte Veränderung ist zweifellos die Einführung des Instituts eines in allgemeiner, gleicher, unmittelbarer und geheimer Volkswahl für die Dauer von fünf Jahren zu wählenden und mit sehr weitreichenden Befugnissen ausgestatteten Staatspräsidenten, welcher entsprechend dem Text der neuen Verfassung die Benennung «Staatsältester» trägt. Zum Staatsältesten kann nach der neuen Verfassung (abgekürzt «VRE»-Verfassung der Republik Estland) jeder stimmberechtigte Bürger gewählt werden, welcher das vierzigste Lebensjahr vollendet hat und dessen Kandidatur von wenigstens zehntausend stimmberechtigten Bürgern aufgestellt worden ist (§ 58 Abs. 3 VRE). Die Aufstellung der Kandidaten erfolgt durch Sammlung von Unterschriften in einem ähnlichen Verfahren, wie es für das auf die Beantragung eines Gesetzentwurfs bezügliche Volksbegehren vorgesehen ist. Dadurch, dass die verhältnismässig hohe Zahl von zehntausend Unterschriften für die Aufstellung eines Kandidaten vorgeschrieben wird, soll die Aufstellung aussichtloser Splitterkandidaturen nach Möglichkeit verhindert werden. Die Regelung der auf die Kandidatenaufstellung und auf die Wahl des Staatsältesten bezüglichen Einzelheiten wird einem Spezialgesetz überlassen, welches als «Gesetz betreffend die Wahl des Staatsältesten» vom 19. Januar 1934 in Nr. 5 des «Staatsanzeigers» vom Jahre 1934 sub Art. 38 veröffentlicht worden ist.

Im ersten Wahlgang gilt derjenige Kandidat als gewählt, welcher die absolute Mehrheit aller abgegebenen Stimmen auf sich vereinigt hat (§58 Abs. 2 VRE). Wenn im ersten Wahlgang auf keinen der aufgestellten Kandidaten eine derartige Mehrheit entfallen ist, muss im Laufe von spätestens drei Monaten nach dem ersten Wahlgang eine zweite Wahl durchgeführt werden (§ 58 Abs.2 VRE). Zu dieser zweiten Wahl können — nach dem Muster des für die deutschen Reichspräsidentenwahlen geltenden Systems — auch neue Kandidaten aufgestellt werden (§ 58 Abs.2 VRE). In ihr gilt — gleichfalls nach dem Muster des für

die deutschen Reichspräsidentenwahlen geltenden Systems — derjenige Kandidat als gewählt, welcher die relative Mehrheit der abgegebenen Stimmen erhalten hat (§58 Abs.2 VRE). Für den selten vorkommenden Fall der Stimmengleichheit im zweiten Wahlgang bestimmt die Verfassung (§ 58 Abs. 2), dass solchenfalls derjenige Kandidat als gewählt zu gelten habe, welcher seinem Lebensalter nach der ältere ist, während bei der deutschen Reichspräsidentenwahl in diesem letzteren Fall bekanntlich das Los entscheidet. Bei einer Wiederaufstellung eines Kandidaten des ersten Wahlganges für den zweiten Wahlgang ist eine erneute Sammlung von zehntausend Unterschriften für diesen Kandidaten nicht mehr erforderlich; letzterenfalls genügt es, wenn der betreffende Kandidat eine Erklärung unterzeichnet, dass er einer Wiederaufstellung seiner Kandidatur für den zweiten Wahlgang zustimmt (§66 des Gesetzes betr. die Wahl des Staatsältesten).

Auf Grund des § 59 Abs. 1 der Verfassung beginnen die Vollmachten des Staatsältesten mit dem Moment der Ablegung eines feierlichen, eidesstattlichen Gelöbnisses vor der Staatsversammlung, welches folgendermassen lautet: «Indem ich, N. N., auf Grund des Volkswillens das Amt des Staatsältesten antrete, gelobe ich feierlich, die Verfassung und die Gesetze der Republik Estland treu zu schützen, gerecht und unparteiisch die mir anvertrauten Vollmachten auszuüben, und im Rahmen dieser Vollmachten mit allen meinen Kräften und nach bestem Wissen zum Wohl des estnischen Staates und Volkes zu arbeiten.» Der Staatsälteste darf keinerlei andere Ämter oder Berufe ausüben. Wird ein Mitglied der Staatsversammlung zum Staatsältesten gewählt, so gilt es vom Moment der Ablegung des feierlichen Gelöbnisses an als aus der Staatsversammlung ausgeschieden (§ 59 Abs. 3 VRE). Das Gehalt, welches der Staatsälteste während der Dauer seiner Amtszeit bezieht, wird durch ein Gesetz bestimmt, das nur inbezug auf den bei der nächsten Wahl zu wählenden Staatsältesten abgeändert werden kann (§ 59 Abs. 4 VRE).

Die Amtsperiode des Staatsältesten dauert, wie bereits erwähnt, fünf Jahre (§ 58 Abs. 1 VRE). Wiederwahl wird durch die Verfassung nicht ausdrücklich ausgeschlossen, ist also zulässig. Vor Ablauf der Amtsperiode kann der Staatsälteste durch Parlamentsbeschluss und Volksabstimmung, wie dies z. B. im Art. 43 Abs. 2 der Weimarer Reichsverfassung inbezug auf den deutschen Reichspräsidenten vorgesehen ist, nicht abgesetzt werden. Wenn das Amt des Staatsältesten (etwa durch den Tod oder durch den Rücktritt seines Inhabers) vakant geworden



ist oder wenn der Staatsälteste an der weiteren Ausübung seines Amtes verhindert ist, werden die Befugnisse des Staatsältesten vom Ministerpräsidenten ausgeübt (§ 59 Abs. 5 VRE). Hierbei macht die Verfassung keinerlei Einschränkungen, woraus sich ergibt, dass in diesem letzteren Falle sämtliche Befugnisse des Staatsältesten ohne Ausnahme (d. h. z. B. auch das Recht der Ausschreibung neuer Staatsversammlungswahlen vor Ablauf der normalen Wahlperiode oder das Recht der Regierungsumbildung u. dgl. m.) vom Ministerpräsidenten in seiner Eigenschaft als Stellvertreter des Staatsältesten ausgeübt werden können. Das Amt eines besonderen, etwa vom Parlament zu wählenden Stellvertreters des Staatsältesten ist in der Verfassung nicht vorgesehen. Wenn das Amt des Staatsältesten vakant ist oder wenn die Verhinderung des Staatsältesten dauernder Natur ist, wird möglichst bald die Wahl eines neuen Staatsältesten in Angriff genommen (§ 59 Abs. 5 VRE). Es ist dies der einzige Fall, in dem eine Neuwahl vor dem Ablauf der normalen Wahlperiode möglich ist.

#### IV.

Die sehr weitgehenden und umfangreichen Befugnisse des Staatsältesten auf Grund des neuen estländischen Verfassungsrechts ergeben sich aus der nachstehenden zusammenfassenden Übersicht:

1) Der Staatsälteste ist der Inhaber der höchsten vollziehenden Gewalt des Staates (§ 57 VRE). Als solchem steht ihm die Leitung der Innen- und Aussenpolitik, die Sorge für die äussere Unantastbarkeit des Staates, für die innere Sicherheit und für die Erfüllung der Gesetze zu (§ 60 Abs. 1 VRE). Der Staatsälteste überwacht die Ausübung der Staatsgewalt in der im Gesetz vorgesehenen Ordnung (§ 60 Abs. 2 Zf. 2 VRE). Auf Grund der Verfassung von 1920 waren diese Befugnisse der Regierung der Republik als Kollegialorgan übertragen.

2) Der Staatsälteste repräsentiert den Staat auch aussen, ernennt die Vertreter Estlands im Ausland und empfängt die Vertreter der auswärtigen Mächte in Estland (§ 60 Abs. 2 Zf. 1 VRE). Auf Grund der Verfassung von 1920 waren diese Befugnisse dem Ministerpräsidenten übertragen, welcher bekanntlich gleichfalls die Benennung «Staatsältester» führte, aber im übrigen in staatsrechtlicher Hinsicht nichts mit dem gegenwärtigen Staatsältesten, welcher ein Staatsoberhaupt im eigentlichen Sinne dieses Wortes ist, gemein hatte. Der gegenwärtige Staatsälteste hat ferner noch folgende völkerrechtliche Befugnisse: a) er schliesst

im Namen der Republik Estland Verträge mit auswärtigen Staaten ab und unterbreitet dieselben der Staatsversammlung zur Bestätigung (§ 60 Abs. 2 Zf. 5 VRE); und b) er erklärt den Krieg und schliesst Frieden auf Grund eines diesbezüglichen Beschlusses der Staatsversammlung (§ 60 Abs. 2 Zf. 6 VRE). Auf Grund der Verfassung von 1920 stand das Recht zum Abschluss völkerrechtlicher Verträge, sowie die Befugnis zur Kriegserklärung und zum Friedensschluss der Regierung der Republik als Kollegialorgan zu, wobei die Mitwirkungsrechte der Staatsversammlung bei der Erledigung dieser Staatswillensakte dieselben waren, wie auch jetzt auf Grund der neuen Verfassung.

3) Der Staatsälteste ernennt die Regierung der Republik bzw. die einzelnen Mitglieder der Regierung (§ 64 Abs. 1 VRE). Auf Grund der Verfassung von 1920 wurde die Regierung der Republik nicht ernannt, sondern unmittelbar von der Staatsversammlung gewählt. Bei der Ernennung der Regierung bzw. bei der Auswahl der einzelnen Regierungsmitglieder besteht grundsätzlich keine rechtliche Bindung des Staatsältesten an irgendwelche Vorschläge oder Forderungen des Ministerpräsidenten oder der Fraktionen des Parlaments. Die Ernennung der Regierung oder der einzelnen Regierungsmitglieder bedarf nicht der ministeriellen Gegenzeichnung (§ 61 Abs. 1 VRE). Die einzige, mittelbare, rechtliche Einschränkung des freien Ermessens des Staatsältesten bei der Ernennung der Regierung oder der einzelnen Regierungsmitglieder besteht darin, dass die Regierung der Republik nicht nur das Vertrauen des Staatsältesten, sondern auch dasjenige der Staatsversammlung besitzen muss (§ 63 Abs. 1 VRE). Die Regierung bzw. die einzelnen Mitglieder der Regierung müssen jedoch im Falle eines gegen sie gerichteten ausdrücklichen Misstrauensvotums der Staatsversammlung nur dann zurücktreten, wenn der Staatsälteste in einem derartigen Falle darauf verzichtet, neue Staatsversammlungswahlen vor Ablauf der normalen Wahlperiode auszuschreiben (§ 63 Abs. 2 VRE). Wie weit es bei dieser Rechtslage zu einer tatsächlichen Abhängigkeit der Regierungsbildung von den Vorschlägen des Ministerpräsidenten und den Forderungen der parlamentarischen Parteien kommen wird, dürfte von der Persönlichkeit des Staatsältesten und von der zukünftigen politischen Entwicklung abhängig sein.

4) Der Staatsälteste entlässt die Regierung der Republik bzw. die einzelnen Mitglieder der Regierung. Die Entlassung erfolgt entweder auf eigene Initiative des Staatsältesten oder auf Vorschlag des Ministerpräsidenten oder auf Grund eines von der Staatsversammlung an-

genommenen Misstrauensvotums (§ 64 Abs. 2 VRE). Auf Grund der Verfassung von 1920 erfolgte die Entlassung der Regierung oder einzelner Regierungsmitglieder unmittelbar durch Beschluss der Staatsversammlung. Rechtliche Gründe der Entlassung waren damals entweder ein entsprechendes Rücktrittsgesuch oder ein Misstrauensvotum der Staatsversammlung. Ebenso wie die Ernennung, bedarf nach der neuen Verfassung (§ 61 Abs. 1) auch die Entlassung der Regierung oder einzelner Regierungsmitglieder nicht einer ministeriellen Gegenzeichnung.

5) Der Staatsälteste hat das Recht, neue Staatsversammlungen vor Ablauf der normalen Wahlperiode des Parlaments auszuscheiden, wenn staatliche Erwägungen dies erforderlich machen (§ 39 Abs. 2 VRE). Solchenfalls müssen die Neuwahlen spätestens im Laufe von sechs Monaten nach der Verkündung der diesbezüglichen Verordnung des Staatsältesten, d. h. erst nach Ablauf eines verhältnismässig langen Zeitabschnittes, vorgenommen werden (§ 39 Abs. 2 VRE). Durch die Ausschreibung neuer Staatsversammlungen vor Ablauf der normalen Wahlperiode erlöschen die Mandate des alten Bestandes der Staatsversammlung nicht automatisch; dieselben bleiben vielmehr bis zum Moment des Inkrafttretens der neuen Wahlergebnisse in Kraft. Die alte Staatsversammlung ist also durch die Ausschreibung von Neuwahlen noch nicht endgültig aufgelöst, etwa im Sinne des Art. 25 Abs. 1 der Weimarer Reichsverfassung. Sie darf aber nach der Ausschreibung von Neuwahlen nur auf Verlangen des Staatsältesten zu ausserordentlichen Tagungen zusammentreten (§ 42 Abs. 2 VRE). Der Beschluss des Staatsältesten betreffend Ausschreibung neuer Staatsversammlungen vor Ablauf der normalen Wahlperiode bedarf nicht der ministeriellen Gegenzeichnung (§ 61 Abs. 1 VRE); doch ist der Staatsälteste auf Grund des § 8 Abs. 3 des «Gesetzes betreffend die Organisation der Regierung» (abgekürzt «GOR») vom 19. Januar 1934 (veröffentlicht im «Staatsanzeiger» Nr. 5 vom Jahre 1934 sub Art. 36) verpflichtet, diejenigen staatlichen Erwägungen bekanntzugeben, die ihn zur Ausschreibung von Neuwahlen vor Ablauf der Wahlperiode bewogen haben. Im übrigen kann die Ausschreibung neuer Staatsversammlungen vor Ablauf der normalen Wahlperiode jeder Zeit aus demselben Anlass wiederholt werden, wenn wiederum die gleichen staatlichen Erwägungen vorliegen.

6) Der Staatsälteste hat das Recht, die ordentlichen Tagungen der Staatsversammlung vor Ablauf der normalen sechsmonatlichen Dauer



derselben (§ 41 Abs. 1 VRE) zu beenden, wenn staatliche Erwägungen dies erforderlich machen (§ 41 Abs. 2 VRE). Ferner steht dem Staatsältesten ebenso, wie 25 Mitgliedern der Staatsversammlung, das Recht zu, die Einberufung ausserordentlicher Tagungen der Staatsversammlung zu verlangen (§ 42 Abs. 1 VRE). Die Festsetzung der Dauer der ausserordentlichen Tagungen der Staatsversammlung steht ausschliesslich dem Staatsältesten zu (§ 42 Abs. 3 VRE). Die Beschlüsse des Staatsältesten betreffend die Beendigung ordentlicher Tagungen und betreffend die Festsetzung der Dauer ausserordentlicher Tagungen der Staatsversammlung bedürfen nicht der ministeriellen Gegenzeichnung (§ 61 Abs. 1 VRE). Jedoch müssen die Beschlüsse betreffend die Beendigung ordentlicher Tagungen der Staatsversammlung ebenso motiviert werden, wie die Ausschreibung von Neuwahlen vor Ablauf der normalen Wahlperiode (§ 8 Abs. 3 GOR).

7) Der Staatsälteste unterbreitet der Staatsversammlung den Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Staates zur Bestätigung (§ 60 Abs. 2 Zf. 3 VRE). Oder genauer ausgedrückt: Der von der Regierung ausgearbeitete Entwurf des Voranschlages der Einnahmen und Ausgaben des Staates wird von der Regierung mit Zustimmung und im Namen des Staatsältesten der Staatsversammlung zur Bestätigung unterbreitet. Auf Grund der Verfassung von 1920 stand das Recht und die Pflicht der Ausarbeitung des Budgetentwurfs und der Unterbreitung desselben zur Bestätigung durch die Staatsversammlung der Regierung der Republik zu.

8) Der Staatsälteste ernennt und entlässt die Militär- und Zivilbeamten, soweit diese Aufgabe durch die Gesetze nicht anderen Behörden anvertraut ist (§ 60 Abs. 2 Zf. 4 VRE). Er erlässt im Einklang mit den Gesetzen Verordnungen (§ 60 Abs. 2 Zf. 10 VRE) und hat das Recht, der Staatsversammlung Gesetzentwürfe zu unterbreiten (§ 60 Abs. 2 Zf. 11 VRE). Zwischen dieser Gruppe von Befugnissen, die auf Grund der Verfassung von 1920 der Regierung der Republik zustanden, einerseits und den meisten übrigen Befugnissen des Staatsältesten andererseits besteht insofern ein grundsätzlicher Unterschied, als die übrigen Befugnisse in der Regel nur dem Staatsältesten zustehen, während das Recht der Beamtenernennung und -entlassung, das Recht zum Erlass von Verordnungen und das Recht zur Beantragung von Gesetzentwürfen bei der Staatsversammlung auch anderen staatlichen Stellen auf Grund und in den Grenzen entsprechender Spezialgesetze übertragen werden kann. So bestimmt z. B. § 84 der Geschäftsordnung der Staats-

versammlung (abgekürzt «GOS») vom 19. Januar 1934 (veröffentlicht im «Staatsanzeiger» Nr. 5 vom 23. Januar 1934 sub Art. 37), dass das Recht, der Staatsversammlung Gesetzentwürfe zu unterbreiten, dem Staatsältesten, den Fraktionen der Staatsversammlung, wenigstens je drei Mitglieder der Staatsversammlung und im Auftrage der Staatsversammlung auch den Ausschüssen der Staatsversammlung zusteht. Desgleichen können Verordnungen nicht nur vom Staatsältesten, sondern auch von der Regierung der Republik, den einzelnen Ministern und anderen staatlichen Stellen erlassen werden.

9) Die von der Staatsversammlung bzw. vom Volk auf dem Wege einer Volksabstimmung angenommenen Gesetze können nur dann in Kraft treten, wenn sie vom Staatsältesten veröffentlicht worden sind (§ 53 Abs. 1 und § 54 Abs. 1 VRE). Der Staatsälteste hat das Recht, aus staatlichen Erwägungen die von der Staatsversammlung angenommenen Gesetze unveröffentlicht zu lassen, indem er sie der Staatsversammlung zur erneuten Durchberatung und Beschlussfassung zurückgibt (§ 53 Abs. 2 VRE). Von seinem Beschluss betreffend die Nichtveröffentlichung eines Gesetzes nebst den diesbezüglichen Beweggründen muss der Staatsälteste dem Präsidium der Staatsversammlung spätestens im Laufe von dreissig Tagen, gerechnet vom Tage der Übermittlung des von der Staatsversammlung angenommenen Gesetzes an den Staatsältesten an, Mitteilung machen (§ 53 Abs. 3 VRE). Die wiederholte Rückverweisung eines für den Staatsältesten nicht annehmbaren Gesetzentwurfs an die Staatsversammlung wird von der Verfassung nicht ausdrücklich ausgeschlossen, muss also als zulässig betrachtet werden. Nur inbezug auf die im § 34 der Verfassung erwähnten Gesetze (es handelt sich hauptsächlich um die Steuergesetze) bestimmt § 53 Abs. 2 VRE, dass diese Gesetze vom Staatsältesten in jedem Fall veröffentlicht werden müssen, wenn sie von der Staatsversammlung mit den vom Staatsältesten gewünschten Veränderungen oder nach den nächsten Wahlen von der Staatsversammlung nochmals in der ursprünglichen Fassung angenommen worden sind. Das Rückverweisungsrecht des Staatsältesten bezieht sich nicht auf die vom Volk durch Volksabstimmung angenommenen Gesetze. Diese letzteren Gesetze müssen vom Staatsältesten unverzüglich veröffentlicht werden (§ 11 Abs. 2 GOR).

10) Der Staatsälteste hat das Recht, im Fall unaufschiebbarer staatlicher Notwendigkeit die der Staatsversammlung unterbreiteten Gesetzentwürfe als Dekrete (Notverordnungen) mit Gesetzeskraft zu ver-

öffentlichen (§ 60 Abs. 2 Zf. 12 VRE). Durch Dekret können nicht geändert werden das Gesetz betreffend die Volksabstimmung, betreffend das Volksbegehren und betreffend die Wahl der Staatsversammlung und das Gesetz betreffend die Wahl des Staatsältesten (§ 60 Abs. 2 Zf. 12 VRE). Desgleichen kann auch der Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Staates nicht auf dem Dekretwege in Kraft gesetzt werden, da der Voranschlag auf Grund der Bestimmungen der GOS §§ 157—163 nicht als Gesetz im formellen Sinne zu betrachten ist und der Bestätigung durch einen nicht vom Staatsältesten, sondern vom Präsidium der Staatsversammlung zu veröffentlichenden Beschluss der Staatsversammlung unterliegt. Die vom Staatsältesten erlassenen Dekrete können durch einen vom Präsidium der Staatsversammlung im «Staatsanzeiger» zu veröffentlichenden Beschluss der Staatsversammlung ausser Kraft gesetzt werden (§ 60 Abs. 2 Zf. 12 VRE und § 10 GOR). Ebenso können die Dekrete natürlich auch durch Gesetze und durch contrarius actus, d. h. durch neue Dekrete, ausser Kraft gesetzt und geändert werden.

11) Der Staatsälteste ernennt auf Grund einer vom Staatsgericht zusammengestellten Vorschlagsliste die Mitglieder des Staatsgerichts und die übrigen Richter, soweit letztere nicht auf Grund besonderer gesetzlicher Bestimmungen gewählt werden müssen (§§ 69 und 70 VRE). Die diesbezüglichen Beschlüsse des Staatsältesten bedürfen nicht der ministeriellen Gegenzeichnung (§ 61 Abs. 1 VRE). Ferner entscheidet der Staatsälteste über Gnadengesuche (§ 60 Abs. 2 Zf. 9 VRE). Auf Grund der Verfassung von 1920 wurden die Mitglieder des Staatsgerichts von der Staatsversammlung gewählt und die übrigen Richter vom Staatsgericht ernannt, während die Befugnis zur Entscheidung über Gnadengesuche der Regierung der Republik zustand.

12) Der Staatsälteste proklamiert den Ausnahmezustand sowohl in einzelnen Gebietsteilen des Staates als auch im ganzen Staat und legt diesen Beschluss der Staatsversammlung zur nachträglichen Bestätigung vor (§ 60 Abs. 2 Zf. 7 VRE). Auf Grund der Verfassung von 1920 gehörte die Proklamierung des Ausnahmezustandes, gleichfalls mit dem Vorbehalt einer nachträglichen Bestätigung durch die Staatsversammlung, zu den Befugnissen der Regierung der Republik. Der Staatsälteste ist ferner der oberste Führer der Wehrmacht (§ 60 Abs. 2 Zf. 8 VRE) und ernennt als solcher den Oberbefehlshaber der Wehrmacht im Falle eines Krieges (§ 80 VRE). Der Staatsälteste hat ausserdem die Befugnis, von dem sonst nur der Staatsversammlung zustehenden



Recht der Anordnung einer Mobilisation Gebrauch zu machen, wenn ein auswärtiger Staat Estland den Krieg erklärt, die Kriegstätigkeit begonnen oder eine Mobilisation gegen Estland angeordnet hat (§ 82 Abs. 2 VRE). Endlich hat der Staatsälteste das Recht, auf den Grundlagen und in der Ordnung, wie sie in einem Spezialgesetz vorgesehen sind, besondere auf die Wehrmacht bezügliche Verordnungen und Reglements mit Gesetzeskraft zu erlassen (§ 81 VRE).

## V.

Mit Ausnahme der Ernennung und Entlassung der Regierung der Republik oder einzelner Regierungsmitglieder, der Ausschreibung neuer Staatsversammlungswahlen vor Ablauf der normalen Wahlperiode, der Beendigung der ordentlichen Tagungen der Staatsversammlung, der Festsetzung der Dauer der ausserordentlichen Tagungen der Staatsversammlung und der Ernennung der Mitglieder des Staatsgerichts und der übrigen Richter bedürfen alle Beschlüsse des Staatsältesten, einschliesslich der Veröffentlichung der Gesetze und der Dekrete, zu ihrer Gültigkeit einer Gegenzeichnung durch den Ministerpräsidenten oder den zuständigen Fachminister, welcher hierdurch vor der Staatsversammlung die Verantwortung für den Beschluss des Staatsältesten übernimmt (§ 61 Abs. 1 VRE). Wenn ein Beschluss des Staatsältesten verfassungs- oder gesetzwidrig ist, so ist der Ministerpräsident oder der zuständige Fachminister verpflichtet, die Gegenzeichnung des Beschlusses zu verweigern (§ 61 Abs. 2 VRE). Die auf die ministerielle Gegenzeichnung bezüglichen Vorschriften der Verfassung werden auf Grund des § 5 GOR durch ein Vorprüfungsrecht der Regierung der Republik ergänzt. Auf Grund dieses Paragraphen darf eine Beschlussfassung des Staatsältesten in denjenigen Fällen, in denen eine ministerielle Gegenzeichnung erforderlich ist, erst dann erfolgen, wenn sich die Regierung der Republik vorher auf einer ihrer Sitzungen mit der entsprechenden Angelegenheit befasst hat. Abweichungen von dieser Regel sind auf Grund des § 5 GOR nur in den ausdrücklich in den Gesetzen vorgesehenen Ausnahmefällen gestattet.

Die Beschlüsse des Staatsältesten werden von der Regierung der Republik auf Antrag des Ministerpräsidenten oder des zuständigen Fachministers zur Ausführung entgegengenommen (§ 62 Abs. 1 VRE). Wenn der vortragende Minister findet, dass ein Beschluss des Staatsältesten verfassungs- oder gesetzwidrig ist, so macht er hiervon der Regierung der Republik Mitteilung. Wenn sich die Regierung der Republik nach

Durchberatung der Angelegenheit der Meinung des vortragenden Ministers anschliesst, so ersucht sie den Staatsältesten um Rücknahme oder Abänderung seines Beschlusses. Wenn der Staatsälteste hierauf bei seinem Beschluss beharrt, so ist die Regierung der Republik verpflichtet, ihm zu erklären, dass der Beschluss nicht ausführbar sei (§ 62 Abs. 2 VRE). Dieses Remonstrationsrecht der Regierung ist an sich nicht unwesentlich, hat aber infolge des durch § 5 GOR geschaffenen Vorprüfungsrechts der Regierung nicht mehr die Bedeutung, die es gehabt hätte, wenn das erwähnte Vorprüfungsrecht nicht eingeführt worden wäre.

Die Regierung der Republik besteht aus dem Ministerpräsidenten und den Ministern, wobei der Staatsälteste aus der Zahl der Minister einen Stellvertreter des Ministerpräsidenten ernennt (§ 64 Abs. 3 VRE). Die Anzahl der Minister, die Arbeitsteilung zwischen den Ministerien und die Ordnung ihrer Geschäftsführung muss durch ein Gesetz bestimmt werden (§ 64 Abs. 5 VRE). Dies ist geschehen durch das GOR. Auf Grund der §§ 14 und 30 dieses Gesetzes gibt es folgende acht Minister bzw. Ministerien: 1) Bildungs- und Sozialministerium; 2) Wehrministerium; 3) Justizministerium; 4) Wirtschaftsministerium; 5) Landwirtschaftsministerium; 6) Innenministerium; 7) Verkehrsministerium und 8) Aussenministerium. Jeder Minister ist Leiter seines Ministeriums (§ 64 Abs. 5 VRE). Minister ohne Geschäftsbereich dürfen also nicht ernannt werden. Wohl aber kann der Staatsälteste den Ministerpräsidenten auch mit der Ausübung der Obliegenheiten eines Fachministers betrauen (§ 14 Abs. 2 GOR). Wenn ein einzelner Minister aus dem Amt scheidet oder an der Ausübung seiner Amtsobliegenheiten verhindert ist, wird er vom Ministerpräsidenten oder einem anderen Minister vertreten (§ 20 GOR).

Zu den Befugnissen der Regierung der Republik gehören: 1) die Ausführung der Beschlüsse des Staatsältesten entsprechend der Verfassung; 2) die Durchberatung und Entscheidung der Angelegenheiten, die der Regierung der Republik auf Grund der Gesetze ausdrücklich übertragen sind; und 3) diejenigen Angelegenheiten der Staatsverwaltung, die nicht durch die Verfassung oder durch die Gesetze dem Staatsältesten oder einem Minister als Leiter seines Ministeriums oder irgend einer unterstellten Behörde übertragen sind (§ 65 Abs. 1 VRE). Wenn die Regierung der Republik meint, dass ihr Recht zur endgültigen Entscheidung irgend einer Frage strittig ist, so wird die Frage der Kompetenz vom Staatsältesten entschieden (§ 65 Abs. 2 VRE). Die Sitzun-

gen der Regierung der Republik sind beschlussfähig, wenn an ihnen ausser dem Ministerpräsidenten oder dessen Stellvertreter mindestens drei Minister teilnehmen (§ 22 Abs. 2 GOR). Die technische Seite der Geschäftsführung des Staatsältesten, des Ministerpräsidenten und der Regierung der Republik wird durch eine gemeinsame Staatskanzlei erledigt, welche unter der Leitung eines vom Staatsältesten zu ernennenden Staatssekretärs steht (§ 66 VRE und §§ 25—29 GOR). Die Beschlüsse der Regierung der Republik werden vom Ministerpräsidenten, vom entsprechenden Fachminister und vom Staatssekretär unterzeichnet (§ 21 Abs. 2 GOR).

Betreffend die Befugnisse des Ministerpräsidenten enthält die Verfassung in § 64 Abs. 4 folgende Vorschrift: «Der Ministerpräsident vereinheitlicht die Tätigkeit der Regierung der Republik, leitet die Sitzungen der Regierung der Republik, wenn der Staatsälteste es nicht für notwendig erachtet, dies selbst zu tun, kann von den einzelnen Ministern Rechenschaft über ihre Tätigkeit verlangen und die Entlassung einzelner Minister wie auch der gesamten Regierung der Republik beantragen.» Diese Vorschrift der VRE wird durch § 23 Abs. 1 und Abs. 2 GOR folgendermassen ergänzt: «Der Ministerpräsident vereinheitlicht die Tätigkeit der Regierung der Republik, erteilt den Ministern Richtlinien für ihre Tätigkeit, leitet die Sitzungen der Regierung der Republik, wenn der Staatsälteste es nicht für notwendig erachtet, dies selbst zu tun, hält dem Staatsältesten Vortrag und legt ihm Rechenschaft ab über die Tätigkeit der Regierung der Republik und vertritt den Staatsältesten und die Regierung der Republik vor der Staatsversammlung. Der Ministerpräsident hat das Recht, sich über die Tätigkeit aller Regierungsbehörden zu informieren und von den einzelnen Ministern Rechenschaft über ihre Tätigkeit zu verlangen.» Wenn der Ministerpräsident als Stellvertreter des Staatsältesten die Befugnisse des letzteren ausübt, wird er in seiner Eigenschaft als Ministerpräsident vom Stellvertreter des Ministerpräsidenten vertreten (§ 24 Abs. 2 GOR).

Da die Befugnis zur Beantragung von Gesetzentwürfen auf Grund des § 60 Abs. 2 Zf. 11 VRE und zur Unterbreitung des Voranschlages der Einnahmen und Ausgaben des Staates auf Grund des § 60 Abs. 2 Zf. 3 VRE dem Staatsältesten zusteht, hat die Regierung der Republik bzw. der Ministerpräsident oder der zuständige Fachminister nicht das Recht, im eigenen Namen Gesetzentwürfe bzw. den Entwurf des staatlichen Voranschlages der Staatsversammlung zur Bestätigung zu



unterbreiten. Andererseits erscheint aber auch der Staatsälteste persönlich vor der Staatsversammlung nur aus besonders wichtigen und feierlichen Anlässen (§ 7 GOR und §§ 166—168 GOS). Die von der Regierung der Republik ausgearbeiteten Gesetzentwürfe werden daher ebenso, wie der Entwurf des Voranschlages der Einnahmen und Ausgaben des Staates, nicht vom Staatsältesten persönlich, aber auch nicht von der Regierung der Republik im eigenen Namen, sondern von ihr im Namen des Staatsältesten der Staatsversammlung zur Bestätigung unterbreitet.

Eine gerichtliche Belangung des Staatsältesten, des Ministerpräsidenten und der Minister kann nur auf Grund eines entsprechenden Beschlusses der Staatsversammlung, für den jedoch keine qualifizierte Mehrheit erforderlich ist, stattfinden. Die Verhandlung der Angelegenheit unterliegt dem Staatsgericht. Die Einzelheiten des Verfahrens sollen durch ein Gesetz bestimmt werden (§ 67 VRE). Dieses Gesetz ist jedoch bisher noch nicht erlassen worden.

## VI.

Was nunmehr die auf die Volksvertretung, die sogen. Staatsversammlung, bezüglichen Neugestaltungen des Väg betrifft, so wären hier zunächst die Verringerung der Abgeordnetenanzahl von hundert auf fünfzig (§ 36 Abs. 1 VRE), die Verlängerung der normalen Wahlperiode von drei Jahren auf vier Jahre (§ 39 Abs. 1 VRE) und die Veränderung des Wahlsystems (§ 36 Abs. 1 VRE) zu erwähnen. Vor der Verfassungsänderung wurde die Staatsversammlung in allgemeiner, gleicher, unmittelbarer, geheimer und proportionaler Wahl nach dem d'Hondtschen System der starren Listen gewählt. § 36 Abs. 1 VRE hat das Prinzip der allgemeinen, gleichen, unmittelbaren, geheimen und proportionalen Wahl beibehalten, knüpft hieran jedoch die Bedingung, dass den Wählern die Möglichkeit geboten werden müsse, ihre Stimme für einzelne Persönlichkeiten abzugeben. In Erfüllung dieser Bedingung ist durch das neue «Gesetz betreffend die Wahl der Staatsversammlung, betreffend die Volksabstimmung und betreffend das Volksbegehren» vom 22. Januar 1934 (veröffentlicht im «Staatsanzeiger» Nr. 5 vom 23. Januar 1934 sub Art. 39) ein überaus kompliziertes Wahlsystem in Kraft gesetzt worden, das sich dem finnländischen Dreierlistensystem anlehnt und dessen Darlegung hier zu weit führen würde. Entsprechend dem § 29 Abs. 2 VRE darf in Zukunft die Teilnahme an den

Wahlen oder an einer Volksabstimmung nicht mehr auf dem Wege der einfachen Gesetzgebung für obligatorisch erklärt werden.

Die in der VRE vorgesehenen Befugnisse der Staatsversammlung, welche durch das Väg naturgemäss sehr stark reduziert worden sind, ergeben sich aus der nachstehenden zusammenfassenden Übersicht: 1) Annahme (entsprechend den Bestimmungen der GOS gewöhnlich in drei Lesungen) bzw. Ablehnung von Gesetzentwürfen, im Rahmen der Verfassung und derjenigen Schranken, die sich aus dem Rückverweisungsrecht des Staatsältesten (§ 53 VRE) und aus den Bestimmungen betreffend Volksabstimmung und Volksbegehren (§§ 30—34 VRE) ergeben. 2) Überwachung des Budgetvollzugs und der wirtschaftlichen Tätigkeit des Staates durch entsprechende von der Staatsversammlung ins Amt einzusetzende Staatskontrollbehörden (§ 55 VRE). 3) Interpellationen und Anfragen an die Regierung (§ 56 VRE). 4) Entgegennahme des Amtseides des Staatsältesten (§ 59 Abs. 1 VRE). 5) Budgetbestätigung (§ 60 Abs. 2 Zf. 3 VRE). 6) Bestätigung der Staatsverträge (§ 60 Abs. 2 Zf. 5 VRE). 7) Beschlussfassung über Kriegserklärung und Friedensschluss (§ 60 Abs. 2 Zf. 6 VRE). 8) Bestätigung bzw. Nichtbestätigung des Ausnahmezustandes (§ 60 Abs. 2 Zf. 7 VRE). 9) Ausserkraftsetzung der Dekrete des Staatsältesten (§ 60 Abs. 2 Zf. 12 VRE). 10) Misstrauensvotum gegen die Regierung der Republik oder einzelne Regierungsmitglieder (§ 63 Abs. 2 VRE). 11) Beschlussfassung über die gerichtliche Belangung des Staatsältesten, des Ministerpräsidenten und der Minister (§ 67 VRE). 12) Anordnung einer Mobilisation (§ 82 VRE). 13) Beantragung von Verfassungsänderungen (§ 87 VRE).

In dieser Aufzählung sind diejenigen Befugnisse der Staatsversammlung nicht mitberücksichtigt worden, die einen vorwiegend internen Charakter haben, wie Funktionen der Selbstkonstituierung, Wahl des Präsidiums (§ 43 VRE), Wahl der Ausschüsse u. dgl. m., oder Auslieferung einzelner Mitglieder der Staatsversammlung an die Gerichtsbehörden (§ 49 VRE) usw. Ausserdem ist zu beachten, dass noch einige weitere Befugnisse der Staatsversammlung, die in der Verfassung nicht ausdrücklich aufgezählt sind, sich aus den einfachen Gesetzen, wie z. B. aus der GOS, ergeben. Im allgemeinen kann aber doch festgestellt werden, dass die Befugnisse der gegenwärtigen Staatsversammlung nicht im entferntesten an die Macht der Volksvertretung, wie sie sich aus der Verfassung von 1920 ergab, heranreichen. Durch die Verfassung von 1920 konnte die Staatsversammlung ein starkes Übergewicht über die von ihr gewählte und von ihr jederzeit absetzbare Re-

gierung gewinnen. Die neue Verfassung bietet zahlreiche Handhaben dazu, um ein ebenso starkes Übergewicht der vollziehenden Gewalt über die Staatsversammlung sicherzustellen.

Die Reduzierung der Macht der Staatsversammlung ergibt sich übrigens nicht nur aus der Verringerung ihrer Befugnisse und aus der Schaffung des Instituts eines unmittelbar vom Volk zu wählenden Staatspräsidenten, sondern auch noch aus folgenden Umständen: 1) Die ordentlichen Tagungen der Staatsversammlung, die am ersten Oktobermontag eines jeden Jahres beginnen, dürfen nicht länger dauern, als sechs Monate (§ 41 Abs. 1 VRE). Der Staatsälteste kann die ordentlichen Tagungen der Staatsversammlung vor Ablauf der sechs Monate schliessen (§ 41 Abs. 2 VRE). Im Gegensatz dazu konnte die Staatsversammlung auf Grund der Verfassung von 1920 ihre Tagungen über das ganze Jahr ausdehnen; und keine ausserhalb der Staatsversammlung stehende Macht konnte damals, abgesehen von dem in § 32 der Verfassung vorgesehenen Ausnahmefall, diese Tagungen schliessen. 2) Ausserordentliche Tagungen der Staatsversammlung können nunmehr nur auf Verlangen des Staatsältesten oder der Hälfte aller Abgeordneten einberufen und müssen jederzeit auf Verlangen des Staatsältesten geschlossen werden (§ 42 Abs. 1 u. Abs. 3 VRE), während früher bereits ein Beschluss des Parlamentspräsidiums oder das Verlangen eines Viertels aller Abgeordneten für die Einberufung derartiger Tagungen genügte. 3) Die Abgeordneten erhalten neuerdings nur für die Dauer der Tagungen und nicht für die Zeitabschnitte zwischen den Tagungen ein Gehalt (§ 51 VRE), woraus sich eine gewisse politische Abhängigkeit von der die Dauer der Parlamentstagungen bestimmenden Instanz ergeben kann.

Endlich ist es natürlich auch von sehr grosser Bedeutung, dass die Fälle, in denen Neuwahlen vor Ablauf der normalen Wahlperiode vorgenommen werden können, vermehrt worden sind. Auf Grund des § 32 der Verfassung von 1920 mussten und konnten derartige Neuwahlen nur stattfinden, wenn in einer Volksabstimmung ein von der Staatsversammlung angenommenes Gesetz abgelehnt oder ein auf dem Wege des Volksbegehrens beantragter und von der Staatsversammlung abgelehnter Gesetzentwurf in der Volksabstimmung angenommen worden ist. Die neue Verfassung hat diesen Fall, der übrigens nur einmal und zwar im Jahre 1923 praktisch geworden ist, beibehalten und ausserdem auch dem Staatsältesten die bereits erwähnte Befugnis verliehen, neue Staatsversammlungswahlen vor Ablauf der Wahlperiode auszuschrei-



ben, wenn staatliche Erwägungen dies erforderlich machen (§ 39 Abs. 2 VRE).

Von den übrigen auf die Staatsversammlung bezüglichen Bestimmungen des Väg sei hier noch die neue Formulierung des § 43 VRE erwähnt. Auf Grund des § 43 der Verfassung von 1920 wurde die erste Sitzung einer neugewählten Staatsversammlung bis zur Wahl des neuen Parlamentspräsidenten vom Präsidenten der vorigen Staatsversammlung geleitet. Auf Grund des § 43 der neuen Verfassung leitet diese Sitzung bis zur Wahl des neuen Parlamentspräsidenten nicht mehr der Präsident der vorigen Staatsversammlung, sondern der Alterspräsident. In dieser Frage hat also die Verfassung Estlands genau die umgekehrte Entwicklung durchgemacht, wie die Geschäftsordnung des deutschen Reichstages. — Auf Grund des § 72 Abs. 1 GOS tritt übrigens die neugewählte Staatsversammlung spätestens am sechzigsten Tage nach dem letzten Wahltag (die Wahl wird an zwei Tagen vorgenommen) zu ihrer ersten Sitzung zusammen.

## VII.

Das Väg hat sich nicht nur darauf beschränkt, die Organisation der Zentralgewalt des Staates umzugestalten, sondern es hat auch die auf die örtlichen Selbstverwaltungseinheiten bezüglichen Vorschriften der Verfassung geändert. In der Verfassung von 1920 war nicht ausdrücklich gesagt, welche Arten von örtlichen Selbstverwaltungseinheiten es in Estland gibt. Die Regelung dieser Frage war also der einfachen Gesetzgebung überlassen; und zwar gab es auf Grund der einfachen Gesetze vier Arten von örtlichen Selbstverwaltungseinheiten in Estland: 1) die Stadtselbstverwaltungen; 2) die Fleckenselbstverwaltungen; 3) die Landgemeindeselbstverwaltungen; und 4) die Kreiselbstverwaltungen, letztere als Selbstverwaltungseinheiten zweiter Stufe. Im § 75 der neuen Verfassung werden im Gegensatz dazu nur die Stadt-, die Flecken- und die Landgemeindeselbstverwaltungen erwähnt, woraus die Interpretatoren der neuen Verfassung den Schluss gezogen haben, dass die Kreiselbstverwaltungen auf Grund der neuen Verfassung abgeschafft werden müssen. Letzteres ist durch das «Gesetz betreffend die zeitweilige Verwaltung der Kreise» vom 19. Januar 1934 (veröffentlicht in Nr. 5 des «Staatsanzeigers» vom Jahre 1934 sub Art. 40) geschehen. Durch dieses Gesetz sind die Kreiselbstverwaltungen in ihrer bisherigen Gestalt abgeschafft, die bisherigen Kreisämter aus kommunalen in staatliche Verwaltungsbehörden umgewandelt und die Oblie-

genheiten der bisherigen Kreisselbstverwaltungen den neuen Kreis-  
ämtern übertragen worden.

Auf Grund des § 76 VRE musste das Wahlsystem für die bestehen  
bleibenden Stadt-, Flecken- und Landgemeinde-Verordnetenversamm-  
lungen in ähnlicher Weise durch eine Kombination des Prinzips der  
Verhältnisswahl mit demjenigen der Personalwahl umgestaltet werden,  
wie dies für die Staatsversammlungswahlen im § 36 Abs. 1 VRE vor-  
geschrieben ist. Diese Umgestaltungen sind durch die Novelle zum  
Stadtwahlgesetz vom 10. November 1933 (veröffentlicht in Nr. 92 des  
«Staatsanzeigers» vom Jahre 1933 sub Art. 669) und durch die Novelle  
zum Landgemeindegesetz vom 10. November 1933 (veröffentlicht in  
Nr. 92 des «Staatsanzeigers» vom Jahre 1933 sub Art. 670) in Kraft ge-  
setzt worden. Es handelt sich ebenso, wie bei dem neuen Staatsver-  
sammlungswahlrecht, um eine kompliziertere Variante des finnländi-  
schen Dreierlistenprinzips. Die neuen estländischen Kommunalwahlen  
im Januar dieses Jahres sind bereits auf Grund dieses neuen Systems  
vorgenommen worden.

### VIII.

Hiermit sind, soweit es der beschränkte Raum gestattet, die wich-  
tigsten Veränderungen im Verfassungsrecht Estlands kurz skizziert. Die  
unverändert gebliebenen Teile der VRE, die sich vor allem auf die  
Grundrechte, auf das Verfassungsänderungsverfahren, auf die Volks-  
abstimmung und auf das Volksbegehren beziehen, müssen in dieser  
kurzen zusammenfassenden Übersicht ausser Betracht bleiben. Wohl  
aber ist es noch erforderlich, zum Schluss mit einigen Worten auf den  
zweiten Teil des Väg einzugehen. Dieser zweite Teil enthält die Über-  
gangsbestimmungen und besteht aus vier Paragraphen.

Im § 1 ist gesagt, dass die neue Verfassung am hundertsten Tage  
nach der Annahme des Väg durch die Volksabstimmung in Kraft tritt.  
Da als Tag der Annahme des Väg auf Grund einer Erläuterung des  
Staatsgerichts der letzte der drei Abstimmungstage betrachtet wird,  
ist die neue Verfassung am 24. Januar 1934 oder, genauer ausgedrückt,  
um 12 Uhr nachts vom 23. auf den 24. Januar in Kraft getreten. Auf  
Grund des § 2 der Übergangsbestimmungen war die Staatsversammlung  
verpflichtet, bis zum Inkrafttreten der neuen Verfassung die zur Durch-  
führung derselben erforderlichen Ausführungsgesetze zu verabschieden.  
Dieser Pflicht hat die Staatsversammlung durch den Erlass der in die-  
sen Ausführungen mehrfach erwähnten neuen Wahlgesetze, der neuen  
GOS und des neuen GOR im allgemeinen Genüge geleistet. Ausstehend

sind bisher nur noch die Gesetze betreffend die gerichtliche Belangung des Staatsältesten, des Ministerpräsidenten und der Minister und betreffend die Gehälter des Staatsältesten und der Mitglieder der Staatsversammlung.

Im § 3 der Übergangsbestimmungen wird bestimmt, dass die Wahlen des Staatsältesten und der neuen Staatsversammlung spätestens im Laufe von hundert Tagen nach dem Inkrafttreten der neuen Verfassung vorgenommen werden müssen. Dementsprechend hat das Hauptwahlkomitee als Termine für den ersten Wahlgang der Staatsältestenwahl den 22. und 23. April d. J. und für die Wahl der neuen Staatsversammlung den 29. und 30. April d. J. bestimmt. Auf Grund des § 4 der Übergangsbestimmungen dauern die Mandate der bisherigen Staatsversammlung bis zum Tage des Inkrafttretens der Ergebnisse der neuen Staatsversammlungswahl, während die Befugnisse des Staatsältesten bis zum Amtsantritt des neugewählten Staatsältesten vom Ministerpräsidenten in seiner Eigenschaft als Stellvertreter des Staatsältesten ausgeübt werden. Für den Fall, dass im ersten Wahlgang der Staatsältestenwahl keiner der aufgestellten Kandidaten die absolute Mehrheit erhalten und infolgedessen ein zweiter Wahlgang notwendig werden sollte, haben sich die Interpretatoren der Verfassung auf den Standpunkt gestellt, dass die im § 3 der Übergangsbestimmungen vorgesehene Frist sich nur auf den ersten Wahlgang der Staatsältestenwahl beziehe und dass daher der zweite Wahlgang auch nach dem Ablauf dieser Frist vorgenommen werden könne.

## **Schutz ausländischer Urheberrechte in Lettland.**

Von B. Berent, vereid. Rechtsanwalt in Riga.

In Lettland gilt noch heute in unveränderter Form das russische Gesetz über die Urheberrechte vom 20. März 1911. Dieses Gesetz erscheint, mit einem westeuropäischen Masstabe gemessen, recht unvollkommen. Inbezug auf den Schutz ausländischer Urheberrechte entspricht es den damaligen russischen Tendenzen, die darauf hinausgingen westeuropäische Kultur dem russischen Volke möglichst billig zugänglich zu machen, ausgehend von der Berechnung, dass beim Austausch ideeller Güter im allgemeinen Russland weniger zu geben als zu nehmen hatte. Nur dort, wo dieses Missverhältnis nicht so gross war, namentlich in der Musik, wurde eine Ausnahme gemacht, die eine Gegenseitigkeit in der Verbürgung der Rechte ausländischen Autoren



anbahnen konnte. Im übrigen beschränkte man diesen Schutz auf ein Minimum, soweit nicht durch besondere zwischenstaatliche Abmachungen eine Ausnahmestellung bedingt wurde. Solche Konventionen hatte Russland abgeschlossen mit Frankreich (1911), mit dem Deutschen Reich (1913) und mit Belgien (1913).

Die Republik Lettland hat auf ihrem Territorium die alten russischen Gesetze in Geltung gelassen, soweit sie nicht der neuen Staatsordnung widersprachen, oder durch neue Gesetze aufgehoben oder abgeändert worden sind. Nicht übernommen worden sind jedoch die russischen Staatsverträge, wenngleich diese formell auch als russische Gesetze zu gelten hatten, da Lettland völkerrechtlich als völlig neues Rechts-subjekt anzusehen ist. Die Vertragsstaaten Russlands konnten daher nicht ihre Rechte aus diesen Verträgen geltend machen, sondern haben mit Lettland neue Konventionen abgeschlossen, die auch den Schutz der Urheberrechte berühren.

Das Problem des völlig ungenügenden Schutzes ausländischer Autoren in Lettland ist wiederholt von den interessierten Organisationen im Auslande aufgerollt worden und diese Frage kam anlässlich von Verhandlungen über den Abschluss von Handelsverträgen mit Lettland zur Sprache und es wurden dann auch in einige dieser Abkommen besondere diesbezügliche Bestimmungen aufgenommen.

Hierbei ist man nicht einheitlich vorgegangen, was zur Folge hat, dass sich wesentliche Verschiedenheiten in der Behandlung der einzelnen ausländischen Autoren ergeben.

Man kann folgende Gruppen von Staatsverträgen feststellen, welche Bestimmungen über die Urheberrechte enthalten.

1. Der Handelsvertrag zwischen Lettland und Frankreich von 1925 enthält in Art. 14 die beiderseitige Verpflichtung die Berner Konvention in vollem Umfange in Anwendung zu bringen.

Convention de Commerce entre la Lettonie et la France.

Art. 14. « . . . . . Les Hautes Parties Contractantes s'engagent, d'autre part, à donner une application effective à la convention internationale de Berne du 9 septembre 1886 pour la protection des oeuvres littéraires et artistiques, révisée à Berlin le 13 novembre 1908 et complétée par le protocole additionnel signé le 20 mars 1914 à Berne. — »

2. Der Handels- und Schiffsverkehrsvertrag zwischen Lettland und Grossbritannien von 1923 enthält im Art 22 die Bestimmung, dass den Angehörigen der Vertragsstaaten inbezug auf die Urheberrechte die

gleiche Stellung eingeräumt wird, wie den Inländern. Das gleiche besagt auch der Handels- und Schifffahrtsvertrag mit Ungarn von 1925 im Art. 9.

In einer ganzen Reihe von Staatsverträgen Lettlands ist die Meistbegünstigungsklausel in der einen oder der anderen Form aufgenommen worden. Wenn man diese Verträge untersucht, so «darf man dabei nicht vergessen, dass es, juristisch gesprochen, die Meistbegünstigungsklausel nicht gibt; was es hier gibt, sind ebenso viele einzelne, voneinander zu sondernde Vertragsbestimmungen als es Verträge gibt, in welchen sie vorkommt, so dass jede Frage nach der Natur und den Wirkungen der Klausel in erster Linie Frage der Auslegung einer bestimmten Klausel in einem bestimmten Verträge ist.» (Anzilotti, Lehrbuch des Völkerrechts, deutsche Ausg. 1929 S. 336). Nach dem Umfang der Anwendung der Meistbegünstigung inbezug auf die Urheberrechte kann man folgende Gruppen von Verträgen unterscheiden:

3. Der Vertrag zwischen der Lettländischen Republik und dem Deutschen Reich zur Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Lettland und Deutschland von 1926 deklariert in Art. 1 die uneingeschränkte Meistbegünstigung inbezug auf die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen, die Seeschifffahrt und die Niederlassung, und erklärt in § 1, dass die Meistbegünstigung auch die Urheberrechte an Werken der Literatur und Kunst umfasst. Auf dieser Grundlage kann daher sowohl die im Handelsverträge mit Frankreich vorgesehene Anwendung der Bestimmungen der Berner Konvention, wie auch die Gleichstellung mit den lettländischen Staatsangehörigen auf Grund der Handels- und Schifffahrtsverträge mit Grossbritannien und Ungarn für deutsche Reichsangehörige beansprucht werden.

4. Die Handelsverträge Lettlands mit Frankreich (1925), Italien, (1926), und der Handels- und Schifffahrtsvertrag mit Finnland (1925) enthalten eine allgemeine Meistbegünstigungsklausel, welche «in allen Beziehungen» oder «inbezug auf die Rechte und Interessen» der betreffenden Staatsangehörigen anzuwenden ist. Mithin umfasst die Klausel auch die Urheberrechte.

5. In einer Reihe von Handelsverträgen wird die Regelung des Schutzes der Urheberrechte besonderen in Zukunft abzuschliessenden Verträgen vorbehalten, solches ist z. B. vorgesehen in den Verträgen mit Belgien (1926), der Tschechoslovakei (1923), Dänemark (1925) und Österreich (1927).

6. In einer ganzen Reihe von Handelsverträgen wird die Frage der Urheberrechte überhaupt nicht berührt und die Meistbegünstigung

ausdrücklich auf den Handel und die Schifffahrt oder in anderer Beziehung begrenzt. Hierher gehören die Verträge mit Brasilien (1932), Holland (1925), Norwegen (1925), Schweden (1925), mit der Schweiz (1925), mit den Vereinigten Staaten von Nord-Amerika (1928) u. a.

Wir wollen uns nun mit der praktischen Auswirkung dieser verschiedenartigen Bestimmungen befassen.

Den weitgehendsten Schutz bietet die Berner Konvention, deren Anwendung Frankreich auf Grund seines Handelsvertrages und Deutschland, Italien und Finnland auf Grund der Meistbegünstigung für ihre Staatsangehörigen in Anspruch nehmen können.

Eine besonders wichtige Bestimmung enthält die Berner Konvention inbezug auf das Recht der Übersetzung, welches allein dem Autor zusteht, ohne dass dieses Recht an irgendwelche Förmlichkeiten gebunden wäre.

Dieser Schutz ist in Lettland auch beansprucht worden, doch erwies es sich, dass die Rechtslage in diesem Punkte reichlich unklar ist. Dieses trat zutage in einem Prozess, den der Berliner Verlag Ullstein wegen unrechtmässiger Herausgabe einer russischen Übersetzung des Buches von Remarque «Im Westen nichts Neues» in Lettland angestrengt hatte. Es handelte sich dabei um ein Kriminalverfahren, welches alle Instanzen durchlaufen hat. Der Kernpunkt der Sache war hierbei die Frage, ob durch den Handelsvertrag mit Frankreich die Bestimmungen der Berner Konvention in Lettland verbindlich sind und von den durch die Meistbegünstigung berechtigten Autoren in Anspruch genommen werden können. Das Kriminal-Kassations-Departement des lettländischen Senats stellte sich in seiner anfänglichen Entscheidung vom 17. Dezember 1930 auf den Standpunkt, der Gesetzgeber habe inbezug auf bestimmte vertragschliessende Staaten für den Schutz der Urheberrechte die Bestimmungen der Berner Konvention in Kraft gesetzt, welche daher auch bei der Urteilsfällung in Betracht zu ziehen wären nicht nur in der Rechtsfrage, sondern auch bei der Entscheidung über das subjektive Verschulden des Angeklagten. Alle von Lettland abgeschlossenen Staatsverträge seien vom Parlament angenommene und vom Staatspräsident veröffentlichte Gesetze, mit deren Unkenntnis oder Nichtverstehen sich niemand entschuldigen kann, wie dieses das Gesetz über den Regierungsanzeiger in Art. 2 bestimmt. Auf dieser Grundlage wurde das freisprechende Urteil des Appellhofs aufgehoben und die Sache zu nochmaliger Entscheidung an diesen zurückverwiesen. Infolge der dann erfolgten Verurteilung der Angeklagten



gelangte die Sache zur nochmaligen Verhandlung auf dem Kassationswege in den Senat. Von seiten der Verteidigung der Angeklagten wurde hierbei ausgeführt, dass im lettländisch-französischen Handelsvertrage zwar wohl für die Zukunft die Anwendung der Bestimmungen der Berner Konvention vereinbart wurde, dass aber der Text dieser Konvention weder im Handelsvertrage mit Frankreich, noch sonst jemals auf gesetzgeberischem Wege in Lettland veröffentlicht worden sei. Unter diesen Umständen könne den Angeklagten eine vorsätzliche bewusste Übertretung der Urheberrechte nicht inkriminiert werden. Auf dieser Grundlage revidierte der Senat seine in der ersten Entscheidung zum Ausdruck gebrachte Ansicht und hob das Urteil des Appellhofs auf, indem er sich auf die eben angeführten Erwägungen stützte. Bei der dritten Verhandlung der Sache im Appellhof erfolgte dann wiederum ein Freispruch und die gegen dieses Urteil seitens des Klägers eingebrachte Kassationsklage wurde vom Senat verworfen, wodurch dann das freisprechende Urteil in Kraft trat.\*)

Soweit ich feststellen konnte, trägt das Buch «Im Westen nichts Neues» auf dem Titelblatt oder im Vorwort keinen ausdrücklichen Vermerk über den Vorbehalt des Rechtes der Übersetzung, wie dieses als Voraussetzung für den Schutz dieses Rechtes im russischen Autoren-gesetz von 1911 verlangt wird. Wäre dies der Fall gewesen, so hätte der Kläger unter Berufung auf die Meistbegünstigungsklausel und auf den Handelsvertrag mit Grossbritannien, welcher die Gleichstellung britischer Autoren mit den Inländern in Lettland vorsieht, wohl eine Verurteilung erreichen können.

Die Entscheidung des Senats in dieser Frage ist formell verbindlich nur für die Kriminal-Gerichte. Die zivilrechtliche Haftung dagegen ist hierdurch nicht unbedingt ausgeschlossen. In einem diesbezüglichen Prozess um Schadenersatz wegen unbefugter Herausgabe einer russischen Übersetzung des Buches von Van der Velde «Die vollkommene Ehe» hat in erster Instanz das Rigaer Bezirksgericht die Forderung anerkannt unter der Motivierung, dass durch den Handelsvertrag mit Frankreich die Bestimmungen der Berner Konvention inbezug auf die Angehörigen der in Frage kommenden Staaten in Kraft getreten seien. Dieses Urteil ist infolge verspäteter Einbringung eines Rechtsmittels in Kraft getreten. Sollten auch die höheren Instanzen einer solchen zivilrechtlichen Entscheidung der Frage beipflichten, so könnte allenfalls letzten

---

\*) Die beiden Entscheidungen sind im Wortlaut in dieser Zeitschrift angeführt, s. V. Jahrg. 2. H. und VI. Jahrg. 4. H.

Endes die Plenarversammlung des Senats darüber entscheiden, ob dieser Standpunkt, oder der vom Kriminal-Kassations-Departement des Senats eingenommene anzunehmen sei. Eine Entscheidung der Plenarversammlung des Senats wäre sowohl für die Zivil-, wie auch für die Kriminal-Gerichte aller Instanzen verbindlich. Nicht ausgeschlossen erscheint jedoch, dass eine strafrechtliche Verantwortung verneint, eine zivilrechtliche aber bejaht wird.

Soweit die Anwendung der Berner Konvention nicht in Frage kommt, ist der weitgehendste Schutz, der von Ausländern beansprucht werden kann, die Gleichstellung mit den inländischen Autoren, wie sie in den Verträgen mit Grossbritannien und mit Ungarn stipuliert worden ist, und die via Meistbegünstigungsklausel für die Staatsangehörigen von Deutschland, Finnland, Frankreich und Italien ebenfalls in Anspruch genommen werden kann. Von Wichtigkeit ist hierbei, wie schon erwähnt, dass das Recht der Übersetzung nur dann als vorbehalten gilt, falls dieses auf dem Titelblatt oder im Vorwort ausdrücklich erwähnt ist, (§ 33). Diese Beschränkung gilt auch für das Recht der öffentlichen Aufführung von Musikstücken, während das Recht der Aufführung von dramatischen und musikalisch-dramatischen Werken dem Autor ohne jede Förmlichkeiten vorbehalten bleibt. Dieser behält auch das Recht zur Übertragung von Musikstücken auf mechanischen Noten jeder Art (Grammophonplatten etc.), jedoch mit der Einschränkung, dass der Autor, wenn er von diesem Recht Gebrauch macht, oder dieses auf andere übertragen hat, zur Übertragung des gleichen Rechts an jede beliebige Person in Lettland gezwungen werden kann, wobei die Entschädigung hierfür durch das Gericht im Streitfalle festzusetzen ist.

Am schlechtesten ist die Rechtslage derjenigen ausländischen Autoren, welche nicht die Gleichstellung mit den Inländern geniessen, diese sind auf die sehr spärlichen Bestimmungen des Gesetzes von 1911 inbezug auf die ausländischen Autoren angewiesen. Der § 4 dieses Gesetzes gibt eine allgemeine Regelung über die Anerkennung der Urheberrechte in der Weise, dass im allgemeinen die Urheberrechte unabhängig von der Staatsangehörigkeit des Autors, im Rahmen der einzelnen Bestimmungen dieses Gesetzes, nur dann geschützt werden, wenn die erste Veröffentlichung im Inlande erfolgt ist, und ausserdem für unveröffentlichte Werke. Ist das Ursprungsland eines Werkes aber das Ausland, so wird der Schutz nur dem inländischen Autor gewährt, d. h. also nur dem eigenen Staatsangehörigen. Eine Ausnahme hiervon

ist nur inbezug auf den Nachdruck von Werken der Literatur und der Musik gemacht (Art. 32 u. 44), der Nachdruck solcher im Auslande erschienenen Werke ist nicht gestattet, ganz unabhängig von der Staatsangehörigkeit des Autors. Freigegeben ist dagegen das Recht der Übersetzung im Auslande erschienener Werke ausländischer Autoren, soweit nicht durch besondere Staatsverträge dieses eingeschränkt worden ist. (Art. 35).

Zusammenfassend ist folgendes festzuhalten: Der Nachdruck ausserhalb Lettlands erschienener literarischer und musikalischer Werke ist in Lettland nicht statthaft, ganz unabhängig von der Staatsangehörigkeit der Autoren und deren Rechtsnachfolger, bei Übertretung droht strafrechtliche und zivilrechtliche Verantwortung.

Übersetzungsrecht wird strafrechtlich nur geschützt, wenn dieses ausdrücklich vorbehalten ist, und auch dann nur, wenn der Autor Angehöriger eines Staates ist, welcher inbezug auf den Schutz der Urheberrechte das Meistbegünstigungsrecht geniesst; den gleichen Schutz geniessen auch die Rechtsnachfolger eines solchen Autors und zwar unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit.

Dasselbe, wie beim Übersetzungsrecht, gilt auch vom Recht der öffentlichen Aufführung von Musikstücken, d. h. es muss dieses ausdrücklich vorbehalten sein.

Ohne Vorbehalt wird dagegen auch strafrechtlich geschützt das Aufführungsrecht inbezug auf dramatische und musikalisch-dramatische Werke, aber auch nur auf Grund der Meistbegünstigung, ebenso wie bei der Übersetzung.

Darüber hinausgehend erscheint der rein zivilrechtliche Schutz der Urheberrechte im Rahmen der Berner Konvention möglich (also auch ohne förmlichen Vorbehalt des Übersetzungs- und Aufführungsrechts), aber wiederum nur auf Grund der Meistbegünstigung.

## **Gesetzgebung.**

### **Lettland.**

Entwurf.

### **Gesetz über das Handelsregister.**

Übersetzt von R. v. Freymann.

#### **I. Registerbehörde.**

1. Das Handelsregister besteht bei den Bezirksgerichten. Das Register führt ein von der Plenarversammlung des Bezirksgerichts hierzu



erwähltes Glied des Bezirksgerichts \*) — der Handelsregisterrichter, dessen Amtsbezirk mit dem Bezirk eines Bezirksgerichts zusammenfällt.

2. Der Registrierung unterliegen alle Kaufleute, welche nach den Bestimmungen über die Kaufleute als solche gelten, ausgenommen Staats- und Kommunalinstitutionen, staatliche autonome Unternehmen, Genossenschaften und deren Verbände, sowie solche Einzelkaufleute, deren Unternehmen die Grenzen eines Kleingewerbes nicht überschreiten.

Anmerkung: Der Finanzminister bestimmt im Einvernehmen mit dem Justizminister, welche Unternehmen als Kleingewerbe zu gelten haben (Bestimmungen über Kaufleute, Art. 5, Absatz 3).

3. Zwecks Registrierung eines jeden Kaufmannes wird im Handelsregister eine besondere Seite angewiesen, auf der Raum für die Unterschrift vorgesehen und der übrige Teil in Spalten eingeteilt ist.

In der Überschrift ist die Firma und die der Firma zugeteilte Registernummer zu verzeichnen, in den Spalten — die übrigen Daten.

4. Das Handelsregister besteht aus 2 Teilen:

- 1) aus dem Register «A» — a) für Einzelkaufleute, b) für offene Handelsgesellschaften und c) für Kommanditgesellschaften, und
- 2) aus dem Register «B» — für Aktiengesellschaften und anderen auf Grund von Statuten begründeten Gesellschaften.

5. Das Register ist nach den diesem Artikel beiliegenden Formularen «A» und «B» einzurichten.

6. Zum Register wird eine alphabetische Kartothek geführt, nach der Firma.

In der Kartothek sind anzugeben: die Firma, Niederlassungsort des Unternehmens von Einzelkaufleuten oder der Sitz von Gesellschaften, der Teil des Registers und die Nummer.

7. Jeder Registernummer entspricht eine mit derselben Nummer bezeichnete Akte für die Urkunden, auf Grund deren die Eintragungen in das Handelsregister erfolgt sind.

8. Das Handelsregister darf nicht vernichtet werden.

Die zum Register gehörenden Akten sind 20 Jahre lang nach Löschung der entsprechenden Firma aufzubewahren.

9. Die Handelsregisterbehörde hat täglich wenigstens während zweier Stunden geöffnet zu sein.

10. Einsicht zu nehmen in das Register und die demselben beigegebenen Unterschriftsproben solcher Personen, welchen das Recht zusteht die Firma zu zeichnen, darf jedermann; desgleichen darf jedermann Abschriften von den Eintragungen in das Register sowie Be-

---

\*) Bezirksrichter.

Teil „A“ des Registers.

Registernummer

Registernummer

Nummer der Eintragung	Registernummer		Teil „A“ des Registers.		Registernummer	
	Vor- und Familienname, Geburtsort- und Datum, Wohnort des Einzelkaufmannes oder der persönlich haftenden Gesellschafter und, wenn sie nicht lettländische Bürger sind, ihre Staatsangehörigkeit; Vor- und Familienname derjenigen Gesellschafter, welchen insbesondere die Vertretungsbefugnis zusteht.	Niederlassungsort des Unternehmens des Einzelkaufmannes oder Sitz der Gesellschaft, Geschäftsbranche, Datum der Begründung der Gesellschaft, Datum der Eröffnung der Tätigkeit der Gesellschaft; Niederlassungsort des Zweigunternehmens oder, bei Registrierung des Zweigunternehmens, Niederlassungsort des Hauptunternehmens, Zahl der Kommanditisten und Gesamtsumme des Anteilsvermögens.	Vor- und Familienname der Prokuristen; Kollektivprokura.	Übernahme des Unternehmens, einschliesslich des Rechts auf die Firma, in Pacht oder zu Niessbrauch; Ehevertrag des Kaufmannes oder der persönlich haftenden Gesellschafter; Gerichtsverfügung über Bestellung, Aufhebung oder Beendigung einer Kuratel oder Vormundschaft, Begründung, Aufhebung oder Beendigung einer Geschäftsaufsicht (Administration), Bekanntmachung betreffend Insolvenz, Ernennung eines vereidigten Kurators und Bestellung einer Konkursverwaltung, Eröffnung, Aufhebung und Schliessung des Konkurses.	Vor- und Familienname der Kuratoren, Vormünder, Administratoren, des vereidigten Kurators und der Glieder der Konkursverwaltung, sowie Vor- und Familienname, Wohnort des Pächters oder Niessbrauchers, und, wenn der Pächter oder Niessbraucher nicht lettländische Bürger sind, ihre Staatsangehörigkeit.	Anmerkungen.

Seitenzahl

Seitenzahl

# Teil „B“ des Registers.

Registernummer

Registernummer

<p>Nummer der Eintragung</p>	<p>Sitz und Zwecke der Gesellschaft; wenn die Gesellschaft auf Zeit begründet wurde, die Zeit, für welche sie begründet wurde; der Ort der Zweigniederlassung oder, wenn die Zweigniederlassung registriert wird, Sitz der Hauptniederlassung.</p>	<p>Grundkapital oder Anteilskapital, Zahl und Nominalwert der Aktien oder Anteilscheine; Grundkapital und das für die Tätigkeit der Gesellschaft in Lettland bestimmte Kapital ausländischer Gesellschaften.</p>	<p>Vor- und Familienname sowie Wohnort der Vorstandsmitglieder und des geschäftsführenden Direktors, und wenn sie nicht lettlandische Bürger sind, ihre Staatsangehörigkeit.</p>	<p>Vor- und Familienname der Prokuristen; Kollektivprokura.</p>	<p>Datum der Registrierung und der Eröffnung der Tätigkeit der Gesellschaft; wenn für die Begründung der Gesellschaft die Genehmigung der Regierung notwendig ist, Datum der Erteilung der Genehmigung; Genehmigung einer ausländischen Gesellschaft zur Tätigkeit in Lettland; Zeichnungsberechtigung der Vorstandsmitglieder, des geschäftsführenden Direktors und der verantwortlichen Vertreter ausländischer Gesellschaften in Lettland.</p>	<p>Verfügung über Liquidation der Gesellschaft, Begründung, Aufhebung oder Beendigung einer Geschäftsaufsicht (Administration), Ernennung der Administratoren, Bekanntmachung betreffend Insolvenz, Ernennung des vereidigten Kurators, Eröffnung, Aufhebung oder Schliessung des Konkurses und Bestellung der Konkursverwaltung; Verschmelzung und Auflösung der Gesellschaft.</p>	<p>Vor- und Familienname der Liquidatoren, Administratoren, des vereidigten Kurators und der Glieder der Konkursverwaltung; Zeichnungsberechtigung der Liquidatoren.</p>	<p>Anmerkungen.</p>
------------------------------	--	--	--	---	---	---	--	---------------------

Seitenzahl

Seitenzahl



scheinungen darüber verlangen, dass eine Tatsache in das Register nicht eingetragen ist.

Einsicht in Urkunden zu nehmen, die in diesem Artikel, Absatz 1, nicht erwähnt sind, darf jeder, der nachweisen kann, dass er an der betreffenden Sache interessiert ist. Abschriften von Urkunden dürfen nur mit schriftlicher Einwilligung des Eigentümers der betreffenden Firma oder auf Grund einer gerichtlichen Verfügung oder auch auf schriftlichen Antrag von Staatsinstitutionen ausgereicht werden.

## II. In das Register einzutragende Tatsachen.

11. Über Einzelkaufleute sind in das Register folgende Tatsachen einzutragen:

- 1) Firma;
- 2) Vor- und Familienname, Geburtsort und Datum, Wohnort des Kaufmannes und, wenn der Kaufmann nicht lettländischer Bürger ist, seine Staatsangehörigkeit;
- 3) Geschäftsbranche;
- 4) Niederlassungsort des Unternehmens;
- 5) Datum der Eröffnung der Tätigkeit des Unternehmens;
- 6) Zweigniederlassungen (Filialen) oder, falls eine Zweigniederlassung registriert wird, Sitz der Hauptniederlassung;
- 7) Vor- und Familienname der Prokuristen und Vermerk über Kollektivprokura;
- 8) Pacht- oder Niessbrauchsrechte am Unternehmen einschliesslich des Rechts auf die Firma;
- 9) Ehevertrag des Kaufmannes betreffend eheliche Güterrechte, wenn ein solcher Vertrag besteht.

12. Über offene Handelsgesellschaften und Kommanditgesellschaften sind in das Register folgende Tatsachen einzutragen:

- 1) Firma;
- 2) Art der Gesellschaft;
- 3) Vor- und Familienname, Geburtsort und Datum, sowie Wohnort der persönlich haftenden Gesellschafter, und wenn ein persönlich haftender Gesellschafter nicht lettländischer Bürger ist, seine Staatsangehörigkeit;
- 4) Vor- und Familienname derjenigen Gesellschafter, welche speziell die Gesellschaft zu vertreten befugt sind;
- 5) Geschäftsbranche;
- 6) Sitz der Gesellschaft;
- 7) Datum der Begründung der Gesellschaft, und wenn die Gesellschaft auf Zeit begründet wurde, die Zeit, für welche die Gesellschaft begründet wurde;
- 8) Datum der Eröffnung der Tätigkeit der Gesellschaft;
- 9) Zweigniederlassungen (Filialen) oder, wenn eine Zweigniederlassung registriert wird, Sitz der Hauptniederlassung;

- 10) Zahl der Kommanditisten und Gesamtbetrag der Beiträge;
- 11) Vor- und Familienname der Prokuristen und Vermerk über Kollektivprokura;
- 12) Pacht- und Niessbrauchsrechte am Unternehmen einschliesslich des Rechts auf die Firma;
- 13) Ehevertrag der persönlich haftenden Gesellschafter betreffend ehelicher Güterrechte, wenn ein solcher Vertrag besteht.

13. Über Aktiengesellschaften und andere auf Grund von Statuten begründete Gesellschaften, ausgenommen ausländische Gesellschaften, sind in das Register folgende Tatsachen einzutragen:

- 1) Firma;
- 2) Zwecke der Gesellschaft;
- 3) Sitz der Gesellschaft;
- 4) Wenn die Gesellschaft auf Zeit begründet wurde, die Zeit, für welche sie begründet wurde;
- 5) Zweigniederlassungen (Filialen) oder, wenn eine Zweigniederlassung registriert wird, Sitz der Hauptniederlassung;
- 6) Grundkapital, Zahl und Nominalwert der Aktien- oder Anteilscheine;
- 7) Vor- und Familienname, Wohnort der Vorstandsglieder und des geschäftsführenden Direktors, und wenn sie nicht lettländische Bürger sind, ihre Staatsangehörigkeit;
- 8) Vor- und Familienname der Prokuristen und Vermerk über Kollektivprokura;
- 9) Datum der Registrierung der Gesellschaft;
- 10) Datum der Eröffnung der Tätigkeit der Gesellschaft;
- 11) wenn für die Begründung der Gesellschaft die Genehmigung der Regierung notwendig ist, Datum der Genehmigungserteilung;
- 12) Zeichnungsberechtigung der Vorstandsglieder und des geschäftsführenden Direktors;

14. Über ausländische Gesellschaften, welchen die Genehmigung zur Tätigkeit in Lettland erteilt ist, sind in das Register folgende Tatsachen einzutragen:

- 1) Firma;
- 2) Zwecke der Gesellschaft;
- 3) Sitz der Gesellschaft im Auslande;
- 4) Sitz der Zweigniederlassung in Lettland;
- 5) Grundkapital der Gesellschaft;
- 6) das für die Tätigkeit der Gesellschaft in Lettland bestimmte Kapital;
- 7) Vor- und Familienname, Wohnort der für Lettland bevollmächtigten verantwortlichen Vertreter und, wenn sie nicht Lettländische Bürger sind, ihre Staatsangehörigkeit;
- 8) Datum, wann der Gesellschaft die Genehmigung zur Tätigkeit in Lettland erteilt wurde;

9) Zeichnungsberechtigung der bestellten Vertreter.

15. Ausser den in den Artikeln 11—14 erwähnten Tatsachen ist in das Handelsregister einzutragen:

- 1) die Verfügung des Gerichts über Begründung, Aufhebung oder Beendigung einer Geschäftsaufsicht (Administration) und Ernennung der Administratoren sowie Vor- und Familiennamen der Administratoren;
- 2) die Verfügung des Gerichts über Bekanntmachung betreffend Insolvenz des Kaufmannes, Ernennung des vereidigten Kurators, Eröffnung, Aufhebung oder Schliessung des Konkurses und Bestellung der Konkursverwaltung, sowie Vor- und Familiennamen der Glieder der Konkursverwaltung;
- 3) die Verfügung des Gerichts über Begründung, Aufhebung oder Beendigung einer Kuratel oder einer Vormundschaft, sowie Vor- und Familiennamen der Kuratoren oder Vormünder;
- 4) die Verfügung über Liquidation; Beginn der Liquidation, Vor- und Familiennamen der Liquidatoren und Zeichnungsberechtigung.

16. In das Handelsregister sind alle Veränderungen betreffend der laut Art. 11—15 zu registrierenden Tatsachen einzutragen, desgleichen das Erlöschen der Firma unter Angabe des Datums, wann die Veränderung stattgefunden hat oder die Firma erloschen ist.

### III. Anmeldungen zwecks Eintragung in das Register.

17. Der Einzelkaufmann hat dem Handelsregisterrichter, in dessen Amtsbezirk sich das Unternehmen des Kaufmannes befindet, die Anmeldung zwecks Eintragung im Laufe von 14 Tagen von der Eröffnung der Tätigkeit des Unternehmens einzureichen.

18. Eine offene Handelsgesellschaft oder eine Kommanditgesellschaft hat dem Handelsregisterrichter, in dessen Amtsbezirk sich der Sitz der Gesellschaft befindet, die Anmeldung zwecks Eintragung im Laufe von 14 Tagen von der Eröffnung der Tätigkeit der Gesellschaft an einzureichen.

19. Wenn ein Einzelkaufmann, eine offene Handelsgesellschaft oder eine Kommanditgesellschaft nur mit Genehmigung der Regierung tätig sein darf, dann haben sie sich vor Eröffnung der Tätigkeit ihres Unternehmens registrieren zu lassen.

20. Wenn ein Einzelkaufmann oder einer von den persönlich haftenden Gesellschaftern nicht lettländischer Bürger ist, so darf die Tätigkeit des Unternehmens oder der Gesellschaft erst dann eröffnet werden, nachdem dieser Kaufmann oder die Gesellschaft in das Handelsregister eingetragen sind.

21. Eine auf Grund von Statuten begründete Gesellschaft hat sich bei dem Handelsregisterrichter, in dessen Amtsbezirk sich der Sitz der



Gesellschaft befindet, vor Eröffnung ihrer Tätigkeit zu registrieren. Eine solche Gesellschaft erwirbt die Rechte einer juristischen Person erst durch die Eintragung in das Handelsregister.

**Anmerkung.** Falls die Zeit der Registrierung von Gesellschaften durch ein spezielles Gesetz bestimmt ist, haben sie sich innerhalb der Zeit zu registrieren, welche dieses Spezialgesetz bestimmt.

**22.** Ausländische Gesellschaften, welchen die Genehmigung zur Tätigkeit in Lettland erteilt ist, haben sich bei dem Handelsregisterrichter, in dessen Amtsbezirk sich die Zweigniederlassung der Gesellschaft befindet, vor Eröffnung ihrer Tätigkeit zu registrieren.

**23.** Die im Artikel 16 erwähnten Veränderungen und das Erlöschen der Firma sind dem Handelsregisterrichter nicht später als im Laufe von 3 Tagen zu melden.

**24.** Die Firma mit den übrigen einzutragenden Tatsachen haben zur Registrierung anzumelden und die Anmeldung zu unterzeichnen:

- 1) der Einzelkaufmann;
- 2) alle persönlich haftenden Gesellschafter;
- 3) alle Gründer und Vorstandsglieder und, wenn ein Aufsichtsrat besteht, auch die Glieder des Aufsichtsrats von Aktiengesellschaften und anderen auf Grund von Statuten begründeten Gesellschaften;
- 4) alle Vertreter von ausländischen Gesellschaften, welche zur Tätigkeit in Lettland bevollmächtigt sind.

Änderungen in den zu registrierenden Tatsachen (Art. 16) und das Erlöschen der Firma haben anzumelden:

- 1) der Einzelkaufmann oder eine hierzu besonders bevollmächtigte Person;
- 2) alle persönlich haftenden Gesellschafter oder diejenigen Gesellschafter, welche zur Vertretung der Gesellschaft speziell bevollmächtigt sind;
- 3) der Vorstand der Gesellschaft;
- 4) die bevollmächtigten Vertreter einer ausländischen Gesellschaft;
- 5) das Gericht (Art. 15, Pkt. 1—3);
- 6) die Liquidatoren (Art. 15, Pkt. 4).

**25.** Dem Handelsregisterrichter sind folgende, die angemeldeten Tatsachen bestätigende Urkunden einzureichen, welche nach vollzogener Eintragung der Tatsachen in den Registerakten aufzubewahren sind:

- 1) eine Abschrift des Gesellschaftsvertrages der offenen Handelsgesellschaft oder der Kommanditgesellschaft;
- 2) die im Art. 39 erwähnte Genehmigung der Regierung;
- 3) die Statuten von Aktien-, Anteils- und anderen Gesellschaften und die Abänderungen der Statuten;

- 4) die Urkunden, welche dem Handelsregisterrichter nach dem Gesetz über Aktiengesellschaften einzureichen sind, in diesem Artikel aber nicht besonders erwähnt werden;
- 5) ein Auszug aus dem Protokoll der Generalversammlung einer Gesellschaft, in der die Wahl des Vorstands oder des geschäftsführenden Direktors vorgenommen worden ist oder aber beschlossen wurde, die Statuten der Gesellschaft zu verändern oder die Gesellschaft zu liquidieren;
- 6) ein Auszug aus dem Protokoll der Vorstandssitzung der Gesellschaft, in der die Ämter unter den Vorstandsgliedern verteilt oder der geschäftsführende Direktor gewählt wurde;
- 7) die Genehmigung einer ausländischen Gesellschaft in Lettland tätig zu sein;
- 8) eine Abschrift des Ehevertrages des Einzelkaufmannes oder der persönlich haftenden Gesellschafter, falls ein solcher Vertrag besteht;
- 9) wenn das Unternehmen einschliesslich der Firma pachtweise oder zu Niessbrauch übernommen wurde, eine Abschrift der Urkunde über Verpachtung oder Einräumung des Niessbrauchs.

Desgleichen sind dem Handelsregisterrichter zur Aufbewahrung in den Akten Unterschriftsproben derjenigen Personen einzureichen, denen die Befugnis zusteht, die Firma zu zeichnen.

Abschriften von Urkunden, Auszüge aus Akten und Unterschriftsproben sind, falls sie nicht persönlich dem Handelsregisterrichter eingebracht werden, notariell zu beglaubigen.

26. Die Anmeldung zur Eintragung in das Handelsregister hat schriftlich zu geschehen. Sie ist mit einer Abschrift einzureichen. Die Abschrift, versehen mit der Bemerkung, dass die Anmeldung in Empfang genommen ist, gibt der Handelsregisterrichter dem Anmeldenden zurück. Bei Anmeldung zur Registrierung der in Art. 16 erwähnten Tatsachen brauchen die Unterschriften unter der Anmeldung nicht beglaubigt zu sein, wenn sie sich bereits in den Akten des Handelsregisters auf Grund der Bestimmungen des Art. 24 befinden.

Der Schriftwechsel mit dem Handelsregisterrichter ist von der Stempelsteuer befreit.

27. Wenn das Gericht einem in das Handelsregister eingetragenen Kaufmann durch Urteil die Ausübung des Handels untersagt oder das Unternehmen eines solchen Kaufmannes oder eine Zweigniederlassung seines Unternehmens schliesst, so hat es das Urteil, nachdem es in Kraft getreten ist, unverzüglich zur Registrierung anzumelden.

28. Bei Anmeldungen bei dem Handelsregisterrichter, in dessen Amtsbezirk sich die Zweigniederlassung eines Kaufmannes befindet, hat der Kaufmann dieselben Vorschriften wahrzunehmen, welche hinsichtlich seiner Registrierung am Niederlassungsorte des Hauptunternehmens bestehen.

29. Die Personen, welche laut Art. 24 und 51 Tatsachen behufs Registrierung anzumelden haben, haften für die Richtigkeit der angemeldeten Angaben, sowie für die Nichtanmeldung von Tatsachen innerhalb der in diesem Gesetze festgesetzten Frist. Desgleichen haften sie für die Unterschriftsprobe und das Nichteinreichen von Urkunden zur Bestätigung der Angaben.

#### IV. Führung des Registers.

30. Der Handelsregisterrichter prüft:

- 1) ob die Anmeldung den Anforderungen des Gesetzes entspricht;
- 2) ob die angemeldeten Tatsachen überhaupt der Registrierung unterliegen;
- 3) ob die angemeldeten Tatsachen der Eintragung in das dem Richter unterstellte Handelsregister unterliegen.

31. Der Handelsregisterrichter hat das Recht, nicht aber die Pflicht, die angemeldeten Tatsachen auf die Richtigkeit ihres Inhalts hin zu prüfen.

Der Handelsregisterrichter kann von dem Tatsachen Anmeldenden Erklärungen und Beweise verlangen.

32. Über jede Anmeldung verfügt der Handelsregisterrichter gesondert. Die Verfügung des Richters ist in das Tagebuch einzutragen, zu datieren und zu unterzeichnen.

Die Verfügung kann eine zweifache sein: entweder die angemeldeten Tatsachen in das Handelsregister einzutragen oder den Antrag abzulehnen. Im ersten Falle hat die Verfügung den in das Handelsregister einzutragenden Text zu enthalten.

Eine Verfügung, durch welche die beantragte Eintragung abgelehnt wird, hat die Motivierung der Ablehnung zu enthalten. Wenn die Anmeldung wegen irgend welcher Mängel abgelehnt wird, so sind die Mängel zu beseitigen und die Anmeldung beim Handelsregisterrichter von neuem einzureichen.

33. Über die Eintragung der Anmeldung in das Handelsregister hat der Handelsregisterrichter innerhalb von drei Tagen, gerechnet von der Zeit der Anmeldung, zu entscheiden.

34. Die Verfügung des Handelsregisterrichters, die angemeldeten Tatsachen einzutragen, trägt der Sekretär nicht später als am nächsten Tage mit dem Datum der Verfügung in das Handelsregister ein, und der Richter unterzeichnet die Eintragung.

35. Wenn es sich herausstellt, dass sich in der in das Handelsregister eingetragenen Verfügung Fehler finden, so hat der Handelsregisterrichter unabhängig von Beschwerden von Interessenten, die Fehler durch eine neue Verfügung unverzüglich zu verbessern.

Wenn die erste Verfügung dem Anmelder bereits eröffnet ist, so ist vor Erlass einer neuen Verfügung der Anmeldende zu hören.



**36.** Wenn sich der Handelsregisterrichter davon überzeugt, dass die Eintragung in das Register ihrem Inhalte nach falsch ist, so eröffnet er dieses dem Anmeldenden und gibt ihm eine Frist von 14 Tagen zur Erhebung des Widerspruchs.

Die Verbesserung der Eintragung erfolgt, wenn innerhalb der gegebenen Frist kein Widerspruch erhoben wurde oder wenn der Handelsregisterrichter den Widerspruch verworfen hat.

**37.** Eintragungen in das Handelsregister, die infolge späterer Eintragungen ihre Bedeutung verloren haben, sind auf Anordnung des Handelsregisterrichters mit roter Tinte zu durchstreichen.

**38.** Die Registrierung eines Kaufmannes am Orte einer Zweigniederlassung (einer Filiale) seines Unternehmens findet nicht eher statt, als der Nachweis erbracht wird, dass der Kaufmann am Niederlassungs-orte seines Hauptunternehmens registriert ist.

Über die Registrierung eines Kaufmannes am Orte der Zweigniederlassung macht der Handelsregisterrichter dem Handelsregisterrichter des Niederlassungsorts des Hauptunternehmens behufs Vermerks im Handelsregister Mitteilung.

**39.** Die in den Art. 19. und 20. dieses Gesetzes erwähnten Einzelkaufleute und Gesellschaften sind in das Handelsregister erst dann einzutragen, wenn sie die Genehmigung der Regierung zur Eröffnung der Tätigkeit ihres Unternehmens vorweisen.

**40.** Wenn der Handelsregisterrichter begründete Nachrichten darüber erhalten hat, dass ein in das Handelsregister eingetragener Kaufmann keinerlei wirtschaftliche Tätigkeit ausübt, so verlangt er vom Kaufmann, nach dem im Register angegebenen Niederlassungsorte des Unternehmens des Einzelkaufmannes oder dem daselbst angegebenen Sitze der Gesellschaft, durch eingeschriebenen Brief Auskunft über die Lage des Kaufmannes.

Wenn der Handelsregisterrichter im Laufe eines Monats die verlangte Auskunft nicht erhält oder eine Auskunft erhält, welche die erwähnten Nachrichten bestätigt, oder aber er die Auskunft für unbegründet erachtet, so verfügt er bei Einzelkaufleuten, offenen Handelsgesellschaften und Kommanditgesellschaften die Firma zu löschen, bei Gesellschaften jedoch, die auf Grund von Statuten begründet sind, bestellt er Liquidatoren in einer nach seinem Ermessen bestimmten Zahl. Seine Verfügung trägt der Registerrichter in das Handelsregister ein.

Nach beendeter Liquidation wird die Firma im Handelsregister gelöscht.

**41.** Die in das Handelsregister eingetragenen Tatsachen sind unverzüglich im Regierungs-Anzeiger bekannt zu geben, es sei denn, sie wären bereits auf Grund anderer Bestimmungen bekannt gegeben worden.

Der Text der Statuten von Aktien- und Anteilsgesellschaften sowie Statutenänderungen werden auf Kosten der Aktiengesellschaft in einem vom Finanzminister bezeichneten periodischen Blatt veröffentlicht.

42. Für den Geschäftsverkehr mit einer in das Handelsregister eingetragenen Zweigniederlassung (Filiale) des Unternehmens eines Kaufmannes ist die Eintragung und Bekanntmachung entscheidend, welche der Handelsregisterrichter vorgenommen hat, in dessen Amtsbezirk sich die Zweigniederlassung befindet.

43. Jeder, der mit einem Kaufmanne ein Geschäft abschliesst oder einem Kaufmanne gegenüber eine Rechtshandlung vorzunehmen übernimmt, darf den in der gesetzlich vorgesehenen Ordnung bekannt gegebenen Inhalt des Handelsregisters als richtig ansehen, es sei denn, die Unrichtigkeit wäre ihm bekannt oder er brauchte sie nicht zu kennen.

44. Für die Eintragung in das Handelsregister und die Bekanntmachung von Tatsachen, ausgenommen solche über Löschung der Firma, wird eine Gebühr erhoben. Die Höhe der Gebühr wird vom Justizminister im Einvernehmen mit dem Finanzminister bestimmt.

#### V. Das Firmenverzeichnis.

45. Das Verzeichnis aller in Lettland registrierten Firmen führt das Finanzministerium.

Die in das Firmenverzeichnis einzutragenden Tatsachen stellt dem Finanzministerium der Handelsregisterrichter zu, indem er ihm einmal monatlich die im Handelsregister gemachten Eintragungen, welche in das Firmenverzeichnis aufzunehmen sind, mitteilt.

Die Form der Mitteilung bestimmt der Justizminister im Einvernehmen mit dem Finanzminister.

46. Das Firmenregister ist alphabetisch als Kartothek zu führen. Es hat zu enthalten:

- 1) jede in Lettland registrierte Firma und die ihr gegebene Nummer, den Niederlassungsort des Unternehmens eines Einzelkaufmannes oder den Sitz einer Gesellschaft und das Datum der Registrierung der Firma;
- 2) Vor- und Familienname, Geburtsort und Datum jedes in das Handelsregister eingetragenen Einzelkaufmannes oder persönlich haftenden Gesellschafters;
- 3) Hinweis auf das Handelsregister, in das die Firma eingetragen ist.

47. Einsicht in das Firmenverzeichnis nehmen und Abschriften daraus verlangen darf jedermann.

#### IV. Strafen.

48. Für Nichtanmeldung zur Registrierung in der in diesem Gesetze bestimmten Frist, sowie für Nichtbeobachtung der Bestimmungen des Art. 23, belegt der Handelsregisterrichter den Schuldigen mit einer Geldstrafe bis 20 Lat für jeden versäumten Tag, jedoch im Ganzen von nicht über 500 Lat.

49. Für falsche Angaben, Nichteinreichen von Urkunden oder Unterschriftsproben und Nichterfüllung gesetzlicher Anordnungen des Handelsregisterrichters belegt der Handelsregisterrichter den Schuldigen mit einer Geldstrafe bis 300 Lat.

Wiederholt sich die Nichterfüllung der Anordnungen des Handelsregisterrichters, so wird die Strafe verdoppelt.

## VII. Rechtsmittelordnung in Handelsregistersachen.

50. Über die Verfügungen des Handelsregisterrichters können Beschwerden beim Bezirksgericht in der für Sonderbeschwerden bestehenden Ordnung erhoben werden. Über Verfügungen des Bezirksgerichts können beim Zivildepartement des Senats Kassationsklagen unter Einzahlung der Kassationskaution (Zivilprozessordnung, Ausg. v. J. 1932, Art. 286) erhoben werden.

## VIII. Übergangsbestimmungen.

51. Kaufleute, welche ihre Tätigkeit vor Inkrafttreten dieses Gesetzes eröffnet haben, haben sich zur Registrierung im Laufe eines Monats, gerechnet vom Inkrafttreten des Gesetzes, anzumelden. In einem solchen Falle haben die Firma entsprechend anzumelden:

- 1) der Einzelkaufmann;
- 2) die persönlich haftenden Gesellschafter oder die mit der Vertretungsbefugnis bevollmächtigten Gesellschafter;
- 3) der Vorstand oder
- 4) die bevollmächtigten Vertreter ausländischer Gesellschaften.

In den unten angeführten Fällen melden die Firma an:

- 1) wenn das Unternehmen des Kaufmannes einschliesslich der Firma verpachtet oder in Niessbrauch gegeben ist — der Pächter oder Niessbraucher;
- 2) wenn der Kaufmann unter Kuratel oder Vormundschaft steht — die Kuratoren oder Vormünder;
- 3) wenn das Unternehmen unter Geschäftsaufsicht (Administration) steht — die Administratoren;
- 4) wenn über das Unternehmen Konkurs eröffnet ist — der vereidigte Kurator oder die Konkursverwaltung;
- 5) wenn die Gesellschaft sich in Liquidation befindet — die Liquidatoren.

52. Bei Anmeldung zur Registrierung einer Aktiengesellschaft oder einer anderen Gesellschaft, deren Statuten von der Regierung bestätigt sind, ist dem Handelsregisterrichter mitzuteilen, wann die Statuten bestätigt sind. Das Datum der Bestätigung ist in das Handelsregister an Stelle des Datums der Registrierung einzutragen.

53. Kaufleute, deren Firma bei dem entsprechenden Stadtamte vor Veröffentlichung dieses Gesetzes registriert ist, dürfen ihre bisherige Firma unverändert beibehalten.



54. Die in den Art. 33 und 34 erwähnten Fristen beziehen sich nicht auf die Eintragung in das Handelsregister von solchen Kaufleuten, welche ihre Tätigkeit vor Inkrafttreten dieses Gesetzes oder in den ersten sechs Monaten danach eröffnet hatten.

55. Diejenigen Einzelkaufleute, offene Handelsgesellschaften und Kommanditgesellschaften, welche ihre Tätigkeit in den ersten sechs Monaten nach Inkrafttreten des Gesetzes eröffnet hatten, haben sich in den ersten 10 Tagen des siebenten Monats zur Registrierung anzumelden. Durch die in den Art. 17 und 18 erwähnten Fristen werden sie nicht berührt.

Anmerkung. Die Bestimmungen dieses Artikels beziehen sich nicht auf die in den Art. 19 und 20 erwähnten Kaufleute.

56. Der Justizminister erlässt im Einvernehmen mit dem Finanzminister eine Instruktion über Einführung dieses Gesetzes.

Das Gesetz tritt drei Monate nach seiner Veröffentlichung in Kraft.

Mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes werden die geltenden Bestimmungen über die Registrierung von Kaufleuten aufgehoben.

Riga, den 12. Oktober 1933.

Der Ministerpräsident A. Blodniek.

Der Finanzminister J. Annus.

## Die Gesetzgebung Lettlands im IV. Quartal 1933.

Von Rechtsanwalt W. Mueller.

### I.

In völkerrechtlicher Hinsicht ist in der Berichtsperiode die Ratifizierung einer ganzen Reihe von Konventionen zu vermerken. Hier wäre in erster Linie die Konvention über die Definition des Angriffs zu nennen, welche zwischen Lettland, Estland, Polen, Rumänien, der Türkei, der Sowjet-Union, Persien und Afganistan am 3. Juli 1933 in London abgeschlossen wurde. (Gbl. 250). Die Vertragsstaaten verpflichten sich nach dieser Konvention hinsichtlich ihrer gegenseitigen Beziehungen den Begriff «Angriff» so zu definieren, wie es, von der Sowjet-Union vorgeschlagen, in dem Bericht an die Abrüstungskonferenz vom 24. Mai 1933 geschehen ist. Demnach gilt als Angriff: 1) Kriegserklärung, 2) Einfall in fremdes Territorium bezw. 3) Überfall ohne Kriegserklärung, 4) Blokade und 5) Unterstützung von bewaffneten Banden, welche in fremdes Territorium einfallen. Keinerlei politische, militärische, wirtschaftliche oder dem ähnliche Gründe sollen dabei als Entschuldigung gelten.

Ein recht umfangreicher Handelsvertrag wurde mit der Sowjet-Union abgeschlossen (Gbl. 269). Er beginnt mit der Meist-

begünstigungsklausel (Art. 1), welche beide Staaten einander gewähren, und deren vielfältige Geltungsgebiete genau aufgezählt werden. Dabei verpflichten sich die Vertragsstaaten künftig bei Abschluss von Handelsverträgen mit anderen Staaten in diesen Verträgen von der Meistbegünstigungsklausel die Rechte und Privilegien auszuschliessen, welche Lettland und die Sowjet-Union einander gewähren (Art. 3). Die Meistbegünstigungsklausel bezieht sich nicht: für Lettland — auf Verträge mit Estland, Litauen und Finnland, für Russland ausserdem noch auf Verträge mit den angrenzenden asiatischen Staaten; ausserdem werden von der Wirkung der Meistbegünstigungsklausel alle aus einer Zollunion mit einem dritten Staat hervorgehenden Rechte bzw. Privilegien ausgeschlossen (Art. 2). Des weiteren enthält die Konvention Regeln über Konsularvertretungen (Art. 3), genaue Bestimmungen über die Rechte der Handelsvertretung der Sowjet-Union in Riga (Art. 4), welcher die Ausführung des sowjetrussischen Aussenhandelsmonopols in Lettland obliegt (Art. 4, 5), sowie verschiedene Bestimmungen über den Güter- und Passagierverkehr (Art. 6).

Auch mit Litauen wurde ein Handelsabkommen (Gbl. 270) geschlossen. In den ersten drei Artikeln behandelt es die Rechte der Bürger des einen Vertragsstaates in dem anderen, wobei dieselben auch hinsichtlich des Immobilienbesitzes, des Arbeitsschutzes und der Sozialversicherung den eigenen Staatsbürgern gleichgestellt werden. Die in diesem Abkommen enthaltene Meistbegünstigungsklausel bezieht sich in erster Linie auf Zollgebühren, Bestimmungen über Handlungsreisende und dem ähnl. (Art. 6—8). Auch hier sind ausgenommen: für Lettland — Estland, die Sowjet-Union und Finnland, für Litauen aber nur Estland. Die Vertragsstaaten verpflichten sich zur Enthaltung von Import- bzw. Exportverboten im gegenseitigen Handelsverkehr, allerdings unter Statuierung einer ganzen Reihe von Ausnahmen. Für verschiedene Waren werden besondere Begünstigungen hinsichtlich der Einfuhr und der Zollsätze vorgesehen (Art. 5).

Ein besonderes Abkommen wurde mit Litauen über den Kleinhandel im Grenzgebiet geschlossen (Gbl. 271).

Aufgehoben wurde laut Vereinbarung zwischen den Vertragsstaaten die am 29. Oktober 1925 zwischen Lettland, Estland und der Sowjet-Union abgeschlossene Eisenbahnkonvention (Gbl. 249).

Endlich wurde mit Italien ein Konsularvertrag abgeschlossen (Gbl. 251), in welchem die Rechte und Pflichten der Konsularbeamten des einen Staates in dem anderen eine eingehende Regelung erfahren.

## II.

Auf staatsrechtlichem Gebiet wurde nichts geleistet, auch im Verwaltungsrecht gab es nur wenige, nicht bedeutsame Neuerungen. Ergänzt und abgeändert wurde das Gesetz über den Dienst in Heer und Flotte; hierbei wurde ein neuer Dienstgrad, — der des «Kapitänleutnants», welcher zwischen Kapitän und Oberleutnant rangiert, —

also dem ehemaligen russischen Stabs-Kapitän entsprechend — geschaffen (Gbl. 252). Eine geringfügige Abänderung des Wehrpflichtsgesetzes (Gbl. 230) war schon im vorigen Heft dieser Zeitschrift berücksichtigt worden.

Eine Notverordnung regelte die Verfassung der evangelischen Brüdergemeinden (Gbl. 233).

Besondere Bestimmungen wurden für Installateure von elektrischen Anlagen erlassen, wobei die Ausübung dieses Berufes genehmigungspflichtig gemacht wurde (Gbl. 246).

Das Kommunalrecht blieb völlig unberücksichtigt, während auf sozialpolitischem Gebiet zwei Notverordnungen die Bestimmungen über die Krankenkassen und über die Sicherstellung von Landbewohnern in Krankheitsfällen abänderten. Erstere (Gbl. 234) regelt den Fall der Nichtabmeldung aus dem Dienst entlassener Kassenglieder und bestimmt, dass der Unternehmer bei Nichteinhaltung der Vorschriften die Beiträge weiterhin nur für einen Monat zu zahlen braucht, während es früher in solchen Fällen für die Grenze der Haftpflicht des Unternehmers überhaupt keinen Termin gab. Die zweite Verordnung (Gbl. 232) gibt den auf dem Lande lebenden Staatsbeamten und Kriegsinvaliden das im Gesetz über die Sicherstellung von Landbewohnern in Krankheitsfällen vorgesehene Recht auf ärztliche Behandlung, allerdings nur gegen Bezahlung laut Taxe.

### III.

Das meiste Interesse beanspruchten wieder einmal wirtschaftliche und wirtschaftspolitische Fragen. Ein Statut erhielt das staatliche Schiffsamt (Gbl. 242), dem als autonomen Staatsunternehmen die Exploitation der dem Staat gehörigen bzw. in seinem Besitz befindlichen Seetransportmittel obliegt.

Einige Abänderungen erfuhr das Gesetz über den Postverkehr (Gbl. 244). Nach demselben erstreckt sich das Postmonopol auf: 1) Briefe, 2) Postkarten und 3) Kreuzbandsendungen (Art. 9). Die Aufzählung der Operationen der Post (Art. 6) wird durch folgendes ergänzt: Geldüberweisungen, Nachnahmesendungen und Operationen mit Postpaketen. Verschärft werden die Bestimmungen für die Fälle, in welchen Privatsachen als Dienstsendungen versandt werden (Art. 69). Bei Geldsendungen wird die Frist, während welcher der Absender eines dem Empfänger nicht ausgereichten Transfers die eingezahlte Summe von der Post zurückverlangen kann, von 10 auf 3 Jahre verringert (Art. 57).

Der Warenimport wurde für die Jahre 1933 und 1934 durch eine Notverordnung geregelt (Gbl. 235), die aber später durch ein vom Landtage erlassenes Gesetz (Gbl. 258) ersetzt wurde. Es enthält eine Aufzählung einer ganzen Reihe von Waren, deren Import in den Jahren 1933 und 1934 den von 1932 nicht übersteigen darf; die Import-Regulierungskommission, die auf Grund eines besonderen Gesetzes arbeitet



(Gbl. 105), kann sogar die Kontingente einer Verringerung unterziehen. Nicht berührt werden hiervon Kontingente, welche einzelnen Staaten auf Grund bestehender Handelsverträge zugebilligt worden sind, sowie Fälle von Havarie. Auch sonst wird eine ganze Reihe von Ausnahmen — weniger wesentlicher Natur — vorgesehen. Die Möglichkeit von Tauschgeschäften, welche in früheren Bestimmungen enthalten war, wird nur für Fischereiorganisationen beibehalten, sonst aber ausgeschlossen.

Zur Propaganda lettländischer Erzeugnisse wurde ein besonderes Komitee beim Finanzministerium, bestehend aus Vertretern wirtschaftlicher und anderer Organisationen, begründet (Gbl. 238).

Ein besonderes Gesetz galt der Förderung des Verbrauches von einheimischem Heizmaterial (Gbl. 253), laut welchem der Landwirtschaftsminister berechtigt wird, im Einvernehmen mit dem Verkehrs- und Finanzminister verbindliche Verordnungen zu erlassen, durch welche in gewissen Fällen der Verbrauch von ausländischem Heizmaterial ganz oder teilweise verboten wird.

Eine Ergänzung erhielt das Valutagesetz (Gbl. 241), durch welche das Volkswohlfahrtsministerium berechtigt wird, seinen Pensionären die Pensionen auch ohne Erlaubnis der Valutakommission in das Ausland zu übersenden. Die Übersendung anderer Pensionen hingegen unterliegt der Genehmigung dieser Kommission; mehr als Ls 200.— monatlich darf in keinem Fall an eine Person übersandt werden.

Durch Abänderung der Bestimmungen über die Begründung des Amtes eines Preisinspektors wurde letzterer berechtigt von sich aus für Übertretungen des Gesetzes administrative Geldstrafen bis zu Ls 200.— zu verhängen; höhere Strafen (bis zu Ls 5.000.— und Entziehung verschiedener Rechte) kann nur der Finanzminister verfügen (Gbl. 245).

Im Gesetz über die Zwangsumwandlung verschiedener Schulden wurde ausser der Vornahme von Korrekturen redaktioneller Natur verfügt, dass die im Zusammenhang mit der Umwandlung auszustellender Obligationen, sowie deren Ingrossierung, von jeglichen Gebühren befreit sind (Gbl. 254).

Einige Abänderungen erfuhr auch das Gesetz über die Herstellung von Malzextrakt (Gbl. 224).

Die ursprünglich für die Steuerjahre 1931 und 1932 vorgesehene Krisensteuer wurde als Zusatzsteuer zu der Einkommensteuer auch auf das Steuerjahr 1933 erstreckt, und zwar im Betrage von 12,5% der Einkommensteuersumme, zahlbar am 15. Januar, 15. Februar und 15. März 1934 (Gbl. 257). Im Gesetz über die Beschaffung von Mitteln zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wurde der Kreis der Personen, welche nur 1% ihres Einkommens zu zahlen haben, erweitert, wobei nicht nur Monateinkommen (bis Ls 200.—), sondern auch Tages- und Wocheneinkommen (bis Ls 8.—, bzw. Ls 48.—) berücksichtigt werden (Gbl. 231).

Im Stempelsteuergesetz wurde die Aufzählung der steuerfreien Dokumente (Art. 46) vervollständigt, indem einige im Zusammenhang mit dem Flachsmonopol stehenden Gesuche und Dokumente, sowie Gesuche um Ausreichung von Bescheinigungen über das Fehlen von Rückständen der landischen Immobiliensteuer hinzukommen (Gbl. 256).

Im Akzisegesetz erhielt Art. 1214 eine neue Anmerkung (Gbl. 240), nach welcher eine laut Zollgesetz vorgenommene Bestrafung für Schmuggel mit Tabakwaren die Schuldigen nicht von der Verantwortung laut Akzisegesetz für die Aufbewahrung und den Verkauf derselben Waren befreit. — Diese Novelle ist durch eine Senatsentscheidung gegenteiligen Inhalts hervorgerufen worden.

Im Zollgesetz wurden die Zollstrafen für den Schmuggel von Roggen und Weizen bis auf das 10-fache der betreffenden Zollsätze erhöht (Gbl. 223), auch sonst einige verschärfte Bestimmungen auf diese Getreidesorten bezogen. Für heimliche Einfuhr von Spielkarten werden die Schuldigen mit Ls 10.— für jedes einzelne Spiel und Konfiszierung derselben bestraft.

Zweimal wurde der Zolltarif abgeändert, einmal hinsichtlich des Grenzverkehrs (Gbl. 228) und das zweite Mal hinsichtlich der Sätze auf Paraffin (Gbl. 220).

#### IV.

Auf dem Gebiete des Agrarrechts erhielt das im Jahre 1923 erlassene Korroborationsgesetz (Gbl. 41/1923) einige Zusätze. Sie beziehen sich in der Hauptsache auf den Modus der Korroborations einzelner in diesem und dem Agrarreformgesetz vorgesehener Kategorien von enteigneten Ländereien auf den Namen des Staats; die Korroborations erfolgt auf einseitigen Antrag des Landwirtschaftsministeriums. Ausserdem werden wiederum die Befugnisse der Notare des Landwirtschaftsministeriums erweitert, indem dieselben zur Abfassung von Akten berechtigt werden, die sich auf die Begründung von Servituten zugunsten des Verkehrsministeriums beziehen (Gbl. 229).

Recht umfangreiche Abänderungen (Gbl. 260) erfuhr das städtische Landgesetz (Gbl. 52/1928), welche die in den Jahren 1929 und 1931 erlassenen Novellen ersetzen. Sie beziehen sich auf den Modus der Realisierung der Rechte, welche in Art. 9 dieses Gesetzes den Pächtern von Baugrundstücken zum Auskauf derselben gegeben werden. Die tatsächlichen Änderungen betreffen jedoch nur Details, so dass im ganzen die frühere Ordnung bestehen bleibt. Neu ist nur folgendes: berechtigt zum Auskauf werden alle Pächter, welche ihren Wunsch bis zum 31. Dezember 1932 dem Landwirtschaftsministerium gemeldet haben; bei Enteignung der betreffenden Zinsgrundstücke darf der Ober Eigentümer den Grundzins nicht erhöhen; die Kosten der Bewertung der Grundstücke gehen zu Lasten des Landwirtschaftsministeriums; die Frist für den Abschluss des Auskaufvertrages mit dem Landwirtschafts-

ministerium wird von 6 auf 3 Monate verkürzt. Weitere Änderungen redaktioneller Natur können übergangen werden.

Einen Zusatz erhielt das Gesetz über die Kontrolle und den Export von Butter: die Neueröffnung weiterer Meiereien, Käsereien usw. kann nur noch mit Erlaubnis des Landwirtschaftsministers erfolgen (Gbl. 275).

## V.

Einige Veränderungen erfuhr das Akzisestrafgesetz (Gbl. 239), in dem verschiedene Tatbestände einer Revision unterzogen wurden; zumeist sind auch hier die Änderungen redaktioneller Natur, durch welche Unzulänglichkeiten der ursprünglichen Fassung beseitigt werden sollen; die Strafmasse sind mit einer Ausnahme (Strafen für unbefugten Verkauf alkoholfreier akzisepflichtiger Getränke) durchweg die gleichen geblieben. — In verschiedenen Fällen werden den alkoholhaltigen akzisepflichtigen Getränken staatlicher Spiritus bzw. Branntwein gleichgestellt. Die Einfuhr alkoholischer Getränke aus dem Auslande wird, unabhängig von der Zollstrafe, auch hier mit einer Akzisestrafe belegt. U. a. wird im Gesetz eine Legaldefinition für den oft gebrauchten Ausdruck «mit dem Geschäft zusammenhängende Räumlichkeiten» gegeben, und die Regeln darüber, wer für die Einhaltung der Akzisevorschriften strafrechtlich haftet, erweitert.

Durch die Abänderungen der Zivil- und Kriminalprozessordnung wurden endlich die von vielen schon lange ersehnten Gerichtsferien eingeführt (Gbl. 259), allerdings in reichlich bescheidenem Masse; sie erstrecken sich nämlich nur auf die Zeit vom 17—30. Juni und 23. Dezember bis 2. Januar. Von Zivilsachen sollen in dieser Zeit nur anberaumt werden: bei den Friedensrichtern — Arbeitslohnforderungen, im Urkundenprozess zu entscheidende Sachen und Sicherstellungen von Klagen und Beweisen, im Bezirksgericht als Appellationsinstanz — ausserdem noch Sachen wegen Zulassung bzw. Aufhebung der vorläufigen Vollstreckbarkeit. In den allgemeinen Gerichten kommen zu alledem noch Konkursachen hinzu, falls der Schuldner sich in Haft befindet. Von Strafsachen sollen während der Ferien sowohl bei den Friedensrichtern als auch bei den allgemeinen Gerichten nur Hooligansachen verhandelt werden, ferner Fragen wegen Änderung eines Sicherheitsmittels, sowie Sachen, in welchen sich eine unvorhergesehene Notwendigkeit zur Anberaumung ergibt. Sowohl in Zivil- wie auch in Kriminalsachen ist während der Gerichtsferien bei allen Gerichten der Lauf sämtlicher Fristen gehemmt.

Von den Abänderungen des Gesetzes über die Gemeindegerichte (Gbl. 272) vermerken wir folgende: im Prinzip wird anerkannt, dass die Tätigkeit eines Gemeindegerichts sich auf das Gebiet der entsprechenden Gemeinde erstreckt (Art. 2); ergibt sich eine Notwendigkeit der Abweichung von diesem Prinzip, so hat darüber das entsprechende Bezirksgericht zu verfügen; dieses übergibt seinen Beschluss dem Innenministerium, welches, falls es mit dem Beschluss des



Bezirksgerichts nicht einverstanden ist, die Angelegenheit an das Justizministerium zur endgültigen Entscheidung weiterleitet (Art. 6). Die Aufsichtsinstanz für die Gemeindegerichte bleibt nach wie vor das Friedensgericht; die Bestätigung von Verkäufen pupillarischer Immobilien hingegen erfolgt durch das Bezirksgericht, an welches die Anträge vom Friedensrichter weitergeleitet werden (Art. 85).

In Friedensrichterdistrikten, in welchen sich weniger als 3 Gemeinden befinden, werden Beschwerden über Verfügungen der Gemeindegerichte vom Friedensrichter allein, ohne Hinzuziehung von Beisitzern, entschieden (Art. 29). Zu den Obliegenheiten der Gemeindegerichte werden auch Benachrichtigungen der Vertragsgegner über Aufhebung bezw. Kündigung von Verträgen gemacht (Art. 110 Anm.).

Im lettgalischen (d. i. dem in Lettgallen geltenden russischen) Zivilrecht wurde im Zusammenhang mit der Gemeindegerichtsreform Art. 1700 hinsichtlich der Form landischer Pachtkontrakte abgeändert; hiernach können Pachtverträge für eine Zeit bis zu 12 Jahren in das Aktenbuch des Gemeindegerichts eingetragen werden, falls die Vertragssumme Ls 1000.— nicht übersteigt.

Nicht unwesentliche Änderungen erfuhr die Notariatsordnung (Gbl. 255). Die Grundbuchämter werden verpflichtet unter anderem auch ein alphabetisches Register aller in ihrer Rechts- oder Handlungsfähigkeit beschränkten Personen zu führen (Art. 337). Die Möglichkeit mündlicher Anträge an die Grundbuchämter wird abgeschafft (Art. 338). Korroborationsanträge sind im allgemeinen nach wie vor notariell zu beglaubigen; basiert aber der Antrag auf einer in Sachen des Antragstellers erfolgten gerichtlichen Entscheidung oder auf einem unter seiner Mitwirkung geschlossenen, vom Notar bezw. dem Gemeindegericht beglaubigten Akt, so ist ein Beglaubigung des Antrags nicht mehr vonnöten (Art. 339). Bei der Durchsicht der Anträge hat der Chef des Grundbuchamtes auch darauf zu achten, dass die Kontrahenten hinsichtlich der zu korroborierenden Rechte in ihrer Handlungsfähigkeit nicht beschränkt sind (Art. 352, Pkt. 5).

Die beiden im Notverordnungswege erlassenen auf das Handelsrecht bezüglichen Gesetze: über die Firma (Gbl. 236) und über die Kaufleute (Gbl. 237) sind bereits im vorigen Heft dieser Zeitschrift in extenso zum Abdruck gelangt.

Im Gesetz über die A u s v e r k ä u f e wurde ein evidenter Fehler verbessert (Art. 226).

Das Gesetz über die K o o p e r a t i v g e n o s s e n s c h a f t e n erhielt einen Zusatz (Gbl. 225), welcher eine Möglichkeit der Umbewertung des genossenschaftlichen Vermögens vorsieht. Dieselbe erfolgt auf Beschluss der Generalversammlung durch eine dreigliedrige vom Revisionsverband der Genossenschaften ernannte Kommission, wonach die Umbewertung von der Generalversammlung der Genossenschaft zu bestätigen ist.

Auch die Bestimmungen über die Liquidation der Genossenschaften nach ihrer Schliessung durch Gerichtsbeschluss erhielten Zusätze (Gbl. 221), welche sich auf die Tätigkeit des mit der Liquidation beauftragten vom Revisionsverband der Genossenschaften ernannten Kurators beziehen.

## Estland

### **Die Gesetzgebung Estlands im IV. Quartal 1933.**

Von vereid. Rechtsanwalt Gert Koch, Reval.

#### I.

Das letzte Quartal 1933 bringt zunächst einige völkerrechtliche Neuerungen. Ratifiziert wurde die Konvention<sup>1)</sup> betr. die Begriffsbestimmung des Angreifers. Das Handelsprovisorium mit Litauen<sup>2)</sup> von 1931 wurde derart verändert, dass die vereinbarten besonderen Vorzugszölle aufgehoben und die Zölle fortan auf Grund der Meistbegünstigungsklausel erhoben werden. Mit Polen wurde eine Veterinärkonvention<sup>3)</sup> geschlossen, welche den Transit von Vieh regelt. Es erfolgte ferner der Anschluss an die Londoner Konvention<sup>4)</sup> vom 5. VII. 1930 betr. die Ladelinie. Das System der Rechtshilfsabkommen wurde durch ein Abkommen<sup>5)</sup> mit Holland betr. die Auslieferung von Verbrechern und Rechtshilfe in Strafsachen erweitert. Das mit England abgeschlossene Abkommen betr. Rechtshilfe in Zivil- und Handelssachen wird in seiner Wirkung auf Australien und die Inseln St. Helena und Ascension ausgedehnt<sup>6)</sup>.

#### II.

Staatsrechtlich bringt der Oktober des Berichtsjahres in der III. Volksabstimmung die lang erwartete Verfassungsänderung, und zwar wird der Entwurf der sog. Freiheitskämpferbewegung mit reichlicher Mehrheit angenommen, trotz des Versuchs einiger Parteien durch Heraufsetzung<sup>7)</sup> des Quorums die Abstimmung negativ verlaufen zu lassen. Wie bei den früheren Entwürfen, so ist auch bei dem nunmehr zum Gesetz<sup>8)</sup> erhobenen Entwurf das Wesentliche die Einführung der Präsidentschaft und die Herabsetzung der Zahl der Abgeordneten von 100 auf 50<sup>9)</sup>.

Die neue Verfassung ist am 24. Januar 1934 in Kraft getreten.

Zusammenfassend darf gesagt werden, dass die Verfassungsreform eine entschiedene Abkehr von dem bisher herrschenden Parlaments-

<sup>1)</sup> RT Nr. 88 (RT — Staatsanzeiger; die Numeration ist die des Jahres 1933).

<sup>2)</sup> RT Nr. 88.

<sup>5)</sup> RT Nr. 91.

<sup>8)</sup> RT Nr. 86.

<sup>3)</sup> RT Nr. 88.

<sup>6)</sup> RT Nr. 79, 88.

<sup>4)</sup> RT Nr. 101.

<sup>7)</sup> RT Nr. 81.

<sup>9)</sup> Eine ausführliche Darstellung der einzelnen Bestimmungen des Gesetzes wird in diesem Heft an anderer Stelle (S. 144) gebracht. Anm. der Redaktion.

absolutismus mit einer sehr deutlichen Spitze gegen das Parteiwesen bedeutet. Dem Parlament, dem bisher eine Staatsregierung ohne wesentliche selbständige Rechte gegenüberstand und die in gewisser Beziehung lediglich als ein parlamentarischer Exekutivausschuss gelten konnte, erwächst in Gestalt des Staatsältesten ein ernster Gegenspieler, dem die Möglichkeit gegeben ist, gegenüber dem Parlament eine selbständige Politik zu führen und nötigenfalls durchzusetzen.

Mit der Annahme der Verfassungsreform liessen die innerpolitischen Spannungen soweit nach, dass der über das ganze Staatsgebiet verhängte Schutzzustand<sup>10)</sup> teilweise aufgehoben werden konnte. Zum Gebiete des verstärkten Schutzes gehören jetzt die Städte Reval, Narva, Petschur und Nömme, die Territorialgewässer und von der Staatsgrenze geschnittenen Binnengewässer, das Eisenbahngebiet und eine Reihe von Gemeinden der Kreise Harrien, Wierland, Dorpat, Werro und Petschur. Der Schutzzustand dauert einstweilen bis zum 1. Januar 1935. Im Zusammenhang mit der politischen Entspannung wurde die Vorzensur<sup>11)</sup> aufgehoben.

Eine Novelle<sup>12)</sup> zum Ständeaufhebungsgesetz überträgt das Eigentum am Schloss Arensburg mit seinem Areal und Nebengebäuden der Stadt Arensburg. Das übrige Vermögen der Öselischen Ritterschaft fällt an die Kreisselbstverwaltung Ösel.

Auf verwaltungsrechtlichem Gebiet ist die in Zusammenhang mit der Selbstverwaltungsreform stehende Verlängerung der Mandate<sup>13)</sup> der Stadt-, Flecken- und Gemeindeverordneten bis zum 1. April 1934 zu nennen. In das Berichtsquartal fällt die erstmalig erfolgte Auflösung<sup>14)</sup> des deutschen Kulturrats durch die Staatsregierung.

Die Bekämpfung ansteckender Krankheiten wird durch ein diesbezügliches Gesetz<sup>15)</sup> neu geregelt. Als Mittel zur Bekämpfung von Infektionskrankheiten sind zugelassen: die Isolation der Kranken, Verkaufsverbot von Lebensmitteln, besonders Milch, Schliessung von Lebensmittelhandlungen im Falle von Seuchen, Einrichtung von Quarantänen u. a. Bazillenträgern kann eine Beschäftigung verboten werden, welche sie in Berührung mit Lebensmitteln bringt. Die Staatsregierung und das Bildungs- und Sozialministerium erhalten das Recht, Einzelheiten auf dem Verordnungswege zu regeln. Eine Novelle<sup>16)</sup> zum Gesetz betr. Volksgesundheit fixiert näher die Befugnisse der Sanitätsbehörden. Von Interesse ist eine Verordnung<sup>17)</sup> der Staatsregierung, welche den Bau gassicherer Räume in den Städten vorsieht. Die städtischen Selbstverwaltungen sind zusammen mit dem Verkehrs- und Wehrminister gehalten ein Netz gassicherer Unterkunftsräume zu projektieren. Die Anlage öffentlicher gassicherer Räume ist

<sup>10)</sup> RT Nr. 83, 90, 107.

<sup>11)</sup> RT Nr. 84.

<sup>12)</sup> RT Nr. 94.

<sup>13)</sup> RT Nr. 89.

<sup>14)</sup> RT Nr. 105.

<sup>15)</sup> RT Nr. 94.

<sup>16)</sup> RT. N. 96.

<sup>17)</sup> RT. Nr. 78.



beim Neubau oder bei kapitälem Umbau öffentlicher Gebäude obligatorisch, wenn im städtischen Projekt an der betr. Stelle gassichere Räume vorgesehen sind. Obligatorisch ist ferner die Anlage gassicherer Räume beim Neubau oder kapitalen Umbau grossindustrieller Gebäude. Bei privaten Neubauten oder kapitalen Umbauten sind private, für die Einwohner des betr. Gebäudes ausreichende Unterstände anzulegen, wenn im entsprechenden Bezirk öffentliche Unterstände fehlen.

Ein neues Konsulargesetz<sup>18)</sup> ersetzt die antiquierten, bisher geltenden, aus der russischen Zeit stammenden, Bestimmungen. Ebenfalls neugeregelt wird die Materie der Requisition<sup>19)</sup>. Im Falle der Mobilisation und des Krieges sowie in beschränktem Masse auch im Falle von Probemobilisation und Manövern können Requisitionen und zwangsweise Nutzungen stattfinden: zu Arbeiten können die Staatsbürger zwangsweise nur im Kriegs- oder Mobilisationsfalle herangezogen werden. Alle diese Massnahmen dürfen jedoch nur angewandt werden, wenn der entsprechende Bedarf auf normalem Wege nicht gedeckt werden kann. Jede zwangsweise beanspruchte Leistung ist grundsätzlich zu entschädigen, doch ist in einzelnen Fällen auch eine entschädigungslose Nutzung vorgesehen. Besonders erwähnt sei das Recht im Kriegsfall die Produktion von Industrieunternehmungen auf Kriegsbedarf umzustellen und Industrieunternehmungen in die Nutzung des Staats zu übernehmen, wobei in solchem Falle die Leitung und Verwaltung des Unternehmens an den Staat übergeht. Mit dem Übergang der Nutzung auf den Staat ist ein Moratorium für das Unternehmen verbunden, welches bis zur Beendigung der Nutzung dauert. Personen welche die ihnen auf Grund dieses Gesetzes obliegenden Leistungen nicht erfüllen, verfallen einer Geld- bzw. Gefängnisstrafe.

Eine Novelle<sup>20)</sup> zum Wehrpflichtgesetz ermöglicht den in Friedenszeiten zur Leistung ihrer Wehrpflicht eingezogenen Staats- und Kommunalbeamten im Laufe eines Monats nach Ablauf der Dienstzeit auf ihre früheren Stellen zurückzukehren.

### III.

Auf zivilprozessualen Gebiet ist die Verkürzung<sup>21)</sup> einiger Fristen bei der Vollstreckung in Immobilien sehr zu begrüßen. Zur freiwilligen Bezahlung seiner Schuld erhält der Gläubiger nunmehr nur einen Monat (§ 1095, ZPO). Die im § 1143 vorgesehenen Fristen werden vereinheitlicht und durch eine einmonatliche Frist ersetzt. Die im § 1849 vorgesehene Frist wird auf 2 Wochen verkürzt.

Nachdem bereits im Vorjahr eine Zinssenkung stattgefunden hatte, ist im Berichtsquartal eine weitere Zinsreduktion<sup>22)</sup> durchgeführt

<sup>18)</sup> RT. Nr. 97.

<sup>19)</sup> RT. Nr. 106.

<sup>20)</sup> RT. Nr. 93.

<sup>21)</sup> RT. Nr. 93.

<sup>22)</sup> RT. Nr. 81.

worden. Der höchstzulässige Darlehnszinsfuss ist ab 1. November 1933 7% p.a.; Girokonti, Einlagen etc. dürfen mit nicht über 5% verzinst werden. Das Gesetz gilt einstweilen bis zum 1. Januar 1935. Im Zusammenhang mit der allgemeinen Zinssenkung steht ein Gesetz<sup>23)</sup>, durch welches die Verzinsung sowohl der Pfandbriefe als auch der Darlehen der Estländischen Hypothekenbank von 8% auf 6% herabgesetzt wurde.

Einen relativ geringen Raum beansprucht im Berichtszeitraum die Finanzgesetzgebung. Im Rahmen der Sparmassnahmen liegt ein Gesetz<sup>24)</sup>, durch welches die Auszahlung eines Dreimonatsgehalts an die aus dem Amt scheidenden Minister eingestellt wird. Entsprechend der allgemeinen Zinssenkung wird die Verzinsung der staatlichen Baudarlehen<sup>25)</sup> ebenfalls herabgesetzt und zwar auf 3%. Eine Verordnung der Staatsregierung regelt noch einige offene Fragen wegen der aufgehobenen Devisensteuer<sup>26)</sup>. Eine Novelle<sup>27)</sup> zum Gesetz betr. die landische Immobiliensteuer ordnet technische Einzelheiten. Ebenfalls ohne grösseres allgemeines Interesse sind einige Zollveränderungen<sup>28)</sup>. Im Zusammenhang mit dem Umschuldungsgesetz<sup>29)</sup> wurde das Statut der Agrarbank<sup>30)</sup> verändert.

Das Gesetz betr. die landwirtschaftlichen Moratorien von 1932<sup>31)</sup> wird durch ein neues sehr ähnliches Gesetz<sup>32)</sup> ersetzt, welches sich jedoch ausser auf die landwirtschaftlichen Schulden auch auf die Schulden der Fischer bezieht. Eine Novelle<sup>33)</sup> zum Umschuldungsgesetz ermöglicht die Eintragung der vom Schuldner dem Staat im Verfolg des Umschuldungsverfahrens ausgestellten Schuldscheine in die Grundbücher auch dann, wenn in den Grundbüchern die in der Notariatsordnung § 316 P. 2 und § 321 P. 2 lit. b. erwähnten Eintragungen vorhanden sind. Zur Förderung des Absatzes landwirtschaftlicher Produkte wird das Landwirtschaftsministerium ermächtigt, auf dem Verordnungswege diese Produkte zu standardisieren<sup>34)</sup> und den Verkauf von Nicht-Standardware zu verbieten. Als Standardware darf nur Ware verkauft werden, die deren auf dem Verordnungswege festgestellte Eigenschaften besitzt. Ohne besonderes Interesse ist schliesslich eine Novelle<sup>35)</sup> zum Gesetz betr. die Landordnung.

---

<sup>23)</sup> RT. Nr. 81.

<sup>24)</sup> RT. Nr. 103.

<sup>25)</sup> RT. Nr. 87.

<sup>26)</sup> cf.m. Bericht f. 1933 I—III i. Heft 10 VII. Jahrg. S. 47.

<sup>27)</sup> RT. Nr. 93.

<sup>28)</sup> cf.m. Bericht f. 1932 I i. Heft 2. VI. Jahrg. S. 108.

<sup>29)</sup> RT. Nr. 85, 105.

<sup>30)</sup> RT. Nr. 93.

<sup>26)</sup> RT. Nr. 84.

<sup>27)</sup> RT. Nr. 88.

<sup>28)</sup> RT. Nr. 88, 90, 96.

<sup>34)</sup> RT. Nr. 88.

<sup>35)</sup> Rt. Nr. 99.

# Rechtsprechung.

## Lettland.

### **1. Besitzt die Kirchengemeinde ein dingliches Recht am Vermögen der Ortskirche?**

### **2. Was ist unter Enteignung zu verstehen?**

Am 16. Oktober 1923 hatte die beklagte (deutsche) Domgemeinde der durch Übergabe der Jakobikirche an den röm.-kath. Bischof obdachlos gewordenen lettischen Friedensgemeinde und am 27. April 1926 der neugegründeten Garnisongemeinde Rechte auf Nutzung der sich im Besitz der Domgemeinde befindlichen Domkirche zu Riga eingeräumt. Im Januar 1930 verlangte die Garnisongemeinde ein Mitverwaltungsrecht am Dom. Die Vermittlungsversuche des lettländischen Oberkirchenrates waren erfolglos. Ein im Landtag eingebrachter Gesetzesantrag auf Enteignung der Domkirche zugunsten des Staates wurde am 23. März 1931 abgelehnt, auch ein zur Volksabstimmung gebrachter Gesetzesentwurf gleichen Inhalts gelangte nicht zur Annahme. Am 29. September 1931 erliess das Ministerkabinett auf Grund des Art. 81 der Staatsverfassung eine Verordnung (Gbl. 192), durch die im wesentlichen Nachstehendes angeordnet wurde: Die Domkirche in Riga ist Kathedrale des evang.-luth. Bischofs von Lettland (Art. 4). Über bewegliches und unbewegliches Eigentum der Domkirche verfügt die neue Kirchenverwaltung, der die Rechte eines Gemeinderates zustehen (Artikel 5). Sie besteht aus je einem Vertreter des Bischofs, des Kriegsministers, sowie aus je drei Vertretern der lettischen Garnison-, der lettischen Friedens-, sowie der deutschen Domgemeinde (Art. 6). Die Kirchenverwaltung ist vollberechtigt, auch wenn eine Gemeinde oder der Bischof keine Vertreter entsenden (Art. 7 in der Fassung v. 29. Okt. 1931. Gbl. 220); solche wurden auch von der deutschen Domgemeinde nicht entsandt. Im Namen der Domkirche verlangte die neue Kirchenverwaltung von der Beklagten Räumung der der Domkirche gehörigen Räumlichkeiten. Der Klage wurde in beiden Vorinstanzen stattgegeben, die Kassationsbeschwerde zurückgewiesen.

Zur Begründung seiner Entscheidung führte der Senat aus:

Der Klage der Domkirche wegen Exmission der beklagten deutschen Domgemeinde aus den von letzterer eingenommenen Räumlichkeiten und Wohnungen samt allen von der Beklagten abhängigen Amtspersonen, Angestellten, Behörden und Organisationen mit deren Inventar gab das Bezirksgericht durch Urteil vom 6./8. Juli 1932 unter anderem aus folgendem Grunde statt: a) durch Gesetz vom 29. Sept. 1931 ist für die juristische Person «Domkirche» ein gesetzliches Organ geschaffen worden, dem das alleinige Verfügungsrecht über das Eigentum der Domkirche zusteht, weshalb dem früheren Rechtszustand hinsichtlich dieses Eigentums im gegenwärtigen Rechtsstreit keine Bedeutung zukommt; b) dem neugeschaffenen Organ — der Domkirchenverwal-



tung — steht das Recht zu, die Art der Nutzung des Kirchenvermögens zu bestimmen, und es ist in dieser Hinsicht weder beschränkt durch etwa bestehende Rechte einer einzelnen Gemeinde an einem Teil des Kirchenvermögens, noch verpflichtet, sich im Besitz mit irgendeiner Kirchengemeinde zu teilen; c) bis zum Erlass der Gesetzesnovelle vom 29. Sept. 1931 verwaltete und nutzte die Beklagte das Kirchenvermögen als tatsächliche Nutzniesserin in eigenem Namen, suo nomine, nicht jedoch als Verwalterin der Domkirche, weshalb die von ihr geschlossenen Verträge und ihre Verfügungen über das Eigentum der Domkirche nur die Beklagte selbst verpflichten, nicht auch die Klägerin, die daher mit den seitens der Beklagten dritten Personen gegenüber eingegangenen Verbindlichkeiten nicht zu rechnen braucht; d) der Verwaltung der Domkirche (Doma baznīcas pārvalde) als einem durch Gesetz geschaffenen Verwaltungsorgan steht das Recht zu, die juristische Person Domkirche zu vertreten, und unter anderem auch das Recht, in ihrem Namen vor Gericht aufzutreten.

Ausgehend von der Ansicht, dass das Urteil des Bezirksgerichts als unrichtig aufzuheben sei, macht die Beklagte in ihrer gegen vorstehendes Urteil eingelegten Kassationsbeschwerde unter anderem geltend: 1) die Klage sei im allgemeinen zu früh erhoben, denn nach Erlass der Bestimmungen vom 29. Sept. 1931 habe die Klägerin nur ein Recht auf Mitbesitz am Domkirchenvermögen erlangt, weshalb sie zunächst einen Entwurf über die Verteilung der Nutzung aufzustellen gehabt habe unter Festsetzung der der deutschen Gemeinde zur Nutzung zu überlassender Räumlichkeiten; erst dann habe sie mit dem Anspruch auf Räumung der übrigen Räume hervortreten können; b) die Nutzungsrechte der Beklagten am Kirchenvermögen seien durch die Bestimmungen vom 29. Sept. 1931 nicht aufgehoben, deshalb habe die Klägerin ihre Nutzungsrechte auch im Interesse der Beklagten als eines Subjekts des Nutzungsrechts auszuüben, denn sonst wäre es nicht verständlich, warum die deutsche Gemeinde, sollten ihr keine Mitbenutzungsrechte zustehen, zur Mitverwaltung aufgefordert wurde; c) ausserdem stünden die im Wege des Art. 81. erlassenen Bestimmungen vom 29. Sept. 1931 als gegen Vermögensrechte (mantiskās tiesības) der Beklagten als Gemeinde gerichtet und damit zugleich den Grundsatz der Verwaltung und Selbstbestimmung der evang.-luth. Kirche ausser Acht lassend, im Gegensatz zum Gesetz über Enteignung von Grundstücken vom 24. Mai 1923 und zu den Bestimmungen von 1928 über die Stellung der evang.-luth. Kirche und enthielten überhaupt Verstösse gegen die Staatsverfassung; es wäre deshalb das Bezirksgericht verpflichtet gewesen, die Verbindlichkeit der erlassenen Normen kraft der den Gerichten laut der Verfassung zustehenden Überprüfungsrechte zu untersuchen; d) unabhängig davon, habe das Bezirksgericht irrtümlich erkannt, dass die seitens der deutschen Gemeinde abgeschlossenen Mietverträge für die Domkirche selbst als juristische Person nicht verbindlich seien.

Die Kassationsbeschwerde der Klägerin ist unbegründet.

Zunächst, was die Rechtsstellung anbelangt, die die evang.-luth. Gemeinden im allgemeinen gegenüber der Kirche (der Ortskirche) einnehmen, so ist zu bemerken, dass die rechtlichen Beziehungen zwischen der Gemeinde und der Ortskirche in Lettland allgemein durch die Zeitweiligen Bestimmungen vom 27. Okt. 1919 über die evang.-luth. Gemeinderäte (Reg. Anz. Nr. 61) geregelt werden. Auf Grund dieser Zeitweiligen Bestimmungen sind die Gemeinden durch ihre Ausführungsorgane (Rat und Vorstand) zugleich auch Organe der Ortskirche. Dabei ist sowohl die Ortskirche als auch die Gemeinde als juristische Person anerkannt, und beide besitzen eigenes Vermögen. Die Bestimmungen haben demnach die eigentümliche Lage geschaffen, dass eine juristische Person (die Gemeinde) durch ihre Organe zugleich Organ einer anderen juristischen Person (der Ortskirche) ist und die erwähnten Gemeindeorgane — alleinige Organe der Ortskirche. Sowohl die Ortskirche als auch die Gemeinde besitzen eigenes Vermögen; der Rat und der Vorstand verwalten demnach gleichzeitig sowohl das Vermögen der Ortskirche als auch das der Gemeinde (vgl. Verfassung der evang.-luth. Kirche Lettlands, Art. 39, Pkt. 2). Auf diese Weise ist es auch zu erklären, dass die «Räte» in den Zeitweiligen Bestimmungen bald «Gemeinderäte» (in der Überschrift der Bestimmungen), bald «Kirchenräte» (Zeitweilige Bestimmungen, Art. 1 und 12) genannt werden. In den angeführten Bestimmungen ist den Gemeindeorganen, die dadurch auch Organe der Ortskirche sind, und zwar dem Rat, unter anderem aufgetragen, von den früheren Gemeindekonventen, Räten, Administrationen und Patronen das gesamte Kirchenvermögen zu übernehmen, Abrechnungen zu empfangen, (Art. 10, Pkt. 8), das (von dem Vorstand zusammengestellte) Jahresbudget, den Jahresbericht und den Arbeitsplan des Vorstandes zu bestätigen (Art. 10, Pkt. 5). Der Vorstand (valde) ist das Ausführungsorgan des Rats und Vertreter der Gemeinde, er verwaltet das gesamte Vermögen der Gemeinde und der Kirche, stellt die Angestellten der Kirche und die Gemeindepfleger an und leitet alle für die Kirche und die Gemeinde erforderlichen Arbeiten (Art. 12, Pkt. 1, 2, 5). Die Gemeinde verwaltet demnach durch ihre Organe (Rat und Vorstand), die auch Organe der Kirche sind, das Kirchenvermögen als fremdes Vermögen, und in diesem Sinne verfügt die Gemeinde über das Kirchenvermögen und nutzt es als Verwalterin des Kirchenvermögens und als Vertreterin der Kirche. Der Begriff «nutzen» (lietot) bedeutet hier nicht ein Niessbrauchsrecht (ein Vermögen etwa zu eigenen Gunsten nutzen, пользоваться), sondern die Funktionen der Gemeinde durch ihre erwähnten Organe über die Einkünfte des Kirchenvermögens zu verfügen (lietot = verwenden, употреблять) und zwar zu verfügen im Interesse der Ortskirche, d. h. der vertretenen Anstalt und keineswegs im Interesse der Gemeinde selbst.

Schon dem Wesen der Sache nach kann das Organ (die Gemeinde, bzw. deren Organe) einer juristischen Person (der Ortskirche) nicht



zugleich Subjekt des Vermögens oder der Rechte sein, die der durch dieses Organ (oder Organe) vertretenen juristischen Person (der Kirche) zustehen. Diese Rechtsstellung der Gemeinde als Verwalterin des Kirchenvermögens ist deutlich zum Ausdruck gelangt in den Zeitweiligen Bestimmungen über die evang.-luth. Konsistorien vom 23. Sept. 1919 (Reg. Anz. Nr. 47), wo (Art. 3, Satz 1) es direkt heisst: «Die Gemeinde verwaltet durch ihre Vertreter oder ihren Pfarrer das Kirchenvermögen.» Der angeführte Art. 3 ist durch spätere Bestimmungen nicht abgeändert worden, d. h. weder durch die Bestimmungen über die Liquidierung des livländischen evang.-luth. Konsistoriums vom 5. Januar 1922 (Gbl. Nr. 4), noch durch die Bestimmungen über die Stellung der evang.-luth. Kirche vom 14. April 1928 (Gbl. Nr. 182). Weder in diesen, noch in früheren oder späteren Bestimmungen, ist etwas darüber gesagt, dass der Gemeinde irgendwelche Vermögens- (Nutzungs-) rechte zu ihren eigenen Gunsten am Kirchenvermögen zustehen. Hinsichtlich der gegenseitigen Beziehungen zwischen Kirche und Gemeinde und deren Rechtsstellung ist das gleiche auch in der Verfassung der evang.-luth. Kirche Lettlands (Art. 41, 42) anerkannt und sanktioniert worden. Gemäss der Art. 41, 42 verbleibt «das Recht, das Kirchenvermögen (worunter das Kirchen- und Gemeindevermögen zu verstehen ist, Art. 40) zu nutzen und zu verwalten auch weiterhin jeder Gemeinde in demselben Umfang, in dem es am Tage der Annahme der Verfassung (26. Jan. 1928) rechtlich bestanden hat.» Solchergestalt nutzt und verwaltet die Gemeinde (durch ihre Organe, die auch Organe der Kirche sind) das Vermögen (der Ortskirche) als fremdes Vermögen. Die Einkünfte des Kirchenvermögens kommen den kirchlichen Zwecken zugute, aber keineswegs der Gemeinde als solcher. Auch gemäss der Verfassung ist das Wort «nutzt» (lieto) nur im Zusammenhang mit der Verwaltung des Vermögens zu verstehen, d. h. in der Empfang- und Übernahme der Einkünfte des Kirchenvermögens zwecks Verwendung zugunsten der Kirche, um mit ihnen Ansprüche, Bedürfnisse und Ausgaben im Interesse der Kirche zu befriedigen und zu decken. Die Gesetze Lettlands sprechen nirgends von einem Nutzungsrecht der Gemeinde. Dass die Gemeinde das Vermögen der (Orts-) Kirche «nutzt» und verwaltet — darüber ist zum ersten Mal in der Kirchenverfassung die Rede, und zwar in ihrem soeben angeführten Art. 41, Satz 1. Die Verfassung wollte durch diese Redewendung weder die Feststellung treffen, dass der Gemeinde früher ein Niessbrauchrecht zustand, noch etwa ein solches Niessbrauchrecht zugunsten der Gemeinde einführen; die Verfassung versteht jedoch unter dieser Bezeichnung «Nutzung» die Verfügungsbefugnis über das Kirchenvermögen und dessen Einkünfte beim Verwalten dieses Kirchenvermögens zugunsten der Kirche und im Interesse der Kirche. Dem Satz 2 des Art. 41 entspricht Art. 48 derselben Verfassung (in der auf der Sitzung vom 8. April 1931 der Lettl. Synode angenommenen Fassung), der die Rechtslage bestimmt, die im Falle einer Liquidation



einer Gemeinde einzutreten hat, und zwar, dass dann die Oberkirchenverwaltung das Vermögen der Ortskirche bis zur Gründung einer neuen Gemeinde zu allgemeinen Zwecken der Kirche (Landeskirche) nutzt und verwaltet. Es ist selbstverständlich nicht denkbar, dass hier der Oberkirchenverwaltung als solcher ein selbständiges Niessbrauchsrecht erteilt ist, etwa zugunsten der Oberkirchenverwaltung selbst, wohl ist aber daran gedacht, ihr blosse Verwaltungsrechte über das Vermögen der Ortskirche zu zuerteilen, deren Gemeinde zeitweilig aufgehört hat zu existieren, d. h. gerade an Stelle der (jetzt aufgelösten) Gemeinde. Es ist nicht angängig, in einem und demselben Gesetz zweimal das Wort «nutzen» in verschiedenem Sinne auszulegen und zu verstehen. Es ist also auch nach der Kirchenverfassung der Gemeinde keineswegs ein selbständiges Niessbrauchrecht am Vermögen der Ortskirche eingeräumt.

Hinsichtlich der Rechtsstellung der Domkirche und der Domgemeinde ist zu bemerken, dass durch die späteren Bestimmungen vom 29. Sept. 1931 die der deutschen Domgemeinde bis dahin zustehenden administrativen Verwaltungsrechte (worüber schon in den Zeitweiligen Bestimmungen vom 27. Oktober 1919 die Rede war) der neuen Verwaltung übertragen wurden. Dieser Verwaltung wird selbstverständlich nicht etwa ein Niessbrauchrecht am Vermögen der Domkirche zustehen, wohl aber ein gewöhnliches Nutzungs-, Verwaltungs- und Verfügungsrecht am Vermögen der Domkirche zu Zwecken und im Interesse der Kirche selbst. Die Bedeutung der neugeschaffenen Lage besteht jedoch darin, dass jetzt nach Erlass der Bestimmungen vom 29. Sept. 1931 der Beklagten nicht mehr ein Verwaltungs- und Verfügungsrecht über das Vermögen der Domkirche zusteht, darunter auch über die Gebäude und Räumlichkeiten, die letztere nur «zu Bedarfszwecken der Amtspersonen der Gemeinde» nutzte (S. 18. der Appellationsklage), wohl aber kann jetzt nur die neue Verwaltung die Art und Weise einer solchen Nutzung nach Massgabe der Bedürfnisse der Domkirche festsetzen. Die Domkirche hat durch die Bestimmungen vom 29. Sept. 1931 ein selbständiges Organ, die neue Verwaltung, erhalten, wodurch die Organe der Domkirchengemeinde aufgehört haben, Organe der Domkirche zu sein. Sie sind jetzt nur noch Organe der Gemeinde selbst. Die Beklagte erkennt im Punkt 3. ihrer Kassationsbeschwerde (S. 10) direkt an, dass auch die neue Verwaltung das Vermögen der Domkirche als fremdes Vermögen verwaltet, findet jedoch — unfolgerichtig —, dass das Gericht daraus den Schluss ziehen soll, dass eine solche Verwaltung im Interesse der «Träger der Nutzungsrechte» (darunter auch der deutschen Gemeinde) zu geschehen habe. Gerade das Gegenteil ist richtig, die Verwaltung «nutzt» (im Sinne des Pkt. 5 der Bestimmungen) die Einkünfte unmittelbar im Interesse der Domkirche, jedoch nicht im einseitigen Interesse der Beklagten. Einer solchen Schlussfolgerung steht auch nicht die Berufung der Beklagten auf das Nutzungsrecht des Bischofs der evang.-

luth. Kirche Lettlands entgegen, das etwa vernichtet würde durch die vom Bezirksgericht vorgenommene Auslegung der Nutzungs- und Verwaltungsordnung der Domkirche. In Wahrheit unterscheiden sich die «Nutzungsrechte» des Bischofs wesentlich von den Nutzungsbefugnissen («Funktionen»), die der neugeschaffenen Verwaltung zugewiesen wurden. Das dem Bischof als solchem zustehende «Benutzungsrecht» ist auf das geistliche und zeremonielle Gebiet zu beziehen und steht im Zusammenhang mit dem Charakter der Domkirche als Kathedrale des Bischofs. Die der Verwaltung zustehenden Nutzungsrechte beziehen sich dagegen auf die Verwaltung und das Vermögensinteresse der Domkirche. Der Bischof nutzt also die Domkirche als Kathedrale im Sinne geistlicher Verwaltung, die Verwaltung nutzt die Domkirche im Sinne der Vermögensverwaltung. Die Nutzungsrechte des Bischofs bestanden schon zu der Zeit, als die «Verwaltungs- und Nutzungsrechte» noch nicht auf die Verwaltung übergegangen waren, und Kollisionen sind daraus nicht entstanden. Die Bestimmungen vom 29. Sept. 1931 haben die Lage dahin geändert, dass die den Gemeindeorganen (Rat und Vorstand) hinsichtlich des Vermögens der Domkirche zustehenden Administrations-, Verwaltungs- und Verfügungsfunktionen und die aus diesen Funktionen entspringenden und mit ihnen verbundenen «Nutzungsrechte» einer besonderen, neuen Verwaltung «mit den Rechten eines Gemeinderates» übertragen wurden, die hinsichtlich der Domkirche und deren Vermögen die Funktionen der Organe der Domgemeinde (-gemeinden) als administrative Verwaltungsorgane besitzt. Dabei ist an sich selbstverständlich (wie auch die Klägerin in ihrer Erklärung auf die Kassationsbeschwerde richtig bemerkt), dass wenn die Bestimmungen vom 29. Sept. 1931 (Pkt. 5) der Verwaltung die Funktionen eines Gemeinderates zuerkennen, die Verwaltung auch implicite die Funktionen eines Gemeindevorstandes besitzt, d. h. mit anderen Worten, der Verwaltung stehen schon alle mit der Vermögensverwaltung der Domkirche verbundenen Verwaltungs- und Nutzungsfunktionen und Rechte im oben näher bezeichneten Sinne zu.

In allen ihren Erklärungen (vgl. die Appellationsklage) geht die Beklagte stets von ihren dinglichen Rechten (mantiskas tiesības) am Vermögen der Domkirche aus, und bezeichnet sich als Subjekt der «aus dem Eigentumsrecht entspringenden» dinglichen (mantiskas tiesības) mit einem «nudum jus domini» für die Kirche als juristischer Person. In diesem Sinne verwechselt die Beklagte stets den Begriff des Domkirchenvermögens mit dem Begriff des Vermögens der Beklagten als Gemeinde und gelangt sogar zu der Schlussfolgerung, dass durch die Bestimmungen vom 29. Sept. 1931 eine «Enteignung der Domkirche» stattgefunden hat. Diese Ansicht hält die Beklagte später zwar nicht mehr aufrecht und beruft sich nur auf ihre Rechte «als Trägerin des Nutzniessungsrechts» (oder Mitnutzniesserin bzw. Mitverwalterin). Dennoch versucht die Beklagte nicht einmal das Wort «nutzen» (lietot) näher zu erklären, noch den Beweis zu führen, dass dieses Wort «nut-



zen» (im Sinne der Kirchenverfassung und der Bestimmungen vom 29. Sept. 1931) etwa ein Niessbrauchrecht bedeuten soll. Auch der deutschen Domgemeinde stand — wie auch allen evang. luth. Gemeinden — bis zum 29. Sept. 1931 — dem Wesen nach — kein Niessbrauchsrecht vermögensrechtlicher Art am Vermögen der Domkirche überhaupt zu, sondern nur als dem Zentrum ihrer Organe (Verwaltung) Verwaltungsfunktionen und Rechte an den Einkünften des Domkirchenvermögens (welche Rechte die Verfassung als «Nutzungs»-rechte bezeichnet, indem sie zum ersten Mal das Wort «nutzen» gebraucht, wogegen in den früheren Gesetzen und Bestimmungen das Wort «nutzen» in bezug auf die Gemeinden nicht anzutreffen ist). Gerade diese Funktionen und Rechte, d. h. alle Funktionen und Rechte der Domkirche ohne Ausnahme — beziehungsweise deren Organe — in bezug auf das Vermögen der Domkirche sind auf Grund der Bestimmungen vom 29. Sept. 1931 auf die neue Verwaltung übergegangen, die in dem gleichen Sinne, wie die früheren Organe der Domkirche (Rat und Vorstand der Domgemeinde, bzw. Gemeinden) nur als Organ der Domkirche funktioniert.

Die Beklagte erklärt nicht einmal, welche Niessbrauchrechte (dinglicher oder nichtdinglicher Natur) rein vermögensrechtlicher Art sie am Domkirchenvermögen besass und auf welcher Grundlage sie dieselben besass, sowie auch nicht, welche von ihnen ihr denn durch die Bestimmungen vom 29. Sept. 1931 genommen wurden. Tatsächlich konnte die Beklagte solche Niessbrauchs- (nicht Verwaltungs-) rechte vermögensrechtlicher Art nicht anführen; solche sind auch weder in früheren noch in den lettländischen Gesetzen vorgesehen. Das Recht der Gemeinde, das Kirchenvermögen etwa in der Form eines Niessbrauchs zu nutzen, kann auch nicht aus dem russischen Gesetz über die evang.-luth. Kirche abgeleitet werden. Gemäss den Vorkriegsbestimmungen über die Rechtsstellung der Kirche und der Gemeinde ist der Gemeinde als solcher keine bestimmende Rolle in den vermögensrechtlichen Verhältnissen der Kirche zuerkannt worden. Das russische Gesetz spricht überhaupt nicht von einem «Nutzungsrecht» der Gemeinde. Dessen Bestimmungen sind keineswegs dahin auszulegen, als ob die Gemeinde ein selbständiges Niessbrauchrecht am Vermögen der Ortskirche hat. Die Beklagte leugnet nicht, dass nicht nur die Domkirche als Gebäude, sondern auch alle Grundstücke der Domkirche in den Grundbüchern auf den Namen der Domkirche als juristischen Person korroboriert sind. Jedes Eigentum ist als frei von Beschränkungen zu präsumieren, und Beschränkungen müssen strikt nachgewiesen werden (Art. 708 BPR). Beweise für Beschränkungen führt die Beklagte nicht an und beruft sich auch nicht auf solche. Es hat daher das Eigentumsrecht der Domkirche an dem ihr gehörigen unbeweglichen und beweglichen Vermögen als frei und nicht beschränkt durch irgendwelche dinglichen Rechte der Beklagten zu gelten. Der Niessbrauch kann als persönliche Dienstbarkeit durch Verjährung (Ersitzung) nicht begründet werden (Art. 1261 BPR), daher kommt dem Umstand keine Bedeutung zu, dass die Be-



klagte — vielleicht — tatsächlich das Vermögen der Domkirche genutzt hat, d. h. dessen Einkünfte zu eigenem Vorteil etwa als Usufruktuar (nicht als Verwalterin fremden Vermögens) bezogen hat; denn durch die tatsächliche Nutzniessung allein hat die Beklagte kein selbständiges dingliches Niessbrauchsrecht an diesen Einkünften erworben. Damit bricht die ganze Beweisführung der Beklagten zusammen, die hauptsächlich davon ausgeht, dass ihr selbständige dingliche Niessbrauchsrechte am Vermögen der Domkirche zustünden; eine solche Annahme ist durch nichts bewiesen. Das gesamte historische Material, das die Beklagte zum Zwecke des Beweises ihres Rechtes an den Gebäuden vorbringt (II, 46—56) bestätigt — gerade im Gegenteil — nur, dass der Beklagten bloss die Verwaltung des Kirchenvermögens und die Nutzung dessen Einkünfte zu Zwecken der Domkirche zustand, d. h. dieselben Funktionen, welche der Beklagten die früher erlassenen Bestimmungen v. 1919 und die Kirchenverfassung bis zum 29. Sept. 1931 zuerkannten, die aber jetzt auf die neue Verwaltung übergegangen sind. Dieses historische Material beweist nie und nimmer, dass der Beklagten überhaupt dingliche Rechte am Domkirchenvermögen zustanden, und zwar gerade zu ihren eigenen Gunsten als Gemeinde. Wenn nun der Domkirchengemeinde keinerlei dingliche Nutzungsrechte (usufructus) am Vermögen der Domkirche zustanden und sie auch keine selbständigen Rechte besass, das Vermögen der Domkirche zu eigenem Vorteil zu nutzen und, somit die Einkünfte derselben nicht zum Vermögen der Domkirchengemeinde oder zu deren Einkünften zugeschlagen werden konnten, dann konnten dementsprechend die Bestimmungen vom 29. Sept. 1931 logischerweise auch nicht solche (nichtbestehende) Nutzungsrechte aufheben oder beschränken. Gemäss den Bestimmungen vom 29. Sept. 1931 gingen auf die neue Verwaltung nur diejenigen Funktionen und Rechte über, die bis dahin dem Rat und Vorstand der Domkirche zustanden, d. h. den bisherigen Organen der Domkirche, die gleichzeitig auch Organe der deutschen Gemeinde waren, und zwar nur deren administrative Rechte (d. s. Verwaltungs- und Nutzungsrechte, d. h. deren Verfügungsrechte). Der deutschen Domkirchengemeinde als solcher d. h. ihr als juristischen Person und Trägerin dinglicher Rechte, wurden durch die Bestimmungen vom 29. Sept. 1931 keinerlei dingliche Rechte in bezug auf ihr (Gemeinde-) Vermögen genommen oder beschränkt. Deswegen hat die Beklagte keinen Grund zu behaupten, dass der deutschen Domgemeinde Rechte genommen seien, die aus dem Eigentumsanspruch entspringen, ebenso ist kein Grund zur Behauptung vorhanden, dass nach Erlass dieser Bestimmungen ihr auch irgendwelche Mitverwaltungs — u. Mitbenutzungsrechte am Kirchenvermögen verblieben seien, die sie gleichsam in Gemeinschaft mit der gesetzlich neubegründeten Domkirchenverwaltung besitze. Die Richtigkeit dieser Schlussfolgerung wird auch durch den in der Kassationsbeschwerde enthaltenen Hinweis nicht entkräftet, dass der Pkt. 5 der Bestimmungen

vom 29. Sept. 1931 besage, die Kirchenverwaltung nutze und verfüge über das Kirchenvermögen mit den Rechten eines Gemeinderates, was nach Meinung der Beklagten darauf hinweise, dass die Verwaltung damit auch das Vermögen im Interesse der Gemeinden (auch der deutschen Gemeinde) so nutzen und verwalten müsse, dass dabei auch die früher bestandenen Nutzungsrechte der deutschen Gemeinde am Kirchenvermögen zu berücksichtigen seien. Mit solch einem Hinweis auf den qualitativen Charakter und Umfang der Rechte der Kirchenverwaltung hat der Gesetzgeber lediglich die Kompetenzgrenzen des neubegründeten Organs umreissen wollen, indem er in rechtlichem Sinne die Verwaltung einem Gemeinderat gleichstellte, der einerseits selbst die Nutzung und Verwaltung des Kirchenvermögens regelt, jedoch andererseits dabei den in den Artikeln 41, 42 und 43 der Kirchenverfassung vorgesehenen Beschränkungen unterworfen ist, d. h. der in bestimmten Fällen der Oberkirchenverwaltung unterstellt ist, wie beispielsweise in Fällen, wo eine Genehmigung zur Belastung des Kirchenvermögens mit Schulden und dergl. erwirkt werden muss. In jedem Fall, — daraus, dass der Kirchenverwaltung Rechte eines Gemeinderates zustehen, ergibt sich noch nicht, dass die Verwaltung mit einem Gemeinderat identisch ist, und in diesem Sinne hat das Bezirksgericht berechtigter Weise erkannt, dass in bezug auf die Verwaltung des Kirchenvermögens im technischen Sinne die Verwaltung (pärvalde) über den einzelnen Gemeinden steht, deren Interessenvertreter laut Gesetz der Verwaltung angehören. Die Bestimmungen v. 29. Sept. 1931 bezwecken demnach nicht eine Zwangsenteignung (Fortnahme) von wohl erworbenen dinglichen Nutzungsrechten (etwa eines Niessbrauchs, *jus in re aliena*), und diese Bestimmungen sind — ihrem Inhalte nach — nicht etwa als ein Gesetz über eine Konfiskation oder Expropriation anzusehen, und ihre Gesetzeskraft kann daher nicht aus dem Grunde angezweifelt werden, dass sie nicht in der vom Gesetz vom 23. Mai 1923 (Gbl. Nr. 89) vorgeschriebenen Ordnung erlassen wurden. Tatsächlich haben die Bestimmungen vom 29. Sept. 1931 im wesentlichen nur die administrative Struktur der Domkirche umorganisiert, wobei sie in keiner Weise die materiell-zivilrechtlichen Verhältnisse weder des Domkirchenvermögens noch der Domkirchengemeinde (-Gemeinden) berührt haben. Eine Enteignung besteht lediglich in einer zwangsweisen Enteignung von Vermögensrechten, keineswegs aber in einer Aufhebung administrativer Funktionen einer Verwaltung, worüber in den Bestimmungen einzig und allein die Rede ist. Tatsächlich könnte man im angeführten Fall, selbst wenn man der deutschen Domgemeinde irgendwelche selbständige Rechte am Domkirchen-Vermögen zuerkennen würde, schon deswegen nicht von einer Expropriation reden, weil im Sinne des Gesetzes vom 23. Mai 1923 (Gbl. Nr. 59) ein Expropriationsobjekt nur Eigentumsrechte an einem Immobil als an einem körperlichen Gegenstand sein können (*quoad dominium*), jedoch keineswegs irgend welche Nutzungsrechte oder Niessbrauchsrechte (*ususfructus*) an einer fremden Sache



(quoad usum), wie das beisp. weise in den Artikeln 602—608 des durch das Gesetz vom 24. Mai 1923 (Art. 21) hier aufgehobenen ehem. russischen Zivilgesetzbuches vorgesehen war. Daher wäre zur Zwangsenteignung solcher beschränkter Rechte (*jura in re aliena*) — (die die Beklagte ausserdem überhaupt niemals gehabt hat) — kein vom Landtag angenommenes Gesetz erforderlich. Die Argumentation «*e majore ad minus*» kann in diesem Falle nicht angewandt werden; gewisse Formalitäten könnten gefordert werden, wenn man im Zwangsverfahren Eigentumsrechte enteignen wollte (d. i. volle Rechte), doch solche Formalitäten könnte man nicht verlangen bei einer Zwangsenteignung kleinerer Rechte (*jura in re aliena*) und noch weniger bei einer Wegnahme gewöhnlicher Verwaltungsrechte von einem Anstaltsorgan und Übergabe desselben an ein anderes Organ. — Schon deswegen allein ist es müssig, bei der Beurteilung der Frage sich aufzuhalten, ob ein Gericht Lettlands berechtigt oder nicht berechtigt ist, die Gesetzmässigkeit lettländischer Gesetze oder in Ordnung des Art. 81 der Staatsverfassung Lettlands ergangener Bestimmungen oder die Frage, ob sie mit der Staatsverfassung Lettlands übereinstimmen, zu überprüfen.

In bezug auf die Verbindlichkeit der strittigen Mietverträge für die Domkirche als juristischen Person weist der Kassationskläger allerdings darauf hin, dass die von der Beklagten abgeschlossenen Verträge — als Verträge, die vom Vertreter für die Vertretene abgeschlossen, — für die Domkirche verbindlich seien, denn bis zum Erlass der Bestimmungen vom 29. Sept. 1931 waren die Organe der deutschen Gemeinde gleichzeitig auch die Verwalter des Kirchenvermögens. Andere Organe besass die Kirche als juristische Person nicht.

Das Bezirksgericht jedoch hat schon klargestellt, dass bei Abschluss der erwähnten Verträge die Beklagte nicht als Vertreterin, sondern als faktische Nutzniesserin des Kirchenvermögens *suo nomine* aufgetreten ist, und dass sie als solche nur sich selbst, keineswegs aber die Domkirche als juristische Person verpflichtet hat und dass die Vertragskontrahenten selbst, bzw. die faktischen Nutzniesser der strittigen Räumlichkeiten als ihren Rechtsgeber keineswegs die Klägerin, sondern nur die Beklagte anerkennen. Die vom Bezirksgericht in dieser Frage ausgeführten Erörterungen finden ihre Bestätigung in der Appellationsklage der Klägerin selbst, in welcher sie direkt behauptet, dass die deutsche Domgemeinde selbständiges Rechtssubjekt des Domkirchenvermögens sei, dass dieses Vermögen ihr in Grundlage eines Eigentumsrechts gehöre und dass ihre Verwaltungsmassnahmen bezüglich des Domkirchenvermögens sich aus ihrem Eigentumsrecht herleiten (vgl. Akte des Bez. Ger. S. 7, 8). Schon diese Erklärungen der Beklagten gaben dem Bezirksgericht Grund zur Schlussfolgerung, dass weder bei Abschluss der erwähnten Verträge, noch bei der Durchführung derselben ins Leben, die deutsche Domgemeinde als Verwalterin im fremden Namen gehandelt hat, sondern vollständig selbständig aufgetreten ist, als selbständiges Rechtssubjekt bezüglich aller Rechte, die das Vermögen



der Domkirche als juristischen Person umfassen. Unter solchen Umständen findet die Schlussfolgerung des Bezirksgerichts, dass die Beklagte durch die erwähnten Verträge einzig und allein nur sich selbst verpflichtet hatte und keineswegs die Domkirche als juristische Person, ihre Bestätigung im Artikel 3111 BPR., denn ein stiller Stellvertreter, der offen nur im eigenen Namen handelt, verpflichtet nicht den von ihm Vertretenen, ausgenommen den Fall, wenn der Vertrag auf letzteren besonders übertragen wird; diesen Umstand hat das Bezirksgericht in der Sache jedoch nicht festgestellt. Die Feststellungen und Schlussfolgerungen des Gerichts in dieser Frage beziehen sich auf die tatsächliche Seite des Rechtsstreites, die im Kassationsverfahren nicht zu überprüfen sind. Damit kommt aber auch die in der Kassationsbeschwerde zum ersten Mal vorgebrachte Behauptung in Fortfall, als ob die deutsche Domgemeinde das Kirchenvermögen nicht in eigenem Namen verwaltet und genutzt habe, sondern durch ein Kirchenorgan (Kirchenvorstand), denn während der ganzen Dauer der Verhandlung des Rechtsstreites ad materiam hat die Beklagte stets von ihren Verwaltungs- und Nutzungsrechten am Kirchenvermögen gesprochen. Wenn jetzt den von der Beklagten angeführten Behauptungen irgend eine Bedeutung zuerkannt werden sollte, so könnte es nur die sein, dass die Beklagte wenigstens an dieser Stelle anerkennt, dass sie das Domkirchenvermögen keineswegs zum eigenen Vorteil, d. h. nicht als Ususfruktuar, sondern als Vertreterin der Domkirche genutzt und verwaltet hatte.

Aber wenn es sich so verhält, dann muss sich die Beklagte damit zufrieden geben, dass auf Grund der neuen Bestimmungen diese ihre Verwaltungsfunktionen jetzt auf die neue Verwaltung übergegangen sind, der jetzt auch das Recht zusteht, anders über das Domvermögen und über die Immobilienräumlichkeiten zu verfügen.

Die Schlussfolgerungen des Gerichts über die Unverbindlichkeit der von der Beklagten begründeten Verpflichtungen für die Klägerin, die Domkirche, haben entscheidende Bedeutung für diesen Rechtsstreit, den übrigen Erwägungen des Gerichts aber über die Beziehungen der faktischen Nutzniesser der Räumlichkeiten zur Beklagten und über deren Dienstverhältnis ist nur die Bedeutung von Nebenmotiven zuzusprechen, deren Richtigkeit oder Unrichtigkeit keineswegs die Richtigkeit der Endentscheidung des Gerichts zu erschüttern vermag. Schon deswegen allein haben in Berücksichtigung des oben Angeführten die Hinweise in der Kassationsbeschwerde, als ob das Gericht nicht in genügender Weise das Verhältnis der angestellten Amtspersonen zur Kirche berücksichtigt habe, keine entscheidende Bedeutung. Was insbesondere die Pfarrer anbelangt, so sind sie dem Wesen nach Angestellte der Kirche, wobei es keineswegs von Bedeutung ist, wie das Gesetz oder eine Bestimmung sie nennt. Die Bestimmungen vom 27. Oktober 1919 nennen wohl die Pfarrer «Gemeindepastore» (Art. 10, Pkt. 1), ebenso auch die evang. luth. Kirchenverfassung (Art. 30). Andererseits zählt die Verfassung die Pastore dennoch zu den «geistlichen Arbeitern

der Kirche» und zwar zu «den ordinierten geistlichen Arbeitern» der Kirche, während sie die übrigen geistlichen Arbeiter der Kirche zu «den nichtordinierten geistlichen Arbeitern der Kirche» rechnet (Verfassung, 6. Abteil., Art. 79 ff. 100). Verfügungen über das Kirchenvermögen, darunter auch über die Kirchenimmoblie — die Räumlichkeiten, — gehören ohne Zweifel zu den administrativen Funktionen (zu der Kirchenverwaltung) des Kirchenorgans. Wenn nun die Bestimmungen vom 29. Sept. 1931 die administrativen Funktionen des Gemeinderates auf eine neue Verwaltung übertragen haben, so sind damit auch die Verfügungen über die zum Domkirchenvermögen gehörigen Immobilienräumlichkeiten auf die neue Verwaltung übergegangen, deren Verteilung unter allen «ordinierten und nicht ordinierten geistlichen Arbeitern der Kirche» jetzt unmittelbar nur von der neuen Verwaltung abhängt. Dagegen hat die Beklagte in dieser Frage keine bestimmte Rolle mehr, und über die von ihr eingenommenen Räumlichkeiten hat jetzt allein nur die neue Verwaltung zu bestimmen.

Indem festgestellt wurde, dass die gemäss den Bestimmungen vom 29. Sept. 1931 begründete Domkirchenverwaltung das Recht hat, die Art und Weise der Nutzung des Kirchenvermögens zu bestimmen und in dieser Beziehung nicht beschränkt ist durch irgendwelche besondere Rechte einer Gemeinde an einem Teil des Kirchenvermögens, noch dass sie die Pflicht hat, sich in der Verwaltung oder Nutzung mit irgendeiner Kirchengemeinde zu teilen, hat das Bezirksgericht begründeterweise die Hinweise der Beklagten über angebliches verfrühtes Vorbringen der Klage — weil Klägerin vor Klagerhebung nicht einen Verteilungsplan über die Benutzung der einzelnen Dienstwohnungen aufgestellt und der deutschen Domgemeinde die ihr zu belassenden Räumlichkeiten nicht angegeben habe — ohne Folge gelassen. Ebenso hat das Gericht aus dem Inhalt des Art. 5 der Bestimmungen vom 29. Sept. 1931 und aus den von ihm dargelegten Gründen ohne Rechtsirrtum erkannt, dass die Domkirchenverwaltung als gesetzlich begründetes Verwaltungsorgan das Recht hat, die juristische Person der Domkirche auch vor Gericht zu vertreten. Die Erwägungen des Gerichts werden in dieser Hinsicht durch die in der Kassationsbeschwerde ausgeführten Hinweise nicht entkräftet. Damit sind auch alle Betrachtungen hinfällig, die in der Kassationsbeschwerde mit der Absicht vorgebracht sind, die Richtigkeit der Schlussfolgerungen des Gerichts zu entkräften.

In der Erkenntnis, dass somit das Bezirksgericht, indem es der Klage statt gab, im Endergebnis die von der Beklagten angeführten Gesetze nicht verletzt hat, beschliesst der Senat: die Kassationsbeschwerde des Bevollmächtigten der deutschen Domgemeinde vereid. Rechtsanwalt R. v. Rüdiger in Grundlage des Art. 283 der ZPO ohne Folgen zu belassen. (Entsch. der Ziv.-Kass.-Dep. des Lettl. Senats vom 29. Sept. 1933 in Sachen der Domkirche zu Riga, Nr. 2051/33, übersetzt von Rechtsanwalt W. v. Grosschopff).

---

Verantwortlicher Redakteur: vereid. Rechtsanwalt Senator R. v. Freymann.  
Druck und Verlags-A.-G. Ernst Plates, Riga, kl. Münzstr. 18, bei der Petri-Kirche

# RIGASCHE ZEITSCHRIFT FÜR RECHTSWISSENSCHAFT

Herausgegeben vom  
**DEUTSCHEN JURISTEN-VEREIN IN RIGA**  
ERSCHEINT VIERMAL JÄHRLICH  
REDAKTION: RAINIS-BOULEVARD 5, W. 3, RIGA

7. JAHRGANG

1933/34

4. HEFT

Alle Rechte, auch das der Übersetzung, auf sämtliche  
Veröffentlichungen in dieser Zeitschrift vorbehalten.

## Das lettländische Gesetz über die Arbeitszeit.<sup>1)</sup>

Von vereid. Rechtsanwalt Burchard von Klot, Riga.

### I.

Zum Schutz der Arbeit ist dies Gesetz erlassen worden, und damit es auch wirklich angewandt werde und seinen Zweck zum Wohle der Allgemeinheit erreiche, muss es an allen Arbeitsstellen öffentlich ausgelegt sein<sup>2)</sup>. Auch müssen bestimmte Arbeitslisten geführt werden, welche den im Gesetz enthaltenen Bestimmungen entsprechen<sup>3)</sup>.

Wegen dieses seines allgemeinen Zweckes ist das Gesetz über die Arbeitszeit zwingendes Recht. Es kann durch den Willen der Parteien nicht so abgeändert werden, dass dadurch der Schutz, den die Arbeit genießen soll, paralysiert wird. Deshalb sind Rechtsgeschäfte, sofern sie in diesem Sinne dem Gesetz zuwiderlaufen, nichtig<sup>4)</sup>.

Von entscheidender Bedeutung ist es ferner, festzustellen, welches das Anwendungsgebiet dieses Gesetzes ist. Die Antwort auf

<sup>1)</sup> Gesetzblatt 1922 Nr. 74 nebst späteren Abänderungen von 1923 Nr. 104; 1924 Nr. 77; 1928 Nr. 28; 1929 Nr. 112; 1930 Nr. 73 und 194; 1932 Nr. 92; 1933 Nr. 218; 1934 Nr. 19.

<sup>2)</sup> Vgl. § 20. Die in § 21 vorgesehene Instruktion des Arbeitsministers ist bisher nicht erschienen.

<sup>3)</sup> Vgl. § 7 Anm. Ferner die Bestimmungen über die Vertragsbüchlein und Arbeitsbüchlein (Gesbl. 1932 Nr. 43 und 44) und die Instruktionen des Volkswohlfahrtsministers im Regierungsanzeiger 1932 Nr. 110 und 104. Für Industrieunternehmungen gilt ausserdem das Industriearbeitsgesetz §§ 95 und 98.

<sup>4)</sup> Ziv. Sen. Entsch. 1926 Nr. 118 und 199; 1929 Nr. 88; 1931 Nr. 1894; 1932 Nr. 2106 und 734 u. a., abgedruckt bei Conradi und Walter II S. 190, III S. 167, V S. 182, VIII S. 140 und 141, IX S. 54. Lettl. bürgerl. Recht Art. 2922 und 3214.



diese Frage ist leider im Gesetze nicht direkt gegeben. Sie lässt sich nur im Wege der Auslegung gewinnen. Das Gesetz handelt von der Arbeit, der Arbeitszeit, dem Arbeitslohn, dem Arbeiter und Arbeitgeber, sowohl in privaten, als auch in öffentlichen (staatlichen, kirchlichen u. a.) Unternehmungen. Daraus ist nun aber nicht zu folgern, dass dies Gesetz auf ein jedes Rechtsverhältnis anzuwenden ist, an dem Arbeiter und Arbeitgeber beteiligt sind, und dessen Inhalt die Verrichtung einer nach Zeit bemessenen Arbeit ist. Das Gesetz über die Arbeitszeit bezieht sich nämlich einerseits garnicht auf ein jedes solches Rechtsverhältnis, und andererseits erfasst es auch Rechtsverhältnisse, für die nicht Zeitlohn, sondern Stücklohn bestimmt ist<sup>6)</sup>. Die Art des Lohnes ist nicht ausschlaggebend<sup>6)</sup>. Entscheidend ist es vielmehr, dass das Arbeitsgesetz seinem ganzen Sinne nach unter Arbeit nicht das Resultat einer Tätigkeit (nicht das auf Grund des Verdingungsvertrages herzustellende Werk), sondern die arbeitende Betätigung selbst (die Dienste des Dienstvertrages) versteht. Dem entsprechend ist das Gesetz über die Arbeitszeit nur auf Dienstverträge und nicht auch auf Verdingungsverträge anzuwenden<sup>7)</sup>. Es wird also im gegebenen Einzelfall darauf ankommen, festzustellen, ob wirklich ein Dienstvertrag und nicht etwa ein Verdingungsvertrag vorliegt, und dem entsprechend wird das Gesetz über die Arbeitszeit anzuwenden oder nicht anzuwenden sein. Der grundsätzliche Unterschied zwischen Dienst- und Verdingungsvertrag, der in der Praxis nicht immer leicht zu erkennen ist, liegt hier in Folgendem. Beim Dienstvertrage handelt es sich darum, dass Dienste versprochen werden. Gegenstand des Dienstvertrages sind diese Dienste selbst, und nicht etwa das Ergebnis, das Resultat dieser Dienste. Ist dagegen der Wille der Parteien direkt auf das herzustellende und zuverschaffende Werk gerichtet, also auf das Re-

---

<sup>6)</sup> Bis zu den Gesetznovellen von 1930 fielen diese letzteren Rechtsverhältnisse nicht unter das Gesetz über die Arbeitszeit. Eine ausführliche Begründung hierfür findet sich in dem Vortrage von B. v. Klot «Gläubigerbefriedigung im Spezial- und Generalkonkurse im baltischen Teile Lettlands», abgedruckt in der Rigaer Zeitschrift für Rechtswissenschaft, III Jahrgang 1929, Heft 2, S. 106 ff.

<sup>6)</sup> Auch für den begrifflichen Unterschied von Dienstvertrag und Verdingungsvertrag ist dies nicht entscheidend — Lettl. bürgerl. Recht Art. 4174 und 4245. Deshalb trifft Ziv. Sen. Entsch. 1931 Nr. 1216 — Conradi und Walter VII S. 47 — nicht den Kern der Frage.

<sup>7)</sup> Ziv. Sen. Entsch. 1933 Nr. 1291 und 2293 — letztere bei Conradi und Walter IX S. 600; vgl. auch Ziv. Sen. Entsch. 1931 Nr. 1216 und 1316 — Conradi und Walter VII S. 47 und VIII S. 97.

sultat der zu leistenden Arbeit, und nicht bloss auf die arbeitende Tätigkeit als solche, dann liegt ein Verdingungsvertrag vor<sup>8)</sup>).

Gemäss dieser Begriffsabgrenzung ist das Gesetz über die Arbeitszeit in folgenden Fällen anzuwenden:

Ein Arbeiter verpflichtet sich bei gewissen Arbeiten mitzuarbeiten, an bestimmten Stellen zu arbeiten, ohne diese Arbeiten als ganze übernommen zu haben; er hat sich z. B. dazu verdingen, beim Tapezieren zu helfen, am Ofen oder am Dach zu arbeiten.

Eine Näharbeiterin arbeitet bei einer Schneiderin und hat die ihr jeweils zugeteilte Arbeit zu machen.

Ein Arzt ist als Anstaltsarzt angestellt, ein Rechtsanwalt als Juriskonsult.

Dem gegenüber liegt in folgenden Fällen kein Dienstvertrag vor.

Ein Arbeiter übernimmt es, eine Arbeit als etwas Ganzes auszuführen, ein bestimmtes Stück zu tapezieren, einen bestimmten Ofen zu setzen, die Bewachung eines Holzgartens auszuführen.

Die Schneiderin hat einen Anzug herzustellen.

Der Arzt übernimmt das Ausführen einer bestimmten Operation, der Rechtsanwalt die Führung eines bestimmten Prozesses<sup>9)</sup>).

In allen diesen Fällen handelt es sich um Verdingungsverträge, und eine Anwendung des Gesetzes über die Arbeitszeit ist ausgeschlossen. Das ist in der Regel auch bei den Transportverträgen der Fall, denn diese sind gewöhnlich Verdingungsverträge<sup>10)</sup>).

<sup>8)</sup> vgl. Lettl. bürgerl. Recht Art. 4173 Anm. 2 und die Begriffsdefinitionen in Art. 4172 und 4226, ferner die Entsch. des Ziv. Sen. 1932 Nr. 1454 und 2009 — Conradi und Walter IX S. 212/3 und 97. Der Umstand, dass der Arbeiter bei der Krankenkasse gemeldet ist, bedeutet nicht notwendig, dass er in einem Dienstvertragsverhältnisse steht — Ziv. Sen. Entsch. 1933 Nr. 1291. Ebenso ist die einseitige Mitteilung des Arbeitgebers an die Krankenkasse nicht immer entscheidend dafür, in welchem Dienstverhältnisse der Arbeiter steht. Ziv. Sen. Entsch. 1931 Nr. 928.

<sup>9)</sup> Vgl. betr. Bewachung des Holzgartens — Ziv. Sen. Entsch. 1933 Nr. 1291; betr. Dienste des Arztes russ. Sen. Entsch. 1912 Nr. 2956 bei Bukowsky 4173 unter «g» und Ziv. Sen. Entsch. 1924 Nr. 150 — Conradi und Walter II S. 38; betr. Dienste des Rechtsanwalts Ziv. Sen. Entsch. 1928 Nr. 41 — Conradi und Walter V S. 95. Das Rechtsverhältnis, in welchem der Rechtsanwalt zu seinem Klienten steht, qualifiziert sich allerdings nicht nur als Dienstvertrag oder Verdingungsvertrag, sondern ist zugleich auch ein Auftragsverhältnis (sogenannter Vollmachtsvertrag des Art. 4363) — Erdmann, System des Privatrechts IV S. 381 Anm. 7 a. E. und S. 399 Anm. 1; Enneccerus, Lehrbuch des bürgerl. Rechts, Band II § 142, I 2 u. Anm. 5, § 161 Anm. 5. Nicht zutreffend ist die Argumentation der Ziv. Sen. Entsch. 1933 Nr. 1453.

<sup>10)</sup> Ausführliches hierüber bei Loeber, Tirdniecības tiesību pārskats § 104. Vgl. auch Ziv. Sen. Entsch. 1932 Nr. 82 — Conradi und Walter IX S. 96.

Dem gegenüber haben wir es mit einem Dienstvertrage und daher auch mit dem Gesetz über die Arbeitszeit zu tun, wenn ein Gesindevertrag vorliegt, denn dieser ist bloss eine besondere Art des Dienstvertrages<sup>11)</sup>). Seine Eigenart besteht darin, dass es sich bei ihm um häusliche oder wirtschaftliche Dienste auf längere Zeit handelt, und zwar gegen eine Lohnvergütung, die mit Wohnung und Beköstigung verbunden ist. Häufige Anwendungsfälle für den Gesindevertrag bilden die Dienstverhältnisse der Stubenmädchen, Köchinnen, Gärtner, Kutscher, Kellner, Krankenwärter usw.<sup>12)</sup>). Diese Dienstverhältnisse unterliegen aber nur dann dem Gesetz über die Arbeitszeit, wenn die erwähnten Merkmale des Gesindevertrages oder wenigstens die allgemeinen Voraussetzungen des Dienstvertrages vorliegen. Hat ein Dienstmädchen, ein Gärtner oder ein Krankenwärter einen Verdingungsvertrag abgeschlossen, dann kann von einer Anwendung dieses Gesetzes nicht die Rede sein.

Das Gesetz über die Arbeitszeit ist ausserdem in der Regel dann nicht anzuwenden, obgleich ein Dienstvertrag vorliegt, wenn der Arbeitnehmer bestimmten Personengruppen angehört, die im § 19 des Gesetzes aufgezählt sind<sup>13)</sup>). Welches diese Gruppen sind, und welche von ihnen trotzdem in gewisser Hinsicht unter das Arbeitsgesetz fallen, davon wird später genauer die Rede sein.

Wenn nun aber solch ein Dienstvertrag vorliegt, auf den das Gesetz über die Arbeitszeit anzuwenden ist, dann kommt es ferner darauf an, ob es sich um geistige oder physische Arbeit handelt. Auf diesen Unterschied zwischen geistiger und physischer Arbeit ist bereits in Art. 4173 des lettländischen bürgerlichen Rechts hingewiesen: bei geistiger Arbeit handelt es sich um solche Dienste, die eine besondere Sachkenntnis, Kunstfertigkeit oder wissenschaftliche Bildung, also einen verhältnismässig grossen geistigen Einschlag erfordern; bei physischer Arbeit kommt es mehr auf eine körperliche Kraftanwendung an. Da in der Regel bei einer jeden Arbeit beide Momente vorhanden sind, so entscheidet das im gegebenen Fall überwiegende Merkmal. Dem ent-

---

<sup>11)</sup> Lettl. bürgerl. Recht Art. 4173 Anm. 1a. E., 4192.

<sup>12)</sup> Vgl. Art. 4192 Anm. Von den hier aufgezählten Personen unterliegen einige — z. B. die häuslichen Dienstboten — nur einigen Bestimmungen des Gesetzes über die Arbeitszeit — vgl. § 19 u. 18. Die Entsch. des Ziv. Sen. 1928 Nr. 1031 bei Conradi und Walter V S. 186 geht wohl zu weit, wenn sie behauptet, dass die Ausnahme des § 19 sich auf alle in Art. 4192 genannten Personen bezieht. In der Gerichtspraxis wird dieses nicht beobachtet.

<sup>13)</sup> Ziv. Sen. Entsch. 1928 Nr. 86 — Conradi und Walter IV S. 154.



sprechend ist die Arbeit der Fabrikarbeiter, Handwerker, Knechte, Verkäufer usw. körperliche Arbeit, während Kontorangestellte in Handel und Industrie, Musiker, Ärzte, Juristen u. s. w. geistige Arbeiter sind<sup>14)</sup>.

Diese geistige und körperliche Arbeit wird nun vom Gesetz über die Arbeitszeit in Bezug auf ihre Zeitdauer erfasst, wie das bereits in der Benennung des Gesetzes zum Ausdruck kommt. Hierbei ist es aber zu beachten, dass im Sinne dieses Gesetzes nur diejenige Zeit als Arbeitszeit gilt, während welcher der Arbeiter auf Grund des Dienstvertrages sich an der Arbeitsstelle und zur Verfügung des Arbeitgebers befinden muss<sup>15)</sup>. Daher gehört in der Regel nicht zur Arbeitszeit diejenige Zeit, welche der Arbeiter für den Weg zur und von der Arbeitsstelle benötigt<sup>16)</sup>. Andererseits braucht aber der Arbeiter nicht die ganze Arbeitszeit eine tatsächliche Arbeit zu verrichten; es kann genügen, dass er auf Grund der bestehenden Vereinbarung die Zeit mit Warten auf Arbeitsaufträge oder mit Dejourieren verbringt<sup>17)</sup>, ja der Arbeiter kann während der Arbeitszeit auch schlafen, wenn dieses nicht den Arbeitsbedingungen widerspricht.

Die Arbeitszeit zerfällt in normale Arbeitszeit und Überstunden. Die normale Arbeitszeit ist ihrerseits eine verschieden lange, je nachdem es sich um geistige oder körperliche Arbeit handelt. Im ersten Fall beträgt die Arbeitszeit 6 Stunden, im letzteren 8 Stunden<sup>18)</sup>.

Die normale Arbeitszeit für Kopfarbeiter erhöht sich allerdings bis auf 8 Stunden, wenn diese geistige Arbeit untrennbar verbunden ist mit der Arbeitszeit physischer Arbeiter<sup>19)</sup>. Solche Fälle kommen gelegentlich in Handels- und Industrieunternehmungen vor, wenn die

---

<sup>14)</sup> Vgl. Entsch. des Ziv. Sen. 1928 Nr. 514 u. 573; 1932 Nr. 2440 — Conradi und Walter V S. 183, 182, IX S. 290. Die obige Abgrenzung von körperlicher und geistiger Arbeit entspricht auch der entsprechenden nationalökonomischen Begriffsabgrenzung.

<sup>15)</sup> § 8. Es kann also auch solche Dienstverhältnisse geben, auf welche die Bestimmungen des Gesetzes über die Arbeitszeit nicht anzuwenden sind, z. B. wenn der Arbeiter die Arbeit zu sich nach Hause nimmt, also bei Heimarbeit, sofern es sich nicht überhaupt um einen Verdingungsvertrag handelt. Ziv. Sen. Entsch. 1933 Nr. 2493 — Conradi und Walter X S. 72, 73.

<sup>16)</sup> Vgl. Ziv. Sen. Entsch. 1931 Nr. 982 — Conradi und Walter VII S. 138.

<sup>17)</sup> Vgl. Ziv. Sen. Entsch. 1929 Nr. 88 u. 1933 Nr. 1553 — Conradi und Walter V S. 182 u. IX S. 545. Z. B. Der Bäcker muss warten, bis der Teig aufgeht.

<sup>18)</sup> §§ 1 u. 2. § 5 sieht vor, dass für ausserordentlich schwere und gesundheitsschädliche Arbeiten das Arbeitsministerium eine Arbeitszeit festsetzen kann, die kürzer ist als 8 Stunden. Eine solche ministerielle Verordnung ist bisher nicht erschienen.

<sup>19)</sup> § 2 Anm.

Arbeitsbedingungen solche sind, dass die Arbeit der im Betriebe tätigen physischen Arbeiter eine gleichzeitige Arbeit geistiger Arbeiter erfordert<sup>20)</sup>. Das ist z. B. in einem Kino der Fall, wo ein Handarbeiter 8 Stunden lang den Film laufen lässt, und wo deshalb die normale Arbeitszeit für den geistig tätigen Musiker auch 8 Stunden beträgt. Dieses gilt natürlich nur dann, wenn die physische Arbeit tatsächlich mehr, als die für geistige Arbeit vorgesehenen 6 Normalstunden beträgt<sup>21)</sup>.

## II.

Dieser normalen Arbeitszeit wird vom Gesetz der Begriff der **Überstunden** gegenübergestellt. Zugleich enthält das Gesetz eine Fülle von Bestimmungen, aus denen erst genauer zu ersehen ist, was alles unter diesem Begriffe zu verstehen ist.

Vor allem gilt als **Überstunden** diejenige Arbeitszeit, welche im Laufe eines Kalendertages die normale Stundenzahl von 6 resp. 8 Stunden übersteigt<sup>22)</sup>. Im Gesetz über die Arbeitszeit ist allerdings nicht ausdrücklich gesagt, dass es sich hier um Kalendertage, also um die Zeitspanne von Mitternacht bis Mitternacht<sup>23)</sup> handelt. Im Zweifel ist jedoch immer eine Berechnung nach Kalendertagen und nicht nach beweglichen Tagen anzunehmen<sup>24)</sup>. Daher liegen bereits **Überstunden** vor, wenn ein Geistesarbeiter nach Abarbeitung seiner 6 Stunden im Laufe des Vormittages nach einer ausgiebigen Pause noch vor Mitternacht desselben Tages die Arbeit wieder aufnimmt. Es geht nicht an, diese Abendstunden mit der Zeit nach Mitternacht zusammenzuziehen, und wenn sie dann im Laufe dieses nächsten Tages nicht mehr als 6 Stunden ausmachen, als normale Arbeitszeit hinzustellen. Eine

<sup>20)</sup> Ziv. Sen. Entsch. 1928 Nr. 573; 1932 Nr. 2440; 1933 Nr. 2594 — die beiden ersteren bei Conradi u. Walter V S. 182, IX S. 290.

<sup>21)</sup> Ziv. Sen. Entsch. 1928 Nr. 514 — Conradi u. Walter V S. 183.

<sup>22)</sup> §§ 1, 2 u. 6. Dies gilt aber nur für diejenige Arbeitszeit, welche auf Grund ein und desselben Dienstvertrages gearbeitet wird. Denn es ist durchaus möglich, durch Abschluss mehrerer Dienstverträge auf eine höhere normale Arbeitszeit zu kommen, als 6 resp. 8 Stunden. Vgl. Ziv. Sen. Entsch. 1932 Nr. 2445 — Conradi und Walter IX S. 342.

<sup>23)</sup> Lettl. bürgerl. Recht Art. 3048.

<sup>24)</sup> Vgl. Erdmann, System des Privatrechts, Bd. I S. 270, 271. Buengner, Kommentar, Art. 3047 unter 3. Dass mit dem Worte «Tag» hier nicht auch etwa bloss die helle Zeit von 10 Uhr morgens bis 6 Uhr abends als Gegensatz zur Nachtzeit von 10 Uhr abends bis 6 Uhr morgens, wie sie in § 13 erwähnt wird, gemeint ist, ergibt sich aus dem Sinne dieses Paragraphen. Denn wenn dieses der Fall wäre, dann würde dieser Paragraph bedeuten, dass der Arbeiter ausser seiner normalen Arbeitszeit zwischen 6 und 22 Uhr noch 6 Stunden in der Zeit zwischen 22 und 6 Uhr beschäftigt werden könnte, was in 24 Stunden eine normale Arbeitszeit von 12 resp. 14 Stunden ergeben würde!

solche Kompensation von an einem Tage zuviel gearbeiteten Stunden mit am nächsten Tage entsprechend weniger gearbeiteten Stunden ist nicht zulässig<sup>25)</sup>). Es liegen daher Überstunden vor, wenn z. B. ein Autobuskontrolleur im Laufe eines Kalendertages 16 Stunden lang beschäftigt wird und dafür den ganzen nächsten Tag frei hat<sup>26)</sup>). Und hierbei spielt es keine Rolle, aus welchen Gründen eine dem Gesetze nicht entsprechende Verteilung der Arbeitszeit vorgenommen wird. Es können z. B. religiöse Motive dafür ausschlaggebend sein, dass ein jüdischer Arbeiter am Sonnabend nicht arbeitet und statt dessen an den übrigen 5 Wochentagen entsprechend länger bei der Arbeit bleibt. Im Sinne des Gesetzes über die Arbeitszeit sind diese Stunden dann Überstunden<sup>27)</sup>).

Etwas anders sind die Sonnabendüberstunden geregelt. § 4 des Gesetzes bestimmt, dass an diesem Tage die Arbeit um 2 Stunden früher zu beenden ist, als an den übrigen Arbeitstagen. Diese Bestimmung setzt voraus, dass der Arbeiter auf Grund desselben Arbeitsvertrages nicht nur am Sonnabend, sondern auch an andern Werktagen arbeitet, und dass sich die Stunde des gewöhnlichen Arbeitsschlusses feststellen lässt. Dann ist eine jede Stunde, welche der Arbeiter nach einem 2 Stunden früheren Arbeitsschlusse noch arbeitet, als Überstunde anzusehen<sup>28)</sup>). Es ist jedoch durchaus möglich, dass auch am Sonnabend eine normale Arbeitszeit von 6 resp. 8 Stunden stattfindet. Die Arbeit muss bloss 2 Stunden früher beginnen<sup>29)</sup>). Daher ist die konstante Gerichtspraxis nicht richtig, welche immer dann schon Überstunden als gegeben ansieht, wenn am Sonnabend volle 6 Stunden Kopfarbeit oder 8 Stunden Handarbeit geleistet worden sind<sup>30)</sup>). In der Regel trifft dieses wohl zu, es braucht aber nicht immer so zu sein. Und andererseits sind diese 6 resp. 8 Stunden auch garnicht

---

<sup>25)</sup> Vgl. Ziv. Sen. Entsch. 1932 Nr. 2106 — Conradi und Walter VIII S. 141. Andererseits müssten 12 ohne Unterbrechung gearbeitete Stunden keine Überstunden sein, wenn 6 von ihnen vor Mitternacht und 6 nach Mitternacht liegen. Dieses ist aber nicht so, weil hier die Bestimmungen betr. nächtliche Überstunden eingreifen. Vgl. hierüber weiter im Text bei Anm. 39.

<sup>26)</sup> Vgl. Ziv. Sen. Entsch. 1932 Nr. 734 — Conradi und Walter IX S. 54, 55.

<sup>27)</sup> Vgl. Ziv. Sen. Entsch. 1931 Nr. 1894 — Conradi und Walter VIII S. 140.

<sup>28)</sup> § 4 u. 6. Besondere Bestimmungen für alle staatlichen Behörden und Unternehmungen enthalten die §§ 4<sup>1</sup> u. 4<sup>2</sup> (Gesbl. 1923 Nr. 104).

<sup>29)</sup> Vgl. Verfügung des Depart. für Arbeitsschutz des Arbeitsministeriums 1924 Nr. 50235.

<sup>30)</sup> Das Gesetz über die Arbeitszeit verlangt eben gar nicht, dass am Sonnabend kürzere Zeit gearbeitet wird, sondern bloss, dass mit der Arbeit um 2 Stunden früher Schluss gemacht wird. Im logischen Zusammenhang hiermit steht die Bestimmung des § 3, dass die Sonntagsruhe nicht kürzer als 42 Stunden sein darf.



mal erforderlich, um am Sonnabend überstunden hervorzurufen. Wenn jemand z. B. gewöhnlich nur 4 Stunden am Tage arbeitet, dann sind am Sonnabend bereits die zur gewohnten Zeit gearbeitete 3. und 4. Stunde als Überstunde anzusehen. Ja sogar 2 Stunden täglich können sich am Sonnabend in Überstunden verwandeln<sup>31)</sup>.

Eine Ausnahme besteht für eine Reihe von Arbeitnehmern und zwar für Strassenbahn- und Autobusangestellte, Fleischer, Bäcker, Friseure, Badstüber, Angestellte der Lebensmittelhandlungen und Speisehäuser. Diese alle haben ihre normale Arbeitszeit auch am Sonnabend bis zur gewohnten Stunde. Die typischen Sonnabend-Überstunden finden hier also nicht statt.

Eine fernere Art von Überstunden ist dann an den Tagen vor bestimmten Feiertagen möglich. Der bereits erwähnte § 4 verlangt nämlich, dass vor Neujahr, Ostern, Pfingsten, Johanni und Weihnachten<sup>32)</sup> die Arbeit bereits bis 12 Uhr tags beendet sein muss. Daher ist die gesamte Arbeitszeit nach 12 Uhr als Überstunden anzusehen<sup>33)</sup>. Dieses gilt auch dann, wenn die Arbeit überhaupt erst um 12 oder später beginnt. Allerdings gilt auch hier für die Feiertags Vorabende dieselbe Ausnahme, wie für die Sonnabende. Die oben erwähnten Arbeitnehmergruppen haben auch hier ihre gewohnte normale Arbeitszeit zu arbeiten. Die Bestimmungen betr. die Tage vor den grossen Feiertagen unterscheiden sich aber dadurch grundlegend von den Bestimmungen für die Sonnabende, dass es hier nicht immer möglich ist, den frühen Schluss der normalen Arbeitszeit durch einen entsprechend früheren Beginn der Arbeit zu kompensieren. § 4 bestimmt nämlich in seinen Schlussworten ausdrücklich, dass die Arbeit

---

Wenn nämlich die maximal zulässige achtstündige Arbeitszeit am Sonnabend erst zur gewohnten Zeit endigen würde, dann würde die Sonntagsruhe nur 40 Stunden betragen.

<sup>31)</sup> Der im Gesetz vorgesehene frühe Arbeitsschluss am Sonnabend bedeutet nicht, dass der Arbeitgeber für diese in der Regel kürzere Arbeitszeit denselben Lohn zahlen muss, wie für die anderen Arbeitstage. Es ist durchaus möglich, für den Sonnabend einen geringeren Lohn zu verabreden. Solch eine Verabredung widerspricht auch nicht den Bestimmungen des § 17, welcher die Berechnung des Überstundenlohnes regelt.

<sup>32)</sup> Auf folgende für Staats- und Kommunalbehörden als Feiertage vorgesehenen Tage bezieht sich die obige Bestimmung nicht: Heilige Drei Könige, Busstag, Gründonnerstag, Karfreitag, Himmelfahrt, 26. Januar, 1. Mai, 22. Juni, 31. Oktober und 18. November. Ebenso bleiben unberücksichtigt die bloss in Lettgallen geltenden Staatsfeiertage. Gesbl. 1920 Nr. 160, 1921 Nr. 216 u. 262. Die obige Bestimmung bezieht sich auch nicht auf die im § 198 des Industriearbeitsgesetzes erwähnten Feiertage.

<sup>33)</sup> § 4 u. 6. Besondere Bestimmungen für alle staatlichen Behörden und Unternehmungen enthalten die §§ 4<sup>1</sup> u. 4<sup>2</sup> (Gesbl. 1923 Nr. 104).

an den Tagen vor diesen Feiertagen zur gewohnten Zeit zu beginnen hat. Beginnt sie früher als üblich, dann handelt es sich nicht mehr um normale Arbeitszeit, sondern um Überstunden. Selbstverständlich gilt dieses auch hier nur dann, wenn solch ein für die übrigen Werktage üblicher Arbeitsbeginn überhaupt vorhanden und nachweisbar ist.

Neben den bisher besprochenen Überstunden gibt es dann die **Sonntagsüberstunden**. Unter diesen hat man nicht etwa bloss diejenigen Arbeitsstunden zu verstehen, welche über ein bestimmtes Mass hinaus am Sonntag gearbeitet werden, sondern schlechthin alle sonntäglichen Arbeitsstunden, denn der Sonntag soll ganz allgemein der Erholung und nicht der Arbeit dienen<sup>34)</sup>. Allerdings kann als Erholungstag statt des im Kalender verzeichneten Sonntages auch ein anderer Wochentag dienen. Dieses tritt jedoch nur dann ein, wenn die Erholung wegen technischer Arbeitsumstände nicht am Sonntage selbst gewährt werden kann<sup>35)</sup>. Das kann z. B. beim Autobus- und Strassenbahnverkehr, in Theaterunternehmungen, in Fabriken u. s. w. der Fall sein. Und hierbei können statt eines freien Wochentages auch mehrere z. B. jeder zweite Tag frei gegeben werden. In allen solchen Fällen, wo der Wochentag durch einen oder mehrere andere Tage ausgetauscht wird, gilt dann der Sonntag selbst als gewöhnlicher Arbeitstag und die am Sonntag verbrachte Arbeitszeit ist als normale Arbeitszeit anzunehmen, sofern sie nicht die obligatorische Stundennorm übersteigt. Die am Ersatzsonntage geleistete Arbeit gilt dagegen als Überstundenarbeit. Sind mehrere solche Ersatzsonntage im Laufe einer Woche vorgesehen, dann kommt für die Berechnung von Überstunden nur ein Tag in Frage.

Für die sonntäglichen Überstunden ist es ferner durchaus wesentlich festzustellen, welche Zeitspanne mit der Erholungszeit am Sonntage vom Gesetz gemeint ist. Aus dem Wortlaut des § 3 geht hervor, dass hier nicht nur die 24 Stunden des Kalendersonntages resp. des Sonntagsersatztages gemeint sind, sondern in der Regel ganze 42 Stunden<sup>36)</sup>, welche naturgemäss auf den Sonnabend und Montag hinübergreifen. Wenn innerhalb dieser 42 Stunden gearbeitet wird, und sei

---

<sup>34)</sup> § 3 u. 6; vgl. Ziv. Sen. Entsch. 1930 Nr. 903; 1931 Nr. 982 — Conradi und Walter VII S. 137, 138.

<sup>35)</sup> § 3 Anm. 2.

<sup>36)</sup> Wenn in mehreren sich ablösenden Schichten gearbeitet wird, dann darf die Sonntagsruhe auch eine kürzere sein — genaueres hierüber in der Anm. 1 des § 3.

es auch nicht am Sonntage selbst, sondern am Sonnabend oder Montage, dann handelt es sich im Sinne des Gesetzes um Sonntagsüberstunden. Hierbei ist es möglich, dass solche Überstunden zugleich auch als Sonnabendsüberstunden erschienen. Das wird dann der Fall sein, wenn auch hierfür die entscheidenden Merkmale vorliegen. Notwendig aber ist ein solches Zusammenfallen nicht.

Alles, was für die Überstunden an Sonntagen gilt, ist nun nicht einfach auch auf Feiertage anzuwenden<sup>37)</sup>. Für diese letzteren enthält das Gesetz über die Arbeitszeit die bereits erwähnten Bestimmungen, der §§ 4 u. 6. Es ist eine logische Voraussetzung dieser Bestimmungen über obligatorische Arbeitsruhe am Vorabend bestimmter grosser Feiertage, dass auch an diesen Feiertagen selbst die Arbeit zu ruhen hat, dass an ihnen keine normale Arbeitszeit stattfinden kann. Deshalb ist alle Arbeitszeit als Überstunden zu bezeichnen, die auf Neujahr, Ostern, Pfingsten, Johanni und Weihnachten fällt. Ausserdem enthält § 198 des Industriearbeitsgesetzes speziell für Industrieunternehmungen die Bestimmung, dass in Abhängigkeit der Konfession des Arbeitnehmers auch noch verschiedene andere Feiertage zu feiern sind (Mariä Verkündigung, Himmelfahrt, Geburt Christi, Verklärung usw.). In der Regel findet hierüber eine freiwillige Einigung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer statt, wobei auch der 1. Mai und der 18. November (der Tag der Proklamierung Lettlands) gewöhnlich berücksichtigt werden. Für Staats- und Kommunalbeamte ist das obligatorische Feiertagsverzeichnis wieder ein anderes<sup>38)</sup>.

Neben allen bisher besprochenen Überstunden kennt das Gesetz über die Arbeitszeit dann ferner nächtliche Überstunden. Das Gesetz benutzt allerdings nicht diesen Ausdruck, und der bisher für eine jede Art von Überstunden zitierte § 6 kann hier nicht angezogen werden. Aber § 13 bestimmt ganz kategorisch, dass während

---

<sup>37)</sup> Ziv. Sen. Entsch. 1930 Nr. 903 u. 904 — erstere bei Conradi und Walter VII S. 138 — stellen die Arbeitszeit an Feiertagen ganz allgemein den sonntäglichen Überstunden gleich. Das entspricht nicht den Bestimmungen des Gesetzes über die Arbeitszeit. Wohl aber gilt für Feiertage in dem Sinn dasselbe, wie für Sonntage, dass auch ein Feiertag unter Umständen durch einen anderen Tag ersetzt werden kann — Ziv. Sen. Entsch. 1932 Nr. 2660.

<sup>38)</sup> Vgl. Gesbl. 1920 Nr. 160; 1921 Nr. 216 u. 262. Eine ganz andere Frage ist es, ob für Feiertage, an denen nicht gearbeitet worden ist, der gewöhnliche Lohn zu zahlen ist. In der Regel ist die Antwort auf diese Frage folgende: wird der Lohn nach Tagen berechnet, dann kommen die Feiertage in Fortfall; wenn dagegen Wochen- oder Monatslohn verabredet ist, dann darf wegen der Feiertage nichts abgezogen werden. Vgl. hierüber Ziv. Sen. Entsch. 1933 Nr. 1604 — Conradi und Walter IX S. 397.



der Nacht, d. h. in der Zeit von 10 Uhr abends bis 6 Uhr morgens, die normale Arbeitszeit immer nur 6 Stunden beträgt. Die logische Schlussfolgerung dieser Bestimmung ist es dann, dass eine längere nächtliche Arbeitszeit als Überstunden erscheinen muss<sup>39)</sup>. In allen denjenigen Unternehmungen, in welchen die technischen Umstände der Arbeit es erfordert, dass in Schichten 24 Stunden ununterbrochen durchgearbeitet werden muss<sup>40)</sup>, ist die normale nächtliche Arbeitszeit sogar noch kürzer. Sie darf im Laufe von 3 Wochen nicht 48 Stunden übersteigen, d. h. ihre maximale Durchschnittslänge beträgt nicht einmal 3 Stunden in der Nacht. Und dem entsprechend kommt es bereits früher zu nächtlichen Überstunden.

Diese nächtlichen Überstunden können sich in verschiedener Art mit denjenigen Überstunden berühren, die im Laufe eines Kalendertages über die normale 8 resp. 6 Stunden hinausgehen. Hierbei ist dann aber immer zu beachten, dass diese letzteren Überstunden bloss bis Mitternacht zu rechnen sind, während die nächtlichen über diese Stunde hinaus bis 6 Uhr morgens in Rechnung zu stellen sind. Im Einzelfall kann es bei gleichzeitiger Tag- und Nachtarbeit so liegen, dass entweder nur die eine Art von Überstunden vorliegt, oder dass beide Arten von Überstunden gegeben sind, je nachdem ob nur die Merkmale der einen Art oder beider Arten zu konstantieren sind. Hierbei ist dann aber auch zu beachten, dass die 8 stündige normale Arbeitszeit für physische Arbeiter innerhalb eines Kalendertages nicht deshalb eine kürzere wird, wenn ein Teil dieser Stunden in die Nachtzeit hineinragt. Es liegen auch dann noch keine Überstunden vor, wenn von Mitternacht bis 6 Uhr morgens und anschliessend noch 2 Stunden gearbeitet wird<sup>41)</sup>.

Eine letzte Art von Überstunden sind diejenigen während der Mittagszeit. § 14 verlangt, dass bei einer 8 stündigen Arbeitszeit dem Arbeiter wenigstens eine 1-stündige Erholungszeit gewährt werden muss, während welcher er die Arbeitsstelle verlassen darf. Diese Erholungszeit wird nicht in die Arbeitszeit miteingerechnet. Der Arbeiter

---

<sup>39)</sup> Vgl. § 17 Abs. 3 und die Erläuterungen von Eichwald, Abol und Kaulin zum Gesetz über die Arbeitszeit bei § 13 unter Punkt 5. Ausgabe 1931. Durch Gesbl. 1925 Nr. 44 wird in Bäckereibetrieben in der Regel Nachtarbeit überhaupt verboten. Dieses Verbot bedeutet jedoch nicht, dass hier eine jede dennoch gearbeitete Stunde gleich eine Überstunde ist.

<sup>40)</sup> Ein Verzeichnis solcher Betriebe ist im Reg.-Anzeiger 1930 Nr. 223 publiziert.

<sup>41)</sup> Adm. Sen. Entsch. v. 5. III. 1924 in Sachen Kremmert.

muss also wirklich 8 Stunden arbeiten, es muss aber dazwischen wenigstens eine freie Stunde eingeschoben werden. Wann dieses stattfindet, das hängt vom Arbeitgeber ab<sup>42)</sup>). Wenn nun aber diese Erholungszeit dem Arbeitnehmer nicht gewährt wird, dann ist diese durchgearbeitete Zeit als eine Überstunde anzusehen, auch wenn die ganze Arbeitszeit nicht mehr als 8 Stunden gedauert hat. Alle diese Bestimmungen gelten jedoch nur für die 8 Stundenarbeit, also nicht für die 6 stündige Geistesarbeit und Sonnabendarbeit. Ausserdem sind diese Bestimmungen ausnahmsweise nicht zwingendes Recht. Daher können die Parteien die Frage der Mittagspause auch anders regeln. Sie können diese Pause länger oder kürzer gestalten oder sie auch ganz fortfallen lassen. Für letzteres treten grade die Arbeiter häufig ein, da sie dann früher mit ihrer 8 stündigen Tagesarbeit fertig sind und schneller nach Hause können. In solchen Fällen kann von einer Mittagspausenüberstunde entweder garnicht oder bloss in der durch Vereinbarung abgewandelten Form die Rede sein.

In der Regel kann der Arbeiter nicht gezwungen werden Überstunden zu arbeiten, denn er soll ja nicht mehr als 8 resp. 6 Stunden arbeiten, soll seine Sonntagsruhe haben, an Sonnabenden früher frei sein usw. Und wenn der Arbeiter sich trotzdem zu Überstunden verpflichtet, so ist diese Verpflichtung für ihn nicht bindend, da sie zwingendem Rechte widerspricht. Nun gibt es aber doch einige wenige Fälle, in denen eine Verpflichtung zur Leistung von Überstunden vorliegen kann.

Das ist erstens mal dann der Fall, wenn die Parteien die Überstunden vereinbart haben, der Arbeitsinspektor hierzu seine Zustimmung erteilt hat, und die Überstunden nicht die Norm von 2 Überstunden im Laufe von 24 Stunden übersteigen<sup>43)</sup>). Es ist also nicht nur eine Maximalgrenze für Überstunden gesetzt, es wird auch die Einhaltung einer bestimmten Form bei Abschluss der entsprechenden Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer verlangt — die Einholung der Zustimmung des Arbeitsinspektors. Diese Zustimmung wird

---

<sup>42)</sup> § 14 bestimmt wohl, dass bereits nach 4-stündiger ununterbrochener Arbeit der Arbeiter die Erlaubnis zum Essen bekommen muss. Diese Essenspause kann mit der im Text erwähnten Erholungszeit zusammenfallen, wenn sie nämlich wenigstens 1 Stunde lang ist und wenn dem Arbeiter das Verlassen der Arbeitsstätte gestattet ist. Ein solches Zusammenfallen ist aber nicht notwendig. Wenn die genannten Bedingungen nicht gegeben sind, dann kommt diese Essenspause für die 1-stündige Erholungszeit überhaupt nicht in Betracht und wird auch nicht von der Arbeitszeit in Abzug gebracht (vgl. § 15 a. E.).

<sup>43)</sup> § 6. Ziv. Sen. Entsch. 1925 Nr. 165 — Conradi und Walter II S. 190.

von den Arbeitsinspektoren in der Regel dann erteilt, wenn eine Mehrleistung von Arbeit erforderlich ist, die gegebenen Umstände aber, ein Einstellen von mehr Arbeitern nicht zulassen, z. B. wegen Raum mangels. Auch die Fälle gehören hierher, in welchen die Arbeit selbst es verlangt, dass einige Arbeiter, z. B. die Heizer, bereits früher als die anderen Arbeiter ihre Arbeit beginnen müssen und erst später beendigen können.

Der zweite Fall von Überstunden, die der Arbeiter auf sich nehmen muss, sind die sog. obligatorischen Überstunden<sup>44)</sup>. Zu diesen ist der Arbeiter in folgenden Fällen verpflichtet. Vor allem, wenn ein öffentliches Interesse solche Überstunden erfordert, z. B. wenn die Trambahnschienen, das Gas- oder Wasserwerk, das Elektrizitätswerk repariert werden müssen. Ferner nehmen Überstunden dann einen obligatorischen Charakter an, wenn unaufschiebbare Instandsetzungsarbeiten vorliegen, z. B. wenn es sich um Kesselreparaturen oder um die Ausbesserung sonstiger für den Betrieb notwendiger Maschinen handelt. Schliesslich zählt das Gesetz zu den obligatorischen Überstunden auch noch solche, welche deshalb gearbeitet werden, um eine eilige Arbeit zu einer bestimmten Zeit zu beendigen. In allen diesen Fällen von obligatorischen Überstunden setzt das Gesetz über die Arbeitszeit keine Maximalnorm fest. Der Arbeitgeber muss aber auch hier die Zustimmung des Arbeitsinspektors einholen, sobald diese obligatorischen Überstunden länger als 6 Tage anhalten. Und wenn dann der Arbeitsinspektor seine Zustimmung versagt, dann kann der Arbeiter nicht mehr zu weiteren Überstunden gezwungen werden.

Unabhängig davon, ob der Arbeitnehmer im Einzelfall zu Überstunden verpflichtet ist oder nicht, kann er für Überstunden, die er auf Wunsch des Arbeitgebers<sup>45)</sup> geleistet hat, eine gesetzliche Vergütung verlangen<sup>46)</sup>. Und ebenso, wie die Arbeitszeit in eine

<sup>44)</sup> § 7. Ziv. Sen. Entsch. 1925 Nr. 165 — Conradi und Walter II S. 190.

<sup>45)</sup> Wenn der Arbeiter gegen den Willen des Arbeitgebers über die normale Arbeitszeit hinaus arbeitet, dann kann er nicht die im Gesetz vorgesehene Überstundenvergütung verlangen. Vgl. hierüber Ziv. Sen. Entsch. 1925 Nr. 165 und 1932 Nr. 2561 — Conradi und Walter II S. 190 und IX S. 53/4. Wenn es sich um Akkordarbeit handelt, dann steht dem Arbeitnehmer nur dann die gesetzliche Vergütung für Überstunden zu, wenn die Überstundenarbeit auf direktes Verlangen des Arbeitgebers erfolgt ist. Vgl. hierüber § 17, Abs. III a. E.

<sup>46)</sup> § 17 Abs. II a. A., Ziv. Sen. Entsch. 1928 Nr. 1450 — Conradi und Walter V S. 184. Die Forderungen auf Überstundenvergütung verjähren nicht erst nach Ablauf der gewöhnlichen Frist von 10 Jahren, sondern bereits nach 2 Jahren, gerechnet von dem Moment an, in welchem die Forderung resp. die einzelnen Teile



normale und Überstundenzeit eingeteilt ist, so muss auch der Arbeitslohn sich dieser Arbeitseinteilung anpassen<sup>47)</sup>. Damit diese Forderung des Gesetzes eine möglichst wirkungsvolle ist, müssen die Arbeitgeber solche Arbeitslisten führen, in denen diese Einteilung bereits vorgesehen ist<sup>48)</sup>.

Was die Höhe der Überstundenvergütung anbelangt, so ist dieselbe vom Gesetz verschieden geregelt, je nachdem, um welche Art von Überstunden es sich handelt<sup>49)</sup>. Die ersten 2 Überstunden, die der Arbeiter über die normale 6 resp. 8-stündige Arbeitszeit arbeitet, müssen jede mit dem gewöhnlichen Lohn und einem 50% Zuschlag vergütet werden. Bei weiteren Überstunden beträgt der Zuschlag 100% des Normallohnes<sup>50)</sup>. Für diese weiteren Stunden hat der Arbeitnehmer also doppelten Lohn zu bekommen. Dieselben 50% und 100% Zuschläge haben auch für die entsprechenden Überstunden an den Vorabenden der grossen Feiertage und in der Nacht zu erfolgen<sup>51)</sup>. Anders ist die Vergütung für diejenige Überstunde geregelt, welche auf die Mittagspause fällt. Hier müssen vom Arbeitgeber immer 100% mehr entrichtet werden<sup>52)</sup>. Und eine dritte Art der Regelung ist dann für Sonntagsüberstunden vorgesehen. Diese sind sofort mit 75% mehr zu honorieren und zwar eine jede der zwei ersten Stunden. Die folgenden Sonntagsüberstunden erheischen dagegen jede einen 100% Zuschlag<sup>53)</sup>. Und diesen sonntäglichen Überstunden sind dann, was die Vergütung anbelangt, die Überstunden an Feiertagen gleichgestellt<sup>54)</sup>.

Vom auszahlenden Betrage der Überstundenvergütung kann der Arbeitgeber einen so grossen Teil einbehalten, als er für Rechnung des Arbeitnehmers an die Krankenkasse zahlen muss.

Bei der Berechnung der Überstundenvergütung ist also immer vom Grundgehalt für die normale Arbeitsstunde auszugehen. Daher

---

der Forderung dergestalt begründet sind, dass sie bereits geltend gemacht werden können. Vgl. hierüber § 17 Abs. V u. Lettl. bürgerl. Recht Art. 3623.

<sup>47)</sup> Ziv. Sen. Entsch. 1926 Nr. 199 — Conradi und Walter III S. 167.

<sup>48)</sup> § 7 Anm. und vom Volkswohlfahrtsministerium bestätigtes Formularmuster für Überstundenlisten im Reg.-Anzeiger 1923 Nr. 20.

<sup>49)</sup> § 17.

<sup>50)</sup> § 17 Abs. 1 S. 1. Ziv. Sen. Entsch. 1931 Nr. 1428 — Conradi und Walter VIII S. 140/1.

<sup>51)</sup> § 17 Abs. 1 S. 1.

<sup>52)</sup> § 17 Abs. 1 S. 1.

<sup>53)</sup> § 17 Abs. 1 S. 1. Ziv. Sen. Entsch. 1930 Nr. 903 u. 904 — erstere bei Conradi und Walter VII S. 137.

<sup>54)</sup> Ziv. Sen. Entsch. 1930 Nr. 903 — Conradi und Walter VII S. 138; Erläuterungen von Eichwald, Abol u. Kaulin zum Gesetz über die Arbeitszeit bei § 13 unter Punkt 4. Ausgabe 1931.

ist dieses Grundgehalt immer zuerst festzustellen<sup>55)</sup>). Das bereitet keine Schwierigkeiten, wenn dieser Lohn bereits nach Stunden bemessen ist. Ist der Lohn aber anders verabredet, dann hat eine Umrechnung auf Stundenlohn stattzufinden.

Wenn es sich darum handelt, dass der Tageslohn bekannt ist, dann bekommt man den Lohnbetrag für eine normale Arbeitsstunde, indem man bei physischer Arbeit mit 8 dividiert und bei geistiger Arbeit mit 6<sup>56)</sup>). Wochenlohn ist vorher in Tageslohn umzurechnen, d. h. durch 6 zu dividieren, bei Monatslohn ist mit 25 zu dividieren d. h. die Zahl der Arbeitstage immer mit 25 anzunehmen, unabhängig davon, wieviel Arbeitstage tatsächlich im Laufe des Monats vorhanden sind<sup>57)</sup>). Entsprechendes gilt auch für halbmonatlichen Arbeitslohn. Und wenn man durch solch eine Division vom monatlich bemessenen Lohnbetrage zu einem Tageslohn gelangt ist, dann hat man mit dem oben dargelegten Verfahren fortzufahren, um den Lohn für die Normalstunde zu erhalten.

Nun ist es aber auch möglich, dass das Grundgehalt gar nicht nach der Zeit bemessen ist, sondern dass es sich um Stücklohn, also um **Akkordlohn** handelt. Dann ist eine Umrechnung des Lohnes auf Zeit notwendig. Das ist verhältnismässig einfach, wenn ausser dem Stücklohn auch noch ein minimaler Stunden- oder Tageslohn garantiert ist. Dann ist der Überstundenlohn auf Grundlage dieses bereits nach Zeit bemessenen garantierten Lohnes zu berechnen. Wenn dagegen solch ein garantierter Lohn gar nicht gegeben ist, dann muss festgestellt werden, wieviel der Arbeiter an Stücklohn in der normalen Arbeitszeit verdient hat, und zwar innerhalb des Zeitraumes auf den sich die Überstunden beziehen. Ist das festgestellt, dann lässt sich ohne Schwierigkeiten der normale Stundenlohn, die unmittelbare Berechnungsgrundlage für den Überstundenlohn, errechnen<sup>58)</sup>). Diese letzte Berechnungsart ist auch dann anzuwenden, wenn der Lohn z. B. bloss in dem

---

<sup>55)</sup> Ist gar kein Grundgehalt vorhanden, dann kann auch keine Zuzahlung für Überstunden in Frage kommen, z. B. für einen Lehrling, der keinerlei Vergütung erhält. Trotzdem gilt auch für ihn die gesetzliche Arbeitsstundennorm, über welche hinaus er nicht beschäftigt werden darf.

<sup>56)</sup> § 17 Abs. 2. Im Falle des § 2 Anm. ist der Tageslohn auch des Geistesarbeiters durch 8 zu dividieren.

<sup>57)</sup> § 17 Abs. 1, S. 2. Sonst hat der bewegliche Monat gemäss Art. 3051 des Lettl. bürgerl. Rechts 30 Tage.

<sup>58)</sup> § 17 Abs. 4. Betreffend Zeitlohnverträge und Akkordlohnverträge vgl. Ziv. Sen. Entsch. 1933 Nr. 2894 — Conradi und Walter X S. 70, 71.

Rechte besteht, Trinkgelder zu nehmen<sup>59)</sup> oder wenn es sich um Tantiemen handelt<sup>60)</sup>.

Der Arbeitslohn ist ausserdem nicht immer nur Geldlohn, er kann ebenso in einer Naturalvergütung bestehen, oder aus beiden zugleich<sup>61)</sup>. Und unter diesen Naturalien hat man z. B. volle oder teilweise Verpflegung, Wohnung, Beheizung, Beleuchtung, landische Produkte usw. zu verstehen. Diese alle müssen bei der Berechnung des Überstundenlohnes mit in Betracht gezogen werden und zu diesem Zwecke in Geld umgerechnet werden. Die Umrechnung hat hierbei nach dem tatsächlichen oder vereinbarten Werte zu erfolgen.

Es ist also immer von dem Grundgehälter für die normale Arbeitszeit auszugehen, unabhängig davon, ob dies Grundgehalt in einer bereits bestimmten Summe, oder in einer noch zu errechnenden Summe besteht. Hierbei ist es aber immer erforderlich, dass diese Summe wirklich das Grundgehalt und nicht auch etwa die Vergütung für die Überstunden darstellt. Denn die erwähnte Berechnung soll ja nur dies Grundgehalt als Ausgangspunkt nehmen. Und in diesem Zusammenhang ist es daher wichtig, dass im Zweifel ein jedes vereinbartes Gehalt als Grundgehalt anzusprechen ist und nicht als Pauschalgehalt für normale Arbeitszeit und Überstunden<sup>62)</sup>. Das schliesst aber nicht aus, dass Arbeitgeber und -nehmer sich auch auf einen Pauschallohn einigen können, der neben dem Grundgehälter auch noch die gesetzliche Überstundenvergütung enthält<sup>63)</sup>. Dann kommen keine weiteren Zuzahlungen für die Überstunden in Frage, es sei denn, dass die vereinbarte oder tat-

---

<sup>59)</sup> Dies ist häufig in Hotel- und Restaurationsbetrieben der Fall. Darüber, dass es sich bei Trinkgeldern auch um eine Art Lohn handelt, vgl. Ziv. Sen. Entsch. 1932 Nr. 1951 u. 1933 Nr. 1519 — Conradi und Walter VIII S. 141/2 und IX S. 488/9.

<sup>60)</sup> Darüber, dass es sich bei der Tantieme auch um eine Art Lohn handelt, vgl. Ziv. Sen. Entsch. 1932 Nr. 866 — Conradi und Walter IX S. 173/4.

<sup>61)</sup> Lettl. bürgerl. Gesetzbuch Art. 4174.

<sup>62)</sup> Aus dem ganz allgemein gehaltenen Texte des § 17 Abs. 2, dass der vereinbarte Tageslohn durch die Anzahl der normalen Arbeitsstunden zu teilen ist, ist nämlich zu folgern, dass der abgemachte Lohn nur auf die normale Arbeitszeit zu beziehen ist. Vgl. Ziv. Sen. Entsch. 1926 Nr. 118 — Conradi und Walter II S. 190. Nach beendeter Arbeit kann immer eine Einigung dahin erfolgen, dass der Lohn sich gemeinsam auf die normale Arbeitszeit und die Überstunden bezieht — Ziv. Sen. Entsch. 1933 Nr. 936 — Conradi und Walter X S. 71.

<sup>63)</sup> Vgl. Ziv. Sen. Entsch. 1933 Nr. 1553 — Conradi und Walter IX S. 545/6. Nicht ganz eindeutig in ihrer Fassung sind die Ziv. Sen. Entsch. 1926 Nr. 199; 1931 Nr. 1405 und 2247; 1932 Nr. 2171 — erstere bei Conradi und Walter III S. 167/8. Ausserdem beziehen sich diese Senatsentscheidungen auf eine Fassung des § 17, die heute nicht mehr in Kraft ist.



sächlich gezahlte Überstundenvergütung nicht das gesetzliche Mass erreicht. Dann ist die Differenz zuzuzahlen<sup>64)</sup>.

Eine jede vom Arbeitnehmer beanspruchte Vergütung für Überstunden muss selbstverständlich von ihm bewiesen werden, obgleich solch ein Beweis besonders dann nur schwer zu erbringen sein wird, wenn die Anzahl der Überstunden sich häufig, womöglich täglich, geändert hat, und die Forderung sich auf einen längeren Zeitabschnitt bezieht<sup>65)</sup>. Als Beweismittel kann sehr Verschiedenes in Frage kommen: die bereits erwähnten Lohnlisten, in denen die gearbeiteten Überstunden vermerkt sein müssen; die Arbeitsbüchlein, von denen auch bereits die Rede war, und die alle Vertragsbedingungen enthalten müssen; die Mitteilungen des Arbeitgebers an die Krankenkasse; Zeugenaussagen usw.<sup>66)</sup>. Von diesen Beweismitteln hat kein einziges eine unter allen Umständen durchschlagende Bedeutung<sup>67)</sup>. Sie sind alle zu berücksichtigen.

### III.

Gegen die vom Arbeitnehmer vorgebrachten Beweise kann der Arbeitgeber die allerverschiedensten Einreden erheben, um die erhobene Überstundenforderung zu paralysieren. Sehr häufig geschieht dies in der Art, dass der Arbeitgeber eine vom Arbeitnehmer unterschriebene sogenannte Generalquittung vorlegt. Als solch eine Generalquit-

---

<sup>64)</sup> Vgl. Ziv. Sen. Entsch. 1928 Nr. 342 u. 1930 Nr. 903 — Conradi und Walter V S. 184 u. VII S. 138. Beispiele: 1. Die Überstundenvergütung ist teilweise dadurch gedeckt, dass neben dem Geldlohn für die normale Arbeitszeit Naturalien für die Überstunden vorgesehen sind, wobei der Wert dieser Naturalien nicht die gesetzliche Höhe der Überstundenvergütung erreicht. 2. Statt Grundgehalt und prozentuale Zuzahlung ist für die Überstunden nur ein extra Grundgehalt gezahlt worden. 3. Statt der gesetzlichen 100% Zuzahlung sind bloss 50 oder 75% zur Auszahlung gelangt. 4. Es sind mehr Überstunden gearbeitet worden, als bei Berechnung der Pauschalvergütung vorausgesehen sind. 5. Ausser dem Grundgehalt ist bloss eine Gratifikation gezahlt worden; letztere ist in der Regel nicht auf den Überstundenlohn zu verrechnen.

<sup>65)</sup> Vgl. Ziv. Sen. Entsch. 1933 Nr. 1837 — Conradi und Walter IX S. 487. Immerhin ist es nicht erforderlich, dass jede einzelne Überstunde für sich bewiesen wird; es genügt, wenn z. B. ein bestimmter täglicher Durchschnitt an Überstunden nachgewiesen wird. Ziv. Sen. Entsch. 1933 Nr. 2063 und 2977 — erstere bei Conradi und Walter IX S. 486. Bei der Feststellung der Überstundenzahl sind aber nicht Ziv. Proz. § 185 u. 809 und Lettl. bürgerl. Recht Art. 4175 anzuwenden. Ziv. Sen. Entsch. 1928 Nr. 1099; 1931 Nr. 332; 1932 Nr. 479 u. 484; 1933 Nr. 2573 u. 2063 — letztere bei Conradi und Walter IX S. 486.

<sup>66)</sup> Zu den Beweismitteln gehört auch das Anerkennen durch den Arbeitgeber. Allerdings ist ein ganz allgemein gehaltenes Anerkennen, dass der Arbeiter manchmal etwas länger als die normale Arbeitszeit gearbeitet habe, noch kein genügender Beweis für die Anzahl der Überstunden. Ziv. Sen. Entsch. 1933 Nr. 1179 — Conradi und Walter IX S. 487.

<sup>67)</sup> Vgl. Sen. Entsch. 1928 Nr. 342; 1931 Nr. 928 und 2428; 1933 Nr. 1604, — zum Teil bei Conradi und Walter V S. 398, IX S. 398.

tung ist eine Quittung immer dann anzusehen, wenn sie sich auf eine zwischen den Parteien bereits abgehaltene Berechnung aller Ansprüche bezieht und zugleich erklärt, dass diese Ansprüche bereits beglichen sind<sup>68)</sup>. Mit welchen Worten dies zum Ausdruck gebracht ist, darauf kommt es nicht an, es muss nur klar zu Tage treten, dass alle und somit auch die strittigen Forderungen bereits beglichen sind<sup>69)</sup>. Liegt das vor, dann braucht der Arbeitgeber keine anderen Beweise dafür anzuführen, dass der Arbeiter für die Überstunden bis zur Ausstellung der Quittung nichts mehr zu bekommen hat<sup>70)</sup>. Nun gibt es aber Fälle, in denen der Arbeitnehmer dennoch eine Generalquittung entkräften und mit seiner Überstundenforderung durchdringen kann. Das ist dann der Fall, wenn er tatsächlich noch nicht befriedigt worden ist und zugleich nachweisen kann, dass seinerseits keine ernstliche Willensbestimmung bei Unterschrift der Generalquittung vorgelegen hat, dass er diese Unterschrift vielmehr bloss zum Scherz, zum Schein, unter physischem oder psychischem Zwange (unter Drohung), aus faktischem Irrtum (nicht wegen Rechtsirrtum) oder auf Grund von Betrug geleistet hat<sup>71)</sup>. Es genügt sogar, dass der Arbeiter beweist, dass ihm zur Zeit der Quittungsausstellung seine Überstundenforderung unbekannt war<sup>72)</sup>. Es ist ferner

<sup>68)</sup> Lettl. bürgerl. Recht, Art. 3537 S. 1.

<sup>69)</sup> Eine häufige Wendung ist: «Habe auf Grund stattgehabter Berechnung alles erhalten und werde keine weiteren Forderungen stellen». Noch eindeutiger ist die Fassung, wenn direkt erwähnt ist, dass aller Überstundenlohn bereits erhalten ist. Vergl. Ziv. Sen. Entsch. 1930 Nr. 1215; 1931 Nr. 664; 1932 Nr. 541, 1578 und 2447; 1933 Nr. 478, 2339 u. 2400 — zum Teil bei Conradi und Walter VI S. 32, VII S. 43, IX S. 452/3. Der Standpunkt des Senatsurteils 1928 Nr. 826 — Conradi und Walter V, S. 32 — ist einseitig und ist später verlassen worden. Die stattgehabte Berechnung der Ansprüche braucht nicht im Texte der Quittung erwähnt zu sein. Die Erfüllung aller Ansprüche setzt bereits eine Berechnung derselben voraus. Andererseits kann eine Quittung trotz einer als stattgefunden erwähnten Berechnung über Überstunden doch nicht die Bedeutung einer Generalquittung haben. Ziv. Sen. Entsch. 1931 Nr. 2423 — Conradi und Walter VIII S. 46.

<sup>70)</sup> Ziv. Sen. Entsch. 1932 Nr. 850 — Conradi und Walter IX S. 91. Die Generalquittung verliert nicht dadurch an Wirksamkeit, dass sie nicht ins Arbeitsbuch eingetragen ist. Siehe Ziv. Sen. Entsch. 1932 Nr. 1578; 1933 Nr. 2771 — Conradi und Walter IX S. 16, X S. 54.

<sup>71)</sup> Vergl. Ziv. Sen. Entsch. 1933 Nr. 478, 2339 und 2771 — Conradi und Walter IX S. 310, 452—454, X S. 52, 53 und Lettl. bürgerl. Recht, Art. 2950, 2951 und 2952, 2981 und 2986, 2961, 2979, welche bloss zum Teil in Art. 2953 zusammengefasst sind. Ein Fall von Irrtum kann, z. B. vorliegen, wenn der Arbeiter die Quittung ungelesen unterschrieben hat. Ziv. Sen. Entsch. 1933 Nr. 2339 — Conradi und Walter IX S. 454, ausführlicher Enneccerus, Lehrbuch des B. G. B. I § 157, I, 2. Der Arbeiter kann die Quittung auch deshalb ungelesen unterschrieben haben, weil der Arbeitgeber ihn dazu gezwungen hat. Ziv. Sen. Entsch. 1933 Nr. 3055 — Conradi und Walter X S. 152, 153.

<sup>72)</sup> Lettl. bürgerl. Recht, Art. 3537 S. 2 und Ziv. Sen. Entsch. 1931 Nr. 664 und 1932 Nr. 2238. Es liegt hier einer der Fälle vor, wo ein Irrtum im Motiv ausnahmsweise rechtlich nicht irrelevant ist.

möglich, dass der Arbeiter gleich bei Unterschrift der Quittung Einwände erhoben hat und sich die Überstundenvergütung extra vorbehalten hat <sup>73)</sup>). Schliesslich kann in dem Ausstellen der Quittung eine bewusste Umgehung des seinem Charakter nach zwingenden Gesetzes über die Arbeitszeit liegen <sup>74)</sup>). In allen diesen Fällen kann der Arbeiter trotz vorliegender Generalquittung eine Vergütung für die Überstunden dennoch fordern. Dem gegenüber kann es dem Arbeiter noch nichts nützen, wenn er bloss nachweist, dass er die erwähnte Vergütung tatsächlich entweder ganz oder teilweise nicht bekommen hat. Die Generalquittung kann dann bedeuten, dass der Arbeiter auf diese seine Forderung verzichtet hat <sup>75)</sup>).

#### IV.

Sehr viel wichtiger, als die bisher besprochenen Einwände des Arbeitgebers gegen die Überstundenforderung des Arbeitnehmers, ist der Hinweis des Arbeitnehmers darauf, dass der betreffende Arbeiter zu den Personengruppen zu rechnen ist, auf die sich das Gesetz über die Arbeitszeit gar nicht bezieht, und die daher garkein Recht auf eine gesetzliche Vergütung für Überstunden haben <sup>76)</sup>).

Zu diesen Ausnahmegruppen gehören vor allem die sogenannten Vertrauenspersonen, was zu der überaus grotesken Erscheinung führt, dass die Überstundenvergütung nicht derjenigen Person

---

<sup>73)</sup> Vergl. Ziv. Sen. Entsch. 1933 Nr. 478 — Conradi und Walter IX S. 310.

<sup>74)</sup> Vergl. Ziv. Sen. Entsch. 1931 Nr. 1548.

<sup>75)</sup> Vergl. Ziv. Sen. Entsch. 1933 Nr. 2339 und 2771 — erstere bei Conradi und Walter IX S. 453. Denn wenn auch ein vorhergehender Verzicht deswegen nicht möglich ist, weil es sich bei der gesetzlichen Vergütung für Überstunden um zwingendes Recht handelt, so ist doch ein nachträglicher Verzicht durchaus möglich. Das Gesetz verbietet nirgends, dass ein bereits erworbener Anspruch durch Verzicht wieder aufgegeben wird. Ziv. Sen. Entsch. 1933 Nr. 936 und 1398 — letztere bei Conradi und Walter IX S. 399. Wenn die Quittung eine unanfechtbare, d. h. eine gemäss Z. P. O. § 545 (457) beglaubigte ist, dann begründet sie gemäss Art. 3571 sogar eine gesetzliche Vermutung dafür, dass ein Verzicht stattgefunden hat. Ein Verzicht in Bezug auf eine frühere Zeitperiode kann auch darin liegen, dass der Arbeiter die Überstundenvergütung bloss für die darauffolgende Zeit gerichtlich fordert — Ziv. Sen. Entsch. 1933 Nr. 1698.

<sup>76)</sup> Dass es sich hier um eine Einrede des Arbeitgebers handelt, die dieser beweisen muss, geht daraus hervor, dass das Gesetz über die Arbeitszeit sich auf alle Arbeitnehmer bezieht (§ 1), und dass die genannten Personengruppen ihrerseits eine Ausnahme darstellen (§ 19).

Diesen Personengruppen kann wohl ein vertragliches Recht auf eine Überstundenvergütung zustehen, welche der im Gesetz vorgesehenen entspricht. Es muss dann eine entsprechende Vereinbarung zwischen den Parteien vorliegen. Ziv. Sen. Entsch. 1932 Nr. 2009 — Conradi und Walter IX S. 138.



zukommt, welche in besonderem Masse das Vertrauen besitzt, sondern vielmehr derjenige, welche das Vertrauen nicht genießt, und dass der Arbeitgeber mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln bestrebt ist nachzuweisen, dass der Arbeiter sein ganz besonderes Vertrauen genossen hat, während der Arbeiter seinerseits dieses aufs heftigste bestreitet<sup>77)</sup>). Eine gesetzliche Belohnung für einen Mangel an Vertrauen!

Darüber, was nun eigentlich unter einer Vertrauensperson im Sinne des Gesetzes zu verstehen ist, ist viel geredet und geschrieben worden. Eine sehr umfangreiche Senatspraxis<sup>78)</sup> hat diesen Begriff folgendermassen herausgearbeitet: Vertrauensperson ist eine solche Person, die im Betriebe jederzeit zur Verfügung stehen muss, damit der Betrieb richtig funktionieren und sich entwickeln kann. Die Arbeit der Vertrauensperson ist also ihrer Eigenart gemäss zeitlich nicht genau fixierbar. Ferner muss die Vertrauensperson vermittelt einer besonders sorgsamten Auswahl angestellt worden sein. Und schliesslich muss sie geistig und moralisch so hoch stehen, dass sie nicht leicht und nicht zu jeder Zeit durch jemand anderes ersetzt werden kann. Sie muss eben ein besonderes Vertrauen geniessen. Und hierbei genügt es nicht, dass diese Person bloss rein persönlich das Vertrauen ihres Arbeitgebers genießt, es ist auch erforderlich, dass die Stelle, die sie einnimmt, an und für sich eine besondere Vertrauensstelle ist.

Alle diese Erfordernisse müssen ebenso auch noch bei einer anderen Gruppe von Arbeitern vorliegen, damit auch diese nicht unter das Gesetz über die Arbeitszeit fallen. Das sind diejenigen Personen, denen die Leitung und Beaufsichtigung der Arbeit übertragen ist. Unter solchen Personen sind also auch nur besonders ausgewählte, besonders qualifizierte und jederzeit zur Verfügung stehende Personen zu verstehen<sup>79)</sup>). Diese Personen sind also begrifflich bereits in der Gruppe der Vertrauenspersonen mit enthalten<sup>80)</sup>.

---

<sup>77)</sup> Vom Gesetzgeber ist dieses ursprünglich nicht beabsichtigt worden, denn § 19 a. E. sieht vor, dass für alle diese besonderen Gruppen von Arbeitern Spezialgesetze über die Arbeitszeit erlassen werden sollen. Der Gesetzgeber hat aber den oben wiedergegebenen unnormalen Zustand verschuldet, indem er im Laufe von mehr als 10 Jahren ein Gesetz für die Vertrauenspersonen und so manche andere hier erwähnte Personengruppe nicht herausgegeben hat.

<sup>78)</sup> Entscheidung der Plenarversammlung des Senats vom 13. Juni 1930 Nr. 26. Ziv. Sen. Entsch. 1929 Nr. 668; 1931 Nr. 1072; 1932 Nr. 1199, 1579 und 1863; 1933 Nr. 1879, 3020 u. a. — zum Teil bei Conradi und Walter VI S. 181, VIII S. 142, 143, IX 55, 56, 400, X S. 202.

<sup>79)</sup> Ziv. Sen. Entsch. 1932 Nr. 1579; 1933 Nr. 1879 — letztere bei Conradi und Walter IX S. 400.

<sup>80)</sup> Die Entscheidung der Plenarversammlung des Senats vom 13. Juni 1930

Nun ist es in der Praxis machmal nicht ganz leicht festzustellen, ob die vom Gesetz geforderten Vertrauensmerkmale wirklich vorliegen, oder nicht<sup>81)</sup>. Dass der disponierende Direktor einer Bank eine Vertrauensperson ist<sup>82)</sup>, wird niemand bezweifeln. Beim Hauptbuchhalter einer Bank werden die notwendigen Vertrauensmerkmale in der Regel auch noch gegeben sein<sup>83)</sup>. Gewöhnliche Buchhalter dagegen werden wohl eher im Sinne des Gesetzes nicht als Vertrauenspersonen zu gelten haben<sup>84)</sup>.

Die Betriebsleiter in den verschiedensten Unternehmungen und auch z. B. die Bracker sind fraglos Vertrauenspersonen, ein gewöhnlicher Vorarbeiter aber nicht<sup>85)</sup>. Und hierbei genügt es auch nicht, dass jemand als Spezialist angestellt ist, um als Vertrauensperson gelten zu können<sup>86)</sup>. Daher sind auch die verschiedensten Handwerksmeister in der Regel nicht als Vertrauenspersonen anzusehen<sup>87)</sup>.

Nr. 26 weist daher darauf hin, dass der § 19 des Gesetzes über die Arbeitszeit völlig unnütz die leitenden und beaufsichtigenden Personen erwähnt.

Im Speziellen ist ein Arbeiter im Sinne des Gesetzes über die Arbeitszeit dann noch nicht ein Arbeitsleiter, wenn er bloss Hinweise für die Art der Arbeitsausführung erteilt. Es ist vielmehr erforderlich, dass ihm das Recht zusteht, dem ganzen Unternehmen oder einem Teil desselben eine bestimmte Richtung zu geben. Ziv. Sen. Entsch. 1933 Nr. 556, 3068 u. 50 — Conradi und Walter IX S. 599, 600, X S. 202, 203, 43, 44. Andererseits verlieren leitende und beaufsichtigende Vertrauenspersonen diese ihre Eigenschaft nicht notwendig dadurch, dass sie selbst gleichzeitig auch eine physische Arbeit verrichten. Ziv. Sen. Entsch. 1928 Nr. 532; 1933 Nr. 556 — Conradi und Walter V S. 187 und IX S. 600.

<sup>81)</sup> Entscheidend sind immer die tatsächlich gegebenen Umstände und nicht etwa eine Übereinkunft der Parteien darüber, dass der Arbeitnehmer als Vertrauensperson resp. nicht Vertrauensperson gelten soll. Ziv. Sen. Entsch. 1932 Nr. 1432 — Conradi und Walter IX S. 291.

<sup>82)</sup> Ziv. Sen. Entsch. 1933 Nr. 556 — Conradi und Walter IX S. 600

<sup>83)</sup> Ziv. Sen. Entsch. 1927 Nr. 538 — Conradi und Walter IV S. 154/5.

<sup>84)</sup> Ziv. Sen. Entsch. 1932 Nr. 1863; 1933 Nr. 2904 — Conradi und Walter IX S. 55, X S. 74, 75. Ebenso sind keine Vertrauenspersonen solche Angestellte, die Lohnlisten und Arbeitsbücher zu führen, Abrechnungen zu kontrollieren und dergleichen zu tun haben — Ziv. Sen. Entsch. 1933 Nr. 2218 — Conradi und Walter IX S. 490. Auch ein Angestellter, dem das Wechselportefeuille anvertraut ist, ist deshalb noch nicht eine Vertrauensperson. Ziv. Sen. Entsch. 1928 Nr. 1099 — Conradi und Walter V S. 187.

<sup>85)</sup> Ebenso wenig ein älterer Arbeiter, oder ein Lehrling — Ziv. Sen. Entsch. 1931 Nr. 608; 1932 Nr. 1539 — Conradi und Walter VII S. 139, VIII S. 144. Der Arbeiter wird auch nicht dadurch zur Vertrauensperson, wenn er darauf aufpassen hat, dass die anderen Arbeiter zur Zeit kommen, nicht faulenzten und nicht vor der Zeit fortgehen. Ziv. Sen. Entsch. 1932 Nr. 1570 u. 1579 — erstere bei Conradi und Walter IX S. 56.

<sup>86)</sup> Ziv. Sen. Entsch. 1932 Nr. 1199 — Conradi und Walter VIII S. 143. z. B. ein Brantweinbrenner. Oder ein Mechaniker — Ziv. Sen. Entsch. 1931 Nr. 2386 — Conradi und Walter VIII S. 142; oder der Gehilfe eines Pharmazeuten, auch wenn er giftige Medizinen mischt — Ziv. Sen. Entsch. 1933 Nr. 1367 — Conradi und Walter IX S. 490.

<sup>87)</sup> z. B. ein Bäckermeister in einer Bäckerei, ein Schuster, der als Meister

Schliesslich haben auch Wächter nur ausnahmsweise die Stellung einer Vertrauensperson<sup>88)</sup>; in der Regel geniessen sie im Sinne des Gesetzes kein besonderes Vertrauen, weder die Angestellten der Wach- und Schliessgesellschaft, noch sonstige Nachtwächter und Wächter in Bankgebäuden, auf Holzplätzen usw.<sup>89)</sup>.

Neben diesen bisher besprochenen Gruppen von Arbeitnehmern, die das besondere Vertrauen des Arbeitgebers haben, gibt es noch eine ganze Reihe von Arbeitergruppen, auf die das Gesetz über die Arbeitszeit in der Regel nicht anzuwenden ist, und die daher für geleistete Überstunden nicht die gesetzlich vorgesehene Vergütung beanspruchen können<sup>90)</sup>.

Dahin gehören vor allem alle Landarbeiter und Gartenarbeiter<sup>91)</sup>, die häuslichen Dienstboten<sup>92)</sup>, die Angestellten von Krankenhäusern, Asylen und Kinderheimen<sup>93)</sup>, die am Gericht Tä-

---

in einer Schusterwerkstatt arbeitet, auch wenn dem Meister eine solche Gruppe von Gesellen unterstellt ist, die zugleich vom eigentlichen Betriebsleiter ihre Anweisungen erhalten — Ziv. Sen. Entsch. 1933 Nr. 3068, 1879 u. 556 — letztere bei Conradi und Walter IX S. 399, 599, 600.

<sup>88)</sup> Ziv. Sen. Entsch. 1929 Nr. 668; 1931 Nr. 2063 — erstere bei Conradi und Walter VI S. 181.

<sup>89)</sup> Ziv. Sen. Entsch. 1929 Nr. 1936; 1933 Nr. 2273 — Conradi und Walter VI S. 182 und IX S. 546, 547. Ebenso sind keine Vertrauenspersonen die Lagerverwalter und die Badstubenangestellten, welche die Schlüssel zu den Badekabinen haben und diese bewachen. Ziv. Sen. Entsch. 1931 Nr. 1072; 1932 Nr. 2752 — Conradi und Walter VIII S. 142, IX S. 291.

<sup>90)</sup> § 19. Möglich ist aber eine vereinbarte besondere Überstundenvergütung. Diese kann ihrem Umfange nach auch der gesetzlichen Überstundenvergütung gleich sein.

<sup>91)</sup> Ziv. Sen. Entsch. 1930 Nr. 739; 1931 Nr. 768 — Conradi und Walter VI S. 182, VII S. 139, 140. Nicht hierher gehören Arbeiter, die wohl in einem Land- oder Gartenbetriebe beschäftigt sind, deren Arbeit aber nicht eigentliche Land- oder Gartenarbeit ist z. B. der Schoffeur einer Gärtnerei. Ebenso gehören nicht zu den Gartenarbeitern diejenigen Kirchhofsangestellten, deren Hauptbeschäftigung das Gräbergraben ist, und für die das gärtnerische Ausschmücken des Kirchhofs bloss eine Begleiterscheinung der eigentlichen Aufgabe ist. — Vgl. die zitierte Sen. Entsch. 1931 Nr. 768; ausserdem 1930 Nr. 1086. Andererseits sind dem Landarbeiter gleichgestellt die Angestellten der landischen und der Butter erzeugenden Kooperative — vgl. § 19. Schliesslich bestimmt § 19<sup>1</sup>, dass das Gesetz über die Arbeitszeit sich auch auf solche Personen nicht bezieht, welche bei öffentlichen Notstandsarbeiten (sabi-driskos darbos) beschäftigt werden. Die Bestimmung dieses § 19<sup>1</sup> ist erst am 20. Januar 1934 publiziert, hat aber ausdrücklich rückwirkende Kraft — Gesbl. 1934 Nr. 19. Die bisherige Gerichtspraxis wandte das Gesetz über die Arbeitszeit auch auf diese Personengruppen an — Ziv. Sen. Entsch. 1933 Nr. 1138 u. 2297 — letztere bei Conradi und Walter IX S. 598.

<sup>92)</sup> Vgl. Anm. 12.

<sup>93)</sup> Auch die Angestellten der Schwefelkurorte zählen jetzt zu diesen Ausnahmen — § 19. Früher war das nicht der Fall, Ziv. Sen. Entsch. 1932 Nr. 1976 — Conradi und Walter VIII S. 143, 144.



tigen<sup>94)</sup>, das Gefängnispersonal und die Polizei. Ausserdem sind von der Wirkung des Gesetzes über die Arbeitszeit auch noch die Lehrer ausgenommen. Allerdings ist für diese eine Reihe von Spezialgesetzen erlassen worden, wo die normale Arbeitszeit, die Überstundenvergütung usw. in besonderer Weise geregelt werden<sup>95)</sup>.

Schliesslich bezieht sich das Gesetz über die Arbeitszeit in der Regel auch nicht auf die in der Verkehrsbranche Tätigen, wobei in die Verkehrsbranche hier nur öffentliche Verkehrsmittel gehören, d. h. solche, die dem allgemeinen Verkehr dienen und im Prinzip dem Publikum für eine bestimmte Taxe und für bestimmte Marschruten zur Verfügung stehen<sup>96)</sup>. Daher ist das Gesetz über die Arbeitszeit wohl auf Taxichauffeure und auf die Lastkutscher der Expediture anzuwenden, nicht aber auf Angestellte der Eisenbahn, der Post usw., für die z. T. andere Spezialbestimmungen bestehen<sup>97)</sup>. Demgemäss müssten eigentlich auch Strassenbahn und Autobus nicht dem Gesetz über die Arbeitszeit unterstellt sein. Es ist dieses aber ausdrücklich wohl der Fall. Und ausserdem fallen überhaupt alle physischen Arbeiter und alle in Werkstätten tätigen Arbeiter der Verkehrsbranche unter dieses Gesetz, soweit natürlich nicht die erwähnten Spezialbestimmungen eingreifen.

Zu den Angestellten im Verkehrswesen gehört an und für sich das Schiffspersonal. Da aber § 19 das Schiffspersonal auch noch extra erwähnt, so fallen aus dem Rahmen des Gesetzes über die Arbeitszeit nicht nur die Angestellten auf solchen Schiffen, die der Beförderung von Personen und Waren dienen, sondern z. B. auch die Arbeiter auf Baggerprähmen, Refauleuren usw.<sup>98)</sup>. Andererseits handelt es sich aber

---

<sup>94)</sup> Selbstverständlich gehören zum Gerichtspersonal nicht auch die Angestellten der Notare und Rechtsanwälte, Ziv. Sen. Entsch. 1928 Nr. 1099; 1029 Nr. 283 — Conradi und Walter V S. 187.

<sup>95)</sup> Vgl. Gesbl. 1922 Nr. 198; 1923 Nr. 114; 1925 Nr. 155, 176, 177; 1929 Nr. 161; 1931 Nr. 207 mit mehrfachen späteren Abänderungen.

<sup>96)</sup> Ziv. Sen. Entsch. 1924 Nr. 169 — Conradi und Walter I S. 148. Ausserdem sind hier auch nur diejenigen Angestellten gemeint, deren Arbeit in einem direkten Zusammenhang mit den Bewegungsoperationen des Verkehrsmittels steht. Kantoristen eines Verkehrsunternehmens gehören nicht hierher. Ziv. Sen. Entsch. 1933 Nr. 2026 — Conradi und Walter X S. 73, 74.

<sup>97)</sup> Betreffend die Arbeitskräfte der Eisenbahnen vgl. Gesbl. 1923 Nr. 123 mit Abänderungen und 1931 Nr. 167; betr. Post, Telegraf und Telefon vgl. Gesbl. 1923 Nr. 135 nebst Abänderungen; betr. die Angestellten der Chaussee- und Landwegverwaltung vgl. Gesbl. 1923 Nr. 136. Sonderbestimmungen bestehen auch für die Staats- und Armeedruckerei. Gesbl. 1924 Nr. 113; 1926 Nr. 118 mit Abänderungen, und ganz allgemein für Staatsangestellte. Gesbl. 1929 Nr. 156, § 18 u. 59.

<sup>98)</sup> Ziv. Sen. Entsch. 1929 Nr. 910; 1931 Nr. 929, 1230; 1933 Nr. 2026 — zum Teil bei Conradi und Walter VII S. 140, 141, X S. 74.

nicht mehr um Schiffsangestellte, wenn das in Frage kommende Fahrzeug garkein Schiff, sondern z. B. bloss ein Grosboot ohne eigenen Antrieb ist<sup>99)</sup>. Und ebenso gehören zu dem eigentlichen Schiffspersonal auch nicht diejenigen Arbeiter, welche z. B. in einer auf dem Schiff eingerichteten Werkstube arbeiten<sup>100)</sup>. Auf alle diese ist das Gesetz über die Arbeitszeit daher wohl anzuwenden, und ihnen steht eine gesetzliche Überstundenvergütung sehr wohl zu.

## V.

Neben diesen z. T. recht komplizierten Bestimmungen betr. Überstunden enthält das Gesetz über die Arbeitszeit auch noch ausführliche Bestimmungen über die dem Arbeitnehmer zu gewährende *Urlaubszeit* und über die dem Arbeiter zustehende Vergütung, falls er seinen Urlaub nicht in natura genossen hat<sup>101)</sup>. Und hierbei sind diese Ansprüche in ihrer Begründetheit und ihrem Umfange davon abhängig, wie lange der Arbeiter in ein und demselben Betriebe ohne Unterbrechung angestellt gewesen ist<sup>102)</sup>.

Ist diese Zeit kürzer als drei Monate gewesen, dann gelangt ein Anspruch auf Urlaub oder Urlaubsvergütung noch garnicht zur Entstehung. Wenn dagegen der Arbeitnehmer eine Zeitspanne von drei bis sechs Monaten im Dienste gestanden hat, dann hat er bereits in gewissem Sinne einen Anspruch auf Urlaub. Er kann es allerdings noch nicht durchsetzen, dass er schon während dieser Dienstzeit tatsächlich auf Urlaub gelassen wird. Und wenn er innerhalb dieser Zeit seinerseits das Dienstverhältniss löst, dann kann er auch keine Vergütung für nicht ausgenutzten Urlaub verlangen. Anders steht es aber, wenn der Arbeitgeber die Beendigung des Dienstverhältnisses veranlasst. Dann kann der Arbeiter eine Urlaubsvergütung verlangen.

---

<sup>99)</sup> Vgl. die einleitenden Erläuterungen von Eichwald, Abol u. Kaulin zum Gesetz über die Arbeitszeit.

<sup>100)</sup> Ziv. Sen. Entsch. 1930 Nr. 1745 — Conradi und Walter VII S. 139. Das eigentliche Schiffspersonal solcher Schiffe gilt aber wohl als Schiffspersonal im Sinn des Gesetzes über die Arbeitszeit. Ziv. Sen. Entsch. 1933 Nr. 2026 — Conradi und Walter X S. 74.

<sup>101)</sup> § 18.

<sup>102)</sup> Hierbei ist aber nur die Zeit seit dem Inkrafttreten des Gesetzes über die Arbeitszeit oder der betr. Novelle hierzu zu berücksichtigen. Ziv. Sen. Entsch. 1931 Nr. 806 und 1881 — Conradi und Walter VII S. 138, VIII S. 142.

Andererseits ist es nicht notwendig, dass der Arbeiter jeden Tag arbeiten muss. Es kann sich auch um solch ein ununterbrochenes Dienstverhältnis handeln, auf Grund dessen der Arbeiter nur paar Tage in der Woche zu arbeiten verpflichtet ist. Ziv. Sen. Entsch. 1932 Nr. 1383 — Conradi und Walter IX S. 343.

Ganz anders ist es, wenn der Arbeitnehmer bereits volle sechs Monate im Dienste steht. Dann spielt die Art der Beendigung des Dienstverhältnisses keine Rolle mehr. Der Arbeiter hat in jedem Falle ein Anrecht auf Urlaub resp. auf eine Vergütung.

Der Anspruch auf Urlaub steht dem Arbeiter ex officio zu: er muss ihm ohne seine besondere Bitte von Seiten des Arbeitgebers gewährt werden. Daher verliert der Arbeiter in der Regel diesen Anspruch nicht dadurch, dass er nicht seinerseits um Bewilligung des Urlaubs bittet<sup>103</sup>). Innerhalb der zehnjährigen Verjährungsgrenze können Urlaub und Urlaubsvergütung auch für mehrere Jahre nachgefordert werden<sup>104</sup>). Der Arbeiter verliert aber seine Urlaubsansprüche, sofern er gegen den Willen des Arbeitgebers die ihm angebotene freie Zeit nicht ausnutzt, sondern stattdessen weiter arbeitet<sup>105</sup>). Ausserdem tritt ein Verlust dieser Ansprüche dann ein, wenn der Arbeiter für Akkordlohn arbeitet und nicht um Urlaub in natura gebeten hat. Denn im Falle der Akkordarbeit, wo es an und für sich im Interesse des Arbeiters liegt, statt desurlaubes mit bisherigem Lohne durch intensivere Arbeit eine grössere Gesamtvergütung zu erzielen, muss vermutet werden, dass der Arbeiter im eigenen Interesse auf den ihm zukommenden Urlaub hat verzichten wollen. Diese Praesumption kann allerdings dadurch entkräftet werden, dass der Akkordarbeiter seinerseits nachweist, dass der Arbeitgeber den Urlaub verweigert hat. In diesem Falle kann auch der auf Akkord gestellte Arbeiter eine Vergütung für nicht ausgenutzten Urlaub verlangen<sup>106</sup>).

Wenn nun dem Arbeitnehmer Urlaub oder Urlaubsvergütung zusteht, dann fragt es sich, wie diese Forderungen zu berechnen sind. Das Gesetz über die Arbeitszeit bestimmt hierüber, dass der Urlaub

<sup>103</sup>) Ziv. Sen. Entsch. 1927 Nr. 544 — Conradi und Walter IV S. 152.

<sup>104</sup>) Ziv. Sen. Entsch. 1928 Nr. 199 und 1031; 1931 Nr. 806 — Conradi und Walter V S. 184, 185, VII S. 139. Die Verjährung beginnt mit dem Moment der actio nata est zu laufen, d. h. bei Dienstverträgen von drei bis sechs Monaten mit dem Ende des Vertrages, bei längeren Dienstverträgen — mit dem Ende eines jeden weiteren Monats für den entsprechenden Urlaubsanspruch. Vgl. hierzu die allgemeinen Bestimmungen im lettl. bürgerl. Recht Art. 3623 und 3628.

<sup>105</sup>) Ziv. Sen. Entsch. 1927 Nr. 544 — Conradi und Walter IV S. 152. Kein richtiges Urlaubsangebot liegt vor, wenn der Arbeitgeber dem Arbeiter während der Urlaubszeit nicht den Lohn weiter zahlen will. Ziv. Sen. Entsch. 1932 Nr. 1951 — Conradi und Walter VIII S. 141/2.

<sup>106</sup>) Ziv. Sen. Entsch. 1928 Nr. 199; 1933 Nr. 2647 und 2650 — erstere bei Conradi und Walter V S. 186. Dasselbe gilt, wenn der Lohn in Prozenten von den Tageseinnahmen besteht. Ziv. Sen. Entsch. 1933 Nr. 2039 — Conradi und Walter IX S. 488.



im Laufe eines beweglichen Jahres wenigstens 2 Wochen beträgt<sup>107)</sup>. Da 2 Wochen bloss 12 Arbeitstage haben, so kommt bei der Berechnung des Urlaubs auf jeden gearbeiteten Monat ein Arbeitstag<sup>108)</sup>. Hierbei sind Feiertage, die in die Zeit des Urlaubs fallen in der Regel nicht in Abzug zu bringen<sup>109)</sup>. Und bei der Berechnung der Urlaubsvergütung tritt an die Stelle eines jeden Urlaubstages ein Tageslohn, und zwar der Lohn für die normale Arbeitszeit, nicht auch der Überstundenlohn<sup>110)</sup>. Für einen Jahresurlaub hat der Arbeiter daher seinen normalen zweiwöchentlichen Lohn resp. den Lohn für 12 Arbeitstage zu bekommen<sup>111)</sup>. Bei Akkordlohn muss auch hier eine Umrechnung des Lohnes nach Zeit erfolgen, um die Urlaubsvergütung berechnen zu können. Hierbei sind die 2 letzten Monate eines jeden gearbeiteten Jahres resp. der gearbeiteten kürzeren Zeit zum Ausgangspunkte der Berechnung zu nehmen, und der mittlere Tageslohn festzustellen<sup>112)</sup>. Dasselbe gilt auch in dem Falle, wenn der Lohn in Prozentsen oder in Form von Trinkgeldern verabredet ist<sup>113)</sup>.

Für die Zeit des ausgenutzten Urlaubs muss der Arbeiter seinen vollen Lohn für normale Arbeitszeit erhalten<sup>114)</sup>, wobei der Akkordlohn

<sup>107)</sup> § 18 Abs. 1. Dass die dem Arbeiter zukommende Urlaubszeit eine ununterbrochene sein muss, also z. B. im Laufe eines Jahres zusammenhängende vierzehn Tage betragen muss, das wird im Gesetz über die Arbeitszeit nicht verlangt. Daher ist es möglich, dass der Arbeiter in der Art seinen Jahresurlaub erhält, dass er in den Sommermonaten zwölf Sonnabende freibekommt. Ziv. Sen. Entsch. 1933 Nr. 2349 — Conradi und Walter IX S. 598/9.

<sup>108)</sup> Hat der Arbeiter nicht jeden Wochentag zu arbeiten, sondern nur einige, dann fallen in die zweiwöchentliche Urlaubszeit entsprechend weniger Arbeitstage. Dem entsprechend kommt dann bei der Berechnung des Urlaubs auf jeden gearbeiteten Monat auch kein voller Arbeitstag mehr als Erholungstag.

Die Ziv. Sen. Entsch. 1927 Nr. 544 bei Conradi und Walter IV S. 153 bestimmt, dass der Arbeiter nach sechs Monaten Arbeit, gleich zwei Wochen Urlaub verlangen kann. Dieses gilt gemäss der heutigen Fassung des § 18 jedenfalls nicht.

<sup>109)</sup> Eine solche Regelung entspricht auch dem Umstande, dass unser Privatrecht das römisch-rechtliche Institut des tempus utile nicht kennt. Erdmann. System des Privatrechts. Band I S. 276.

<sup>110)</sup> § 18 Abs. 2. In der Praxis werden auch nicht volle Monate bei der Berechnung der Urlaubsvergütung mit berücksichtigt und mit dem entsprechenden Teil des Tageslohnes mit in Rechnung gestellt.

<sup>111)</sup> Ziv. Sen. Entsch. 1927 Nr. 544 bei Conradi und Walter IV S. 153 legt der Berechnung betr. Urlaubsvergütung irrtümlicherweise vierzehn Lohntage zu Grunde.

Möglich ist es, dass die Urlaubsvergütung bereits in dem tatsächlich gezahlten Arbeitslohne enthalten ist; z. B. wenn der Arbeiter für mehr Stunden bezahlt bekommt, als er tatsächlich arbeitet. Vgl. Ziv. Sen. Entsch. 1932 Nr. 555.

<sup>112)</sup> § 18, Abs. 3.

<sup>113)</sup> Vgl. Ziv. Sen. Entsch. 1932 Nr. 1951 — Conradi und Walter VIII S.141/2.

<sup>114)</sup> § 18, Abs. 1 a. E. Zum vollen Lohn kann, wie z. B. beim Dienstboten, auch Kost und Logis gehören. Die Umrechnung letzteren erfolgt hier auf Grund von Normen, die vom Volkswohlfahrtsminister von Zeit zu Zeit publiziert werden. Die letzte Verordnung ist im Regierungsanzeiger 1932 Nr. 79 zu finden. Gemäss dieser Ver-

auf die soeben erwähnte Art auszurechnen ist. Wenn dagegen der Arbeiter die Urlaubszeit durcharbeitet, und die Vergütung für den nicht ausgenutzten Urlaub zu bekommen hat, dann steht ihm für diese Zeit tatsächlich ein doppelter Lohn zu: einmal der Lohn für die gearbeitete Zeit und zweitens die Urlaubsvergütung<sup>115)</sup>.

Nun gibt es aber ebenso, wie bei der Überstundenvergütung, auch hier beim Urlaub und der Urlaubsvergütung eine Reihe von Personengruppen, auf die sich die Urlaubsbestimmungen gar nicht beziehen<sup>116)</sup>. Die Zahl der ausgenommenen Personengruppen ist hier aber geringer, denn Vertrauenspersonen, Arbeitsleiter, Aufsichtspersonen, Angestellte der Krankenhäuser und so mancher anderer, die alle keinen Anspruch auf die gesetzlich vorgesehene Überstundenvergütung haben, geniessen wohl den im Gesetz vorgesehenen Urlaub. Ausgeschlossen sind dagegen folgende Gruppen von Arbeitnehmern: Land- und Gartenarbeiter, häussliche Dienstboten ausserhalb der städtischen Administrativgrenzen, Angestellte im Verkehrswesen mit gewissen Ausnahmen, Lehrer, am Gericht Tätige, Gefängnispersonal, Polizisten und Personen, die bei öffentlichen Notstandsarbeiten beschäftigt sind<sup>117)</sup>.

In denjenigen Fällen, in welchen dem Arbeitnehmer ein gesetzlicher Urlaub zusteht, ist es möglich, diese Zeit mit der bei Beendigung des Dienstvertrages einzuhaltenden vertraglichen oder gesetzlichen Kündigungsfrist zusammenfallen zu lassen<sup>118)</sup>.

---

ordnung ist in Riga und in Riga-Strand die volle Beköstigung mit 80 Snt. täglich, im übrigen Lettland mit 60 Snt. täglich anzunehmen. Logis mit Beleuchtung und Beheizung beträgt 20% von der Gesamtsumme des übrigen Lohnes. Logis nur mit Beheizung — 18%; Logis allein — 12%.

<sup>115)</sup> Vgl. Ziv. Sen. Entsch. 1927 Nr. 544 — Conradi und Walter IV S. 152. Von der zu zahlenden Vergütung für nicht ausgenutzten Urlaub werden keine Zahlungen zu Gunsten der Krankenkassen erhoben. Daher kann der Arbeitgeber vom Betrage der Urlaubsvergütung keine Zahlungen an die Krankenkasse abziehen. Vgl. Erläuterungen von Eichwald, Abol u. Kaulin zum Gesetz über die Arbeitszeit bei § 18 unter Abs. 47, Ausgabe 1931.

<sup>116)</sup> Vgl. § 18 Anm. und § 19.

<sup>117)</sup> Näheres über diese einzelnen Gruppen in den Anmerkungen 91—100. wo auch auf Spezialgesetze verwiesen ist.

<sup>118)</sup> Ziv. Sen. Entsch. 1933 Nr. 987 — Conradi und Walter X S. 72. Ebenso die Praxis des Volkswohlfahrtsministeriums — siehe Erläuterungen von Eichwald. Abol u. Kaulin zum Gesetz über die Arbeitszeit bei § 18 unter Punkt 39. Ausgabe 1931.

Die Bestimmungen darüber, welche gesetzlichen, gewohnheitsrechtlichen und vereinbarten Kündigungsfristen einzuhalten sind, gehören nicht ins Gesetz über die Arbeitszeit. Bloss § 12 bestimmt, dass während der 4 Wochen vor dem Gebären und der 8 Wochen nachher einer Frau nicht gekündigt werden darf.

## VI.

Neben diesen bisher besprochenen Bestimmungen des Gesetzes über die Arbeitszeit enthält dieses auch noch besondere Bestimmungen für Kinder<sup>119)</sup> und für Frauen<sup>120)</sup>. Diese besonderen Bestimmungen werden, wenn es sich speziell um Fabrikarbeit handelt, auch noch durch das Industriearbeitsgesetz ergänzt<sup>121)</sup>. Auf alle diese Details kann hier aber nicht näher eingegangen werden. Es sei bloss darauf hingewiesen, dass die noch nicht 21 Jährigen, wenn es sich um Industriearbeit handelt, ausnahmsweise selbständig, ohne ihre Eltern und Vormünder, den Arbeitsvertrag schliessen, sich mit dem Arbeitgeber verrechnen und ihre Ansprüche gerichtlich geltend machen können<sup>122)</sup>.

### Gesetz über die Arbeitszeit.

1. Die normale Arbeitszeit wird für alle entlohnnten physischen Arbeiter in allen privaten, Staats-, Selbstverwaltungs- und öffentlichen Unternehmungen und Anstalten auf 8 Stunden am Tage festgesetzt, ausgenommen die Fälle, welche in diesem Gesetze besonders aufgezählt sind.

2. Die normale Arbeitszeit für Geistesarbeiter ist 6 Stunden am Tage.

Anmerkung. Die Arbeitszeit derjenigen Geistesarbeiter, deren Arbeit mit der Arbeitszeit der physischen Arbeiter untrennbar verbunden ist, ist der Arbeitszeit letzterer anzugleichen.

3. Die normale ununterbrochene sonntägliche Erholung muss nicht kürzer als 42 Stunden in der Woche sein.

1. Anmerkung. In allen Unternehmungen und Anstalten, in denen ununterbrochen in Schichten gearbeitet wird, ist eine sonntägliche Erholung zu gewähren, die nicht kürzer als 40 Stunden ist. In Strassenbahn- und Autobusunternehmungen, in welchen in zwei Schichten gearbeitet wird, darf die sonntägliche Erholung in 2 aufeinander folgenden Wochen im Durchschnitt nicht kürzer als 40 Stunden sein, wobei die kürzere von diesen Erholungen wenigstens 32 Stunden betragen muss.

2. Anmerkung. Sowohl den physischen, als auch den Geistesarbeitern, welche wegen technischer Arbeitsumstände ihre

---

<sup>119)</sup> Vgl. §§ 9—11.

<sup>120)</sup> Vgl. §§ 12, 16.

<sup>121)</sup> Vgl. hauptsächlich die §§ 64—86 dieses Gesetzes und die bei Eichwald, Abol und Kaulin angeführten Erläuterungen und Verordnungen.

<sup>122)</sup> Vgl. Industriearbeitsgesetz § 46 im Zusammenhang mit dem Art. 353 ff. des Lettl. bürgerl. Rechts. Vgl. auch Ziv. Sen. Entsch. 1930 Nr. 1120; 1933 Nr. 1059 — Conradi und Walter VII S. 136, X S. 69.



Erholung nicht am Sonntage ausnutzen können, ist eine solche an einem anderen Wochentage zu geben.

4. An Sonnabenden sind die Arbeiten um 2 Stunden früher zu beenden, als an anderen Tagen. Am Vorabend vor Neujahr, Ostern, Pfingsten, Johanni und Weihnachten sind die Arbeiten bis 12 Uhr tags zu beenden, wobei sie zur gewohnten Zeit zu beginnen haben.

Anmerkung. Den Strassenbahn- und Autobusangestellten, den Fleischern, Bäckern, Friseuren, Badstübern und den Angestellten der Lebensmittelhandlungen und Speisehäuser ist es erlaubt, an den Vorabenden der Sonntage und Feiertage wie an gewöhnlichen Arbeitstagen zu arbeiten, mit der Bestimmung, dass die normale in einer Woche gearbeitete Stundenzahl nicht 48 Stunden in der Woche übersteigt.

4<sup>1</sup>. Vom 11. August dieses (1923) Jahres an sind die Arbeiten in allen staatlichen Behörden und Unternehmungen an den Sonnabenden um zwei Stunden früher, als an den übrigen Tagen, zu beenden, an den Vorabenden aber von Neujahr, Ostern, Pfingsten, Johanni und Weihnachten — um 12 Uhr tags. Ausgenommen hiervon sind das Verkehrs- und das Kriegsressort und folgende Arbeitsstellen und Abteilungen in den übrigen Ressorts:

im Arbeitsministerium: Ambulanz, Sanatorium, Säuglingsheim und Blindeninstitut (ausschliesslich die Werkstuben des Instituts);

im Bildungsministerium: Lehranstalten, Kurse, Werkstuben für Handarbeit, Abteilung der Lesehalle und Bücherausgabe, Nationaloper und -theater;

im Finanzministerium: Hafenbezirke, Lotsen, Bakenwächter und -aufseher, Schiffspersonal, Seemannsschule; in den Zollbehörden: Schiffsaufseher, Lageraufseher, dejourierende Experten; im Jägerschen elektrischen Unternehmen: Rayonaufseher und Streckenmonteure;

im Innenministerium: Krankenhäuser, Leprosorien und Schwefelkurorte, Polizei und politische Polizei, örtliche Behörden der Emigranten- und Flüchtlingsabteilung;

im Landwirtschaftsministerium: Lehranstalten und Kurse, meteriologisches Büro, Kontrolle der Exportbutter, forst- und landwirtschaftliche Unternehmungen;

im Justizministerium: Gerichtsbehörden und Gefängnisse;

in der Staatskanzlei: Lettländische Telegraphenagentur und Expedition des «Regierungs-Anzeigers».

4<sup>2</sup>. Wenn die Arbeitsordnung es verlangt, kann der Ressortleiter in Übereinstimmung mit diesen Bestimmungen für einzelne Angestellte Dejourstunden nach Beendigung der Arbeit bestimmen.

5. Für ausserordentlich schwere und gesundheitsschädliche Arbeiten bestimmt der Arbeitsminister in Übereinstimmung mit dem Gesundheitsdepartement eine Arbeitszeit, die kürzer als 8 Stunden am Tage ist.

6. Überstundenarbeit über die in den vorherigen Paragraphen bestimmte normale Arbeitszeit ist zulässig auf Grund gegenseitiger Einigung der Arbeitgeber und Arbeiter und mit Zustimmung der Arbeitsinspektion, jedoch nicht mehr als 2 Stunden am Tage.

7. In folgenden Fällen müssen Überstunden obligatorisch gearbeitet werden: a) wo dieses die allernotwendigsten Bedürfnisse der Allgemeinheit verlangen; b) bei unaufschiebbaren Instandsetzungsarbeiten; c) um eilige Arbeit zur bestimmten Zeit zu beendigen. Wenn solche Überstundenarbeiten länger als sechs Tage fortgesetzt werden, dann muss der Arbeitgeber die Erlaubnis der Arbeitsinspektion für die Überstundenarbeit erfragen, ausgenommen die Fälle, wo eine Wiederholung ähnlicher Arbeiten nicht vorauszusehen ist.

Anmerkung. Über alle gearbeiteten obligatorischen und nichtobligatorischen Überstunden muss der Arbeitgeber Verzeichnisse gemäss einer vom Arbeitsministerium bestimmten Form führen, in denen er die Namen der bei Überstunden Beschäftigten vermerkt und an welchen Tagen und wieviele Überstunden gearbeitet sind. Der Überstundenlohn ist in den Lohnlisten und Lohnbüchlein getrennt von dem ordentlichen Arbeitslohn zu führen.

8. Als Arbeitszeit ist die Zeit anzusehen, während der die Arbeiter gemäss den Bestimmungen des Vertrages und der inneren Einrichtung des Unternehmens oder der Anstalt sich an der Arbeitsstelle und zur Verfügung der Administration oder Obrigkeit befinden müssen.

9. Es ist verboten, Kinder in den obligatorischen Schuljahren zu beschäftigen. Ausnahmen sind in den Arbeitszweigen zulässig, in welchen die Arbeitsumstände unabwendbar Kinderarbeit fordern.

10. Es ist verboten, Kinder vor Erreichung der vollen 14 Jahre zu beschäftigen, beginnend aber mit dem 15. bis zum 16. Lebensjahre — länger als 6 Stunden am Tage zu beschäftigen.

11. Es ist verboten, Kinder und Halbwüchslinge im Alter von 14 bis 18 Jahren bei Überstunden-, Nacht-, Sonntags- und Feiertagsarbeiten zu beschäftigen, wie auch bei schweren, gesundheits- und sittlichkeits-schädlichen Arbeiten.

Anmerkung. Es ist verboten, Kinder und Halbwüchslinge, wie auch Frauen unter 21 Jahren in Anstalten zu beschäftigen, wo mit berauschenden Getränken gehandelt wird.

12. Es ist verboten, Frauen bei solchen Arbeiten zu beschäftigen, die ihrem Organismus nicht angemessen und der Gesundheit schädlich sind, desgleichen 4 Wochen vor und 8 Wochen nach dem Gebären. Während der Gebärungszeit (12 Wochen) ist es verboten, den Frauen die Arbeit zu kündigen.

Anmerkung. Das Arbeitsministerium bestimmt in Übereinstimmung mit dem Gesundheitsdepartement, in welchen Unternehmungen und welche Arbeit für Frauen, Kinder und Halbwüchslinge verboten ist.

13. In Unternehmungen, in denen wegen der technischen Arbeitsumstände in Schichten ununterbrochen 24 Stunden gearbeitet werden

muss, kann man jeden Arbeiter in der Nacht nicht mehr als 48 Stunden in der Zeit von 3 Wochen beschäftigen. In den übrigen Unternehmungen sind in der Nacht 6 Stunden oder 36 Stunden in der Woche zu arbeiten.

**Anmerkung.** Als Nachtarbeit ist die Arbeit in der Zeit von 10 Uhr abends bis 6 Uhr morgens anzusehen.

**14.** In einer jeden 8-stündigen Arbeitszeit muss eine wenigstens einstündige Unterbrechung vorhanden sein, die für die Arbeiter mit dem Rechte verbunden ist, die Arbeitsstelle zu verlassen. Diese Unterbrechung rechnet man nicht in die Arbeitszeit mit ein; eine Erlaubnis zum Essen ist nach 4-stündiger ununterbrochener Arbeit zu geben.

**15.** Auf Grund von gegenseitigen Verträgen zwischen Arbeitern und Arbeitgebern sind Ausnahmen zulässig von den im Paragraphen 14 erwähnten Bestimmungen in Bezug auf die Unterbrechung und die Länge derselben, wobei man solche Unterbrechungen, die den Arbeitern nicht das Recht geben, die Arbeitsstelle zu verlassen, in die Arbeitszeit einrechnet.

**16.** Einer Frau, die Mutter ist und selbst ihren Säugling nährt, ist in jeden 8 Arbeitsstunden eine Stunde freie Zeit zu geben, wobei es erlaubt ist, diese Zeit in zwei Teilen auszunutzen. Diese Fütterungszeit des Kindes ist in die Arbeitszeit einzurechnen und für Ausnutzung derselben darf nicht Lohn abgezogen werden.

**17.** Überstundenarbeit ist in folgendem Umfange zu entlohnen: die ersten 2 Stunden wenigstens 50% höher, die ferneren und die Mittagszeit wenigstens 100%, Sonntagsarbeit wenigstens 75% höher, als die ordentlichen Arbeitsstunden. Bei Berechnung des Stunden- und Überstundenlohnes für Arbeiter, welche monatliche oder halbmonatliche Entlohnung erhalten, sind im Monate 25 Arbeitstage zu rechnen.

Den Lohn der ordentlichen Arbeitsstunde berechnet man, indem man den in der vorhin dargelegten Weise errechneten oder vereinbarten Tageslohn für physische Arbeiter mit 8 teilt, für Geistesarbeiter aber mit 6 oder, in dem in der Anmerkung des § 2 vorgesehenen Falle, mit 8.

Überstundenarbeitslohn ist in allen Fällen zu zahlen, sobald der zu entlohnende Arbeiter länger als die in diesem Gesetze bestimmte normale Arbeitszeit gearbeitet hat, unabhängig davon, in welcher Art seine Entlohnung festgesetzt ist: ob als Akkordlohn, falls die Überstundenarbeit auf Bewirken des Arbeitgebers gearbeitet ist, ob als Monats-, Tages- oder Stundenlohn.

In dem in diesem Paragraphen erwähnten Falle sind für die Akkordarbeiter die minimalen Überstundenzuzahlungen nach dem ihnen garantierten Stunden- oder Tagesverdienste zu berechnen, wo aber ein solcher nicht bestimmt sein sollte, nach den im Unternehmen bestehenden Akkordsätzen, indem als Grundlage das durch Akkordarbeit erhaltene Entgelt und die Zeit, in welcher diese Arbeit gemacht ist, genommen wird.

Die Forderungen auf Überstundenvergütung verjähren in der Zeit von zwei Jahren.



18. Nach Abarbeitung von 6 Monaten in einem Unternehmen oder einer Anstalt ist jedem in den §§ 1 und 2 erwähnten Arbeiter im Laufe eines Jahres nicht weniger als zwei Wochen Erholung mit voller Lohnauszahlung zuzusprechen.

Wenn ein Arbeiter nach Abarbeitung von 6 Monaten in einem Unternehmen oder einer Anstalt vor Ausnutzung der Erholung auf eigenen Wunsch die Arbeit verlässt oder auch von der Arbeit entlassen wird, dann ist ihm bei der letzten Abrechnung eine Vergütung für den nicht ausgenutzten Teil der Erholungszeit ausbezahlen, proportional der abgearbeiteten Zeit und dem Arbeitslohn. Ebenso ist die Vergütung für den nicht ausgenutzten Teil der Erholungszeit auch für diejenigen Arbeiter zu berechnen und auszahlen, denen nach Abarbeitung 3 Monate in einem Unternehmen oder einer Anstalt der Arbeitgeber kündigt.

Für diejenigen Arbeiter, für welche man beständig oder zum Teil den Arbeitslohn für die getane Arbeit berechnet (Akkordarbeit), berechnet man den Lohn für die Erholungszeit nach ihrem mittleren Verdienste im Laufe der letzten 2 Monate.

**Anmerkung.** Die Bestimmungen dieses Paragraphen beziehen sich auch auf solche Personen, welchen die Arbeitsleitung und -aufsicht aufgetragen ist, oder welche eine Vertrauensstelle einnehmen, wie auch auf häusliche Dienstboten innerhalb der städtischen Administrativgrenzen, auf Angestellte der Krankenhäuser, Asyle, Kinderheime und Schwefelkurorte.

19. Ein besonderes Gesetz bestimmt die Arbeitszeit für Landarbeiter, fürs Schiffspersonal, für Angestellte der Butter erzeugenden Kooperativorganisationen und der landischen Kooperative, für häusliche Dienstboten, für Angestellte der Krankenhäuser, Asyle und Kinderheime, für Angestellte der Schwefelquellen-Anstalten und der Gerichtsbehörden, für Lehrer, Polizisten, Gefängnispersonal und für solche Personen, welchen die Arbeitsleitung und -aufsicht aufgetragen ist, oder welche eine Vertrauensstelle einnehmen, und für die an Verkehrsmitteln Tätigen, ausgenommen die Strassenbahn- und Autobusangestellten, die Arbeiter in Werkstätten und physische Arbeiter.

19<sup>1</sup>. Dieses Gesetz bezieht sich nicht auf Personen, die bei öffentlichen Notstandsarbeiten beschäftigt sind.

20. In allen Unternehmungen und Anstalten müssen die Arbeitgeber dieses Gesetz in den Arbeitsräumen an einer den Arbeitern zugänglichen Stelle auslegen.

21. Der Arbeitsminister gibt zur Ausführung dieses Gesetzes eine Instruktion heraus.

# Die Rechtslage der modernen Mobiliarhypothek.

Von Appellhofrichter W. Freymann.

In den Statuten der Lettlandbank ist die Ausreichung von Darlehen gegen Verpfändung von Mobilien vorgesehen, wobei diese Pfänder in den Händen der Schuldner zur Benutzung oder Verwahrung belassen werden<sup>1)</sup>. Diese Form des Realkredits, die für die Lettlandbank Rechtsgiltigkeit in Grundlage ihrer Statuten besitzt, wird aber auch anderweitig geübt, da sie scheinbar nicht als reines Lombardpfand, d. h. Darlehn gegen Faustpfand aufgefasst werden kann, Verpfändung von beweglichen Sachen jedoch bloss in der Form des Faustpfandes stattfinden kann<sup>2)</sup>, so entsteht die Frage nach der Giltigkeit eines solchen Gunstrechtpfandes, und die Rechtsgiltigkeit eines Gunstpandrechts kann durchaus nicht als unbestritten gelten. Um ein Beispiel zu nennen, erkennt das Rigasche Bezirksgericht diese Form des Pfandrechts nicht an, da es bei ihr die vom Art. 1469 des L.B.G.B. geforderte Besitzübergabe an den Gläubiger vermisst. Die neuere gesetzgeberische Entwicklung des Pfandrechts zeigt allerdings eine negative Tendenz, denn die Justizreform des Jahres 1889 hat auf dem Gebiet des Pfandrechts die grundsätzliche Abschaffung der Mobiliarhypothek gebracht<sup>3)</sup>. Das hatte jedenfalls den damaligen Begriffen und Erfordernissen der Realkreditgesetzgebung entsprochen, die das Mobiliarpfand bloss in der Form des Faustpfandes zulassen wollte<sup>4)</sup>. Der Gang der Wirtschaftsgeschichte hat jedoch diesen Standpunkt verlassen, gerade im Hinblick darauf, dass bei der Verpfändung von Waren, Fabrikaten, Möbeln usw. die wirtschaftliche Ausnutzung dieser Gegenstände unterbunden wurde, was sich natürlich schädlich auf die Existenz des Unternehmens bzw. Hauswesens auswirken musste. Daher hat sich in der modernen Auffassung das Faustpfand als «soziales Unrecht» erwiesen, und es besteht das Bedürfnis, die Mobiliarhypothek, d. h. das Pfandrecht ohne Besitz, wieder einzuführen, wenn auch in zeitgemässer Gestalt<sup>5)</sup>. So zwingt denn die wirtschaftliche Bedeutung

<sup>1)</sup> Ges. Bl. Nr. 65/23 — Art. 8.

<sup>2)</sup> Anm. z. Art. 1357 des L. B. G. B. — Gesetz vom 9. Juli 1889 (6188) Abschnitt 1 B. Art. 1.

<sup>3)</sup> Ges. v. 9. Juli 1889 (Ges. Bl. 78, Art. 674) Abschn. I B. Art. 1, vgl. auch Art. 1336, 1391 Anm. des L. B. G. B. — so auch B. G. B. Art. 1205, Schweiz. Z. G. B. Art. 884.

<sup>4)</sup> Vgl. А. Іасмаіъ и бароиъ А. Нолкеіъ, Прав. о привед. въ дѣйствіе пол. о преобразованіи суд. части въ Прибалтійскихъ губерніяхъ. СПб. 1890, S. 389.

<sup>5)</sup> Vgl. В. Синайскій, Основы гражд. права. — Riga, 1926, S. 191.

der modernen Mobiliaerhypothek zu einer grundsätzlichen Klärung ihrer Rechtslage.

Wie schon gesagt, erkennt das Lettl. B.G.B. die Mobiliarhypothek in ihrer früheren rein vertraglichen Form nicht an, und daher kann die obengekennzeichnete Form des Pfandes als rechtsgiltig bloss anerkannt werden, wenn die als Unterart des Faustpfandes zu konstruieren ist. Das Faustpfand des L.B.G.B. ist historisch deutschrechtlichen Ursprungs und war stets mit der Übertragung der «Gewere», d. h. der faktischen Innehabung an den Gläubiger verbunden<sup>6)</sup>.

Später jedoch wurden die deutschrechtlichen Bestimmungen durch die Rezeption des Römischen Rechts fast vollständig verdrängt und es wurde auch die römische Mobiliarhypothek üblich<sup>7)</sup>, die, wie oben ausgeführt, mit der Justizreform von 1889 wieder aufgehoben wurde. So hat das im L.B.G.B. geltende — ursprünglich germanische Faustpfand — dennoch hauptsächlich römische resp. gemeinrechtliche Quellen, und die hauptsächlichste Bestimmung aus dem deutschen Recht ist die Beibehaltung des Rechtssatzes «Hand muss Hand wahren»<sup>8)</sup>. Ausser diesen Quellen hat die Justizreform von 1889 den Rechtssatz der Publizität des Pfandrechts als Regel eingeführt<sup>9)</sup>, wenn auch dieses Rechtsprinzip nicht voll angewandt ist<sup>10)</sup>.

Die historischen Grundlagen des Faustpfandrechts zeigen also, dass die Interpretation dieses Instituts gemäss seinen Quellen, im wesentlichen nach römisch-rechtlichen Bestimmungen zu erfolgen hat<sup>10)</sup>. Das Faustpfandrecht, als einzig geltende Form des Mobiliarpfandes ist an die Übertragung des Besitzes auf den Gläubiger gebunden;<sup>11)</sup> diese Besitzübertragung ihrerseits geschieht nach der allgemeinen Regel über die Erwerbung des Besitzes schlechthin, wobei die entsprechende Gesetzbestimmung auf die Artikel 637 ff., 64 hinweist<sup>12)</sup>. Da die Besitzergreifungsarten fast ausschliesslich den Austritt der Sache aus dem

---

<sup>6)</sup> F. Bunge, Geschichte des Liv-, Est- und Kurländischen Privatrechts, St. Petersburg, 1862, S. 114. — Livl. P. R. Cap. 15. 172. 192, Rig. St. R. Th. II, Cap. 19, 21, 26. — C. Erdmann, System d. Privatrechts, II. S. 352.

<sup>7)</sup> Bunge, a. a. O. S. 166.

Bunge, Liv- und estl. Privatrecht, Reval, 1847, S. 307.

Erdmann, a. a. O. II. S. 323 und 444.

<sup>8)</sup> Gassmann und Nolcken, a. a. O. S. 392.

<sup>9)</sup> Erdmann, a. a. O. II. S. 351.

<sup>10)</sup> Art. 1469 und 1470 nebst Quellen: L. 9 § 2 D de pignorat. act. (XIII 7) u. a. und dem Hinweis auf Art. 641, gleichfalls mit römischen Quellen: L. 1 § 1 D. de acquir. vel. amitt. possess. (XLI, 2) u. a.

<sup>11)</sup> Art. 1469.

<sup>12)</sup> Art. 1470 Anm.



Einwirkungsbereich der Eigentümer im Auge haben<sup>13)</sup>, beim hypothekarischen Pfand jedoch die Sache in der Einwirkungssphäre des Eigentümers — in seiner Detention verbleibt, so kann beim letzteren von Besitzergreifung nur in den Fällen die Rede sein, wenn eine Besitzergreifung durch Handanlegung<sup>14)</sup> bzw. durch Anbringung eines Zeichens bewerkstelligt wird. Also — die im Art. 641 Pkt. 1 und 7 angeführten Besitzergreifungsarten entsprechen der Begründung des hypothekarischen Mobiliarpfandes.

Von den beiden angezogenen Gesetzbestimmungen enthält Art. 641 Pkt. 7 aufs neue einen Hinweis auf den Besitz («wenn er die Sache, die nicht mehr im Besitz eines Anderen ist, mit einem Zeichen versieht»). Da auch die Bestimmungen über den Besitz im L.B.G.B. römisch- bzw. gemeinrechtlichen Ursprungs sind<sup>15)</sup>, so muss auch bei der Auslegung des Art. 641 Pkt. 7 auf diese römischen Quellen zurückgegriffen werden. Erdmann erblickt im Besitz des Faustpfandes und damit implicite im Besitz des Art. 641 Pkt. 7, als nicht juristischen Besitz, ein Detentionsrecht<sup>17)</sup>, gibt aber andererseits wieder zu, dass für die Erlangung dieser Detention die römischrechtlichen Bestimmungen der Besitzergreifung erforderlich seien<sup>18)</sup>. Das bedeutet aber, dass der Besitz des Faustpfandrechts gerade juristischer Besitz und nicht Detention ist. Andererseits erkennt Erdmann dem *constitutum possessorium* nicht faustpfandbildende Bedeutung zu<sup>19)</sup>, weil bei der Anwendung des Rechtssatzes «Hand muss Hand wahren» das Wesen des Faustpfandes ausgeschlossen wäre. Dieser Ansicht hat sich auch der Lettl. Senat angeschlossen<sup>20)</sup>, Diese Auffassung ist jedoch nicht stichhaltig. In den Fällen, wo der Gläubiger den Besitz des Pfandes dem Schuldner belassen oder einer dritten Person übergeben hätte und letztere die Sache einer gutgläubigen vierten Person verpfändet oder veräußert hätte<sup>21)</sup>, würde das Faustpfand erst mit dem Moment der Einräumung des Rechts an diese vierte Person erlöschen und folglich bis dahin gültig bestehen können; dass der Schuldner die Möglichkeit

<sup>13)</sup> Art. 637, Pkt. 1, Art. 641, Pkt. 2, 3, 4, 5 und 6.

<sup>14)</sup> Art. 641, Pkt. 1.

<sup>15)</sup> Art. 641, Pkt. 7.

<sup>16)</sup> Bunge, a. a. O. S. 187, Erdmann, a. a. O. II. S. 446, 453.

<sup>17)</sup> Erdmann, a. a. O. II. S. 397, 445.

<sup>18)</sup> Erdmann, a. a. O. II. S. 446.

<sup>19)</sup> Erdmann, a. a. O. II. S. 447; vgl. auch Zwingmann, Civilrechtliche Entscheidungen, B. VIII Nr. 1529.

<sup>20)</sup> Senatsentsch. Nr. 244/31 — Konradi und Walter, Izvilk. no Latv. Sen. civ. kas. dep. spriedumiem, B. VIII. S. 22.

<sup>21)</sup> Art. 1436, Pkt. 2, bzw. Art. 1370.

hat, das Pfandrecht durch eine solche Veruntreuung zu vernichten ist kein Gegenbeweis für die Rechtsgiltigkeit des Pfandes überhaupt, da eine solche Vernichtungsmöglichkeit schon nach den früheren Bestimmungen des L.B.G.B.<sup>22)</sup> — gerade im Falle «Hand muss Hand wahren» — nicht das Pfandrecht von vorneherein ungiltig sein liess.

Somit wäre prinzipiell die Begründung des Faustpfandrechts durch ein *constitutum possessorium* wohl möglich.

Aber die Begründung des Faustpfandes durch das genannte *constitutum possessorium* allein ist ausgeschlossen infolge des in dem Gesetz vom 9. Juli 1889 aufgestellten Prinzips der Publizität des Pfandes, da ein solches Pfand der nun aufgehobenen Mobiliarhypothek<sup>23)</sup> gleich käme. Es erweist sich also, dass bloss wo diesem Grundsatz der Öffentlichkeit Folge geleistet wird, d. h. gerade in den Fällen, wo das Pfand mit einem Zeichen an sichtbarer Stelle vergeben wird, ein giltiges Faustpfand selbst dort entstehen könnte, wo das Pfand in den Händen des Schuldners verbleibt; dieses ist eben derjenige Fall, der dem Art. 641 Pkt. 7 des L.B.G.B. entspricht.

Ist somit der Besitz, von dem beim Faustpfandrecht die Rede ist, als juristischer Besitz im römischen Sinne zu interpretieren, so ist auch unter dem im Artikel 641 Pkt. 7 angeführten Besitz des Anderen derselbe juristische Besitz, nicht aber Detention zu verstehen<sup>24)</sup>. Das bedeutet aber, dass der Besitz dieses Anderen auch dort als aufgehört gilt, wo das Pfand in den Händen des Schuldners verbleibt, aber letzterer sich als Besitzstellvertreter des Gläubigers (Art. 645) zu betrachten beginnt, wo, mit anderen Worten, die Besitzübertragung seitens des Schuldners auf den Gläubiger sich auf dem Wege des *constitutum possessorium* (Art. 648) vollzieht, selbstredend unter Anlegung eines Zeichens, da ja sonst kein giltiges Faustpfand entstehen könnte<sup>25)</sup>. Es zeigt sich also, dass die Begründung der modernen Mobiliarhypothek genau den im Art. 641 Pkt. 7 vorgesehenen Umständen entspricht, wobei zur Feststellung des «Nichtsbesitzes eines Anderen», — des Schuldners, — das vollzogene *constitutum possessorium* genügt, während zur Rechtmässigkeit des Pfandrechts selbst (Art. 1469) die Anlegung eines Zeichens noch erforderlich ist. Nach römischer Auffassung ist allerdings nicht das Anbringen des Zeichens die Besitzergreifung, son-

---

<sup>22)</sup> Art. 1436, Pkt. 2.

<sup>23)</sup> Art. 1391 Anm.

<sup>24)</sup> Vgl. Erdmann, a. a. O. II. S. 453.

<sup>25)</sup> Siehe oben.

dern diese ist nur der Beweis der durch Handanlegung (Art. 641 Pkt. 1) eben beim Zeichnenanbringen vollzogenen Besitzergreifung.

Somit kann festgesetzt werden, dass das moderne hypothekarische Pfand, die Belassung der verpfändeten Waren, Fabrikate usw. in den Händen des Schuldners vom Standpunkt der pfandrechtlichen Bestimmungen durchaus als Unterart des Faustpfandes zu gelten hat, und als solches rechtsgiltig ist. Der Hinweis des Rigaschen Bezirksgerichts auf das Fehlen der Besitzübergabe ist also nicht stichhaltig.

Es sind jedoch noch zwei weitere Fragen zu klären. Die erstere betrifft den Einwurf, ob die gekennzeichnete Form des Pfandrechts nicht doch als verbotene- Mobiliarhypothek aufzufassen wäre, und ob die Belassung des Pfandes in den Händen des Schuldners und Eigentümers, die ja bloss verträglicher Grundlage geschehen könnte, dem Grundprinzip widerspricht, dass lukrative Verträge über eigene Sachen seine Giltigkeit haben<sup>27)</sup>. Was den ersten Einwurf anbetrifft, so ist unter der seit 1889 verbotenen Mobiliarhypothek nur deren römisch- und gemeinrechtliches Urbild die hypotheca zu verstehen, die ihrem Wesen nach sich mit dem Besitzpfand — *pignus* — eigentlich deckt<sup>28)</sup>, und die sich vom letzteren bloss dadurch unterscheidet, dass die Besitzergreifung nicht sofort, wie beim *pignus*, erfolgt sondern auf einen fernerer Zeitpunkt hinausgeschoben wird<sup>29)</sup>. Da also die hypotheca sich mit dem *pignus* inhaltlich deckt und letzterer sowie deshalb auch die hypotheca auch ohne äussere Kennzeichnung des Pfandobjektes zu Recht bestand, so muss nach dem L.B.G.B. nur die römische Mobiliarhypothek, d. h. bloss das nicht äusserlich gekennzeichnete besitzlose Mobiliarpfand als aufgehoben gelten. Daraus folgt notwendigerweise, dass das mit einem Zeichen äusserlich gekennzeichnete Pfand nicht zu der verbotenen Kategorie gehören kann.

Begründeter erscheint der zweite Einwurf; das Belassen des Faustpfandes in den Händen des Schuldners veranlasst eine Veränderung des Rechtsverhältnisses zwischen Gläubiger und Schuldner in dem Sinne, dass der Schuldner nun entweder die Verwahrung des Pfandes als Besitzstellvertreter übernimmt, oder, dass ihm die Benutzung des Pfandes eingeräumt wird, jedenfalls beruht eine solche

<sup>26)</sup> Baron, System des Pandektenrechts, § 116.—1. 15 (14), § 1, D. de per. et comm. 18, 6.

<sup>27)</sup> Art. 1095, 1363, 3739, 3767, 3841, 4028.

<sup>28)</sup> inter *pignus* autem et *hypothecam tantum nominis sonus differt — 1. 5, § 1, D. de pign. 20, 1.*

<sup>29)</sup> die *actio Serviana* als der entsprechende Klageweg, Baron, a. a. O. § 184, 3.



Veränderung bloss auf vertraglicher Grundlage — sei es stillschweigend oder ausdrücklich; das L.B.G.B. erkennt aber alle Verträge, die dem Eigentümer Rechte an seiner Sache gewähren, — lukrative Verträge —, sowie auch das Verwahrungsverhältnis inbezug auf die eigene Sache als nichtig an<sup>30)</sup>. So stellt sich auch der Lettl. Senat auf den Standpunkt, dass das Belassen des Faustpfandes in der Detention des Schuldners, als auf dem Verwahrungsvertrage (Art. 3777 ff) beruhend, in Grundlage der Bestimmung, dass die eigene Sache des Depositars nicht Gegenstand des Verwahrungsvertrages sein kann, als nichtig zu erachten sei<sup>31)</sup>. Dem gegenüber ist festzustellen, dass es schon vom wirtschaftlichen Standpunkt aus betrachtet, durchaus nicht auf die Verwahrung, die ja in der Regel eine Benutzung der Sache seitens des Verwahrers ausschliesst, ankommt, sondern gerade auf die die Nutzung; daher kann auch von dem speziellen Verwahrungsvertrage hier nicht die Rede sein. Zudem wäre auch die vertragmässige Verwahrung der eigenen Sache durchaus denkbar, und zwar in Fällen, wie beim Faustpfand, wo das Recht auf den Besitz der Sache temporär einer anderen Person eingeräumt ist. Das L.B.G.B. kennt ja auch das Pfandrecht an der eigenen Sache wenigstens in der Form der Priorität vor anderen Pfandrechten<sup>32)</sup>. Vor allem ist aber sowohl formell wie auch materiell ein Gunstrecht (Precarium) an der eigenen Sache gerade bei Faustpfande rechtlich zulässig<sup>33)</sup>, wo dem Schuldner sogar das Gebrauchsrecht an der eigenen Sache eingeräumt wird. Gerade dieses ist auch bei der modernen Mobiliarhypothek der Fall, und somit ist als Schlussfolgerung der obenstehenden Betrachtung festzustellen, dass die Verpfändung einer beweglichen Sache unter Belassung derselben in den Händen des Schuldners mit dem Recht, die Sache zu gebrauchen, aber unter Anbringung einer kennzeichnenden Aufschrift an sichtbare Stelle, durchaus rechtgiltig ist und dass dieser Giltigkeit das Fehlen der räumlichen Übergabe des Besitzes an den Gläubiger nicht als Hindernis dient.

---

<sup>30)</sup> Siehe oben Anmerkung <sup>25)</sup> und Art. 3780.

<sup>31)</sup> Senatsentsch. Nr. 244/31. Siehe oben Anm. Vgl. Art. 3780.

<sup>32)</sup> Art. 1363 in fine.

<sup>33)</sup> Art. 3767 (b).

# Deutsche strafrechtliche Novellen im Kampf gegen gefährliche Gewohnheitsverbrecher.

Von Dr. jur. Wilhelm Neumann.

Das in den Jahren nach der Novemberrevolution in Deutschland geradezu erschreckende Anwachsen der Kriminalität hat zahlreiche Stimmen aus Kreisen der Praxis und Wissenschaft laut werden lassen, die an den Grundanschauungen der vergangenen Epoche von Verbrechen und Strafe, an der Strafrechtspflege in den letzten Jahrzehnten, sowie an der bisherigen strafrechtlichen Gesetzgebung eine vernichtende Kritik üben. Einige Zahlen aus der bis in die Neuzeit vorliegender Statistik der preussischen Polizei mögen zeigen, wie gerade die schweren Verbrechen bis in die letzten Jahre hinein sich teils in ständiger Zunahme befunden, teils auf einer sehr beträchtlichen Höhe gehalten haben; nach dieser Statistik haben sich in Preussen ereignet:

Jahr	Tötungsdelikte	Raubüberfälle	Diebstähle	Gewaltsame Unzucht
1927	481	1.619	169.729	2.075
1928	390	1.781	185.847	2.194
1929	407	2.034	204.670	2.493
1930	499	2.013	242.978	2.055
1931	425	1.925	274.419	1.837

Auffallend sind die Zahlen über die Zunahme der Diebstähle, bei welchen besonders das gewerbs- und gewohnheitsmässige Verbrechertum eine grosse Rolle spielt. Insbesondere die Entwicklung der Berliner Kriminalität auf dem Gebiete der Eigentumsverbrechen belegt zwingend die Forderungen nach neuen Bahnen, die Rechtssprechung und Gesetzgebung beschreiten müssen, wenn das Verbrechertum wirksam bekämpft werden soll. Es wurden nämlich an Fällen von Raub- und räuberischen Erpressungen in Berlin gezählt: 1926 — 328 Fälle, 1927 — 420, 1928 — 397, 1929 — 415, 1930 — 546, 1931 — 646, 1932 — 760 Fälle. Das bedeutet ein Anwachsen der Kriminalität auf diesem Gebiete in 6 Jahren in der Jahreszahl um über 100%. Nicht minder aufschlussreich für die Beurteilung der Strafrechtspraxis der vergangenen Epoche sind die Ergebnisse der Forschungen Exners<sup>1)</sup>, die über die juristischen Fachkreise hinaus Beachtung gefunden, ja Aufsehen erregt haben. Es ist das Verdienst Exners, an der Hand von

<sup>1)</sup> Exner, Studien über die Strafzumessungspraxis der deutschen Gerichte, Leipzig 1931.

ihm errechneter Zahlen erwiesen zu haben, dass trotz wesentlicher Zunahme der Verbrechen die schweren Bestrafungen gemeiner Verbrechen abgenommen haben, dass die Strafrechtspflege in den letzten Jahrzehnten von einem immer stärker gewordenen Zug zur Milde beherrscht war: im Jahre 1882 sind 13.000 Zuchthausstrafen gefällt worden, im Jahre 1928, obwohl sich die Zahl der jährlichen Gesamtverurteilungen inzwischen etwa verdoppelt hatte, nur noch 7.000; im Jahre 1882 wurden 4,1% aller Verurteilungen wegen Verbrechen und Vergehen mit Zuchthaus geahndet, 1928 kaum noch 1%. Ministerialrat Rietsch<sup>2)</sup> äussert sich zur Praxis der Strafzumessung dahin, dass sich bei den deutschen Gerichten eine ständig zunehmende Abneigung dagegen gebildet hat, auf Zuchthaus zu erkennen, und dass die überraschenden Ergebnisse der Statistik unwiderleglich beweisen, dass die Strafzumessung dem Gesetzeswort nicht mehr entsprach, denn insbesondere die Zahlen der Fälle, in denen mildernde Umstände bewilligt wurden, lassen deutlich erkennen, dass die vom Gesetzgeber als Regel gedachte Strafe zur Ausnahme, die als Ausnahme vorgesehene Strafe zur Regel geworden war. Mit Exner kommt er zum Schluss, dass der Richter das einzelne Verbrechen nicht deshalb mit Gefängnis bestraft, weil mildernde Umstände vorliegen, sondern, dass er mildernde Umstände annimmt, weil er Gefängnis aussprechen will. Weiteres Zahlenmaterial beweist, dass die Gerichte sich auch von der Gefängnisstrafe abwandten: waren 1882 noch 75% aller Strafen für Verbrechen und Vergehen Freiheitsstrafen, nur 25% Geldstrafen, so überschritten im Jahre 1911 die Geldstrafen bereits 50% und 1928 wurden gar 70% aller Verbrechen und Vergehen mit Geldstrafen geahndet. Nur findet die Milde der Gerichte keine natürliche Rechtfertigung, denn die milderen Strafen haben sich keineswegs als wirksam erwiesen, das Verbrechen energisch zu bekämpfen, insbesondere die schwere Kriminalität zurückzudrängen. Die Entwicklung der Kriminalität hat evident erwiesen, dass eine Abnahme der Strafen notwendig eine Zunahme der Verbrechen zur Folge haben muss, dass man Verbrechen nicht mit milden Strafen bekämpfen kann. Als weiterer Grund für das Überhandnehmen des Verbrechens kommt die verhängnisvolle Handhabung des Gnadenrechts in Betracht. Jeder noch so schwere Verbrecher hielt es schliesslich für sein gutes Recht, die Gnadeninstanzen für sich in Bewegung zu setzen und hatte damit mei-

---

<sup>2)</sup> In der «Preussischen Justiz» 95. Jahrg. No. 40.



stens einen Teilerfolg. Ein interessantes und typisches Beispiel für die Art der Gnadenpraxis in Deutschland vor der nationalen Revolution gibt der Leiter der Kriminalpolizei Berlin *Schneider* in der «Deutschen Justiz», nach dessen Ausführungen die vollständige Vollstreckung einer von einem Berliner Gericht rechtskräftig erkannten Strafe geradezu eine Ausnahme geworden war: ein bereits wegen Aufruhrs mit 3 Jahren Gefängnis, von denen er nicht einmal die Hälfte verbüsst hatte, vorbestrafter Mann erhielt danach ausser einer Geldstrafe wegen unbefugten Waffenbesitzes, wegen schweren Diebstahls unter Mitführung einer Waffe, drei Monate Gefängnis, d. h. die Mindeststrafe. Kurz nach seiner Entlassung, wurde der klar als gemeingefährlich erkennbare Verbrecher wegen Raubes und Tötung eines Menschen, um sich der Ergreifung auf frischer Tat zu entziehen, zu zehn Jahren Zuchthaus, zehn Jahren Ehrverlust, Stellung unter Polizeiaufsicht verurteilt. Auch diese Strafe — wiederum die Mindeststrafe — hat er nicht voll verbüsst; der «Herr Verbrecher» erhielt nach 4 Jahren Bewährungsfrist. Kaum in Freiheit gesetzt, beging er wieder schwere Straftaten, darunter Einbruch mit Waffen, schliesslich Raub mit Todeserfolg. Erst jetzt wurde er zu lebenslänglichem Gefängnis verurteilt und somit unschädlich gemacht. Bei einer solchen Pflege des Strafrechts ist es weiter nicht verwunderlich, dass der «Ganove» unter dem bisherigen Strafrecht kein übles Leben führen konnte; ein Geständnis sicherte ihm die Zubilligung mildernder Umstände zu; ein milder Strafvollzug sorgte dafür, dass es sich auch in der Strafanstalt leidlich leben liess und dort winkte bereits die Bewährungsfrist!

Auch das geltende deutsche Strafrecht weist ernsteste Mängel im Kampf gegen die «schweren Jungen» auf. Bekanntlich ist die Probe für die Güte jedes Strafgesetzbuches seine Eignung als Waffe im Kampf gegen die schwere und schwerste Kriminalität, insbesondere das gemeingefährliche Verbrechen. Ministerialrat *Rietsch* weist nachdrücklich auf diese Mängel des deutschen Str. G. B. hin, welches in seiner bisherigen Fassung auf diesem Gebiete völlig versagte. Das Str. G. B. schreibt bei einzelnen Tatbeständen Strafverschärfungen vor, wenn der Täter gewerbs- und gewohnheitsmässig gehandelt hat (bei Hehlerei, Wucher, Zuhälterei etc.). Jedoch hier, sowie bei Straftaten, bei denen Rückfall als strafverschärfend anerkannt ist, ist der Kreis desselben viel zu eng gezogen: z. B. wurden Unterschlagung oder Untreue, oder Sittlichkeitsverbrechen, oder politische Straftaten im Rückfall schärfer nicht erfasst. Da die Strafregisterlisten gerade

der schweren Kriminellen wohl häufig, aber keineswegs immer gleichartige Straftaten aufweisen, ist die Regelung des Str. G. B., wonach ein strafverschärfender Rückfall nur bei Gleichheit oder mindestens Gleichartigkeit der Vortaten anerkannt wird, desgleichen unbefriedigend. Wie das Rechtsmittel der Zulassung mildernder Umstände gewirkt hat, ist bereits erörtert worden; es hat die Praxis verführt, das als Regel vorgesehene strenge Strafmass für den Rückfall geradezu ausser Kraft zu setzen. Auch die neuere strafrechtliche Gesetzgebung brachte ebenfalls immer neue Milderungen; 1923 — das Jugendgerichtsgesetz, 1924 — das Geldstrafgesetz, 1926 — die Abschwächung der Strafen für die Abtreibung.

Exner, Dahm-Schaffstein<sup>3)</sup> sind den Gründen für die Erweichung der strafrechtlichen Anschauungen, sowie für die weitgehende Neigung der Gerichte zur Milde nachgegangen und finden sie in den Grundanschauungen der verganenen Epoche von Verbrechen und Strafe. Es kann an dieser Stelle auf diese grundlegenden und überaus interessanten Fragen ausführlich leider nicht eingegangen werden; es seien bloss einige besonders markante Gegensätze zwischen den Anschauungen der Vergangenheit und der Jetztzeit in Deutschland hervorgehoben. Während der Liberalismus sich auf der Idee der Freiheit und Sicherheit des Individuums aufbaut und dadurch zur Bindung des Staates gegenüber dem Individuum gelangte, selbst dann, wenn materiell ein Eingreifen des Staates gerechtfertigt war, so beruht die Idee des sog. autoritären Strafrechts auf dem Prinzip des Vorrangs der als richtig empfundenen Idee gegenüber formalen Bindungen und Sicherungen, sofern sie zu einer Verdrängung des inhaltlich Gerechten und inhaltlich Richtigen führen, und zwar unter bewusster Betonung des Staatswollens gegenüber dem Einzelwollen. Die liberalistische und individualistische Weltanschauung sieht im Einzelnen die Grundlage des staatlichen Lebens; das Recht liberalen Ursprungs ist dementsprechend auf den einzelnen abgestellt und diesen individuellen Charakter trägt auch das vorkriegszeitliche Str. G. B. Deutschlands. Ein Fundament des liberalistischen Strafrechts ist z. B. die Rechtsgarantie des § 2 Abs. 1 Str. G. B., welcher das Ideal der Freiheit und Rechtssicherheit — die Ausschaltung des Gewohnheitsrechts und das Verbot der Analogie — zum Ausdruck bringt. Dies Ideal steht nun in einer Gegensätzlichkeit zu dem Ideale der materiellen Gerechtigkeit, denn das neue

---

<sup>3)</sup> Liberales oder autoritäres Strafrecht?, Hamburg 1932.

Strafrecht will den Vorrang des Materiellen vor dem Formellen zum Siege verhelfen, was zu einer Beschränkung der Freiheitssphäre und der Sicherheit des einzelnen führen muss<sup>4)</sup>. Ferner erklärte bekanntlich der Liberalismus das Verbrechen als Produkt von Anlage und Umwelt des Täters; die Vererbungslehre führt die Tat auf vererbte Anlagen zurück, die Milieutheorie zog die Umwelt des Täters, seine Erziehung, seine wirtschaftliche Lage als Ursachen des Verbrechens herbei. Endlich wollte die naturwissenschaftliche Lehre von der Willensunfreiheit des Menschen uns glauben machen, dass die Straftat nicht das Ergebnis des freien Willens des Täters sein kann. Demgemäss wurde vorzugsweis die Spezialprävention, die Einwirkung auf den Täter im Interesse seiner Erziehung und Besserung, betont, denn für eine ethische Beurteilung der Tat war kein Raum, sondern nur für eine kausale Betrachtung. Diese Lehren, die geradezu mit liebevoller Duldsamkeit den Verbrecher zu exculpieren suchten, haben ihre Wirkung auf die Juristenwelt nicht verfehlt: sie hatten die bereits besprochene Erweichung der strafrechtlichen Anschauungen, die zunehmende Milde der Gerichte und die zunehmende schwere Kriminalität zur notwendigen Folge.

Das autoritäre Strafrecht hingegen wendet sich bewusst von der weichlichen liberalistischen Auffassung und Duldsamkeit, die die frühere Zeit dem Verbrechen bewiesen hat, ab und will die Strafe zum Mittel werden lassen, die Macht des Staates zum Schutze der Volksgemeinschaft gegen die verbrecherischen Schädlinge zu entfalten. Durch dasselbe wird die Strafe Mittel der Vergeltung, der Sühne und der Abschreckung. Der Schwerpunkt liegt nicht mehr im Einzelmenschen, sondern im Volksganzen: die entschiedene Abkehr vom Individualismus ist sein hervorragendstes Merkmal. Das neue Strafrecht denkt nicht an den einzelnen, erst recht nicht an den einzelnen, der sich als krankes Glied erwiesen hat, den Rechtsbrecher. Ferner führt das neue Strafrecht das Willensstrafrecht ein, d. h. es will den Täter bereits da straffällig werden lassen, wo er irgendwie erkennbar den verbrecherischen Willen gefasst hat und ihn in die Wirklichkeit umzusetzen beginnt: die ethische Bewertung soll die formaljuristische kausale Betrachtung der Straftat verdrängen.

---

<sup>4)</sup> Es ist bezeichnend, dass gerade zwei Rechtskreise, die der liberalistischen Idee fernstehen, die Analogie im Strafrecht zulassen: das katholische Kirchenstrafrecht und das sowjetrussische Strafrecht.



Von diesen Grundgedanken ausgehend hat nun die neue strafrechtliche Gesetzgebung Deutschlands dem Verbrechertum den schärfsten Kampf angesagt und verhilft mit dem einschneidenden am 1. Januar 1934 in Kraft getretenen Gesetz gegen gefährliche Gewohnheitsverbrecher und über Massregeln der Sicherung und Besserung vom 24. November 1933<sup>5)</sup> dem Grundsatz der Abschreckung, Vorbeugung und Unschädlichmachung klar zum Siege. Durch diese Novelle zum geltenden Str. G. B. ist die Reform des deutschen Strafrechts eine gewaltige Strecke Weges vorwärts getrieben. Den eingangs geschilderten Misständen in der deutschen Strafrechtspflege geht das neue Gesetz auf zwei Wegen mit Energie zu Leibe: durch härtere Strafen (§ 20a) und durch Einführung der Sicherungsverwahrung (§ 42e).

Der neue § 20a des deutschen Str. G. B. schafft den Begriff des gefährlichen Gewohnheitsverbrechers. Das Gericht hat nunmehr zu prüfen, ob eine Gesamtwürdigung der Taten ergibt, dass der Täter ein gefährlicher Gewohnheitsverbrecher ist, für dessen Taten Strafschärfungen vorgesehen sind. Während die früheren Entwürfe die Eigenschaft eines gefährlichen Gewohnheitsverbrechers nur dem Täter gaben, bei dem schon früher eine zweimalige Verurteilung wegen eines Verbrechens oder vorsätzlichen Vergehens zum Tode oder zu einer Freiheitsstrafe von wenigstens sechs Monaten vorlag — und zwar stellten sie hier die Strafschärfung nur in das richterliche Ermessen —, so ist nunmehr im Abs. 1 des genannten § folgende Strafschärfung zwingend vorgeschrieben: in Fällen, wo der Täter schon zweimal rechtskräftig abgeurteilt ist und durch seine neue vorsätzliche Tat eine Freiheitsstrafe verwirkt hat, muss das Gericht, unter Ausschluss der Zubilligung mildernder Umstände, falls die Gesamtwürdigung der Taten ihn als einen gefährlichen Gewohnheitsverbrecher erscheinen lässt, stets auf Zuchthaus bis zu 5 Jahren und, wenn die neue Tat auch ohne diese Strafschärfung ein Verbrechen ist, auf Zuchthaus bis zu 15 Jahren erkennen. Ferner gibt Abs. 2 die Möglichkeit, von dieser Voraussetzung der zweimaligen Vorbestrafung abzuweichen: das Gericht kann, falls jemand zwei vorsätzliche Taten begangen hat und falls die Gesamtwürdigung der Taten ergibt, dass er ein Gewohnheitsverbrecher ist, bei jeder abzuurteilenden Einzeltat die

---

<sup>5)</sup> Ein ausführlicher Kommentar der massgebenden Sachbearbeiter dieses Gesetzes, von Leopold Schäfer, Otto Wagner und Joseph Schafheutle, erscheint in Bälde im Verlag Franz Vahlen, Berlin. — Eine ausführliche amtliche Begründung ist im «Reichsanzeiger» No. 277 zu finden.

Strafen entsprechend Abs. 1 verschärfen, also auch wenn die Voraussetzungen des Abs. 1, insbesondere die zweimalige Vorbestrafung, nicht vorliegen. Die ratio legis dieser Bestimmung liegt auf der Hand: es gibt zahlreiche Fälle, in denen es einem gefährlichen Verbrecher gelungen ist, sich lange Zeit den Nachforschungen der Polizei zu entziehen (vgl. Fall Haarmann, Kürten); fällt ein derartiger Verbrecher schliesslich in die Hände der Strafverfolgungsbehörde, so ist er regelmässig sogleich einer grösseren Zahl von Straftaten zu überführen; hier wäre es blosser Formalismus, von energischer Abwehr abzusehen, weil die Warnung durch Vorstrafen fehlt. In solchen Fällen gibt das Gesetz daher die Möglichkeit, die Strafverschärfung sogleich zur Anwendung zu bringen. Hier ist die Strafverschärfung in Abweichung von Abs. 1 nicht zwingend vorgeschrieben, sondern in das Ermessen des Gerichts gestellt. Erwähnt sei noch, dass § 20a auch dann anwendbar ist, wenn der Täter bisher noch gar nicht oder nur einmal oder zwar zweimal, aber milder als zu Gefängnis von sechs Monaten verurteilt ist, oder wenn er die jetzt abzuurteilende Tat vor einer der früheren Verurteilungen begangen hat.

Eine Art Rückfallverjährung, wie sie Schwarz<sup>6)</sup> bezeichnet, enthält der Abs. 3: hier wird dem wiederholt Gestrauchelten eine Chance geboten: seine frühere Tat schadet ihm nicht mehr, wenn er mit ihrer Begehung (im Falle der Aburteilung seit Eintritt der Rechtskraft der Verurteilung) sich fünf Jahre straffrei geführt hat. Da aber eine straflose Führung in einer Anstalt noch kein ausreichender Beweis für den Willen zur Wiedereinordnung in die Volksgemeinschaft und zur Vermeidung von weiteren Straftaten ist, so wird die Zeit der Verbüssung einer Straftat oder behördlichen Verwahrung in einer Anstalt hierbei nicht mitgerechnet. Endlich trifft die Schwere des § 20a auch die internationalen Berufsverbrecher: die ausländische Verurteilung steht einer inländischen gleich, wenn die geahndete Tat auch nach deutschem Recht ein Verbrechen oder Vergehen wäre (Abs. 4). Die Verurteilungen im Auslande müssen natürlich genügen, sonst wäre gerade einer der gefährlichsten Verbrecher, der internationale Hochstapler, im Vorteil.

Geht das Gesetz vom Begriffe des gefährlichen Gewohnheitsverbrechers aus, so hat es doch mit Bedacht vermieden, bindende Begriffsformulierung hierfür zu geben, vielmehr setzt es für die Fest-

---

<sup>6)</sup> «Das neue Strafrecht» in D.J.Z. 1934. Heft 1, S. 44 ff.

stellung, dass der Angeklagte ein gefährlicher Gewohnheitsverbrecher ist, zwei Merkmale voraus; und zwar ein objektives und ein subjektives. Objektiv wird das oben erörterte juristische Tatbestandsmerkmal vorausgesetzt, und subjektiv die Gesamtwürdigung der Taten, die den Täter als gefährlichen Gewohnheitsverbrecher erscheinen lässt. Diese Feststellung stellt die Praxis ohne Zweifel vor eine schwierige und verantwortungsvolle Aufgabe, denn die Entscheidung dieser Frage ist für den Täter von einschneidender Bedeutung: sieht ihn das Gericht als gefährlichen Gewohnheitsverbrecher an, so tritt notwendig Zuchthausstrafe, und eventuell auch die Anordnung von Sicherungsverwahrung ein, worauf noch unten näher einzugehen sein wird. Verneint das Gericht diese Frage, so verschliesst es sich zugleich die Möglichkeit der Anordnung von Sicherungsverwahrung. Für die Beantwortung der so wichtigen Frage, wer ein Gewohnheitsverbrecher ist, gibt Rietsch<sup>7)</sup> einige Fingerzeige. Nach der bisherigen Auffassung des Reichsgerichts handelt der Täter gewohnheitsmässig, wenn die Verwirklichung der Straftat den Ausfluss eines durch Übung entwickelten selbsttätig fortwirkenden bewussten oder unbewussten Hanges zu ihrer Begehung bildet. Hiervon unterscheidet man das gewerbsmässige Delikt, das vorliegt, wenn der Täter den Willen hat, sich aus der wiederholten Begehung eine Einnahmequelle zu verschaffen. Beide Formen des Kollektivdeliktes erfordern eine bestimmte bleibende Gesinnung des Täters, aus der sich ein Hang zu wiederholtem verbrecherischen Tun ergibt. Nach Ansicht von Rietsch wird auch in § 20a der Novelle eine solche bleibende Gesinnung vorausgesetzt, nicht dagegen die bisherige Unterscheidung zwischen Gewerbs- und Gewohnheitsmässigkeit, vielmehr umfasst § 20a beide Formen des verbrecherischen Tuns, und er empfiehlt lediglich nach soziologischem Gesichtspunkte zu unterscheiden und hierbei mit Sauer<sup>8)</sup> als besondere Gruppe unter den Gewohnheitsverbrechern im Sinne der Novelle das Berufsverbrechertum herauszuheben, dem die Novelle in erster Linie Kampf anzusagen will. Dem Berufsverbrecher ist eigentümlich, dass er das Verbrechen mindestens zu einem Sport, oft sogar zu einer Lebensaufgabe macht und dass er seinen Unterhalt zum guten Teil daraus bestreitet. Daher kommen für ihn nur solche Straftaten in Betracht, mit denen sich ohne Arbeit Geld erwerben lässt: Betrug, Diebstahl, Hehlerei. Aber auch alle gewerbs- und gewohnheitsmässigen Verbrecher im so-

---

<sup>7)</sup> a. a. O. Seite 743.

<sup>8)</sup> Kriminalsoziologie, 1933, Bd. 1 S. 90 ff.



ziologischen Sinne umfasst der § 20a. Der gewerbsmässige Verbrecher will wie der berufsmässige Verbrecher durch eine Straftat verdienen; vom Berufsverbrecher unterscheidet er sich aber dadurch, dass er die Gelegenheit zu einer Straftat nicht systematisch aufsucht, sondern sie nur wahrnimmt, wenn sie sich bietet, um sich eine Einnahmequelle zu verschaffen. Der gewohnheitsmässig (im engeren Sinne) handelnde Verbrecher schliesslich wird tätig auf Grund eines Hanges, dem er nicht zu widerstehen vermag, also meist aus Willensschwäche. Beispiele bieten der Sittlichkeitsverbrecher und der Zuhälter. Eine besondere ebenfalls hierher gehörige Gruppe bilden die politischen Verbrecher, die auf Grund ihrer politischen Einstellung immer wieder weitere politische Straftaten begehen. Gemeinsam ist allen diesen Arten der Gewohnheitsverbrecher im weiteren Sinne, dass sie aus einem in ihrer Veranlagung, ihrer Persönlichkeit wurzelnden Hang heraus handeln; dadurch unterscheiden sie sich von Tätern, die auf Grund eines Zufalls, einer Leidenschaft, einer Notlage usw. einmalig zu einer Straftat gelangt sind.

Der Gewohnheitsverbrecher muss ferner, um auf ihn § 20a anwenden zu können, «gefährlich» sein. Bei dieser Feststellung wird also vom Richter eine Prognose für das zukünftige Verhalten des Täters verlangt, welche dahin lauten muss, dass weiteres kriminelles Verhalten zu besorgen ist. § 78 der Reichstagsvorlage von 1927 verlangte Gefährlichkeit für die öffentliche Sicherheit, welche Einschränkung, die einen grossen Teil der gefährlichen Verbrecher (z. B. Betrüger) ausgeschaltet hätte, die Novelle mit Recht hat fallen lassen. Ganz anders als bei der Prüfung der strafrechtlichen Schuld darf sich der Richter bei der Prüfung der Gefährlichkeit nicht beschränken auf Momente, die in der Veranlagung des Täters liegen, sondern darüber hinaus muss er sich ein Urteil über alle in Betracht kommenden Umstände bilden: über das Vorleben und die Straftaten des Täters, seinen Charakter, sein Alter, die Verhältnisse, unter denen er lebt oder in die er nach Verbüssung der Strafe zurückkehrt.

Die zweite wichtige Waffe gegen die gefährlichen Gewohnheitsverbrecher bringt das Gesetz im § 42 e: wenn das Gericht auf Grund des § 20 a verurteilt und die öffentliche Sicherheit die Anordnung der Sicherungsverwahrung erfordert, so hat das Gericht fortan auf Sicherungsverwahrung zu erkennen, und zwar neben der Strafe. Auch hierin geht die Novelle schärfer vor als die Reichstagsvorlage eines Allgemeinen Deutschen Strafgesetzbuches von 1927: während

die entsprechenden Vorschläge der letzteren nur Ermächtigung für das Gericht enthielten, verpflichtet nunmehr die Novelle von 1933 das Gericht, von der Sicherungsverwahrung Gebrauch zu machen. Ferner gestattete der Entwurf 1927 die Sicherungsverwahrung nur, wenn der Täter bereits zum Tode oder zu Zuchthaus verurteilt war; nach § 20 a Abs. 1 genügen als Vorstrafen zwei Verurteilungen zu je sechs Monaten Gefängnis, und unter Umständen bereits bei der ersten Verurteilung (Abs. 2, vgl. oben). Damit ist den Gerichten nunmehr die unentbehrliche Waffe in die Hand gegeben, den Berufsverbrecher hinter Schloss und Riegel zu bringen, solange es nicht verantwortet werden kann, ihm die Freiheit zurückzugeben, denn die Dauer der Sicherungsverwahrung ist im Gesetz nicht begrenzt. Sie währt nach § 42 f so lange, als der Zweck, die Allgemeinheit vor der Gefahr zu schützen, es erfordert, gegebenenfalls also auch lebenslänglich. Diese zweifellos sehr scharfe Vorschrift soll den eingangs geschilderten Misständen, wonach der Verbrecher nach Verbüßung der Strafe wiederholt auch dann auf die Menschheit losgelassen wurde, wenn erwartet werden musste, dass er in der Freiheit alsbald neue Verbrechen begeht, endlich ein Ende machen.

Eine weitere Verschärfung bilden die Übergangsbestimmungen des Art. V des Gesetzes, wonach auf Sicherungsverwahrung auch dann zu erkennen ist, wenn die Tat nach dem Inkrafttreten des Gesetzes (1. I. 34) abgeurteilt wird, aber schon vorher begangen ist und die Anwendung des § 20 a gerechtfertigt gewesen wäre, falls diese Vorschrift schon zur Zeit der Begehung der Tat gegolten hätte. Die Anordnung der Sicherungsverwahrung stellt hier keinen Verstoß gegen den Grundsatz, dass Strafgesetze keine rückwirkende Kraft haben § 2 Str. G. B. dar. Die Strafe für die Tat muss auch weiterhin gemäss § 2 nach den alten Vorschriften gefunden werden; die Vorschrift des § 2 a Str. G. B. trägt dem Umstande Rechnung, dass die Sicherungsverwahrung, auch die übrigen Massregeln der Sicherung und Besserung, keine Strafen sind, sondern polizeilichen Charakter tragen. Von diesem Gesichtspunkt ausgehend hatte die Reichsgerichtspraxis schon vorher der polizeilichen Einziehung rückwirkende Kraft zugesprochen. Darüber hinaus gibt Art. V Abs. 2 noch die Möglichkeit, gegen bereits abgeurteilte gefährliche Gewohnheitsverbrecher in einem Nachverfahren auf Sicherungsverwahrung zu erkennen, wenn sie am 1. Januar 1934 Strafe verbüssen. Dieser Verstoß gegen den Grundsatz der Rechtskraft erklärt sich aber desgleichen aus dem Charakter der

Sicherungsverwahrung als einer sichernden Massnahme. Mit Recht führt Rietsch<sup>9)</sup> hierzu wie folgt aus: «es braucht also kein gefährlicher Gewohnheitsverbrecher, der sich am 1. I. 1934 oder später auf Grund einer Verurteilung aus der Zeit vor dem Inkrafttreten des Gesetzes in einer Strafanstalt befindet und im Falle der Entlassung voraussichtlich wieder kriminell wird, nur deshalb in die Freiheit entlassen zu werden, weil eine neue Straftat abgewartet werden müssten, bevor Sicherungsverwahrung angeordnet werden könnte». Eine Allgemeine Verfügung hierüber ist am 29. XI. 1933 erlassen worden, wonach das Gericht nachträglich die Sicherungsverwahrung gegen einen Verurteilten anordnen kann, der insgesamt dreimal eines Verbrechens oder vorsätzlichen Vergehens zum Tode, zu Zuchthaus oder zu Gefängnis von mindestens sechs Monaten verurteilt ist und die dritte dieser Strafen nach dem 1. I. 1934 auf Grund eines Urteils aus der Zeit vor dem 1. I. 1934 verbüsst, wenn er nach einer Gesamtwürdigung seiner Taten als gefährlicher Gewohnheitsverbrecher erscheint und die öffentliche Sicherheit die Anordnung der Sicherungsverwahrung erfordert. Hierbei kommt eine frühere Verurteilung nicht in Betracht, wenn zwischen dem Eintritt ihrer Rechtskraft und der folgenden Tat mehr als fünf Jahre verstrichen sind. Entsprechend § 20 a Abs. 3 wird auch hier bestimmt, dass in diese Frist die Zeit nicht eingerechnet wird, in der der Täter eine Freiheitsstrafe verbüsst oder auf behördliche Anordnung in einer Anstalt verwahrt ist. Diese Vorschriften legen den Strafverfolgungsbehörden die Pflicht auf, eine Nachprüfung daraufhin vorzunehmen, bezüglich welcher der am 1. I. 1934 oder später in Strafhaft befindlichen Gefangenen der Antrag auf nachträgliche Anordnung der Sicherungsverwahrung zu stellen sein wird. Die Verantwortung dafür, dass die in Betracht kommenden Fälle tatsächlich auch erfasst werden, trägt die Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht als zuständige Antragsbehörde. Diese prüfen auf Grund ihrer Feststellungen, und der Mitteilungen der Gefangenenanstalten, ob die Anordnung der Sicherungsverwahrung zu beantragen sein wird, und reichen die erforderliche Antragsschrift dem Gericht ein. Läuft die Strafzeit ab, bevor das Gericht die Entscheidung trifft, so wird der Verurteilte auf Grund § 1 der Verordnung zum Schutz von Volk und Staat vom 28. Februar 1933 vorläufig in Haft behalten.

---

<sup>9)</sup> a. a. O. Seite 745.



Schliesslich ist als weitere Verschärfung die Strafvorschrift des neuen § 245 a Str. G.B. zu nennen, die unter gewissen Voraussetzungen den blossen Besitz von Diebeswerkzeugen in der Hand von Verbrechern und ihres Anhangs bestraft. Diese hochbedeutsame Neuerung soll nun endlich den viel gerügten Misständen ein Ende bereiten, dass es bisher nicht möglich war, bei Razzien in den Wohnungen und sonstigen Schlupfwinkeln des Gewohnheitsverbrechertums eine Festnahme und Bestrafung zu veranlassen, wenn Diebeswerkzeuge vorgefunden wurden, oder um Verbrecher, die etwa auf der Strasse des Nachts angetroffen werden, sogleich auf den Besitz von Diebeswerkzeug zu durchsuchen, denn weder das Verwahren noch das Beisichtragen von Diebeswerkzeug zur Nachtzeit war bisher mit Strafe bedroht. In Nachbildung einer Vorschrift des englischen Rechts sieht nun der neue § 245 a für den Besitz oder das Verwahrenlassen von Diebeswerkzeug eine Gefängnisstrafe nicht unter drei Monaten vor, wenn der Täter bereits wegen schweren Diebstahls, Diebstahls im Rückfall, Raubes, gewerbs- oder gewohnheitsmässige Hehlerei im Rückfall rechtskräftig verurteilt ist. Andererseits soll die Strafe nicht eintreten, sofern sich aus den Umständen ergibt, dass das Werkzeug nicht zur Verwendung bei strafbaren Handlungen bestimmt ist. Wichtig ist, dass die Strafvorschrift auch den mittelbaren Besitzer sowie die Helferkreise (Kaschemmenwirte, Freundinnen), die Verbrechern durch Verwahrung von Diebeswerkzeug Unterstützung leihen, trifft, wobei derartige Helfer nicht vorbestraft zu sein brauchen, da sonst der Anwendungsbereich der Vorschrift zu eng gezogen sein würde. Voraussetzung der Strafbarkeit der Helfer ist, dass sie wissen oder den Umständen nach annehmen müssten, dass das Werkzeug zur Verwendung bei strafbaren Handlungen bestimmt ist.

(Schluss folgt.)

## **Neuerungen des Verfahrens in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten in Deutschland.**

Von Oberlandesgerichtsrat Ermel, Königsberg i/Pr.

Im Reichsgesetzblatt vom 28. Oktober 1933 veröffentlichten Reichskanzler, Reichsjustiz- und Reichsarbeitsminister Änderungen von Verfahrensvorschriften im bürgerlichen Rechtsstreit, die einerseits dazu dienen sollen, das Verständnis und Vertrauen des Volks in diesen Teil

seiner Rechtspflege zu fördern, andererseits bezwecken, den Rechtsschutz zu sichern und zu beschleunigen. Das Gesetz bedient sich hierzu in der Hauptsache folgender Mittel:

1. Der Grundsatz der *Wahrheitspflicht* wird für die Parteibehauptung aufgestellt. Keine Partei darf nach dem 1. Januar 1934, den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes, das Gericht mehr durch unwahre Erklärungen irreführen. Es ist zu hoffen und zu erwarten, dass mit dem genannten Zeitpunkt auch eine Strafrechtsbestimmung wirksam werden wird, die die Prozesslüge unter Strafe stellt, um dem Gericht eine taugliche Handhabe zur Abwehr von Zuwiderhandlungen zu schaffen.

2. Dem Gericht wird es ermöglicht, den Sach- und Streitstoff des Prozesses dadurch *straffer zusammenzufassen*, dass es Angriffs- und Verteidigungsmittel der Parteien zurückweisen kann, wenn sie nicht rechtzeitig durch vorbereitenden Schriftsatz mitgeteilt worden sind. Ausserdem darf das Gericht im Berufungsverfahren solch ein neues Vorbringen nicht zulassen, das nicht schon in der Berufungsbegründung enthalten war und aus Verschleppungsabsicht oder grober Nachlässigkeit nachgebracht wird. Die Neuordnung soll ermöglichen, sachlich nicht dringend gebotene Vertagungen zu vermeiden, ein Verschleppen des Verfahrens durch verspätetes Vorbringen zu verhindern und dadurch nach gründlicher Vorbereitung Aufklärung und Entscheidung der Streitsache tunlichst in einer einzigen Verhandlung herbeizuführen.

3. Der Grundsatz der *Unmittelbarkeit* des Verfahrens, schon bislang geltendes Recht, aber zur Beweisaufnahme wegen der Überlastung der Gerichte schwer durchführbar, wird dadurch verstärkt, dass sowohl vor dem Einzelrichter als auch vor dem beauftragten Richter des Prozessgerichts oder vor dem Amtsgericht auswärts Beweise nicht in der Regel, wie bisher, sondern nur noch in Ausnahmefällen erhoben werden sollen. Das Beweisverfahren vor dem Prozessgericht, das ihm den unmittelbaren Eindruck des Ergebnisses sichern und die Dauer des Rechtsstreits abkürzen soll, wird durch die neue Vorschrift erleichtert, dass die Aussagen der Auskunftspersonen (Zeugen, Sachverständige, Parteien) nicht niedergeschrieben zu werden brauchen, wenn das Urteil nicht mit Berufung anfechtbar ist. Das gilt danach für das Verfahren vor dem Amtsgericht in nicht berufungsfähigen Sachen, vor dem Landgericht im Berufungsverfahren und für sämtliche Sachen vor dem Oberlandesgericht.

4. Der Eideszwang im Zeugenbeweisverfahren wird beseitigt. Das Gericht ist darin in Zukunft nicht mehr von einem Verzicht der Parteien auf den Eid abhängig, sondern braucht nur noch den Zeugen — und das wird nach § 402 der ZPO auch für den Sachverständigen gelten — zu beeidigen, wenn es mit Rücksicht auf die Bedeutung der Aussage oder zur Wahrheitsermittlung geboten ist.

5. Eine bedeutsame Neuerung, die zugleich das deutsche Verfahren im Interesse späterer Gleichschaltung dem österreichischen Verfahren, nach dessen Vorbild, annähert, stellt die Einführung der eidlichen Parteivernehmung über beweiserhebliche Tatsachen dar. Es werden nicht mehr, wie bisher, bestimmte Handlungen oder Wahrnehmungen einer Partei zum Eide verstellt, sondern auf Antrag einer Partei, aber auch von amtswegen, kann dann, wenn die sonstigen Beweismittel nicht ausreichen, eine Partei über die streitigen Tatsachen vernommen und erforderlichenfalls dahin beeidigt werden, dass sie nach bestem Wissen die reine Wahrheit gesagt und nichts verschwiegen habe. Die Weigerung, sich vernehmen zu lassen oder die Aussage zu beeidigen, hat dann das Gericht frei zu würdigen. Der Eid über die Schätzung eines Schadens oder des Interesses einer Partei sowie über die Vorlage einer Urkunde werden dem Vernehmungsgrundsatz angepasst.

## Literatur.

### Diskussion über die altlivländischen Ritterrechte. \*)

Referat von Prof. Leonid Arbusow.

Seit Bunes († 1897) und seiner Mitarbeiter, Schüler und Nachfolger Arbeiten über die livländischen Lehnrechte sind Jahrzehnte vergangen. Das Absterben der Dorpater rechtshistorischen Schule infolge der Rus-

---

\*) Abkürzungen: WER = das Waldemar-Erichsche Lehnrecht von 1315. ARR = das sog. älteste Livländische Ritterrecht. Lsp = der Spiegel Land- und Lehnrechts für Livland. WÖR = das Wiek-Oeselsche Lehnrecht (dessen V. Buch eine Rezension des ARR ist). MRR = das mittlere Livländische Ritterrecht. URR = das umgearbeitete Livländische Ritterrecht. Fabri = Dion. Fabris *Formulae procuratorum* von 1539. Das WÖR ist gedruckt in J. P. Ewers, *Des Herzogthums Ehsten Ritter- und Landrechte*, 1821, 99—139, das MRR erschien im Druck 1537, wurde wiederholt 1773 und in Buddenbrocks Sammlung der Gesetze I, 1802; vom URR ist nur das erste seiner 3 Bücher gedruckt von C. Paucker, *Die Quellen der Ritterrechte Ehst- und Livlands*, 1845, und in den *Monumenta Livoniae antiquae* 3, 1842. Alle übrigen Texte stehen bei F.G. Bunge, *Altlivlands Rechtsbücher*, 1879.

Weitere Abkürzungen: Bunge, Rechtsgeschichte = Einleitung in die liv-,



sifizierung der Universität hatte neue Untersuchungen dieser Texte nicht entstehen lassen. Zurzeit beginnt aber in Estland und Lettland ein neues Interesse dafür sich zu regen: 1930 veröffentlichte Leo Leesment in der Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte, Germ. Abt. 50, S. 171—179 eine Studie «Über das Alter des Livländischen Rechtsspiegels» (vermutlich entstanden zwischen 1322 und 1337), und 1932 erschien von Arveds Švābe: «Livonijas senākās bruņinieku tiesības, teksts un avotu kritika» («Das Livländ. älteste Ritterrecht, Text und Quellenkritik», Riga, 1932, 168 S., worin auch Bunge's Textrezension wiederholt und mit lettischer Übersetzung versehen ist).

Eine Revision der von der vorhergegangenen Gelehrten generation erzielten rechtsgeschichtlichen Erkenntnisse kann an sich gewiss berechtigt sein. Prof. A. Švābes Schrift ist eine solche Revision — eine polemische Diskussion über rechtshistorische Lehren Bunge und H. v. Bruiningks. Prüfen wir vom Standpunkte des Geschichtsforschers die hauptsächlichsten Ergebnisse von Prof. Š. in folgenden Abschnitten des Buches: 2. Erzbischof Ambundis Gesetze von 1422, 3. Die Lehre von der Geltung des URR im Erzstift Riga, 4. Der Altersunterschied zwischen dem MRR und URR, 5. Das ARR als Quelle des MRR und URR, 6. Die Rezensionen des ARR, 7. Die Beziehungen zwischen dem ARR und WER, 8. Der Verlauf der Kodifikation des WER, 9. Das Albert-Folkwinsche Recht, 10. Entstehung und Quellen des ARR.

1. In Anknüpfung an H. v. Bruiningks Untersuchung «Zur Geschichte des URR» in der Dorpater Juristischen Zeitschrift 7, 1882, erwähnt Prof. Š. im 2. Kap. S. 40 ff. erneut die Frage: welche von den heute vorhandenen Kodifikationen der Ritterrechte hat Erzbischof Ambundi, laut Angabe und Zitat in einem Urteil des erzstiftischen Manntages von 1492,<sup>1)</sup> auf dem Manntage zu Lemsal im J. 1422 als Gesetzbuch für das Erzstift Riga rezipiert? Nach einer Textvergleichen des Zitats in dem erwähnten Urteil von 1492 mit dem betreffenden Art. im WER, ARR, MRR und URR, stellt Prof. Š., gleich Bruiningk ebenfalls das WER ablehnend, aber im Widerspruch zu Bruiningk, der nur die Wahl zwischen MRR und URR zulassen wollte und sich für das URR entschied, allein das ARR oder das MRR als Objekte der Rezeption von 1422 zur Wahl.

2. Die Frage wird im 3. Kap. entschieden, wo Prof. Š. die von Bruiningk begründete bisherige Ansicht von der 1422 offiziell eingeführten Geltung des URR im Rigaschen Erzstift überprüft. Sein Ausgangspunkt ist

---

esth- und curländische Rechtsgeschichte und Geschichte der Rechtsquellen. 1849. — Schilling = Carl Schilling, Die lehn- und erbrechtlichen Satzungen des Waldemar-Erichschen Rechts, 1879. — Transehe = A. v. Transehe-Roseneck, Zur Geschichte des Lehnswesens in Livland, 1903. Mitteilungen aus der livländischen Geschichte 18, S. 1—309. — UB. = Urkundenbuch.

<sup>1)</sup> v. Bruiningk u. N. Busch, Livl. Güterurkunden I. 1908 n. 608. Vgl. L. Arbusow, Akten u. Rezesse der Livl. Ständetage I n. 305.

Bruiningks Feststellung (in dessen Schrift «Zur Quellenkritik der Fabrischen Prozessordnung», *Dorpater Zeitschrift für Rechtswissenschaft* 6, 1878): dass die 4 ersten Bücher von Fabris praktischem Leitfaden nur für Harrien-Wierland, Jerwen und allenfalls das Stift Dorpat anwendbar waren, während das V. Buch nur eine von Fabri seinem Handbuch angehängte Prozessordnung aus dem Erzstift Riga aus der Zeit kurz vor 1531 ist. Im 50. Art. derselben kommentiert nun Fabri in einem eignen Zusatz den Ausdruck «stiftisches landläufiges Recht» durch einen Verweis auf das III. Buch des URR<sup>2)</sup>. Hierdurch wurde Bruiningk veranlasst, das URR für ein im Erzstift gültiges Gesetzbuch anzusehen, das er für das im J. 1422 rezipierte erklärte, dabei sehr wohl wissend, dass das URR gerade in Estland mindestens als vornehmstes Subsidiarrecht in Gebrauch gewesen ist und auch in den ersten vier auf Estland bezüglichen Büchern von Fabris Handbuch an über 50 Stellen zitiert wird.<sup>3)</sup> An dieses Rechtsbuch hat sich also Fabri auch bei der Interpretation des Art. 50 der erzstiftischen Prozessordnung gehalten. Prof. Š. aber betont mit vollem Recht Fabris Unglaubwürdigkeit an dieser Stelle, verweist darauf, dass auch im MRR 140 (= Lsp 16) sich eine, dem Fabrischen Allegat zu V 50 ungefähr entsprechende Stelle findet, und erklärt dies MRR für das eigentliche erzstiftische Rechtsbuch auch zu Fabri's Zeiten. Hierfür kann Prof. Š., ausser den schon in Bunes «Rechtsgeschichte» S. 118 angeführten Beweisen, jetzt auch noch eine Urkunde vom J. 1544 aus v. Bruiningks *Livl. Güterurkunden* 2, 1923 n. 1024 anführen, wo als des «erzstifts ritterrechte» die Artikel 128, 129 des MRR angeführt werden.

Bewiesen ist von Prof. Š. jedenfalls, dass im 16. Jahrhundert das MRR das erzstiftische Gesetzbuch war<sup>4)</sup>, und offenbar auch, dass es 1422 als solches vom Erzbischof Ambundi auf dem Manntage zu Lemsal eingeführt worden ist. Denn als ein Beweis für seine Geltung im Erzstift schon zu Ambundis Zeiten (1418--1424 Juni) kann doch die Nachricht dienen, dass Art. 48, der von der im Erzstift nicht üblichen<sup>5)</sup> Wette oder dem Richtgut (Geldstrafe zum besten des Richters) handelt, von dem genannten Erzbischof «totgelegt» worden ist.<sup>6)</sup>

<sup>2)</sup> Bunes *Rechtsgeschichte* S. 121. Bunes *Livl. Rechtsbücher* S. 262.

<sup>3)</sup> Bruiningk, *Zur Geschichte des URR* S. 14—17, 24—27.

<sup>4)</sup> Dass Fabri 1539 das URR für das erzstift. Recht erklären konnte, bleibt, obwohl er allerdings am besten nur in Harrien-Wierland Bescheid wusste, aus dem Grunde erstaunlich, weil er damals meistens im Erzstift Riga als Advokat praktiziert hat. Vgl. Bruiningks *Livl. Güterurkunden* 2, n. d. Personenregister. Dass Fabri 1504 «Ordenssyndikus» gewesen sei (s. die Zitate bei Švābe S. 50), ist falsch: laut Hofmeisters Rostocker Matrikel II 16. 24 (vgl. das Register von E. Schäfer II, 1922 S. 185) wurde Dionysius Smedes de Selnouw ex Pommerania im J. 1500 in Rostock inskribiert und erst 1505 zum Mag. artium promoviert (gefl. Mitteil. von E. Seuberlich).

<sup>5)</sup> Vgl. auch das Zeugnis im Landtagsrezess vom Okt. 1424, *Livl. UB.* 7 n. 206 S. 145.

<sup>6)</sup> Bunes *Rechtsgeschichte* 118. *Altlivl. Rechtsbücher* 107 (= Lsp Art. 37).



3. Das 4. Kapitel «Über den Altersunterschied zwischen MRR und URR» S. 57 ff polemisiert gegen folgende zwei, übrigens im Einklang mit Bunes Ansicht stehende Thesen aus Bruiningks Schrift «Zur Geschichte des URR»: 1) dem nach Bruiningks Meinung 1422 offiziell rezipierten URR sei Kenntniss und richtige Darstellung des damaligen Rechtszustandes in Livland zuzuschreiben, so dass also logischer Weise der im URR geschilderte Rechtszustand mit Sicherheit das Alter dieses Rechtsbuches ergebe; und 2): bei seiner Datierung des URR auf 1422 war Bruiningk, da Bunge (Rechtsgeschichte S. 121) das MRR wie das URR beide vor 1424 entstanden sein lässt, zu der Annahme genötigt, dass der Abstand zwischen beiden höchstens 2 Jahre betragen könne.

Mit seinem Haupteinwande ist Prof. Š. ohne Zweifel im Recht: dass man nämlich von einem so mittelmässigen Kompilator, wie dem Zusammensteller des URR, keine reale Darstellung der zu seiner Zeit in Livland oder einem bestimmten livländischen Territorium gültigen Rechte und Institutionen verlangen dürfe; vielmehr könne sich in seinem Werk auch ein längst antiquierter Rechtszustand widerspiegeln. Bunge und Bruiningk hätten bloss bewiesen, dass die Quellen der beiden Rechtsbücher (MRR, URR) der Zeit vor 1424 angehörten. Zur Feststellung des Altersunterschiedes beider, und somit auch zur Datierung des sonst undatierten URR, könnten s. M. n. nur leichter zu datierende formale Unterschiede, z. B. Eigentümlichkeiten der juristischen Terminologie, der Formeln und des Stils dienen (S. 60). Und da nach Prof. Š. im Jahre 1422 das MRR gewiss vorhanden war, bleibt für die Datierung des jedenfalls jüngeren URR der Spielraum zwischen 1422 und 1539, wo erwähntermassen das URR von Fabri zitiert wird.

Dies alles ist als richtig anzuerkennen. Dennoch versagt die auf S. 68 f angewandte Methode der Datierung nach sprachlichen und stilistischen Merkmalen zum grössten Teil — da die Prüfung allein an der Handschrift des gelehrten Rigaschen Ratsherrn Joh. Witte von 1643 vorgenommen wird. Die hieran gemachten Feststellungen gelten jedoch nur für diese Handschrift und deren Sprache und juristische Terminologie, nicht aber für das URR selbst, wie schon der Vergleich mit einer anderen, fragmentarisch von C. Paucker veröffentlichten Handschrift des URR zeigt. Zum Beweise der späten Abfassung des URR zieht Prof. Š. aus Wittes Handschrift z. B. den Ausdruck «Ritter- und Landschaft» heran — aber im Pauckerschen Text des URR stand «ein jeder von adel und eingessener des stifts»; hier steht auch in I. 6, 1 das ursprüngliche «gewere», statt des von Prof. Š. aus Wittes Text angeführten «Besitz und Gewehre»; bei Paucker steht in URR I. 9, 1 das ursprüngliche «gut», und erst bei Witte: «liegend Grund oder Guth», desgl. liest man erst bei Witte «Mannschaft oder Lehnsherrlichkeit», in Pauckers Text aber das ursprüngliche «manschaft», usw. So besteht also Bruiningks Mahnung (a.a.O. S. 29) noch heute zu vollem Recht: dass ein genaueres Eingehen auf derartige Abweichungen untunlich ist,



solange nicht eine kritische Vergleichung der vorhandenen Handschriften des URR stattgefunden hat.

Die (auf Bruiningk zurückgehenden) Erörterungen S. 61 über die Eisenprobe als Datierungsmittel sind bedeutungslos, seitdem wir wissen, dass die Weglassung oder Anordnung dieses, mehrfach (1215, 1222, 1428, 1504) verbotenen, aber ruhig weiter gebrauchten Gottesurteils für die Chronologie der betr. Rechtsquelle rein garnichts besagt<sup>7)</sup>. Überdies irrt die vorliegende Darstellung, wenn sie die Fortdauer der Eisenprobe in Harrien-Wierland, trotz des Rigaschen Konzilsverbotes von 1428, dadurch erklärt, dass das Bistum Reval nicht zur Rigaschen Kirchenprovinz gehörte: im 15. Jahrh. war der Bischof von Reval nur noch rein formal ein Suffragan von Lund und hat auch am Rigaschen Provinzialkonzil von 1428 teilgenommen<sup>8)</sup>.

Betreffs der Zweckbestimmung des URR folgt Prof. Š. auf S. 60 J. Ch. Schwartzs, auch von Bunge (Rechtsgeschichte S. 121) gutgeheissenen Ansicht, dass das URR eine für die Ordenslande, speziell Estland, bestimmte Umarbeitung des MRR gewesen sei, weil fast überall die Bezeichnung «Bischof» durch «Herr» oder «Landesherr» ersetzt ist («Stift» und «Stiftsman»), bei solcher neuen Zweckbestimmung widersinnig, sind im URR aber an zahlreichen Stellen stehen gelassen worden). An der uneingeschränkten Übernahme jener Ansicht Schwartzs war Bunge nur dadurch verhindert, dass er (wie auch Bruiningk) der Fabrischen Deutung des URR als erzstiftisches Recht glaubte. Dies Hindernis ist von Prof. Š. erwähntermassen durch den Nachweis von Fabris Unglaubwürdigkeit an jener Stelle seines Handbuchs hinweggeräumt worden. Doch die auf S. 63 f. angestellten Vermutungen über etwaige sonstige Absichten des Kompilators des URR entbehren der Grundlage, so auch besonders die Berufung auf des gelehrten Rigaschen Ratsherrn Joh. Witte Manipulationen am Text des URR, die rein wissenschaftlich-antiquarischen Interessen entsprungen sind, aber nicht dem Nachweise der damaligen praktischen Gebrauchsfähigkeit des URR gegolten haben.

Hält man an der Zweckbestimmung des URR für Ordens-Estland fest, dann verlieren die auf S. 65—68 angestellten Datierungsversuche auf Grund juristisch-terminologischer Eigentümlichkeiten des URR im Vergleich zum MRR jegliche Grundlage: Denn der auf S. 65 f. angeführte, aus MRR 64 entnommene, am Schluss aber gekürzte Art. I 29 § 1 des URR über das Vorkaufsrecht des Herrn bei Lehnsverkauf seitens des Vasallen war für Ordens-Estland überhaupt nicht anwendbar, da hier ein solches Vorkaufsrecht des Herrn samt der entsprechenden Anbieterspflicht («upbedinge») des Vasallen überhaupt nicht bestanden hat<sup>9)</sup>.

<sup>7)</sup> Vgl. L. Arbusow in den Mitteilungen a. d. livl. Gesch. 23, S. 27f. und die Zurechtstellung S. 142f.

<sup>8)</sup> L. Arbusow, Akten und Rezesse der livl. Ständetage 1 n. 365.

<sup>9)</sup> Transehe S. 120f.

Noch wesentlicher ist, dass die im Dresdener Kodex D des MRR aus Art. 64 angeblich, laut S. 66, bewusst gestrichene Schlussbestimmung über das Recht des Bischofs, bei Geltendmachung seines Vorkaufsrechts von dem sein Lehn veräussernden Vasallen einen Eid über die Höhe des letzterem anderweitig gebotenen Preises zu verlangen, in D offensichtlich gar nicht gänzlich gestrichen werden sollte: Anfang und Ende der betr. Bestimmung stehen dort, nur die zwischenstehenden 9 Worte, betr. den k a t h o l i s c h e n Eid auf Reliquien, fehlen.<sup>10)</sup> Durch einen solchen Tatbestand erübrigen sich alle Folgerungen auf S. 67 f., soweit sie auf der angeblichen, aber tatsächlich nicht erfolgten Streichung jener Schlussbestimmung von Art. 64 des MRR begründet sind. Betreffs des Fortfalls derselben Bestimmung im URR I 29 § 1 aber ist gegen Prof. Š-s Ansicht einzuwenden, dass diese Streichung, sofern das URR für die Ordenslande bestimmt gewesen ist, mit dem von 1518—1522 in den B i s t ü m e r n herrschenden Streit über die Anbietungspflicht der Lehen bestimmt nichts zu tun haben kann, weil in den Ordenslanden dieser ganze Fragenkomplex und Streit gar nicht bestanden hat, der von Prof. Š. angenommene Anlass zur «Milderung» der Anbietungspflicht vermittelt der erwähnten Streichung für das Ordensgebiet also fortfällt. Es ist überhaupt ganz unglaublich, dass der sehr ungeschickte Compiler des URR (auch falls dieses in den Bistümern gegolten hätte) vermittelt einer fein ausgeklügelten teilweisen Streichung dem juristischen Ergebnis des «Upbedingekonflikts» von 1522 gefolgt sein sollte. Am allerwenigsten durfte ein solches Argument von der vorliegenden Darstellung aufgestellt werden, die im selben Kapitel, auf S. 57 ff., Bruiningks These: dass das URR den Rechtszustand der Zeit seiner Entstehung schildere — in sehr lebhafter Weise bekämpft.

Nach allem dem lässt sich das URR keinesfalls mit Hülfe der soeben skizzierten Argumente «nach 1522» datieren (S. 68).

Auch die auf S. 67 versuchte Bestimmung des terminus ad quem entbehrt der Beweiskraft: der Fortfall jener Eidbestimmung aus URR I 29 § 1 soll d a r u m vor 1537 erfolgt sein, weil die Streichung auch in der aus des Erzbischofs Kanzlei stammenden Dresdener Handschrift D des MRR vor 1537 erfolgt sein soll, weil n a c h dem Erscheinen der Druckausgabe des MRR im J. 1537 die Herstellung der erwähnten Handschrift D nicht mehr anzunehmen sei. Offensichtlich eine durchaus nicht zwingende Schlussfolgerung. Ausserdem fällt aus der Beweiskette jene angebliche Streichung im MRR 64, wie wir gesehen haben, fort. Der terminus ad quem bleibt also der bisherige, das Jahr 1539, wo Fabri das URR zitiert.

Von allen Datierungsmerkmalen bleibt somit nur der ganz richtige Hinweis Prof. Švábes auf S. 64 f. in Kraft: dass das URR den Einfluss der R e f o r m a t i o n verrät, indem die katholische Formel «behalten auf

<sup>10)</sup> Vgl. B u n g e, Rechtsbücher S. 83.

den Heiligen» durch die akatholische Formel «mit dem Eide erhalten» ersetzt wird. Das kann auf die dreissiger Jahre des 16. Jahrhunderts führen.

Aber die Anerkennung dieses Arguments erschüttert gleichzeitig eine bisherige Hauptgrundlage jener Ansicht, dass das URR eine für die Ordenslande bestimmte Kompilation sei: denn die hierfür angeführte Umwandlung des Wortes «Bischof» in «Herr» wird doch aus derselben reformatorischen Gesinnung entsprungen sein, die beim Kompilieren des URR die katholische Eidesformel ausmerzte, und die seit ca. 1525 auch die weltliche Hoheit der Bischöfe in Livland so energisch bekämpft hat. Es bleibt dann als entscheidendes Argument das unzweifelhafte allgemeine Vorwalten des URR im estländischen Ordensgebiet (S. 60).

Im übrigen ist für alle Untersuchungen eine kritische Textausgabe des URR auf der Grundlage aller erreichbaren Handschriften unerlässlich. Prof. Š. würde sich durch Veranstaltung solch eines Druckes ein Verdienst um unsere Rechtsgeschichte erwerben.

4. Das 5. Kap. S. 70 ff. handelt «vom ARR als Quelle des MRR und URR». Zu Bunes Feststellung, dass die Quellen des im 14. Jahrh. entstandenen MRR das ARR und der (auf den Sachsenspiegel zurückgehende) Lsp sind, erhebt die vorliegende Darstellung auf S. 73 die Frage, warum, nach Bunes Schema, der Kompilator des MRR seine beiden Quellen so oft (etwa 6 Mal) abwechseln lasse, und warum er gerade an bestimmten Stellen des ARR, nämlich nach Art. 10, 21, 23, 25, 32, 95, immer wieder Stücke aus dem Lsp (dazu einmal noch das sog. «Stück vom Mussteil», MRR 28—32) einfüge, wobei Bunge auch vorgeworfen wird, dass er die (präsumtive) Urschrift des MRR nicht streng genug von späteren Abschriften, und den Kompilator des MRR selbst nicht von späteren Abschreibern oder Überarbeitern unterscheide. Aber ebenso ist doch auch die vorliegende Darstellung auf S. 69 hinsichtlich der Witteschen Abschrift des URR verfahren. —

Prof. Š. nimmt zur Erklärung des mehrmaligen Wechsels der beiden Quellen im jetzigen Text des MRR mehrmalige Blattversetzung an. Er meint auch, dass nicht der ursprüngliche Kompilator des MRR, sondern ein späterer Überarbeiter die Artikel 28—32 (das sog. «Stück vom Mussteil») zwischen die Art. 27 und 33 des MRR eingeschoben habe (aber schon das URR benutzte eine Handschrift des MRR mit genau demselben Einschube!), und dass die vielfach zu Fehlern und zur Zerreissung des Zusammenhanges führende jetzige äussere Artikeleinteilung nicht vom Kompilator selbst, sondern erst von späteren Bearbeitern des MRR stammt. Von den Fehlern des MRR fällt gewiss Vieles nicht dem Kompilator, sondern Späteren zur Last, aber von der S. 82 vorgeschlagenen Vereinfachung des Buneschen Quellenschemas fürs MRR durch Blattversetzung bleibt der Eindruck, dass sie sich stellenweise auf unsicherem Boden bewege, besonders inbezug auf das sog.



«Stück vom Mussteil» S. 77 ff. und die Rolle des Art. 23 auf S. 81 f. Vielleicht wäre hier eine nochmalige Überprüfung am Platz.

5. Das 6. Kapitel S. 84 ff. über die Rezensionen des, bekanntlich eine stiftische Bearbeitung des Harrisch-wierischen WER darstellenden ARR befasst sich mit Bunes Ansicht über das Verhältnis zwischen den 3 vorhandenen Texten dieses Rechtsbuches, wonach: 1) das V. Buch des WÖR die zwischen 1315 und 1321 für das Stift Ösel bearbeitete älteste Rezension des ARR darstelle, 2) der niederdeutsche Text im Stockholmer Archiv die mittlere, fürs Stift Dorpat bestimmte Rezension, und 3) die jüngste Rezension der vom estländ. Ritterschaftssekretär Moritz Brandis aus Meissen (um 1600) überlieferte Text sei, wobei der II. und III. Text sich nach Inhalt und Form so wenig unterschieden, dass man nur von zwei Rezensionen sprechen dürfe<sup>11)</sup>. Dem stimmt auch Prof. Š. auf S. 86 zu.

Am schlimmsten verstümmelt ist nach Bunes Nachweis die nur in hochdeutschen Handschriften des 17. Jahrh. überlieferte Öselsche Rezension des ARR. Sie enthält nicht nur häufige Zerreibungen der aus dem WER übernommenen Artikel, sondern auch derartig monströse Fehler und Missverständnisse im Text, dass Bunge sie ironischer Weise als ein von einem ganz ungebildeten, dazu schwerhörigen Individuum nach Diktat geschriebenes Elaborat charakterisierte. Doch es handelt sich gewiss um verständnislose Abschreibefehler. Zur Erklärung der vielen Störungen des Textzusammenhanges im Vergleich zum Stockholmer Text aber nimmt Prof. Š. in sehr scharfsinniger Weise mehrfache Blattversetzung durch Abschreiber und Buchbinder früherer Zeiten an (S. 94 f). Ohne Zweifel ein glücklicher Ausweg, denn es lassen sich nun manche falsch eingeordnete Artikel und Störungen des Zusammenhanges auf diese Weise erklären. Es stimmt freilich bedenklich, dass zur Lösung von Schwierigkeiten schon wieder Blattversetzung herangezogen wird, bezw. dass beide Rechtsbücher, das MRR und das ARR Öselscher Rezension, und auch nur gerade diese beiden, durch Blattversetzung gelitten haben sollen. Jedoch vor allem: zu der zweifellosen Nichtsnutzigkeit der früheren Überlieferer des Öselschen Textes des ARR stehen die von Prof. Š. im Zusammenhang mit der Blattversetzung auf S. 95 angenommene wohlüberlegte Auslassung eines Paragraphen, und die auf S. 96 und 98 angenommenen bewussten Fehlerverbesserungen in derartigem Gegensatz, dass sich ungewollt Zweifel an der durchgehenden Anwendbarkeit der Blattversetzungstheorie als Fehlerquelle erheben müssen. Gelingt es aber die letzten Schwierigkeiten fortzuräumen, so wird man Prof. Š. zu seiner Erklärung der Textverderbnis durch Blattversetzung nur beglückwünschen können.

Auf S. 98 wird, wie schon auf S. 85, auf den Textzusammenhang gerade zwischen der Öselschen Rezension des ARR und dem URR (I 9

<sup>11)</sup> Altlivlands Rechtsbücher S. 3, 9, 17f.

und I 3, verglichen mit ARR 11, 17 und 4 § 2) aufmerksam gemacht, wobei aber im Auge zu behalten ist, dass das URR bekanntlich in keinem direkten, sondern nur in einem durch das MRR vermittelten Zusammenhang mit dem ARR steht. —

Die wesentlichste Meinungsverschiedenheit zwischen den Ansichten Bunes und Prof. Švābes betrifft das Fehlen von Art. 50—67 in der Öselschen Redaktion, und das Vorhandensein dieser Artikel in der Dorpater Rezension des ARR. Nach Bunge fehlen sie in der ersteren, weil diese älter ist, als die Dorpater Rezension, in welcher die fraglichen Artikel 50—67 (ebenso wie die auch von Š. als späterer Einschub anerkannten Artikel 32, 33) erst spätere Zusätze aus dem livländischen Gewohnheitsrecht seien (Altlivlands Rechtsbücher S. 17).

Zunächst erscheinen Prof. Švābes auf S. 99 (vgl. S. 167) geäußerte Zweifel an der von Bunge behaupteten ehemaligen Existenz eines korrekteren, der Dorpater Rezension zugrundegelegten Textes der Öselschen Rezension nicht zwingend, weil als ihr Grund angegeben wird, dass dieser bessere Text «keinem bekannt ist». Doch da es erwiesen ist, dass die im Vergleich zur Öselschen Rezension bessere Wiedergabe des WER durch das Dorpater ARR nicht aus unmittelbarer Benutzung des WER selbst stammt, muss es einen besseren, als den uns überlieferten Text der Öselschen Rezension gegeben haben, dessen Benutzung die Dorpater Rezension eben ihre korrektere Wiedergabe des WER verdankt.

Wie dem nun auch sei, Prof. Š. bestreitet das von Bunge angenommene ursprüngliche Fehlen der Schlussartikel 52—67 im Öselschen ARR und deren Charakter als jüngere Zusätze zum Dorpater Text, und erklärt das jetzige Manko am Schluss des Öselschen ARR dadurch, dass dessen letzte Blätter mit Artikel 50 ff. abgerissen sein könnten. Das ist natürlich möglich. Aber notwendig ist es nicht. Und so scheint Prof. Švābes Ansicht, dass Art. 52—67 im Öselschen ARR ursprünglich gestanden haben, nicht besser berechtigt zu sein, als Bunes Meinung, dass sie dort stets gefehlt haben und erst vom jüngeren Dorpater Text aufgenommen worden sind.

6. Im 7. Kapitel S. 100 ff. «über die Beziehungen zwischen dem ARR und WER» referiert Prof. Š. eingangs die seit J. Ch. Schwartz (1794) herrschende Lehre: dass das ARR eine für ein livländisches Bistum zurechtgemachte Umarbeitung des WER ist, das ARR also aus dem WER als aus seiner Quelle geflossen, und jünger als dieses ist. Bunes klassisch gewordene Formulierung (Rechtsbücher S. 17) lautet dahin, dass der grösste Teil des ARR Öselscher Rezension wörtlich aus dem WER entnommen ist, und zwar aus einer Handschrift des WER, die dem Wiener Kodex desselben näher stand, als dem offiziellen Text des WER im Roten Buch der Harrisch-wierischen Ritterschaft von 1546. Ein Verhältnis, das Prof. Š. auf S. 106, 107 durch eine Tabelle, die auch das MRR mitberücksichtigt, anschaulich erläutert. Auch stellt Prof. Š. nach

Schwartzs Vorgang nochmals fest, dass die dem MRR im Druck von 1537 zugrundeliegende Handschrift des ARR sich von allen 3 bekannten Texten des ARR (Öselscher, Dorpater und Brandisscher Text) unterschieden hat (vgl. S. 110), und folgt S. 109 f. im übrigen Bunes Ansicht, dass das auf dem ARR beruhende MRR als Quelle nur das ARR, und nicht auch noch daneben das WER selbst benutzt hat (genau ebenso, wie das URR als seine Quelle bloss das MRR, und nicht dessen Quellen — ARR, Lsp — benutzt). Nochmals daran erinnernd, dass, dank dem geschilderten Sachverhalt, aus dem MRR ein weiterer, jetzt nicht mehr selbständig vorhandener Text des ARR erschlossen werden könne, will Prof. Š. sodann von neuem nachprüfen, ob das ARR wirklich grösstenteils wörtlich aus dem offiziellen Text des WER vom J. 1315 abgeschrieben ist.

(Schluss folgt.)

**Alexander M. Lane.**

### **Die Rechtslage der deutschen Spezialisten in der Sowjet-Union.**

Brücke-Verlag Kurt Schmerson / Kirchhain N. L. 1933.

Ein Buch, lesenswert nicht allein für deutsche Spezialisten, für die es in erster Linie geschrieben ist, sondern für Spezialisten aller Länder, Ingenieure, Meister u. a. Fachleute, sofern sie sich mit dem Gedanken tragen nach Sowjetrussland zu gehen um dort, wo, — wie es heisst, — es keine Arbeitslosigkeit gibt, ihr Glück zu machen. Auf einem reichen Tatsachenmaterial fussend, belegt durch Hinweise auf die sowjetrussische Gesetzgebung und Literatur sowie die im Wortlaute (ins Deutsche übersetzt) angeführten sogen. «Typenverträge» und andere in Betracht kommenden Verordnungen der Sowjetregierung und ihrer Organe, zeigt der Verfasser, wie wenig die tatsächliche Lage, in die der ausländische Arbeitnehmer nach seiner Übersiedelung nach Russland gelangt, dem Bilde entspricht, das er sich nach den ihm gemachten Versprechungen und selbst nach den schon an sich für ihn recht schweren Bestimmungen des mit ihm abgeschlossenen Vertrages gemacht hat, welche Mittel angewandt werden, um den Ausländer in vollständige Abhängigkeit von den bolschewistischen Machthabern zu bringen, und wie recht- und hilflos der sich dagegen Sträubende, dank der in Sowjetrussland herrschenden Rechtsordnung, dasteht.<sup>1)</sup>

Ausser dem Vertragsabschluss, seinen Wirkungen und seiner Lösung, wird noch eine Reihe von Fragen behandelt, welche für die rechtliche und wirtschaftliche Lage des in russischen Diensten stehenden Ausländers von Wichtigkeit sind, wie: Gehalt, Wohnungsfrage, Lebensmittelversorgung, Sozialversicherung, Steuern u. s. w., und das alles in einer objektiven Weise, die ungemein überzeugend wirkt.

R. v. F.

---

<sup>1)</sup> S. hierüber unsere Zeitschrift Jahrg. I, Heft 3, R. v. Freymann: Rechtssprechung in Sowjetrussland, und Heft 4, Sonderbeilage: R. v. Freymann: Der lettländisch-russische Friedensvertrag und seine Verwirklichung.



**Alfabetiskais termiņu rādītājs.**  
**Sastādījis krievu zvēr. adv. Miķelis Pereļšteins**  
**Rīgas Apgabaltiesas loc. A. Valtera redakcijā.**  
**1934. Izdevniecība „Jurists“.**

Die unermüdlichen Herausgeber praktischer Nachschlagebücher für den lettländischen Juristen haben dieses Mal einen ganz besonders glücklichen Wurf getan. Es ist das ein Terminkalender, der in alphabetischer Anordnung nicht allein gerichtliche Termine oder vielmehr Fristen in Zivil- und Strafsachen umfasst, sondern auch die mit Ausschlusswirkung versehenen Zeitbeschränkungen im Eisenbahnverkehrswesen, in Steuer- und Zollsachen angibt. So enthält denn das 151 Seiten starke Buch nicht bloss Angaben, welche für den Juristen von Interesse sind, sondern auch solche von allgemeiner Bedeutung, namentlich für den Kaufmann und den Industriellen.

Das Buch zerfällt in 6 Teile: «Termine in Zivilsachen», «Termine in Strafsachen», «Termine in Lettgallen», «Eisenbahn-Termine», «Steuertermine», «Zolltermine». Jedem dieser Teile ist ein besonderes alphabetisches Inhaltsverzeichnis vorausgeschickt, es fehlt jedoch (am Anfang oder am Ende des ganzen Buches) ein allgemeines übersichtliches Inhaltsverzeichnis mit Angabe der Seitenzahlen, mit denen die einzelnen Teile beginnen. Vom Standpunkte der Handlichkeit bei einem Nachschlagebuch ein empfindlicher Mangel. Nur durch Hin- und Herblättern lässt sich der Teil finden, den man gerade braucht, es sei denn, dass man sich selbst ein solches, aus sechs Zeilen resp. Kennworten bestehendes Verzeichnis anfertigt.

R. v. F.

## Zeitschriften.

### Tieslietu Ministrijas Vēstnesis.

- 1933 Nr. 9/10. K. Čakste, Nama sadalīšana dzīvokļos. — P. Jakobi, Tiesas ar kārtu priekšstāvjiem. — Prof. Dr. A. Loebers, Fiduciari darījumi.
- 1933 Nr. 11/12. K. Dišlers, Konvencionalas normas valsttiesību novadā. — Prof. A. Švābe, Vidzemes un Kurzemes zemnieku likumi. — Cand. jur. V. Blūms, Piekritības strīdi.
- 1934 Nr. 1/2 Zvēr. adv. B. Berents, Arzemu autoru tiesību aizsardzība Latvijā. — Zvēr. adv. Krons, Jaunie pārgrozījumi noteikumos par piedziņas vēršanu uz nekustamu mantu. — H. Ēlerss, Vidzemes un Kurzemes zemnieku likumi (zemnieku privāttiesības). Valsts tipografijas 1932. g. neoficiāls izdevums (27 lapp.). — A. Švābe, Atbilde H. Ēlersa kungam. — H. Ēlerss, Atbilde profesoram A. Švābes kmg. — A. Švābe, Vēl reiz atbilde H. Ēlersa kungam.

### Jurists.

- 1933 Nr. 6 (49). Sinaiskis, Civillikumu iztulkošanas problēma. — M. A., Piezīmes likumprojektam par aizstāvju pielaišanu iepriekšējā izmeklēšanā. — Zv. adv. G. L. Rubinšteins, Jautājumā

par administratīvās tiesas kompetences robežām. — A. Linde, Prokuru neatceļamība. — P. Jakobi, Kriminālprocesa likumu papildinājumi un pārgrozījumi ar komentāriem.

- 1933 Nr. 7 (50). Prof. Dr. jur. V. Sinaiska, Sakrālās tiesības un Latvijas civillikumu kopojums. — Zv. adv. G. L. Rubinšteina, Vai Vidzemes pilsētās var atzīt par maksātnespējīgu parādniecei sievu tās vīra parādu dēļ. — Zv. adv. pal. A. Rūša, Kriminālprocesa reforma jautājumā par noziedznieku izdošanu ārvalstīm. — P. Jakobi, Pārgrozījumi un papildinājumi kriminālprocesa likumos ar komentāriem.
- 1933 Nr. 8/9 (51) (52). Senātora J. Kalača, Valsts varas uzraudzība par pilsētu pašvaldības organu darbību Latvijā. — Zvē. adv. J. Šmidta, Advokātūra Lietuvas jaunajā tiesu iekārtā. — Prof. Dr. jur. V. Sinaiska, Sakrālās tiesības un Latvijas civillikumu kopojums. — H. Apsīša, Vēl par prokurātūras stāvokli. — Zvē. adv. N. Valtera, Miertiesu reformas jautājums. — Zvē. adv. pal. A. Rūša, Kriminālprocesa reforma jautājumā par noziedznieku izdošanu ārvalstīm. — Likumprojekts par zvērināto tiesām ar paskaidrojumiem.

### Законъ и судъ.

- 1934 № 1 (41). Проф. А. Маклецова, Первый съездъ юристовъ славянскихъ государствъ въ Братиславѣ. — С. Завадскаго, О судѣ съ присяжными засѣдателями (Изъ пережитого и передуманнаго). — А. Лазаренко, О независимости прокуратуры. — В. Кацнельсона, Золотая и валютная клаузулы (Практическая замѣтка). — Тамары Гаухманъ-Чернякъ, Проблема пересмотра договоровъ.
- 1934 № 2 (42). А. Лазаренко, О независимости прокуратуры (Продолж.) — П. Якоби, О необходимости классификаціи дисциплинарныхъ провинностей. — В. Кацнельсона, Золотая и валютная клаузулы. — Тамары Гаухманъ-Чернякъ, Проблема пересмотра договоровъ. — В. Фридштейна, Изъ области новаго германскаго права. — Г. Трахтенберга, Новый юридическій статутъ русскихъ и армянскихъ бѣженцевъ.
- 1934 № 3 (43). Тютрюмова, Вексельное поручительство. — А. Камиики, Акціонерныя кампаніи и ст. 2936 и сл. Св. Гражд. Указ. А. Лазаренко, О независимости прокуратуры. — Тамары Гаухманъ-Чернякъ, Проблема пересмотра договоровъ (оконч.). — В. Трахтенберга, Новый юридическій статутъ русскихъ и армянскихъ бѣженцевъ (оконч.).

# Chronik.

## Deutscher Juristenverein zu Riga.

Am 7. März d. J. fand die ordentliche Generalversammlung des Vereins statt. Nach Anhörung der Berichte des Vorstandes und der einzelnen Kommissionen wurden die statutenmässig vorgesehenen Wahlen vorgenommen. Die Glieder des Vorstandes Senator A. Loeber und die Rechtsanwälte R. v. Freymann und C. v. Peetz, welche in mehrjähriger Arbeit viel zur Förderung des Vereins beigetragen hatten, lehnten eine Wiederwahl ab, so dass 3 Glieder des Vorstandes neu gewählt werden mussten. Der jetzige Bestand des Vorstandes ist demnach folgender: Präses: Rechtsanwalt W. Kuehn, Vizepräses: Appellhofrichter P. Engelmann und Rechtsanwalt B. Noltein: Vorstandsglieder: die Rechtsanwälte Zimmermann, B. Berent. W. Mueller, E. Pander und W. Sticinsky und Friedensrichter A. Bergmann.

Besonderes Interesse beanspruchte auf der Versammlung die Frage der Beschäftigung junger Juristen, welche im Zusammenhang mit den herrschenden materiellen Schwierigkeiten äusserst akut geworden ist. Es wurde vielerseits darauf hingewiesen, dass die Schaffung von Existenzmöglichkeiten für junge deutsche Juristen eine der wesentlichen Aufgaben des Vereins bildet, welche jedoch nur in Zusammenarbeit mit anderen zuständigen deutsch-baltischen Organisationen durchgeführt werden kann. Zur Durchführung dieser Aufgabe war bereits im Jahre 1933 eine spezielle Kommission begründet worden, welche nun durch die Herren L. Witte, E. Pander und W. Sticinsky besetzt wurde.

Die übrigen Kommissionen wurden in dem vorigen Bestande wiedergewählt, mit Ausnahme der Revisionskommission, in welcher der zum Vorstandsgliede gewählte Friedensrichter A. Bergmann durch Rechtsanwalt E. Pabst ersetzt wurde.



VII. JAHRGANG

1933/34

1. HEFT

# RIGASCHE ZEITSCHRIFT FÜR RECHTSWISSENSCHAFT

Herausgegeben

vom

Deutschen Juristen-Verein  
in Riga.

Erscheint viermal jährlich

## INHALT:

	Seite
H. LANG — Der Neubau der Deutschen Verfassung	1
P. MINTZ — Das neue Strafgesetzbuch Lettlands . .	7
H. Stegman — Zur Reform der Bestimmungen des Baltischen Privatrechts über das Mitelgentum . .	20
W. MUELLER — Die Gesetzgebung Lettlands im II. Quartal 1933 . . . . .	30
G. KOCH — Die Gesetzgebung Estlands in den ersten drei Quartalen 1933 . . . . .	41
Rechtsprechung . . . . .	48
Literatur . . . . .	51
Bücher . . . . .	53

Riga, November 1933.

DRUCKEREI- U. VERLAGS-AKT.-GES. ERNST PLATES  
RIGA, BEI DER PETRI-KIRCHE

Preis des Heftes Ls 3.— (Rmk. 2.50)

Jahresabonnement (4 Hefte) Ls 10. —

# »Revalsche Zeitung«

begründet im Jahre 1860

(als »Revaler Bote« 1919—1930 erschienen)

das deutsche kulturell-politisch und wirtschaftlich führende Blatt in Estland. — Vertritt die politischen und wirtschaftlichen Interessen des Deutschtums in Estland. Eingehende objektive Berichterstattung über das gesamte Wirtschaftsleben Estlands.

## Vermittelt den Weg in den Osten

Regelmässige Kursnotierungen.

Bezugspreis bei direktem Bezuge vom Verlag: monatlich mit 4 Beilagen Ls 4.60, mit 3 Beilagen Ls 4.25, ohne Beilagen Ls 3.25.

Die Staatspostanstalten in Estland, Lettland, Deutschland, Danzig, Finnland, Schweden und Frankreich nehmen Abonnements entgegen.

Anzeigenpreis: für 1 mm Höhe der Spalte im Anzeigenteil für Estland EKr. 0.6, für Lettland 10 Sant., für Deutschland 13 Goldpf., für das übrige Ausland 4 amerik. Cents.

Zahlstelle in Lettland: Rigaer Kreditbank; in Deutschland: Postscheckkonto Berlin 162094.

Anzeigenaufträge empfangen: der Verlag der »Revalschen Zeitung« (Reval, Raderstrasse Nr. 12, Postfach 435), in Lettland: Ed. Petzholz, im Auslande: alle grösseren Annoncen-Expeditionen.

# Rigalche Rundschau

96. Jahrgang

Grösste u. vorbrsitetsts deutsche Tageszeitung Lettlands

===== Erscheint täglich nachmittags =====

Schneller, zuverlässiger und erschöpfender  
Nachrichtendienst aus allen Teilen der Welt

===== Reichhaltiger Handelsteil =====

Die bis zum Nachmittage eintreffenden Kursberichte der  
Auslandbörsen werden noch am selben Tage veröffentlicht

Wöchentliche Unterhaltungs- und Sportbeilage

Wöchentlicher illustrierter Modebericht

Anerkannt erfolgreichstes Insertionsorgan

Geschäftsstelle:

Riga, Domplatz 5, Postfach 7. Tel. 21173, 21174 und 21175

## „Rigaer Wirtschaftszeitung“

erscheint jeden zweiten Sonnabend.

Hauptschriftleiter: Landtagsabgeordneter Cand. jur. J. Hahn.

Die „Rigaer Wirtschaftszeitung“ bringt alle lettländischen  
wirtschaftlichen Gesetze und Verfügungen, staatlichen Aus-  
schreibungen, Börsenkurse, Handelsstatistik usw.

Redaktion und Expedition: Riga, Gr. Jakobstrasse 24.

Abonnement: 1 Jahr Ls 14.—, 1/2 Jahr Ls 7.50, 1/4 Jahr Ls 4.—.

Preis der Einzelnummer 70 Sant.





VII. JAHRGANG

1933/34

2. HEFT

# RIGASCHE ZEITSCHRIFT FÜR RECHTSWISSENSCHAFT

Herausgegeben

vom

Deutschen Juristen-Verein  
in Riga.

Erscheint viermal jährlich

## INHALT:

	Seite
L. v. WITTE — Bestrebungen der Verfassungs- änderung Lettlands . . . . .	63
H. LANG — Deutsche Gesetze zur Erhaltung des Bauernstandes . . . . .	76
B. v. KLOT — Grundsätzliches über das Zurückbe- haltungsrecht . . . . .	85
P. MINTZ — Das neue Strafgesetzbuch Lettlands . .	91
Das Verfassungsreformprojekt des Bauernbundes	105
Gesetze über Firma und den Kaufmann . . . . .	108
W. MUELLER — Die Gesetzgebung Lettlands im III. Quartal 1933 . . . . .	112
Rechtsprechung . . . . .	122
Literatur . . . . .	124

Riga, Dezember 1933.

DRUCKEREI- U. VERLAGS-AKT.-GES. ERNST PLATES  
RIGA, BEI DER PETRI-KIRCHE

Preis des Heftes Ls 3.— (Rmk. 2.50)

Jahresabonnement (4 Hefte) Ls 10. —

# »Revalsehe Zeitung«

begründet im Jahre 1860

(als »Revaler Bote« 1919—1930 erschienen)

das deutsche kulturell-politisch und wirtschaftlich führende Blatt in Estland. — Vertritt die politischen und wirtschaftlichen Interessen des Deutschtums in Estland. Eingehende objektive Berichterstattung über das gesamte Wirtschaftsleben Estlands.

## Vermittelt den Weg in den Osten

Regelmässige Kursnotierungen.

**Bezugspreis** bei direktem Bezug vom Verlag: monatlich mit 4 Beilagen Ls 4.60, mit 3 Beilagen Ls 4.25, ohne Beilagen Ls 3.25.

Die Staatspostanstalten in Estland, Lettland, Deutschland, Danzig, Finnland, Schweden und Frankreich nehmen Abonnements entgegen.

**Anzeigenpreis:** für 1 mm Höhe der Spalte im Anzeigenteil für Estland EKr. 0.6, für Lettland 10 Sant., für Deutschland 13 Goldpf., für das übrige Ausland 4 amerik. Cents.

**Zahlstelle in Lettland:** Rigaer Kreditbank; in Deutschland: Postscheckkonto Berlin 162094.

**Anzeigenaufträge empfangen:** der Verlag der »Revalschen Zeitung« (Reval, Raderstrasse Nr. 12, Postfach 435), in Lettland: Ed. Petzholz, im Auslande: alle grösseren Annoncen-Expeditionen.

# Rigasche Rundschau

58. Jahrgang

Grösste u. verbreitetste deutsche Tageszeitung Lettlands

===== Erscheint täglich nachmittags =====

Schneller, zuverlässiger und erschöpfender  
Nachrichtendienst aus allen Teilen der Welt

===== Reichhaltiger Handelstell =====

Die bis zum Nachmittags eintreffenden Kursberichte der  
Auslandbörsen werden noch am selben Tage veröffentlicht

Wöchentliche Unterhaltungs- und Sportbeilage

Wöchentlicher illustrierter Modebericht

Anerkannt erfolgreichstes Insertionsorgan

Geschäftsstelle :

Riga, Domplatz 5, Postfach 7. Tel. 21173, 21174 und 21175

## „Rigaer Wirtschaftszeitung“

erscheint jeden zweiten Sonnabend.

Hauptschriftleiter: Landtagsabgeordneter Cand. jur. J. Hahn.

Die „Rigaer Wirtschaftszeitung“ bringt alle lettländischen  
wirtschaftlichen Gesetze und Verfügungen, staatlichen Aus-  
schreibungen, Börsenkurse, Handelsstatistik usw.

Redaktion und Expedition: Riga, Gr. Jakobstrasse 24.

Abonnement: 1 Jahr Ls 14.—, 1/2 Jahr Ls 7.50, 1/4 Jahr Ls 4.—.

Preis der Einzelnummer 70 Sant.





VII. JAHRGANG

1933/34

3. HEFT

# RIGASCHE ZEITSCHRIFT FÜR RECHTSWISSENSCHAFT

Herausgegeben

vom

Deutschen Juristen-Verein  
in Riga.

Erscheint viermal jährlich

## INHALT:

	Seite
WALTER MEDER — Die neue Verfassung Estlands	127
B. BERENT — Schutz ausländischer Urheberrechte in Lettland . . . . .	149
R. v. FREYMANN — Gesetz über das Handelsregister	155
W. MUELLER — Die Gesetzgebung Lettlands im IV. Quartal 1933 . . . . .	168
GERT KOCH — Die Gesetzgebung Estlands im IV. Quartal 1933 . . . . .	175
Rechtsprechung . . . . .	179

Riga, März 1934.

DRUCKEREI- U. VERLAGS-AKT.-GES. ERNST PLATES  
RIGA, BEI DER PETRI-KIRCHE

Preis des Heftes Ls 3.— (Rmk. 2.50)

Jahresabonnement (4 Hefte) Ls 10.—

# »Revalsche Zeitung«

begründet im Jahre 1860

(als »Revaler Bote« 1919—1930 erschienen)

das deutsche kulturell-politisch und wirtschaftlich führende Blatt in Estland. — Vertritt die politischen und wirtschaftlichen Interessen des Deutschtums in Estland. Eingehende objektive Berichterstattung über das gesamte Wirtschaftsleben Estlands.

## Vermittelt den Weg in den Osten

Regelmässige Kursnotierungen.

**Bezugspreis** bei direktem Bezuge vom Verlag: monatlich mit 4 Beilagen Ls 3.30, mit 3 Beilagen Ls 3.—, ohne Beilagen Ls 2.20.

Die Staatspostanstalten in Estland, Lettland, Deutschland, Danzig, Finnland, Schweden und Frankreich nehmen Abonnements entgegen.

**Anzeigenpreis:** für 1 mm Höhe der Spalte im Anzeigenteil für Estland EKr. 0.6, für Lettland 10 Sant., für Deutschland 13 Goldpf., für das übrige Ausland 4 amerik. Cents.

**Zahlstelle in Lettland:** Rigaer Kreditbank; **in Deutschland:** Postscheckkonto d. Revalschen Verlagsgenossenschaft Berlin 162094.

**Anzeigenaufträge** empfangen: der Verlag der »Revalschen Zeitung« (Reval, Raderstrasse Nr. 12, Postfach 435, Postadresse: Tallinn-Reval, p. k. 435), in Lettland: Ed. Petzholz, im Auslande: alle grösseren Annoncen-Expeditionen.

# Rigische Rundschau

58. Jahrgang

**Grösste u. verbreitetste deutsche Tageszeitung Lettlands**

===== Erscheint täglich nachmittags =====

**Schneller, zuverlässiger und erschöpfender  
Nachrichtendienst aus allen Teilen der Welt**

===== Reichhaltiger Handelsteil =====

Die bis zum Nachmittage eintreffenden Kursberichte der  
Auslandbörsen werden noch am selben Tage veröffentlicht

**Wöchentliche Unterhaltungs- und Sportbeilage  
Wöchentlicher illustrierter Modebericht**

**Anerkannt erfolgreichstes Insertionsorgan**

Geschäftsstelle:

**Riga, Domplatz 5, Postfach 7, Tel. 21173, 21174 und 21175**

## „Rigaer Wirtschaftszeitung“

erscheint jeden zweiten Sonnabend.

**Hauptschriftleiter: Landtagsabgeordneter Cand. jur. J. Hahn.**

Die „Rigaer Wirtschaftszeitung“ bringt alle lettländischen wirtschaftlichen Gesetze und Verfügungen, staatlichen Ausschreibungen, Börsenkurse, Handelsstatistik usw.

**Redaktion und Expedition: Riga, Gr. Jakobstrasse 24.**

**Abonnement: 1 Jahr Ls 14.—, 1/2 Jahr Ls 7.50, 1/4 Jahr Ls 4.—.**

**Preis der Einzelnummer 70 Sant.**





# RIGASCHE ZEITSCHRIFT FÜR RECHTSWISSENSCHAFT

Herausgegeben

vom

Deutschen Juristen-Verein  
in Riga.

Erscheint viermal jährlich

## INHALT:

	Seite
B. v. KLOT — Das lettländische Gesetz über die Arbeitszeit . . . . .	191
W. FREYMANN — Die Rechtslage der modernen Mobiliarhypothek . . . . .	223
Dr. W. NEUMANN — Deutsche strafrechtliche Novellen im Kampf gegen gefährliche Gewohnheitsverbrecher . . . . .	229
Oberlandsgerichtsrat ERMEL — Neuerungen des Verfahrens in bürgerl. Rechtsstreitigkeiten . . .	240
Literatur. Prof. LEONID ARBUSOW — Diskussion über die altlivländischen Ritterrechte . . . . .	242
Zeitschriften . . . . .	252
Chronik . . . . .	254

Riga, April 1934.

DRUCKEREI- U. VERLAGS-AKT.-GES. ERNST PLATES  
RIGA, BEI DER PETRI-KIRCHE

Preis des Heftes Ls 3.— (Rmk. 2.50)

Jahresabonnement (4 Hefte) Ls 10.—

**Продолжается подписка на 1934 г.**

**на Вѣстникъ Русскаго Юридическаго Общества**

# **„ЗАКОНЪ и СУДЪ“**

(пятый годъ изданія) [№№ 1 (41) — 10 (50)]

Вѣстникъ выходитъ въ г. Ригѣ (Латвія) періодически въ количествѣ 10 номеровъ въ теченіе подписного года

при ближайшемъ участіи

Г. В. Альбата, В. І. Буковского, М. Н. Ганфмана, А. Н. Губена,  
О. О. Грузенберга, А. Н. Каминки, М. Н. Лазерсона, А. Ф. Лебера,  
П. М. Минца, В. Н. Синайскаго, І. С. Шабловскаго, Г. П. Элерса,  
П. Г. Энгельмана, П. Н. Нкоби.

**ПОДПИСНАЯ ЦѢНА ЗА ГОДЪ:**

Въ Латвіи, Эстоніи и Литвѣ 8 латовъ. Въ другихъ государствахъ 10 швейц. франковъ.

**ДОПУСКАЕТСЯ РАЗСРОЧКА ПО ПОЛУГОДИМЪ.**

Адресъ конторы журнала: Latvijā, Rīgā, Valņu ielā 2, dz. 17.

## **»Revalsche Zeitung«**

begründet im Jahre 1860

(als »Revaler Bote« 1919—1930 erschienen)

das deutsche kulturell-politisch und wirtschaftlich führende Blatt in Estland. — Vertritt die politischen und wirtschaftlichen Interessen des Deutschthums in Estland. Eingehende objektive Berichterstattung über das gesamte Wirtschaftsleben Estlands.

**Vermittelt den Weg in den Osten**

Regelmässige Kursnotierungen.

Bezugspreis bei direktem Bezuge vom Verlag: monatlich mit 4 Beilagen Ls 3.30, mit 3 Beilagen Ls 3.—, ohne Beilagen Ls 2.20.

Die Staatspostanstalten in Estland, Lettland, Deutschland, Danzig, Finnland, Schweden und Frankreich nehmen Abonnements entgegen.

Anzeigenpreis: für 1 mm Höhe der Spalte im Anzeigenteil für Estland EKr. 0.6, für Lettland 10 Sant., für Deutschland 13 Goldpf., für das übrige Ausland 4 amerik. Cents.

Zahlstelle in Lettland: Rigaer Kreditbank; in Deutschland: Postscheckkonto d. Revalschen Verlagsgenossenschaft Berlin 162094.

Anzeigenaufträge empfangen: der Verlag der »Revalschen Zeitung« (Reval, Raderstrasse Nr. 12, Postfach 435, Postadresse: Tallinn-Reval, p. k. 435), in Lettland: Ed. Petzholz, im Auslande: alle grösseren Annoncen-Expeditionen.

# Rigische Rundschau

58. Jahrgang

**Grösste u. verbreitetste deutsche Tageszeitung Lettlands**

===== Erscheint täglich nachmittags =====

**Schneller, zuverlässiger und erschöpfender  
Nachrichtendienst aus allen Teilen der Welt**

===== Reichhaltiger Handelsteil =====

Die bis zum Nachmittage eintreffenden Kursberichte der  
Auslandbörsen werden noch am selben Tage veröffentlicht

**Wöchentliche Unterhaltungs- und Sportbeilage**

**Wöchentlicher illustrierter Modebericht**

**Anerkannt erfolgreichstes Insertionsorgan**

Geschäftsstelle:

**Riga, Domplatz 5, Postfach 7. Tel. 21173, 21174 und 21175**

## „Rigaer Wirtschaftszeitung“

erscheint jeden zweiten Sonnabend.

**Hauptschriftleiter: Landtagsabgeordneter Cand. jur. J. Hahn.**

Die „Rigaer Wirtschaftszeitung“ bringt alle lettländischen wirtschaftlichen Gesetze und Verfügungen, staatlichen Ausschreibungen, Börsenkurse, Handelsstatistik usw.

**Redaktion und Expedition: Riga, Gr. Jakobstrasse 24.**

**Abonnement: 1 Jahr Ls 14.—, 1/2 Jahr Ls 7.50, 1/4 Jahr Ls 4.—.**

**Preis der Einzelnummer 70 Sant.**

